

2000 Schilling pro Monat! Es gibt Kurse mit 12.000 Schilling, die sechs Wochen dauern. Heilmassagekurse zum Beispiel, und die sind überfüllt. Also ich sehe nicht ganz ein, warum die Hochschule in einer Zeit, wo es budgetär ernst ist, nicht auch etwas kosten soll.

Und letzter Vorschlag: Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß die Hochschule auch, wie soll man sagen, privatisiert ist ein falsches Wort, ausgegliedert wird. Und zwar aus der simplen Überlegung, daß drei bis vier Ministerialräte zwölf Hochschulen sicher nicht besser leiten können als an jeder Hochschule ein Manager mit akademischem Senat und Rektor. Ich kann mir also vorstellen, daß Hochschulen als Betrieb selbständig werden könnten, Personalhoheit bekommen und Budgethoheit und daß sie damit auch ein bißchen mehr Marktwirtschaft betreiben könnten und untereinander in Konkurrenz treten, wie das natürlich in den Vereinigten Staaten, in England, zum Teil in der Schweiz und jetzt sogar im zentralistischen Frankreich seit 1985 möglich ist.

Herr Kollege, bei dem Protest muß ich ehrlich sagen, Sie haben schon recht, daß es eine Gruppe gibt, die über sechs Wochen lang das Rektorat besetzt, wo ich auch nicht überzeugt bin, daß ihre Anliegen ausschließlich berechtigt sind, aber daß ein Frust da ist bei Studenten, die nicht wissen, was sie nach dem Studium machen sollen, weil sie dann arbeitslos sind, die wenig Chancen haben, im Ausland unterzukommen, weil wir noch nicht zu Europa gehören, und daher alle Diskriminierungen hinnehmen müssen, die ein Außenstehender hat, die auch nicht genau wissen, wann sie fertig werden, weil es sicher in einzelnen Studienrichtungen erhebliche Verzögerungen gibt durch fehlende Laborplätze und, und, und. Deren Frust verstehe ich. Ich bin nicht der, der sagt, sie protestieren nur aus Lust und Tollerei und es gefällt ihnen so und sie haben eh alle Autos und so weiter. Das stimmt nicht. Aber Sie haben recht, dieser gewisse Teil, der da sechs Wochen schon besetzt und dort Lagerfeuer hält, der hat nicht immer nur berechtigte Anliegen, da spielt auch anderes eine Rolle. Fazit: Wir in der Steiermark wären eigentlich ganz gut gerüstet für so eine Dezentralisierung und Ausgliederung der Hochschulen, weil wir hier im Land die höchste Wissenschafts- und Forschungsförderung von ganz Österreich haben. Ich habe eine Tabelle von allen Bundesländern, mit Ausnahme Wien, und da nehmen wir mit 200 Millionen Schilling Förderung pro Jahr weitaus die Spitze ein. Der nächste wäre Tirol mit 100 Millionen Schilling, also nur mehr die Hälfte. Wir haben außerdem eine hervorragende Wissenschaftsabteilung mit einem hervorragenden Leiter, dem Hofrat Kleinsasser, wir haben eine Forschungsgesellschaft Joanneum, und wir haben eine Infrastruktur, die in den wesentlichen modernen Forschungsbereichen präsent ist. Wir könnten also Universitäten erwarten, die ihre Entscheidungen nicht in Wien treffen, wo ich über jeden Bleistift eine Eingabe nach Wien machen muß, ob ich den bewilligt bekomme, wo der Rektor nicht einmal, wie er selbst einmal gesagt hat, die Befugnisse eines Münzamtstellers hat, sondern nur eine goldene Kette, wie er sich ausgedrückt hat, und im übrigen keine Möglichkeit, auch nur jemanden anzustellen in der Regel. Das heißt, es wäre sinnvoll, diese Dezentralisierung vorzunehmen und das Land in einer gewissen Weise damit zu beteiligen. Ich könnte

mir vorstellen, daß diese etwas ausweglose Situation, die jetzt gegeben ist und wo ich die Bildungseuphorie meiner Vorredner nicht ganz teile, daß diese Situation zumindest für die Hochschüler verbessert werden könnte, weil mehr Wettbewerb noch niemandem geschadet hat. Weder den Studenten noch den Hochschullehrern, noch den Hochschulen, und weil wir uns wirklich nicht beklagen können, daß wir zu viel Wettbewerb in Österreich haben. Und wenn wir nach Europa schielen und nach Europa kommen wollen, dann müssen wir auch an europäische Zustände gewöhnt werden, und die sind etwas luftiger als die österreichischen. (Abg. Kohlhammer: „Ich habe sehnsüchtig darauf gewartet, daß ein Vorschlag kommt, was mit den Absolventen geschieht!“) Die würden nach meinem Gefühl in diesem System ein wenig abnehmen, aus zwei Gründen. Erstens würden sie schon abnehmen, wenn man das Maturantensystem, das Prof. DDr. Steiner geschildert hat, ernst nimmt, weil die Übertrittsrate von 62 Prozent abnormal ist, das gibt es sonst nirgends. Die gehen nur an die Hochschule mangels sonstiger Möglichkeiten. (Abg. Kohlhammer: „Die keine Prüfung machen, schließen nicht ab!“) Das hängt mit dem nicht unmittelbar zusammen. Ich würde einfach weniger Maturanten an den Hochschulen haben, wenn die Maturanten durch Lehre, durch Kollegs und so weiter sinnvolle Weiterfortbildungen hätte, die ihre Anstellungsmöglichkeiten steigern.

Zweitens glaube ich, daß bei mehr Wettbewerb und schärferen Leistungsbedingungen auch dadurch die Zahl der Absolventen etwas sinken würde. Ich glaube nicht, daß überall an den Hochschulen das Leistungsprinzip voll durchgesetzt ist. Und das Dritte, wenn wir in einen größeren Raum wie die EWG kommen, sind die Möglichkeiten der über unsere Marktverhältnisse hinaus produzierten Absolventen dort auch ungleich größer. (Abg. Kammlander: „Das glauben Sie doch selbst nicht!“) Also dieser Dreierschritt plus der Möglichkeit, in den außeruniversitären Forschungsstellen auch eine Anstellung zu finden, wenn man die erweitert, in den Technologieparks und so weiter, das ergäbe in der Kombination eine größere Verwertbarkeit der etwa 7800 Absolventen, wobei ich annehme, daß sie zum Teil auch absinken wegen des größeren Leistungsdrucks. (Abg. Kammlander: „Der Rest geht zum Arbeitsamt!“) Aber ich bekenne mich zum Leistungsprinzip, und ich würde meinen, daß es an den Hochschulen seinen Stellenwert hat, zumal ja die anderen Länder solche Rücksichten gegenüber dem Leistungsprinzip nicht kennen. Schauen Sie sich bitte die Höchstbegabtenförderung an, die es in Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten gibt und die bei uns weitgehend fehlt. Diese Art der leistungsbezogenen Studien würde wahrscheinlich zu einer Verringerung der Absolventen führen. Ich gebe zu, das war ein Vorschlag. Ich habe ihn eigentlich deshalb gebracht, damit einmal irgend etwas am Tisch liegt. Denn momentan liegt gar nichts am Tisch, muß ich leider sagen. Und da, fürchte ich, kommt die Hochschule in die VOEST-Situation, daß man zumauert und sagt, nur nichts ändern, bleiben wir dabei, und auf einmal kracht es, und alles ist hin. Bevor es dazu kommt, würde eine solche Möglichkeit einen Weg zeigen, ob er beschritten wird, ist eine zweite Frage. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Minder. Ich erteile es ihr.

Abg. Minder: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Kammlander, grundsätzlich stimme ich natürlich voll und ganz der Forderung nach Kindergartenöffnungszeiten, die den Bedürfnissen berufstätiger Eltern angepaßt sind, zu, möchte aber von Erfahrungen in der Stadt Graz berichten. Im vergangenen und im heurigen Jahr wurden Sommerkindergärten eingerichtet. Die Eltern aller in Grazer Kindergärten untergebrachten Kinder wurden gefragt, ob sie davon Gebrauch machen möchten. Es wurde uns versichert, daß dem Bedarf entsprechend genügend Kindergärten im Sommer offenhalten werden. Es hat sich jedoch gezeigt, daß oft durch weite Entfernungen, die mit den Kindern zurückzulegen gewesen wären, dann der tatsächliche Besuch im Sommer nicht besonders hoch war. Es sollte in Zukunft möglich sein, daß durch Einstellung von Praktikantinnen und durch eine Senkung der Gruppenzahl dem Wunsch vieler Eltern nach akzeptablen Lösungen für Kindergartenöffnungszeiten Rechnung getragen werden kann.

Nun zur Erwachsenenbildung: Die sich rasch verändernde Umwelt auf dem beruflichen Sektor und im privaten Bereich erfordert ein lebensbegleitendes Lernen. Eine Erwachsenenbildung, der Praxis angepaßt, muß über Schule und Universität hinaus jene Werte und Kenntnisse vermitteln, die dazu beitragen, die berufliche Stellung – den Arbeitsplatz – zu erhalten und neue Möglichkeiten in der Arbeitswelt zu erschließen. Dauernde lebenslange Bildung ist für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt unerlässlich und auch notwendig für die individuelle Entfaltung des Menschen. Wesentlich ist, daß Frauen und Männer, Jüngere und Ältere unterschiedslos gleichen Zugang zu diesen Bildungseinrichtungen haben. Als wichtige Forderung an die Zukunft erscheint mir die generelle Einführung einer Bildungsfreistellung für alle Arbeitnehmer im Ausmaß von einer Woche pro Jahr. (Beifall bei der SPÖ.) Dies könnte zur Überwindung von Bildungsbarrieren führen und einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der Chancengleichheit der Frauen in der Arbeitswelt darstellen. Von der Arbeitslosigkeit mangels entsprechender Qualifikation sind besonders jüngere Arbeitskräfte zwischen 20 und 30 Jahren, Frauen, die in den Beruf zurückkehren wollen und eine veränderte Arbeitswelt vorfinden sowie ältere Arbeitnehmer und sozial Benachteiligte betroffen. Groß ist der Andrang zur Berufsbildung und Berufsbildung, wie etwa der Bericht des BFI zeigt.

In den letzten vier Jahren sind in der Steiermark in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung 683 Kurse mit rund 11.800 Teilnehmern und einem Mittelaufwand von 110 Millionen Schilling durchgeführt worden. Im Budgetansatz 270 „Volkshochschulen“ sind für 1988 wie für das heurige Jahr 2,2 Millionen Schilling ausgewiesen, die im Verhältnis eins zu eins an die Volkshochschulen und die Urania überwiesen werden, während das Verhältnis der Teilnehmerzahl jedoch zehn zu eins zugunsten der Volkshochschule beträgt.

Die Volkshochschule Steiermark hat jährlich in rund 3000 Kursen über 50.000 Teilnehmer mit einem

Frauenanteil von 73 Prozent. Ein vielfältiges Angebot bietet neben der beruflichen Weiterbildung und Umschulung eine berufliche Höherqualifizierung, eine Erweiterung und Vertiefung der Grundbildung und eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Kenntnisse, die in diesen Kursen erworben werden, schlagen sich sichtbar bei den Aktivitäten im Fremdenverkehr, im Brauchtum, im Leben in der Gemeinde und in der Familie nieder. Das Erkennen der eigenen, vielleicht unterschätzten Fähigkeiten und Talente dient der Entfaltung der Persönlichkeit, führt zu schöpferischem Handeln und zu positiver Lebenseinstellung. Gleichzeitig bietet die Erwachsenenbildung auch Arbeit und Chance für Lehrer ohne fixe Anstellung, in ihrem Beruf tätig zu sein, Erfahrungen zu sammeln und ihr Fachwissen und Können weiterzugeben.

Ein wichtiger Schritt in Richtung berufsbezogene Ausbildung sind die bevorstehenden Reformen in der Schulorganisation der allgemeinbildenden höheren Schulen und die Bemühungen, in Zukunft in der Oberstufe des Schulsystems stärker als bisher allgemeinbildende und berufsbildende Bildungsgänge miteinander zu verbinden. Ich muß es wiederholen, weil es für uns im Westen von Graz so wichtig ist: Es ist erfreulich, daß die erste AHS im Westen von Graz, sie ist leider erst in Planung, in dieser modernen, zukunftsorientierten Form ihre Verwirklichung finden soll. Diese neue höhere Schule soll die Reifeprüfung des Realgymnasiums mit einem Fachabschluß, der gewerberechtlich mit einer Gesellenprüfung gleichgestellt ist, verbinden. Die Abgänger dieser Schule werden damit die Möglichkeit der Entscheidung haben, entweder Studium an der Universität oder Eintritt in eine qualifizierte Berufstätigkeit, etwa als Nachrichtenelektroniker oder Kunststoffverarbeiter. Es sollte jedoch eine ganztägige Schulform in Erwägung gezogen werden, die Unterricht, Arbeit, Übung und Freizeit in einer sinnvollen zeitlichen Kombination verbindet.

Vielleicht ist es heute in einer Zeit der relativ bequemen, passiven Informationsvermittlung mehr denn je notwendig und wohl auch möglich, Frauen und Männer zu überzeugen, daß ständige Bildung erforderlich ist, daß es kein zu alt, zu spät, zu müde gibt, und es wäre zu wünschen, daß diesbezügliche Angebote noch besser angenommen werden, daß noch mehr Menschen Anteil am Lernen nehmen und daß dem der Erwachsenenbildung angemessenen Stellenwert durch die Bereitstellung der dafür benötigten budgetären Mittel Rechnung getragen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Die Vorschläge des Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher haben mich derartig beeindruckt, daß ich nachfragen mußte. Ich bitte daher um Entschuldigung, daß ich nicht auf meinem Platz war. Weil mich in dieser Debatte sehr beeindruckt hat, daß ein Hochschullehrer, nur einen Tag, nachdem ein Aktionskomitee sein Landespartei sekretariat besetzt hat, sich hierherstellt und unbeeindruckt (Abg. Pörtl: „Das hat sich nicht ausgezahlt!“) – bei mir hat es sich deshalb nicht

ausgezahlt, weil ich in diesem Zusammenhang nichts verbrochen habe – von dieser Besetzung Vorschläge unterbreitet, die er gestern sicher den streikenden und besetzenden Studenten nicht unterbreitet hätte. Auch sein Kollege Hafner hat das nicht getan. Das, was Sie gestern belebt hat, ist die „Softy-Besetzung“, wenn ich es so formulieren darf, sind die Geister, die man in der Vergangenheit gerufen hat. Das waren auch nicht Sie oder nur zum Teil Sie, sondern diejenigen, die gemeint haben, daß sie in die Öffnung der Universität gehen können, ohne den zweiten Satz dazuzusagen. Ich habe es noch erlebt, Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher, die Endphase Ihrer studentenpolitischen Tätigkeit, das war jene Zeit, wo meine begonnen hat, wir waren uns damals eigentlich alle im klaren, daß es eine Einschränkung, auch eine ziffernmäßige Zulassungsbeschränkung zu den Universitäten nicht geben darf, den berühmten Numerus clausus. Es ist aber nicht der zweite Schritt durchgeführt worden, nämlich daß man sehr genau und sehr deutlich – und das hat es nur in Ausnahmen dann gegeben – den Leuten, die ein Studium beginnen, sagt, bitte, Freunde von euch, die ihr heute anfängt, haben nur so oder soviel Prozent eine Chance, jemals in eurem Bereich einen Beruf zu bekommen. Das ist geschehen zum Beispiel bei den Ärzten. Da hat sich der Ärztekammerpräsident, den ich in anderen Bereichen überhaupt nicht schätze, aber hier hat er sich sehr bemüht in diesem Bereich, in vielen anderen nicht, so daß heute sich manche bemüht fühlen, zu glauben, jenen Forderungen nachgeben zu müssen oder jenen Gedanken nachgeben zu müssen, die lauten, bitte, wenn ich mich schon in diesem Bereich habe ausbilden lassen, dann hat für mich selbstverständlich der Staat eine Position für diese Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Das ist undenkbar. Undenkbar dann, wenn man vorher in aller Klarheit gesagt hat, Freunde, bitte, ihr könnt das selbstverständlich tun, nur müßt ihr davon ausgehen, daß ihr in eurem Bereich ganz sicher keine Position bekommt. Und da bin ich auch gar nicht zu eng in der Einschränkung, weil Sie sagen, es ist für Sie undenkbar, daß jemand mit einem akademischen Grad möglicherweise auch manuelle Arbeiten verrichtet, da bin ich nicht so eng wie Sie. Da bin ich bei Gott nicht so eng wie Sie, weil, wenn ich weiß, daß ich in diesem Bereich nie eine Position bekommen werde, wenn ich mein Studium beginne, das ich wirklich nur der Bildung wegen mache, was überhaupt nichts Schlechtes ist, dann darf ich mich hintennach nicht aufregen, wenn ich etwas anderes tatsächlich dann tun muß. Ich glaube, daß die Problematik die war, daß zwar alle davon geredet haben, daß die Universität und auch die Mittelschulen geöffnet werden müssen, um einen Bildungsboom zu haben, der Bildung willen, im Endeffekt aber dann tatsächlich Ausbildung gemeint haben. Und deshalb teile ich auch gar nicht die Meinung jener Initiative arbeitsloser Lehrer, die auch bei mir waren und gesagt haben, wir haben uns als Lehrer ausgebildet und der Staat hat zugelassen, daß wir als Lehrer ausgebildet worden sind, und deshalb hat der Staat auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns einen Lehrposten zur Verfügung zu stellen, und wenn neben jeden Schüler ein Lehrer hingestellt wird, aber es haben die Posten geschaffen zu werden. Ich teile das nicht, und das kann man auch nicht teilen, und ich halte das für ausgesprochen falsch. Ich habe mir,

meine Damen und Herren, auch die Rede des Herrn Univ.-Prof. Dr. Schilcher aus dem Jahre 1985 vorher kurz durchgelesen, wo er sich sehr eingehend und nach langer Zeit wieder, wie er sagt, mit der Frage der Wissenschaftsförderung und überhaupt mit den Wissenschafts- und Forschungsmitteln beschäftigt hat. Er hat damals, wie ich herausgefunden habe, nichts anderes gesagt wie heute, das heißt, es liegt möglicherweise nicht nur am Geld, das der Minister hat, sondern daß der Minister für seine Tätigkeit zu wenig Zeit aufwendet, das hat er heute nicht gesagt, wahrscheinlich deshalb, weil der nunmehrige Minister seit einem Jahr nunmehr seiner Partei angehört und an sich ein sehr exzellenter Wissenschaftler ist, nur glaube ich, ist er für die Wissenschaft und für die Forschung noch viel weniger durchschlagskräftig in der jetzigen Regierung als der frühere Minister in der vorherigen Regierung.

Er hat damals festgestellt, genauso wie heute, daß der Rektor in Wahrheit nur über 4 Prozent der Mittel wirklich verfügen kann (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „7 Prozent Budgetsteigerung!“), die restlichen 96 Prozent des Budgets vom Ministerium verwaltet werden. Ich würde vorschlagen, da könnte man wirklich ansetzen. Sie haben nunmehr die besseren Einflußmöglichkeiten, als Sie sie vielleicht vor zwei Jahren oder drei Jahren gehabt haben. Ich glaube, da sollte man wirklich versuchen, hier anzusetzen. Er hat damals, was mir heute gefehlt hat, auch kritisiert, daß die ganzen Willensbildungsprozesse wahnsinnig gehemmt werden durch die drittelparitätischen Gremien, wo man nicht einmal die Termine zwischen Professoren mittelbar und Studenten zusammenbekommt. Ich muß ehrlich sagen, es freut mich, daß Sie gelernt haben. In der Zeit, wo wir beide noch in der Hochschulpolitik tätig waren, haben Sie mit unerhörter Vehemenz die Drittelparität vertreten, eine noch viel intensivere Parität vertreten. Selbstverständlich. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Arbeitsplatzmitbestimmung!“) Die funktionsorientierte Mitbestimmung, verehrter Herr Kollege, ist jener Vorschlag, der von uns gekommen ist, daß wir gesagt haben, dort, wo einer etwas versteht, soll er mitreden und woanders nicht.

Meine Damen und Herren, es hat sich leider nichts zum Besseren gewendet im letzten Jahr, und dieser Frust, von dem der Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher gesprochen hat und den er als verständlich ansieht, dieser Frust ist halt eben genau in diesen Tagen zusätzlich noch entstanden in diesen Tagen, wo man halt immerhin ohne Rücksicht auf Fleiß, auf Studienerfolg, auf Intensität Maßnahmen setzt, die auch bei den Fleißigen, und das ist die Schwierigkeit, die ich sehe, im Jahr immerhin Nachteile von beinahe 90.000 Schilling bringen können. Da gibt es noch immer Eltern und Studenten, die wirklich nicht verstehen, warum das bei ihnen so sein soll.

Vielleicht noch zwei Sätze zu den Vorschlägen, die der Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher gemacht hat, weil immer wieder vorgeworfen wird, daß in der Politik prinzipiell abgelehnt wird, wenn es von jemandem anderen kommt, und nur dann zugestimmt wird, wenn man es selbst erfunden hat. Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Sie haben in mir einen Partner in Ihren Vorschlägen. Selbstverständlich, Sie haben einen Partner in mir, unabhängig davon, welche Linie sich auf der politischen Ebene, auf der Bundesebene entwickeln

wird. Ich halte es für gut, daß man bestimmte, schrittweise eingeführte Sozialleistungen auf der Hochschulebene, die zum Teil nur gemacht wurden, um einer Spontansituation vor Wahlen nachzuhelfen, Sie wissen das genausogut wie ich, abhängig macht davon, ob wirklich studiert wird, ob wirklich weitergegangen wird, ob wirklich Erfolg gegeben sein wird. Ich halte es auch für möglich, daß man neuerdings einen Studienbeitrag, wie es früher geheißen hat, einführt, wobei ich allerdings auch bitten würde, daß man überdenkt, ob auch dieser Beitrag möglicherweise noch viel höher ist, als Sie vorgeschlagen haben, aber auch von der Frage der Studienzeit und vom Studienerfolg abhängt. Es soll ein Anreiz für jene sein, die hingehen und die wirklich was tun, die wirklich etwas leisten, die Erfolg haben, die weiterkommen, und diejenigen, die Sie beschrieben haben, die hängenbleiben, weil sie nicht im Traum daran denken, nur eine einzige Prüfung zu machen, manche nur inskribiert haben in Wahrheit, um die Sozialversicherung zu haben, das ist ganz offen zu sagen, von diesem Bereich her kann ich mir vorstellen, daß man diesen Selbstbehalt, wie Sie ihn genannt haben, in der einen oder in der anderen Form selbstverständlich macht. Ich glaube, daß man diese Vorschläge nicht untergehen lassen sollte, wirklich nicht, und ich bin auch gerne bereit, diese Gedanken auch in jenen übergeordneten Bereichen zu vertreten, in denen ich annehme, daß auch Sie sie transportieren werden. Nur bitte, Sie haben den besseren Zugriff zu jenen, die im Augenblick die Entscheidungen zu treffen haben. Ich werde das sehr genau verfolgen und gelegentlich einmahnen, falls es Ihnen recht ist.

Vielleicht noch ein paar Sätze zu den Lehrern, wengleich mir unter die Haut gegangen ist die Bemerkung, daß eigentlich nie von den Schülern die Rede ist, sondern ausschließlich von den Lehrern. Vielleicht geht es den meisten so wie mir. Ich habe gerade heute nachmittag erfahren, daß mein Junior wiederum ein Nichtgenügend produziert hat, ich rede daher heute nicht sehr gerne über Schüler, sondern eher über die Lehrer. Seit es Freiheitliche in diesem Hause gibt, hat es bei jeder Budgetdebatte einen Resolutionsantrag in Richtung Objektivierung nicht nur der Lehrereinstellungen, sondern auch der Direktorenernennungen gegeben. Jahrelang hingegen sind wir mit diesen Zetteln allein geblieben, haben sie wieder eingepackt, beziehungsweise meine Vorgänger haben sie wieder eingepackt und wieder mit nach Hause genommen. Dann hat es ein paar Jahre gegeben, wo es wenigstens Zustimmungen gegeben hat, wengleich nichts geschehen ist. Ich bin froh, daß jetzt ein Vorschlag auf dem Tisch liegt. Ein Vorschlag, den ich so negativ nicht beurteilen möchte, wie es die Frau Kollegin Kammlander tut, weil in Wahrheit, machen wir uns nichts vor, das, was auf den Papierln steht, meist uninteressant ist, sondern in Wahrheit es nur wichtig ist, wie es die Leute handhaben, die die Papierln dann in der Hand haben. Das heißt, das ist eine Frage, wie man es durchführt. Ich halte das, was beschlossen worden ist, bei Gott auch nicht für die letzte Möglichkeit, sondern die Gestaltungsmöglichkeiten schränkt man sich nicht sonderlich ein, und ich weiß auch, daß das Motiv dieses ersten Schrittes der Objektivierung nicht der ist, daß man gescheiter geworden ist, sondern das Motiv ganz einfach in der Zahl der fertigen Lehrer und an den angebotenen

Stellen liegt. Das heißt, wenn man ein sogenanntes Objektivierungsmodell macht, dann hat man halt für jene 759 Lehrer, denen man keinen Posten anbieten kann, eine gute Ausrede, um ihnen zu sagen, tut mir leid, ich hätte wollen, aber diese blöden Objektivierungsbestimmungen haben leider verhindert, daß du deinen Posten bekommst. Das Motiv ist nicht unbedingt ein lauterer. Es soll mir aber egal sein, lieber Kollege Prof. DDr. Steiner, Hauptsache, wir gehen einen Schritt in Richtung Objektivierung weiter. Ich weiß, daß das ein mühsamer Weg ist, aber wir werden irgendwann zu Ergebnissen kommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, weil es auch im Budget ist, vielleicht noch einen Satz zur Jugendförderung sagen. Wir haben am 15. Mai 1984, also doch schon vor einigen Jahren, hier in diesem Haus mit großem Pathos, ich habe die Reden nachgelesen, die die Kollegen Schwab und Erhart gehalten haben, ein sogenanntes Jugendförderungsgesetz beschlossen, und alle haben gedacht, jetzt wird endlich das Paradies für die Jugendlichen ausbrechen. Ich habe mir erlaubt, damals anzumerken, daß überhaupt nichts geschehen wird, daß auch kein Groschen Geld mehr zur Verfügung stehen wird und daß sich auch in der Frage der Förderungspolitik nichts, aber schon gar nichts ändern wird. Ich habe das damals ein „Plakatgesetz“ genannt. Man schreibt auf ein Plakat: „Wir haben ein Jugendförderungsgesetz“, und alle glauben, es geschieht etwas Neues. Es hat sich auch so bewahrt, und es ist für mich eigentlich symptomatisch, daß der einzige Punkt, der wirklich einen konkreten Auftrag in diesem ganzen Jugendförderungsgesetz gibt, nämlich der Paragraph 9 – wo steht: „Die Landesregierung hat dem Landtag jährlich einen Bericht über die Tätigkeit der erforderlichen Maßnahmen (Jugendbericht) zu erstatten“ –, dieser einzige konkrete Auftrag überhaupt nicht erfüllt worden ist. Wir schreiben heute Dezember 1987. Wir haben das am 15. Mai 1984 beschlossen, und kein einziger Abgeordneter dieses Hauses hat jemals einen Jugendbericht gesehen. Mir fällt da auf, daß Sie vor etwa zwei Sitzungen einen Antrag eingebracht haben, wo Sie sehr lang, sehr breit und sehr richtig erläutern, daß es eigentlich ein Wahnsinn ist, was man da an Gesetzen beschließt, daß das kein Mensch mehr lesen kann und lesen will, daß in Wahrheit überhaupt nichts mit diesen Gesetzen geschieht und daß man wirklich einmal ernsthaft darangehen sollte, das alles zu durchforsten und zu schauen, was man wirklich braucht. Ganz ehrlich, dieses Jugendförderungsgesetz zum Beispiel ist eines der ersten, das man ersatzlos vergessen könnte. Ich sage das deshalb, weil bekanntlich der Plan besteht, nun ein Sportförderungsgesetz zu veranlassen. Schauen Sie, meine Damen und Herren, und ich will dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba nicht den Nipf vorwegnehmen, hier Dinge voranzutreiben. Nur, in Wahrheit befürchte ich, ist das dasselbe wie das Jugendförderungsgesetz. Es wird kein Groschen Geld mehr für die Sportförderung zur Verfügung stehen. Es wird wahrscheinlich sich überhaupt nichts an der Sportförderungspolitik ändern, denn sonst hätte er es bis jetzt nicht betrieben, wenn er sie nicht für gut befände. Ich gebe zu, es werden die Gremien ein bißchen geändert, es werden andere Leute über dasselbe Geld reden und es gleich verteilen wie bisher. Im wesentlichen wird nichts anderes getan werden, als in

der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß nun plötzlich das Paradies für die Sportler in der Steiermark ausgebrochen ist, weil man nun ein Sportförderungsgesetz beschlossen hat. Ich bitte herzlich. Vielleicht könnte man sich doch an den eigenen Zielsetzungen, die man im Landtag einbringt, orientieren und schon vor der Einbringung von Gesetzen sich überlegen, ob das, was man jetzt wirklich präsentiert, tatsächlich notwendig ist. Ich befürchte nämlich, und auch im Sportgesetz ist der Auftrag an den Referenten drinnen, dem Landtag einen Bericht vorzulegen, daß auch dieser konkrete Auftrag genauso behandelt werden wird wie der Auftrag, einen Jugendbericht vorzulegen, nämlich überhaupt nicht. Und, meine Damen und Herren, bevor wir das tun, wenn wir uns in diesem Hause ernst nehmen, lassen wir es lieber bleiben und bringen gemeinsam wirklich etwas weiter und tun nicht so, als ob mit Gesetzen irgend etwas in diesem Lande bewegt werden könnte. Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Kirner hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Kirner: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Aus der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, möchte ich einige mir sehr wichtig erscheinende Schwerpunkte herausgreifen. Nachdem heuer in der Zeit vom 9. bis 18. Oktober zum zehnten Mal in Leoben der Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ stattgefunden hat, möchte ich darüber einiges aussagen.

Ich weiß schon, daß in einem Wettbewerb, wo es um Kunst geht, eine statistische Betrachtung nicht unbedingt die wahre Aussagekraft sein kann, aber es soll mit wenigen Worten doch der gewaltige Umfang dieses eindrucksvollen Wettbewerbes ein bißchen näher und anschaulicher dargestellt werden. Die Begeisterung, die Spannung, Aufregung und das große Erfolgserlebnis kann man ohnehin nicht mit Worten ausdrücken, da muß man schon selbst dabeigewesen sein. 1661 jugendliche Teilnehmer bei den Landeswettbewerben im Frühjahr 1987 in allen österreichischen Bundesländern konnten registriert werden, wobei die steirische Teilnehmerzahl mit 144 die niederste in den letzten zehn Jahren war. Leider, muß man dazusagen. Mit der erbrachten Leistung der steirischen Teilnehmer konnte man aber überaus zufrieden sein, wovon man sich auch beim sehr gut besuchten Preisträgerkonzert im Grazer Stefaniensaal am 19. Mai dieses Jahres überzeugen konnte. Aus diesen vorhin genannten Vorentscheidungen in den einzelnen Bundesländern wurden 562 Preisträger nach Leoben eingeladen, die sich einer 51köpfigen – sehr strengen – Jury stellten. 143 Klavierbegleiter waren im Einsatz, und man kann sich vorstellen, wie viele Klaviere für diesen Wettbewerb daher notwendig waren. Mit diesen wenigen Zahlen wollte ich aufzeigen, was der Hannskoren-Preisträger-Verein „Jugend musiziert“ und der „Mann der ersten Stunde“ Prof. Mag. Friedrich Knoppek mit seinem bescheidenen Mitarbeiterstab geleistet haben – man kann ruhig sagen, Übermenschliches geleistet haben. Mir ist es daher unverständlich, daß trotz dieser Verdienste um das Musikland Österreich

seine dienstrechtliche Angelegenheit noch immer nicht gelöst werden konnte.

Meine Damen und Herren! Das faszinierende „Europäische Konzert“, die Preisträgerkonzerte und die Preisverteilung waren für alle, die daran teilgenommen haben, glanzvoller Abschluß und Höhepunkt dieses Festes der musizierenden Jugend Österreichs in der Montanuniversität. Diese Jugend Österreichs, die nicht auf den Titelseiten der Medien aufscheint, hat wiederum eindrucksvoll ihre Leistungsfähigkeit und Begeisterung sowie ein Beispiel für die Freude am Musizieren unter Beweis gestellt, wofür ich diesen jungen Menschen, aber auch den Eltern, Angehörigen, den Musikpädagogen und allen helfenden Stellen, vor allen Dingen auch der Stadt Leoben, herzlichen Dank sagen möchte. Danken möchte ich aber auch – und das spreche ich hier ganz besonders gerne aus – der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Kuratoriumsvorsitzenden Prof. Kurt Jungwirth und dem Landesfinanzreferenten Dr. Christoph Klauser, denn die geistige und materielle Hilfe der Steiermark war bisher Garant und Hauptträger dieses bedeutenden österreichischen Wettbewerbes „Jugend musiziert“ in Leoben.

Und wenn ich schon von der Jugend spreche, so möchte ich auch alle im Leobner Bezirksjugendausschuß vertretenen Jugendverbände – dem ich seit vielen Jahren trotz meines Alters, das darf ich dazusagen, angehöre, sei es seinerzeit als Betreuer des „Guten Films“ oder als Betreuer der Erwachsenenbildungsorganisation – und Institutionen, ohne sie einzeln aufzuzählen, hervorheben und ihnen meine besondere Anerkennung aussprechen, denn heuer werden bereits zum 14. Mal Jugendtage veranstaltet – mit oder ohne Jugendförderungsgesetz –, wobei die letzte Veranstaltung am 8. Dezember mit einem großen Jugend-Schachttag ausklingt und damit fast 20 Jugendveranstaltungen in einem verhältnismäßig sehr kurzen Zeitraum ein Ende finden. Auch diese Jugend gibt es – mit einem hohen Maß an Toleranz, Demokratieverständnis und Gemeinschaftsgefühl. Hier wird auch seitens des Landesjugendreferates wertvolle Hilfestellung geboten. Trotzdem sollte man auf die Jugend nicht vergessen, die nicht den Jugendverbänden angehört und dies nicht immer aus eigenem Verschulden. Im Jugendprogramm des Österreichischen Städtebundes vom Juni dieses Jahres kann man unter anderem lesen, ich zitiere: „Jugendpolitik in den Städten und Gemeinden muß Vorrang genießen und darf durch mangelndes Problembewußtsein nicht zur lästigen Pflicht werden.“ Soweit das Zitat. Ich meine, daß auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu diesem wichtigen Problemkreis zählt.

Meine Damen und Herren, nun noch einen kurzen Gedankensprung zu den Erwachsenen. Ohne auf die wichtigen Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der Erwachsenenbildungsorganisation und der Bildung im allgemeinen näher einzugehen – darüber haben bereits Landtagskollegin Erna Minder und andere Vorredner gesprochen und eine bedeutende Aussage getätigt – möchte ich doch sagen, daß vor wenigen Tagen Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, Mag. Rader, Kollmann und ich bei einer Diskussion auf der Montanuniversität waren. Ich bin damals gerade von dieser Gründungsversammlung der ersten Bezirksarbeitsge-

meinschaft der Erwachsenenbildungsorganisationen in Leoben unter Miteinbeziehung der VOEST-Lehrwerkstätte Donawitz und der VOEST-Bergwerksschule Eisenerz gekommen. Den Vorsitz führte damals der Volksbildungsreferent Prof. Mag. Karl Kalcsics in Leoben, wo diese Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde. Obwohl es auf Landesebene bereits seit 1980 eine solche Arbeitsgemeinschaft der steirischen Erwachsenenbildungsorganisationen gibt, waren wir der Meinung, daß auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Situation unserer obersteirischen Region dem Berufsförderungsinstitut, dem ländlichen Fortbildungsinstitut, dem Wirtschaftsförderungsinstitut und den sonstigen Erwachsenenbildungsorganisationen, wie evangelischem und katholischem Bildungswerk und dem obersteirischen Kulturbund, mit dem Steirischen Volksbildungswerk mehr noch als bisher eine besondere wichtige Aufgabenstellung zukommen wird und zukommt. Ich weiß schon, und da gebe ich dem Kollegen Prof. DDR. Steiner recht, daß ein Erwachsenenbildungsgesetz fehlt und es höchste Zeit wäre, ein solches zu bekommen, um auch die Kompetenzen dementsprechend aufzuteilen. Bei all diesen Bemühungen in der Erwachsenenbildungsorganisation darf ich sicherlich auch die Bemühungen unseres Ersten Landeshauptmannstellvertreters Hans Gross erwähnen, der ja selbst aus der Erwachsenenbildung kommt und immer wieder ein offenes Herz hat für diese wichtigen Probleme.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß. Vorige Woche erfolgte in Leoben in einer großen akademischen Feierstunde an der Montanuniversität Leoben die feierliche Inauguration des neu gewählten Rektors Dipl.-Ing. Dr. mont. Franz Jeglitsch, des Vorstandes des Institutes für Metallkunde und Werkstoffprüfung. In seiner Antrittsrede befaßte sich der neue Rektor sehr eingehend mit den Fragen der Bildung, Wissenschaft und Forschung in Österreich und über die Zusammenarbeit mit der Industrie. Er sagte unter anderem, ich darf zitieren: „Noch ist die Ausbildung der Absolventen gut. Sie werden überall gerne aufgenommen, und sie können sich, wie eine Umfrage gezeigt hat, gegen internationale Konkurrenz gut behaupten.“ Dies konnte auch kurz vorher in einem wissenschaftlichen Symposium mit großer internationaler Beteiligung an der Montanuniversität eindrucksvoll bestätigt werden. Im besonderen ging es dabei um den Wissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Zoltan Heinemann und um seine 25 Mitarbeiter, die nach zehn Jahren harter Aufbauarbeit am neu gegründeten Institut für Lagerstätten-technik nun weltweite Anerkennung finden konnten. Durch das 1981 als Abteilung der Forschungsgesellschaft Joanneum eingerichtete Labor für Lagerstättenphysik konnte auch ein überaus enger und erfolgreicher Kontakt zur Industrie hergestellt werden. Die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung im Landtag konnten sich schon selbst einmal von dieser beachtlichen Einrichtung überzeugen. Ich hoffe sehr, daß das vom Prorektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Klaus Jürgen Grimmer in dieser Feierstunde so sorgenvoll auch zum Ausdruck gebrachte Problem der Besetzung zweier offener Ordinariate des Fachgebietes Kunststofftechnik ehebaldest einer positiven Lösung zugeführt werden kann, da gerade auf diesem Fachgebiet eine besonders starke Nachfrage gegeben ist, die bei weitem das Angebot der Absolventen

übersteigt. Ich darf hier von dieser Stelle aus alle Stellen und Persönlichkeiten sehr herzlich bitten, diese Bemühungen tatkräftig zu unterstützen. Denn vielleicht ist gerade auch dies ein Beitrag zur Wirtschaftsbelebung in der Obersteiermark und für ganz Österreich.

Abschließend wünsche ich der Alma Mater Leobien-sis, die in drei Jahren ihr 150jähriges Jubiläum feiern wird, für die Lösung ihrer, und ich darf sagen, unserer allgemeinen offenen Wünsche und Probleme zum Wohle unseres Landes ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Die Frau Abgeordnete Pußwald hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem in unserer Schule neben dem eigentlichen Schulbetrieb auch Erwachsenenbildung im Rahmen des Volksbildungswerkes von St. Martin betrieben wird, möchte ich dazu ein paar Gedanken verlieren.

Erwachsenenbildung übernimmt Bildungsaufgaben, die die Schule und Berufsausbildung nicht abdecken konnten. Außerdem wird sinnvolle Nutzung der Freizeit, aber auch die berufliche Wiedereingliederung beispielsweise der Frau im Rahmen der Erwachsenenbildung getätigt. Als Träger der Erwachsenenbildungsinstitutionen treten neben Bund, Land und Gemeinden auch Kirchen, Kammern, diverse Vereine, Verbände und berufsbildende Schulen auf. Die ergänzenden Berufs- und Bildungsfunktionen werden in zwei Bereiche gegliedert. Der eine Bereich deckt den allgemeinbildenden Block ab, und der zweite Bereich gilt der Weiterbildung und der Fortbildung. Die Bildungshäuser des Landes, sie sind mit 19,5 Millionen Schilling dotiert, und in den Bildungshäusern der Religions- und Interessensgemeinschaften finden und fanden jährlich Tausende Landsleute die Möglichkeit, sich im ganzheitlichen Sinne weiterzubilden. Das große Anliegen der Erwachsenenbildung ist es aber auch, hinauszugehen aus den Bildungszentren, hin zu den Menschen, dort, wo sie leben und arbeiten, also in die Gemeinden und Betriebe. In etwa 300 Gemeinden der Steiermark gibt es die Volkshochschulen, das katholische, evangelische und das steirische Bildungswerk, auch die öffentlichen Büchereien. Diese einzelnen Träger arbeiten mit großem Engagement, Hunderte ehrenamtliche Mitarbeiter sind mit viel Fleiß und persönlichem Aufwand dabei. Diese Volkshochschulen der Arbeiterkammer bieten steiermarkweit in 200 Orten mehr als 3200 Kurse an. Rund 50.000 Hörer aus allen Bevölkerungsschichten besuchten im letzten Jahr die angebotenen Kurse. Das katholische Volksbildungswerk hat über 300 freiwillige Mitarbeiter, und es existiert in 200 steirischen Pfarren. Das Steirische Volksbildungswerk ist auch ein wichtiger Partner, um landeseigene Vorhaben, wie beispielsweise die Dorferneuerung, weiterzutragen. Der Urania der Steiermark wurde vor wenigen Wochen als Anerkennung für Verdienste 40jähriger beispielhafter Volksbildungsarbeit das Recht verliehen, das steirische Landeswappen zu führen. Diese bisher genannten Institutionen gehören vor allem den sogenannten allgemeinbildenden Erwachsenenbildungsorganisationen an. Sie sind in erster

Linie persönlichkeitsbildend tätig und lassen das berufliche Erfahrungsfeld dabei aber nicht außer acht.

Ein Dilemma unserer Zeit, sagt Solschenizyn, ist die Sinnkrise, denn die wirkliche Armut der westlichen Welt sei die Wertarmut. Die Erwachsenenbildung hat sich daher zu bemühen, dem einzelnen den Mut zu geben, seinen Wertvorstellungen entsprechend und in einer Gemeinschaft selbstverantwortlich zu leben. In unserem Bundesland fallen zwei Tendenzen auf. Während in der Allgemeinbildung bis zu 80 Prozent der Teilnehmer Frauen sind, ist es in der beruflichen Weiterbildung gerade umgekehrt. Überall, wo es um Persönlichkeitsbildung geht, sind Frauen überproportional vertreten. Die Frage ist, was passiert mit den Männern? Daraus folgt natürlich auch eine Imagepflege für die allgemeine Weiterbildung. Nicht selten hört man da aus dem Männerbereich: Wirklich gelernt wird in der Erwachsenenbildung ohnehin nur in der beruflichen Weiter- und Fortbildung. Ich möchte gegen dieses Image vehement ankämpfen. Man kann die Erwachsenenbildung nicht nur an quantitativ meßbaren Berechtigungen werten. Es geht auch um wichtige gesellschaftliche und bildungspolitische Fragen. So ist es ganz wesentlich für Frauen und Mütter, die nach den familiären Pflichten wieder in das Berufsleben eintreten möchten, über die Erwachsenenbildungsanstalten die Möglichkeit zu haben. Im Gutachten, das von der Landesregierung in Auftrag gegeben wurde, Perspektiven der steirischen Wirtschaftsförderung, ein Konzept mit weitem Horizont, das Ihnen ja auch zugegangen ist, wird unter anderem festgestellt: Die gesellschaftlichen Innovationen werden in die Richtung zielen müssen, zunächst eine entsprechende Bewußtseinsbildung zu schaffen, Lebensmuster und Gestaltungsvarianten anzubieten, da derzeit Phantasie und Gestaltungskraft des einzelnen offenbar nicht ausreichen, vorbildlos entsprechende Verhaltensweisen zu entwickeln. Entsprechende Aufgaben können von der Schule, von Erwachsenenbildungseinrichtungen, aber auch marktmäßig von Firmen angeboten werden. Diese erheblichen Aufgaben in diesem Bereich liegen in der Aus- und Weiterbildung der Lehrer und der Erwachsenenbildner. Schwerpunkte in der beruflichen Weiterbildung sind die Einrichtungen der drei Kammern, die auch nicht rein funktionsorientiert sind.

Das ländliche Fortbildungsinstitut kann in dieser Organisationsform auf ein 15jähriges erfolgreiches Wirken zurückblicken. 2000 Veranstaltungen wurden von rund 100.000 Menschen besucht. Um der Umweltberatung in der Landwirtschaft verstärkt nachkommen zu können, werden zurzeit 20 qualifizierte arbeitslose landwirtschaftliche Beratungskräfte für Umweltberatung ausgebildet. Ihre Aufgabe ist die Verbesserung der Boden- und Grundwasserverhältnisse in der Steiermark, der gezielte Einsatz von Düngungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen, Umweltschutz am Bauernhof und die Erstellung eines Pflanzenschutzmittelauswahlprogrammes im Ackerbau. Das Berufsförderungsinstitut als Schulungs- und Bildungseinrichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte bietet über die Arbeitsmarktverwaltung Kurse zur Umschulung und Weiterbildung. Diese Umschulungszentren werden gerne von arbeitslosen Bildungswilligen besucht. Dies waren in den letzten vier Jahren über 11.300 Personen.

Es kann bemerkt werden, daß über 80 Prozent dieser Absolventen unmittelbar nach ihrer Ausbildung einen Job gefunden haben. Fast 95 Prozent der Unternehmer beurteilen rückblickend die Entscheidung, einen Absolventen des Wirtschaftsförderungsinstitutes der Handelskammer eingestellt zu haben, als gut. Das kann nur mehr eine bestätigende Aussage für diese Institution sein.

Alle steirischen Erwachsenenbildungseinrichtungen arbeiten mit ganz geringem Personalaufwand und mit großer finanzieller Unterstützung des jeweiligen Trägers. Ich möchte mich hier ganz besonders beim Land bedanken, denn es sind immerhin über 25 Millionen Schilling im Voranschlag für das laufende Jahr für die gesamte Erwachsenenbildung der Steiermark veranschlagt. Um die nun größer werdenden Anforderungen bewältigen zu können, mögen die Zuwendungen aus der öffentlichen Hand auch nicht versiegen und geringer werden. Ein Wort will ich noch zur Zusammenarbeit zwischen Schule, Erwachsenenbildung und Wirtschaft sagen.

Die Zusammenarbeit müßte verstärkt werden, um den wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft auch gewachsen zu sein. Allgemeinbildung und Berufsausbildung können miteinander verknüpft werden. Ich möchte auch noch ein Beispiel zur AHS bringen. Neben der AHS wäre es möglich, nicht gezielte einzelne Lehrabschlüsse anzustreben, sondern Berufsfelder anzusprechen. Als Beispiel die Holzverarbeitenden Berufe, nicht den Tischler, den Drechsler oder den Zimmerer als konkreten Lehrabschluß und als Ausbildungsziel anzupeilen, sondern grundsätzliche gemeinsame Wissens- und Könnensbereiche, die Spezialisierung nach Abschluß der schulischen Ausbildung und nach einer einjährigen einschlägigen Praxis anzubieten. In der Erwachsenenbildung müßte es besser gelingen als im Schulbereich, daß man die persönliche Begabung und die Leistungsanforderung, die konkrete Erlebniswelt mit abstrakten Denkleistungen, das Geschichtsbewußtsein und die Zukunftsorientierung, Naturwissenschaftliches und Philosophisches, aber auch Phantasie und Logik miteinander verbindet. Die zukünftige Bildungspolitik und Erwachsenenbildung kann nur die Persönlichkeitsbildung im ganzheitlichen Sinne im Auge haben und so dem Prinzip der permanenten Weiterbildung Rechnung tragen. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem Herrn Kollegen Gennaro das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, wir haben noch acht Wortmeldungen ohne Regierungsmitglieder. Wir wollen heute die Tagesordnungsgruppe 2 noch fertig machen, und ich bitte Sie, etwas zu kürzen.

Damit erteile ich dem Kollegen Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Den Appell der Präsidentin werde ich mir zu Herzen nehmen und ganz kurz aber doch zu einem Thema sprechen, weil das in der Öffentlichkeit irgendwie immer untergeht: das sind die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen. Und daß Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher nicht sagen kann, es wird nur über Lehrer gesprochen, werde ich mich auf die Schüler konzen-

trieren. Wenn über 50 Prozent aller Pflichtschulabgänger ihren weiteren Weg über die Berufsausbildung im Betrieb einschlagen, meine Damen und Herren, unterliegen sie damit dem Berufsausbildungsgesetz und müssen demnach auch die Berufsschule besuchen. Es gibt zurzeit in Österreich über 160.000 Berufsschüler, die entweder eine lehrgangs- oder jahrgangsmäßig geführte Berufsschule besuchen. Obwohl es sich um eine der größten Schultypen handelt, hat die Berufsschule leider Gottes in der Öffentlichkeit einen sehr geringen Stellenwert. Auch innerhalb des dualen Ausbildungssystems besitzt die Berufsschule nicht nur wegen des geringen Zeitanteils an der Gesamtausbildungszeit weniger Bedeutung, auch wegen des nur begleitenden Unterrichts. Hier wird in Zukunft eine Änderung erfolgen müssen, damit eine stärkere inhaltliche Koordination zwischen den Lehrplänen und den Berufsplänen erfolgt. Die Vermittlung der Fertigkeiten und Kenntnisse im theoretischen und praktischen Bereich muß unbedingt abgestimmt werden. Die Berufsschule darf die technischen Entwicklungen nicht aus den Augen verlieren. Zwei Drittel der Lehrlinge beklagen die enorme Belastung, die durch die Fülle des Lehrstoffes auftritt. Vor allem müssen die Bereiche neue Technologien, EDV, in den verschiedenen fachspezifischen Gegenständen abgedeckt werden. Als Fremdsprache wird von den Schülern Englisch, und zwar von der überwiegenden Mehrheit in Form eines Pflichtgegenstandes, verlangt. Dies bedeutet aber eine Verlängerung der Berufsschulzeit. Ich habe persönlich nichts dagegen, wenn in den Berufsschulunterricht das Fach „Religion“ eingebaut ist, nur bin ich der Meinung, sollte schon in der Pflichtschule dieses Wissen vermittelt werden und die Berufsschule eigentlich nur die Aufgabe haben, für die berufliche Qualifikation zu sorgen.

Meine Damen und Herren, nachdem die Steiermärkische Landesregierung aus dem Landesbudget wesentliche Mittel zur Erhaltung und Führung der Berufsschulen sowie der angeschlossenen Internate aufbringt, muß folgendes festgestellt werden. Der von mir bereits angeführte geringe Stellenwert der Berufsschule geht bis in die Landesregierung, wenn zum Beispiel der Berufsschulbeirat in so häufigen Abständen, wie zirka drei bis vier Jahre, tagt oder einberufen wird. Die derzeitige Situation in den steirischen Landesberufsschulen veranlaßt die Jugendlichen nicht zu Jubelschreien. Das zeigt eine Umfrage der Arbeiterkammer und Gewerkschaftsjugend. Ich möchte nur zwei Beispiele herausgreifen: 65 Prozent der Schüler treten für eine freie Aufteilung der Lehrinhalte ein. Ebenfalls sind über 65 Prozent der Lehrlinge in den Internatsberufsschulen untergebracht, und sie finden, daß die Leistungen, die ihnen dort geboten werden, in einem krassen Gegensatz zu den für die Schüler hohen Kosten stehen. Das heißt im Klartext, daß Unterbringung, Verpflegung und die Betreuung durch Lehrer, die oft gleichzeitig Erzieher sind, von den Schülern nicht sehr geschätzt werden. In diesem Zusammenhang stelle ich drei Forderungen:

Erstens: Nachdem die steirische Landesregierung wesentliche Mittel zur Internatserhaltung zu den Berufsschulen zuschießt, daß eine Offenlegung der echten Internatskosten zu erfolgen hat, weil es in allen Bundesländern, und auch in der Steiermark, sehr

unterschiedliche Kostenbeiträge gibt. Die Wertigkeit der Berufsschule muß erhöht werden. Eine Ausdehnung der Unterrichtszeit erweist sich im Hinblick auf die neuen Anforderungen im Berufsleben als dringend notwendig.

Zweitens: Die Realisierung der langjährigen Forderung der Gewerkschaftsjugend und der Interessensvertretungen der Arbeitnehmer, nämlich, die Möglichkeit zu geben, neben Bundesheer, Firmen und anderen Organisationen in den Berufsschulen vorzutragen und die Schüler über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären, nachdem dies scheinbar von den Lehrern nicht im ausreichenden Maße gewährleistet ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Wer sagt das?“) Bis dato wird dies vom steirischen Landesschulrat mit dem Argument verhindert, daß genügend qualifizierte Lehrer vorhanden sind und daher ein Vortragen von Arbeiterkammer- oder Gewerkschaftsfunktionären auch in Zukunft nicht vorgesehen ist. Herr Kollege Dr. Dorfer, sogar in Tirol ist es neben anderen Bundesländern möglich, die Leute in den Berufsschulen über ihre Rechte und Pflichten seitens der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft zu informieren. Erkundigen Sie sich in Tirol, dann werden Sie das sicher zur Kenntnis nehmen (Abg. Dr. Dorfer: „So schlecht sind die Lehrer nicht!“) und setzen sich vielleicht ein, daß wir auch in der Steiermark die gleichen Bedingungen bekommen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir machen keine Handelskammerverträge!“)

Meine Damen und Herren, die Berufsschule soll kein Anhängsel sein, sondern eine Bildungswerkstätte, Herr Dr. Dorfer, für die Fachkräfte von morgen, die unsere Wirtschaft sicherlich braucht.

Drittens: Wenn die Berufsschulen und der vom Land Steiermark installierte Beirat einen dementsprechenden Stellenwert besitzen sollen, nicht nur eine Alibi-handlung, so fordere ich, daß mindestens, wenn nicht früher notwendig, alljährlich eine Beiratssitzung einberufen wird.

Ich möchte aber abschließend allen Lehrern, Berufsschullehrern, danken, die sich wirklich bemühen, oft bestehende Mängel zu beseitigen und sehr offen für eine sachliche Kritik sind. (Beifall bei der SPÖ).

Präsident Klasnic: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Göber, der ich das Wort erteile.

Abg. Göber: Frau Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich werde wirklich versuchen, mich kurz zu fassen. Trotzdem möchte ich einige Gedanken einbringen, und zwar, daß ich meine, daß unsere Bildungspolitik zurzeit nicht rund läuft. Wir alle haben Sprechtag, und es ist für mich einfach erschütternd, wenn junge Leute kommen und mir erzählen, die maturiert haben, und sagen, sie haben gestern schon zwanzig Bewerbungsschreiben geschrieben, sie kommen nirgends unter, sie finden keinen Beruf. So finde ich das einfach dramatisch. Ich stehe persönlich sehr positiv zur AHS, denn auch ich kann mich noch zurückerinnern, wie schön es ist, wenn man das Maturazeugnis in der Hand hat, aber ich glaube, man darf heute schon sagen, daß es keine Einheitsschule sein soll und keine Einheitschule werden soll. In die AHS, meine ich, soll wirklich unsere Elite gehen. Und wenn diese Elite meint, sie findet das Glück im Weiterstudium, so muß man ihnen die Möglichkeit geben.

Ich möchte heute nur kurz für die Hauptschule eintreten. Warum möchte ich das? Wir von der älteren Generation erinnern uns vielleicht noch zurück, was seinerzeit die Menschen wußten und konnten, die die gute Bürgerschule besucht haben. Es gab dann lange Zeit auch ein gutes Image für die Hauptschulen. Plötzlich sackte es ab. Ich möchte dazu beitragen, daß unsere Hauptschulen wieder aufgewertet werden. Vielleicht gelingt damit auch gleichzeitig eine Aufwertung der Mittelschule. Warum ist mir das ein Anliegen? Wir aus der Wirtschaft beziehen unsere Lehrlinge in erster Linie aus den Hauptschulen. Und wenn die ununterbrochen nur hören, diese Schüler und vor allem auch die Eltern, ja du gehst nur in die Hauptschule, so ist das ein Abwerten. Wenn der junge Mensch die Hauptschule besucht, anschließend das neunte Schuljahr mit dem Polytechnikum macht, so hat er eine abgeschlossene Schulbildung. Er geht in die Lehre und kann dann ein selbständiger Unternehmer werden. Er kann Gewerbetreibender werden, er kann vieles anfangen. Bitte, wir reden alle immer, wie notwendig heute die private Wirtschaft ist. Wenn wir die Hauptschule nicht aufwerten, so kann der zukünftige junge Unternehmer kein Rückgrat haben, weil er sich immer nur sagen muß, ich habe nur die Hauptschule, und ich habe nicht die optimalste Ausbildung. Ich möchte die Zahlen heute gar nicht erwähnen, denn die wurden schon eindringlich überall gesagt. Ich persönlich stehe auch zur Neuen Hauptschule, und zwar aus folgendem Grund: Der zweite Klassenzug war für das Kind in allen Fächern eine Degradierung. Ich finde, es entspricht dem Menschsein, daß er nicht in jedem Fach hundertprozentig sein kann und nicht in jedem Fach gut sein kann. Ich finde es nicht als dramatisch, wenn man in einer Gruppe, in der dritten Leistungsgruppe, ist, ich finde das sogar normal, und andere in der ersten Leistungsgruppe. Ich glaube, wir müssen auch aus anderen Gründen zur Neuen Hauptschule stehen. Wir können doch im Leben nicht ununterbrochen etwas negieren. Ich glaube, die Schulversuche sind 10 bis 15 Jahre lang gelaufen, und man müßte dann meinen, da haben sich Leute damit befaßt, die überhaupt nichts davon verstehen, wenn das heute kein Erfolg sein sollte. Also ich meine, wir alle haben die Verpflichtung, zu dieser Neuen Hauptschule zu stehen. Ich meine, es ist ein Fortschritt. Mit den Lehrplänen der Hauptschule, vielleicht bin ich nicht ganz richtig informiert, aber ich glaube es doch, kann sich vielleicht die Wirtschaft nicht ganz identifizieren aus dem einen Grund, weil die Lehrpläne auf dem Wissensstand von 1981 basieren und soviel ich weiß, wird das alle zehn Jahre revidiert und korrigiert, und die neuen Diskussionen fänden dann im Jahre 1991 statt. Ich glaube, das geht etwas weitaus zu langsam vor sich. Ich meine, alle, die mit Schule zu tun haben, müssen da versuchen, daß man sich dem raschen wirtschaftlichen Wandel etwas schneller angleichen könnte. Es ist aktuell und höchst notwendig.

In letzter Zeit wird sehr viel von der EG gesprochen. Wir in Gleisdorf haben eine ganz intensive und großartige Europajugend, die sich schon seit 20 Jahren mit dem Europagedanken befaßt, und erst vergangene Woche fand eine volle Woche mit Diskussionen über Europa statt. Ich möchte auch die Lehrer ersuchen und fragen: Wie werden wir denn den Weg nach Europa finden, wenn nicht schon längst in unseren Schulen,

auf den Hochschulen, in den Mittelschulen, aber auch in den Hauptschulen der Europagedanke Eingang findet? Wie sollen denn unsere Leute lernen, wenn sie heute noch die Portugiesen, die Deutschen und die Engländer als Ausländer betrachten? Ich glaube, hier ist es höchst notwendig, daß im Schulbereich das angenommen wird.

Was wünscht sich die Wirtschaft von der Hauptschule? Ich möchte das nicht dramatisieren, aber ich glaube, es gehört noch immer zur wichtigsten Ausbildung, daß man Rechtschreiben kann, und es hapert dabei. Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn unsere Kunden mit einem falsch geschriebenen Paragonblock nach Hause gehen und sagen: Schaut euch die Wirtschaftstreibenden an, welchen Wissensstand die haben. Ich ersuche höflichst, die Rechtschreibung und die vier Grundrechnungsarten in den Hauptschulen sind noch immer das wichtigste, denn auch unsere Computer können einmal ausfallen, und dann muß der junge Mensch abschätzen können, wieviel zwei mal soundsoviel ist. Auch würde ich sehr bitten, wenn das Elternhaus versagt, und leider ist das oftmals der Fall, daß sich die Lehrer engagieren, wie sich ein junger Mensch im Betrieb zu benehmen, zu verhalten hat. Es ist oftmals sehr mühsam, daß man ihm erklärt, daß man bitte und danke zu sagen hat, daß er zum Kunden höflich zu sein hat, daß man einen Akademiker vielleicht anders ansprechen muß als einen Kleinbauern, und da hapert es total. Ich weiß schon, daß das nicht die Totalaufgabe der Schule ist, aber es wäre mir ein Anliegen.

Auch den polytechnischen Lehrgang, glaube ich, sollen wir nicht abwerten. Es ist unser neuntes Schuljahr, und dieses rundet das Wissen der Hauptschulen ab. Ich glaube, da begehen wir wieder den gleichen Fehler. Es hat Startschwierigkeiten gegeben, keine Frage, wie bei der Hauptschule, und nun hat sich das Polytechnikum ein Image eingehandelt, das es eigentlich überhaupt nicht mehr verdient. Natürlich sollten auch wir Wirtschaftstreibenden dazu beitragen und vielleicht das Abschlußzeugnis vom Polytechnikum verlangen und nicht, wie so häufig, noch immer von der Hauptschule. Das Ende des neunten Schuljahres ist das Polytechnikum.

Ich möchte ein Beispiel sagen. Ich durfte bei der Eröffnung der Mittelschule in Birkfeld dabei sein. Es gab sehr viele Festredner, und diese Schule heißt Bundesgymnasium und polytechnischer Lehrgang, und von den ganzen Rednern hat eigentlich keiner vom polytechnischen Lehrgang gesprochen, sondern nur von der AHS. Ich glaube, wir sollen da vorsichtig sein und diese Schüler und auch nicht die Eltern abwerten.

Bildung, Ausbildung und Berufsbildung sind sicher eine große Waffe gegen die Arbeitslosigkeit. Die wirtschaftlichen Maßnahmen ganz allein werden das alles nicht schaffen können. Ich glaube, wir alle sind dazu aufgerufen, die Vielfalt unserer Schulen anzunehmen, positiv zu ihnen zu stehen und vor allem, daß wir unsere jungen Leute und die Eltern aufklären, daß sie nicht die Berufswahl der Vergangenheit wählen, sondern daß sie sich für die Zukunft entscheiden. Danke schön.

Präsident Klasnic: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich bei dieser Gelegenheit den Herrn Landeshauptmann Prof. Jungwirth ansprechen, und zwar zu meinem langjährigen Anliegen Hauptschulbau Lannach. Ich möchte hier nicht den Streit suchen, Herr Landeshauptmann, sondern den Weg und hier die Wünsche eines Abgeordneten insofern deponieren, daß ich wirklich unschlüssig bin, wie ein Abgeordneter es schaffen kann, in der Beziehung mit der Landesregierung, mit einem zuständigen Referenten, überhaupt erfolgreich arbeiten zu können.

Inhalt: Es geht um den Hauptschulbau Lannach. Der Wunsch führt auf das Jahr 1969 zurück, damals wurde nämlich im Zuge der Gemeindegemeinschaften dieser Wunsch deponiert, neuerlich artikuliert 1975 anlässlich der Fertigstellung des Volksschulbaues in Lannach, letztlich Landtagsanträge 1980 und dann die entsprechenden Wiederholungsanträge, weil nie behandelt. Entsprechende Anfragen hier im Haus, Äußerungen Ihrerseits: Nicht möglich, weil der Sprengel dafür zu klein sei, die Schülerzahlen noch nicht erreicht seien. Das ist sachlich richtig, Ihre Aussagen in der Öffentlichkeit sind richtig und nicht bestreitbar. Leider wird Ihrerseits nicht dazugesagt, daß es noch andere Möglichkeiten bzw. Wege gäbe, die Sie nicht gehen wollen. Warum Sie die nicht gehen wollen, ist mir leider bis heute verborgen geblieben. Wenn mit diesem Wunsch nach einer besonderen Hauptschule, nämlich einer ÖKO-Hauptschule, hier ein Ausweg gefunden wird, selbst dann würde sich für mich die Frage stellen, Herr Landeshauptmann Prof. Jungwirth: Wäre es nicht doch gescheiter, die in unmittelbarer Nähe von Lannach wohnenden Kinder beziehungsweise Eltern, nämlich aus Tobisegg, aus Oisnitz, jedenfalls in Richtung Lannach auf den Weg zu bringen und nicht in Richtung Preding? Jetzt zum Stil.

Wenn wir hier formal Anträge einbringen beziehungsweise es Unterschriftenaktionen gibt, der Bürgermeister ein Briefchen schreibt, daß wir Sie ansprechen, bitten, die Dinge zu prüfen, Sie eine Überprüfung zusagen, aber nie eine sachliche Begründung für ein Nein liefern, eskaliert die Auseinandersetzung naturgemäß. Es geht gar nicht anders, als daß man Stellung bezieht, weil man ja dort dann jeweils in einem Gremium Rede und Antwort stehen muß, und natürlich kommt es dann so heraus, man geht optisch auf den politischen Gegner los und sucht das parteipolitische Hick-Hack. So ist das nicht beziehungsweise so wünsche ich es mir nicht, nur letztlich ist es das Ergebnis beziehungsweise der derzeitige Zustand. Die eine Frage wäre natürlich die, gäbe es nicht eine Form, wo Sie uns, Sie mir, Sie denen, die da versprechen, die da aktiv sind, ob das das Bürgerforum ist, der Bürgermeister, die Gemeinderäte sind, eine Begründung geben, die sachlich so ist, daß man sie weitergeben kann, egal ob ja oder nein. Muß es wirklich zu einer Fernsehsendung kommen, zu einer Auseinandersetzung über die Öffentlichkeit, muß es Auseinandersetzungen in der Zeitung geben? Ich habe heute schon zum Thema Raumordnung gesprochen und gesagt, daß einiges versäumt worden ist beziehungsweise wir sind hinter diesen Dingen her. So ein Hauptschulbau ist ein typisches Beispiel dafür, weil das könnte auf einer ganz sachlichen Ebene insofern abgewickelt

werden, als in einem Regional- beziehungsweise Sachprogramm einfach steht, daß es vernünftig ist, auf Grund der Entwicklung in Lannach eine Hauptschule zu bauen oder nicht oder in Preding auszubauen oder nicht. Da kann man das sehr emotionslos und sachlich einbringen, wenn man das Instrument der Raumplanung nützt, und dafür wäre es eigentlich gut. Ich würde Sie sehr bitten, daß wir nicht warten, bis wieder eine Fernsehsendung in Lannach stattfindet, sondern vorher versuchen, eine Lösung zu finden. (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Ich warte nur, bis die Kinderzahl stimmt. Es gibt kein Privileg für Lannach!“) Ich weiß, das ist ein Standpunkt, Herr Landeshauptmann (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Die Schülerzahl stimmt nicht!“), eine Argumentation, die nicht ausreichend und umfassend ist. (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Sie sind nicht die einzige Gemeinde, die ein Privileg haben will!“) Es hat damit überhaupt nichts zu tun. Warum können Sie die Sprengel Preding und Lannach nicht so teilen, daß für beide Schulen die 200-Schülerzahl herauskommt? Warum geht das nicht? Begründen Sie das bitte. Das ist das Problem, daß die betroffene Bevölkerung sich das ja wünscht. (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Die Schülerzahl stimmt nicht!“) Sagen Sie mir nicht, bitte, das gleiche, das können Sie sich ersparen, weil das haben wir in der Zeitung schon gefunden. (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Wenn Sie mich das gleiche fragen, kann ich nur das gleiche antworten!“) Dann verzichte ich ganz formell auf diese Antwort, wenn Sie mir nichts Neues zu sagen haben, Herr Landeshauptmann. (Abg. Pinegger: „Nicht die Sachproblematik bewegt dich, sondern die Auseinandersetzung!“) Wenn das Ihr Standpunkt ist, dann können wir die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit ja weiterführen, wenn Sie sich das wünschen. (Abg. Pörtl: „Ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter bekannt als unsachlich?“) Dann hast du nicht richtig zugehört. Es tut mir leid, wenn du das auch so empfindest. Jedenfalls wünsche ich dir nicht, daß du jemals in diese Rolle der Auseinandersetzung kommst, daß das sachliche Bemühen letztlich so dargestellt wird, als ob man die parteipolitische Auseinandersetzung sucht. Genau darum geht es nicht. Aber mit diesem Verhalten geht es eben nicht anders. Ich kann es belegen und beweisen, seit 1980. Es schaut nur niemand zu, und es hört niemand zu. (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Sie können es nicht belegen!“) Selbstverständlich kann ich es belegen, Herr Landeshauptmann. Ich könnte es belegen, und außerdem tue ich mir ein bißchen schwer, weil ich Leute nicht zitieren kann, die mir dazu auch Aussagen gegeben haben (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Dann können wir nicht miteinander reden!“), das kann ich leider nicht, weil ich mich gebunden fühle. (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Sie können jeden zitieren!“) Das tut mir leid, das Handicap habe ich in dem einen Punkt, daß ich Ihnen eine ganz bestimmte Sache nicht beweisen kann, weil ich eine Aussage, die mir gegenüber getroffen wurde, nicht verwenden kann, weil ich den Herrn nicht in Verlegenheit bringen möchte.

Zum Thema Forschung und Forschungsförderung zurück, meine Damen und Herren. Ich wollte mich eigentlich dazu melden, aber nachdem die Themen zu

einer Gruppe gehören, konnte ich dem Versuch nicht widerstehen, hier den Herrn Landeshauptmann Prof. Jungwirth in dieser Frage anzusprechen. Aber es war offensichtlich nutzlos.

Zur Wissenschafts- und Forschungsförderung, ja, jene, die meinen, ich werde zur Forschungsgesellschaft Joanneum sprechen, möchte ich nicht ganz enttäuschen, nach all diesen Auseinandersetzungen, Untersuchungsausschuß, Gesellschaftsänderung, letztlich bin ich in den Gesellschafterausschuß nominiert worden. Leider hat erst eine Sitzung stattgefunden. Es wäre der Sache dienlicher gewesen, es hätte schon mehr Sitzungen gegeben, ich sehe aber andererseits ein, daß die dort jetzt neu eingesetzten Geschäftsführer wirklich kein leichtes Leben haben. Es war hoch an der Zeit, daß diese Umstrukturierung stattgefunden hat, diese organisatorischen Veränderungen und Maßnahmen getroffen wurden. Es haben sich leider die Aussagen der Rechnungshofberichte durchaus bestätigt, und die Geschäftsführer geben zu, daß das Schlamassel viel größer ist, als sie befürchtet haben. Sie haben einiges aufzuräumen. Jedenfalls haben wir guten Grund, daran zu glauben und davon auszugehen, daß dieser wichtige Bereich der außeruniversitären Forschung fortgeführt werden kann, daß er sich weiterentwickeln kann. Einerseits deshalb, weil jetzt doch eine größere Basisfinanzierung freigegeben wurde beziehungsweise wird, und andererseits, weil eben organisatorische Lösungen getroffen wurden. Das zu diesem Thema.

Ich möchte jetzt nur ganz kurz die Budgetdebatte doch dazu nützen, an eine Tagung im März dieses Jahres zu erinnern zum Thema: „Die Stellung der österreichischen Universitäten im Wandel der Arbeitswelt – Möglichkeiten der Kooperation zwischen Arbeitnehmervertreter und Universitäten.“ Initiiert wurde diese Veranstaltung seinerzeit von der Hochschülerschaft zusammen mit Gewerkschaftsvertretern. 400 Teilnehmer an dieser Tagung gaben Zeugnis von der Relevanz dieses Themas. So sehr wir uns darüber einig sind, ich nehme an, einig sind, sehr verehrte Damen und Herren, daß eine moderne Industriegesellschaft von den Ergebnissen beziehungsweise von dem Umsetzungsvermögen aus Forschung und Entwicklung lebt, so sehr sind die damit verbundenen Probleme bisher nicht bewußt und im vorhinein beachtet worden. Technik ist durchaus in Instrument dafür, den wirtschaftlichen Wettlauf zu bestehen. Technik kann ein Instrument zur Erleichterung von menschlicher Arbeit sein, Technik kann aber auch Verminderung der Lebensqualität bewirken. Und besonders in diesen Zeiten der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird natürlich vorrangig darauf geachtet, daß man die Beschäftigung sichern kann. Man verwertet sehr gerne und eilig wissenschaftliche Ergebnisse, aber Kriterien, wie Sozial- und Umweltverträglichkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen, werden kaum untersucht und werden als Randprobleme nur so weit beachtet, als schon bestehende Einschränkungen eben Beachtung finden. Leider ist es aber meistens so, daß diese Einschränkung, die gesetzlichen Auflagen, ja hinterher kommen. Das heißt, das ist fast eine Zwangsfolge. Dadurch ergibt sich diese interessante Idee beziehungsweise dieser Vorschlag von Bürgermeister Stingl, ein Institut „Technik, Arbeitswelt und Kultur“

einzurichten. Ich möchte daran erinnern. Ich möchte das Land bitten, hier auch mitzuwirken und zusammen mit dem Bund in die Richtung tatsächlich etwas zu tun. Ich glaube, daß eine derartige Einrichtung durchaus dazu beitragen kann, daß die politisch Verantwortlichen an Hand von wissenschaftlichen Unterlagen und Erkenntnissen in die Lage versetzt werden können, die Rahmenbedingungen so zu schaffen, daß möglichst auf Probleme, die den Menschen, die Umwelt betreffen, vorbeugend Rücksicht genommen wird. Es soll eine Diskussion stattfinden über Ziele der Verwertung von wissenschaftlichen Arbeiten, und wir sollen nicht in dem Spiel der freien Kräfte letztlich immer von den Ergebnissen erschlagen werden. Das heißt, wir sollten jedenfalls versuchen, in diese Richtung voranzukommen, so daß wir tatsächlich der Intention, Mensch als Mittelpunkt, beziehungsweise zunehmend sehen wir die Umwelt als tatsächlich schützenswerten Bereich an, daß wir diese Bereiche, diese wichtigen Lebensbereiche uns in den Mittelpunkt stellen und unser Bemühen darauf ausrichten, unserer Verantwortung als Politiker gerecht zu werden, indem wir diese Rahmenbedingungen schaffen. Die Einrichtung eines solchen Instituts wäre sicher ein Schritt in diese Richtung, und ich möchte diesen Vorschlag aufgreifen und um Ihre Unterstützung bitten. Dankeschön. (Beifall bei der SPÖ).

Präsident Klasnic: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Sport ist bekanntlich in Österreich ein ganz wesentlicher Wirtschaftsfaktor geworden. Es ist das auch der Grund, weshalb wir zwischen Wirtschaft und Sport sehr viele Partnerschaften haben, viele Wirtschaftsbetriebe und Institutionen sind Sponsoren des Sports geworden, und die Wirtschaft übt verschiedenlich ein sehr bedeutendes Mäzenatentum gegenüber dem Sport aus. Und Faktum ist, Wirtschaft und Sport haben vieles gemeinsam. Der Wunsch, sich zu betätigen, zu lernen, Leistung zu erbringen, Spitzenleistung zu erbringen, besser zu sein als andere. Wirtschaft und Sport gedeihen nur in einem harten Wettbewerb. Insbesondere der Leistungswille ist Wirtschaft und Sport gemeinsam. Angestrebt werden immer Spitzenleistungen, denn nur dann kann der gewünschte Erfolg erreicht werden. Die Sportwerbung, das heißt die Werbung mit und für den Sport, ist ein fester Bestandteil der Marketingplanung vieler Unternehmungen in unserem Lande geworden. Sportwerbung ist ein Instrument, das die Chance gibt, den Bekanntheitsgrad eines Produktes oder Betriebes zu erhöhen, ein Produkt zu aktualisieren, zu dynamisieren oder auch Imagekorrekturen eines Produktes oder eines Betriebes mit Sportwerbung vorzunehmen. Sportwerbung erzeugt und bringt ein ganz bestimmtes Image. Das Image der Dynamik, der Männlichkeit, der Spitzenleistung, der Jugendlichkeit, das Image des Erfolges, und man kann nur sagen: Wer will da nicht dabei sein?

Lassen Sie mich daher nur zu einem einzigen Zweig des Sportes, zum Skisport, in dem wir Österreicher doch immer noch eine Weltmacht sind, und seine Bedeutung für die österreichische Wirtschaft einige Bemerkungen anbringen. Insgesamt könnte man ja

über das Verhältnis Sport und Wirtschaft stundenlang und mit Tausenden Zahlen belegt diskutieren. Seit 1960 errichtet die Bundeswirtschaftskammer anlässlich olympischer Winterspiele und Weltmeisterschaften in den jeweiligen Austragungsorten überall in der Welt sogenannte „Österreich-Häuser“, Österreich-Informationszentren. Begonnen hat es 1960 in Squaw Valley, und auch für Calgary in Kanada nächstes Jahr ist der Bau fertig und alles bestens geplant und durchgeführt. Warum tut dies die Bundeswirtschaftskammer als die Gesamtvertretung der österreichischen Wirtschaft? Es gibt hierfür zwei Zielsetzungen. Zum einen sind die Österreich-Häuser und Informationsstellen Treffpunkt für Sportler, Journalisten und Wirtschaftsvertreter aus aller Herren Länder, und viele großartige Kontakte werden in diesen Häusern immer wieder geknüpft. Ich habe das persönlich auch schon mehrmals erlebt. Zum Zweiten dienen diese Österreich-Häuser der Präsentation Österreichs als Wintersportland. Es werden österreichische Produkte dort von Firmenvertretern oder in kleinen Ausstellungsköjen präsentiert, Österreich mit seinen Fremdenverkehrsleistungen und Möglichkeiten, mit seiner Landschaft, Hostessen der Bundeswirtschaftskammer verteilen Prospekte, geben persönliche Informationen, kurz und gut, ein Treff der österreichischen Wirtschaft mit Menschen anderer Länder. Seit 1960 gibt es auch eine intensive Zusammenarbeit zwischen Sport und Wirtschaft in Österreich, eine Zusammenarbeit, die schließlich zur Gründung des österreichischen Skipools, der österreichischen Skihilfe, des österreichischen Tennisclubs und anderer ähnlicher Einrichtungen geführt hat. Überall sponsert die Wirtschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Sport, und das Ergebnis, können wir sagen, ist erfreulich. Auch hier möchte ich nur einige Ziffern im Zusammenhang mit dem Skisport erwähnen. Trotz eher negativen Abschneidens der österreichischen Skinationalmannschaft im Winter 1986/87 verlief die Rennsaison für die österreichische Skiindustrie durchaus positiv. Eine Analyse der Weltcup Siege zeigt, daß 53 Prozent auf österreichischen Skiern und nur 47 Prozent auf ausländischen Skiern erzielt wurden. Noch erfreulicher ist die Entwicklung bei den Weltcup Siegen der Herren im Winter 1986/87. Hier wurden 80 Prozent auf österreichischen Skiern gewonnen. Bei einem relativ kleinen inländischen Skimarkt von zirka 500.000 Paar exportieren die österreichischen Skierhersteller durchschnittlich 85 Prozent ihrer Produktion. Das waren 1986 3,948.000 Paar Ski im Wert von 2765 Millionen harter Devisen.

Nach wie vor stammt aus Österreich jedes zweite Paar Alpinski der Welt bei einem Weltmarkt von 6,3 Millionen Paar und einer österreichischen Produktion von 3,2 Millionen Paar, und jedes dritte Paar immerhin Langlaufskier bei einem Weltmarkt von 2,7 Millionen Paar und einer heimischen Produktion von 970.000 Paar stammt aus Österreich. Ähnliche Erfolge wie die Skiindustrie erzielen die Skibindungen aus Österreich, die zirka 40 Prozent des gesamten Weltmarktes erobert haben. Interessant dabei ist, und das ist wesentlich, erwähnt zu werden, daß gute oder schlechte Erfolge der Rennläufer auf österreichischen Skiern sich sogleich und unmittelbar auf bessere oder schlechtere Exporterfolge beim Skiexport auswirken.

Selbstverständlich sind noch viele andere Produktionen für den Skisport im Ausland von wesentlicher

Bedeutung; Skiliftbau und ähnliches mehr. Es ist eine beachtliche Wirtschaftsmacht, was sich hier allein in diesem Bereich tut. Ich erwähne, daß wir in Österreich 150 Seilbahnen haben, 500 Sessellifte, 3400 Schlepplifte, 8300 Skilehrer, 400 Skischulen, 664 Orte mit Langlaufloipen, 12.000 Kilometer gespurte Loipen, 22.000 Kilometer präparierte Skiabfahrten, 14.000 Kilometer geräumte Winterwanderwege, 2,4 Millionen aktive österreichische Skiläufer und davon 800.000 Langläufer, also insgesamt eine beachtliche Wirtschaftsmacht mit einer gewaltigen Ausbreitung auf das wirtschaftliche Geschehen in diesem Lande. Auch die steirische Wirtschaft, Hunderte Betriebe dieses Landes, aber auch die steirische Handelskammer fördern insgesamt jährlich mit vielen Millionen das steirische Sportgeschehen. Das ist nicht nur eine gute Investition in die steirische Wirtschaft; diese Sportförderung ist auch ein wichtiger Teil der Jugendförderung, und zwar jener Jugend, der Spitzenleistung und Wettbewerb ein Anliegen sind, jener Jugend, in die wir große Hoffnungen für die Zukunft setzen können. Abschließend, Hohes Haus, darf ich heute unserem Sportlandesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba danken, daß er die Initiative für ein neues steirisches Landessportgesetz ergriffen hat, weil mit diesem Landessportgesetz auch wieder ein Zeichen der wachsenden Bedeutung des Sports für Gesellschaft und Wirtschaft in der Steiermark gesetzt wird und das gesamte Sportgeschehen in der Landessportorganisation auf zeitgemäße gesetzliche Grundlagen gestellt wird, weil das bisherige Sportgesetz, so gut es seinerzeit gewesen ist, zweifellos, teilweise auf Grund der vielen Jahre überholt sein muß. Es ist zu hoffen, daß wir im kommenden Jahr konsensuell dieses Landessportgesetz beschließen werden. Ich würde sagen: Unsere sportbegeisterte und leistungswillige steirische Jugend verdient es. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

Abg. Hammer: Hohes Haus, Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Dr. Dorfer würde mich sicherlich herausfordern, obwohl ich in weiten Strecken mit ihm übereinstimme, zu einer Diskussion über den Werbeträger Sportler zu sprechen, denn ich glaube, daß das auch eine schwere Belastung im Kampf um Medaillen ist, daß der Sportler als Werbeträger benützt wird und absolut immer auch sofort in Marktziffern umgesetzt wird. Das ist, glaube ich, sicherlich eine Belastung unserer Jugend, die aber umgekehrt wieder für die Wirtschaft sehr notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich aber mit dem Sportgesetz auseinandersetzen und darf sagen, nachdem ich im Vorjahr darüber gesprochen habe und das steirische Sportgesetz seit 1953 besteht und bisher eine gute Arbeit für den Sport erlaubt hat, so darf es doch so sein, daß dieses Gesetz den heutigen Entwicklungen nicht mehr ganz gerecht werden wird. Es ist daher notwendig, eine neue Grundlage zur Förderung des Sportes zu schaffen. Der derzeitige Entwurf, der zur Begutachtung nach dem Volksrechtgesetz ausgesendet wurde und aufliegt, kann doch nur eine Diskussionsgrundlage über die Sportförderung sein. Ich bekenne mich dazu, daß die Politik die Rahmenbedin-

gungen schaffen muß. Es darf aber mit dem Sport nicht Politik und schon gar nicht Parteipolitik gemacht werden. Gerade im Sport muß der Sport das Sagen haben. Es wird wohl sicherlich nicht im Interesse eines neuen Sportgesetzes sein, daß die bisherigen großen Träger des Sportes, die Dach- und Fachverbände, die mit ihren freiwilligen Funktionären und Helfern wertvolle Arbeit im Interesse des Sportes und der steirischen Sportler geleistet haben, in den Hintergrund gedrängt werden. Es ist daher zu wünschen, daß sich möglichst viele Vereine und Personen mit dem vorgelegten Entwurf kritisch auseinandersetzen und Ideen einbringen, daß wir zu einem modernen Sportgesetz für die Steiermark und für die steirischen Sportler kommen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Purr, dem ich das Wort erteile.

Abg. Purr: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn von Bildung die Rede ist, so geht es natürlich auch um die Bildung unserer Jugend, um die Ausbildung der Jugend, die bereit ist, einen Beruf zu erlernen, in das wirtschaftliche Leben einzutreten. Das Gros der Jugend, das einen Beruf ergreift, kommt ja überwiegend aus der Hauptschule beziehungsweise aus dem Polytechnikum und, wenn weiblich, aus den Haushaltsschulen. Zur Neuen Hauptschule wurde heute von Pädagogen schon einiges gesagt, und ich möchte dem auch nichts hinzufügen, wenn auch die Neue Hauptschule einiger Korrekturen sicher nach dem ersten Beobachtungszeitraum schon bedürfte, denn es heißt dort sehr wohl heterogene Klassen, die natürlich auch auf Grund der steigenden Schülerzahl, ich sehe, der Herr Kollege Kirner nickt wohlwollend, Probleme mit sich bringt. Aber ich möchte darauf heute nicht eingehen, sondern vielmehr darauf, daß die Hauptschule im ländlichen Raum eine enorme Bedeutung hat, aber in Graz zum Beispiel oder in den Städten nicht mehr, weil ja dort die Unterstufen der Gymnasien existieren. Man besucht dann eine Unterstufe, geht dann möglicherweise, weil man ja mit dem Gedanken der Berufswahl gar nicht so konfrontiert wird, in die Oberstufe weiter, teilweise leidenschaftslos, und steht dann plötzlich mit der Matura da. Das ist das Problem, das sich sehr deutlich abzeichnet, und wir haben es dann mit jenen Studenten zu tun, die der Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher heute erwähnt hat, die nicht unbedingt gerade gerne studieren oder vielleicht, um es sehr ordentlich zu sagen, keinen konkreten Studienwunsch verspüren. Die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule und des Polytechnikums, die in das Berufsleben eintreten, die unterziehen sich ja dann der dualen Ausbildung. Wir haben in der Steiermark im letzten Jahr eine Schülerzahl gehabt von rund 29.300, aber leider ist auch diese Berufsschüleranzahl leicht rückläufig, nämlich gegenüber dem Vorjahr um etwa 300. Ich muß ausführen, es gibt aber Berufe, wo wir noch steigendes Interesse verzeichnen können, nämlich die Friseure, Kfz-Mechaniker, die Spediteure, und auch im Gastgewerbe gibt es noch eine steigende Interessentenanzahl. Fallend hingegen ist die Anzahl jener Jugendlichen, die Einzel- oder Großhandelskaufleute werden wollen, die die Absicht haben, in die

Industrie zu gehen oder Bäcker und Fleischer zu werden oder eventuell im Baugewerbe unterzukommen. Interessantes Phänomen, es steigt die Zahl jener Jugendlichen, die, ohne ein Lehrverhältnis zu haben, versuchen, eine Berufsschule zu besuchen.

Natürlich sind Bildung und Ausbildung das Anliegen unserer steirischen Wirtschaft. Ich möchte auch der Zeitknappheit wegen nicht auf die Gesundheitsvorsorge zu sprechen kommen und auf etwaige Sportveranstaltungen, die es für die Lehrlinge gibt, und über die Lehrlingsbetreuung, sondern nur knapp und prägnant darauf hinweisen, daß es in der Steiermark 28 öffentliche Berufsschulen gibt, davon sind 27 Landesberufsschulen, es gibt weitere 5 private Berufsschulen und 16 Landesberufsschulen mit einem angeschlossenen Schülerheim, wo rund 20.000 Schülerinnen und Schüler untergebracht werden können. Ich möchte mit Zahlen nicht langweilen, aber es steht doch dafür, aufzuzeigen, daß es rund 1.020 Berufsschulklassen in unserer Steiermark gibt, wo die durchschnittliche Schüleranzahl 29 beträgt. Eine letzte Zahl vielleicht noch. Wie viele Berufsschullehrer bemühen sich um die Ausbildung unserer Jugend? Insgesamt 600, genau 601 Lehrpersonen, wovon etwa 420 pragmatisiert sind. Es wurde heute von einer Verlängerung der Berufsschulzeit gesprochen. Ich bekenne mich wirklich zu einer Sprachausbildung, keine Frage, ist alles überlegenswert, bin auch nicht überzeugt davon, daß es unbedingt gerade Englisch sein muß, weil elementare Kenntnisse bereits aus der Hauptschule kommen. Ich könnte mir vorstellen, daß man in Grenznähe dem Serbokroatisch eine gewisse Aufmerksamkeit widmet. Meine Damen und Herren, Sie wissen, die Leute unten sprechen zwar Deutsch, nur wir alle sind nicht in der Lage mit ihnen in ihrer Muttersprache zu konferieren. Ich könnte mir ebenso vorstellen, daß man die Sprache des zweitwichtigsten Handelspartners von Österreich, Italien, auch gewissen Berufsschülern ermöglicht. Aber die Sache hat einen Haken. Wenn wir uns nur damit beschäftigen, wie wir die Berufsschulzeit noch ausdehnen, dann erreichen wir à la longue genau das, daß nämlich die Wirtschaft uns möglicherweise auf Grund der Ausbildungssituation rein schulischer Art, und hier ist es auch eine Sprachausbildung, daß dann plötzlich weniger Lehrlinge unterkommen. Das bedarf dann sozialpartnerschaftlicher Vereinbarungen. Nur so könnte ich mir das wirklich vorstellen. Aber im Dienste der Jugend, im Dienste unserer heimischen Wirtschaft für die Zukunft ist das notwendig.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, um auch der Steiermärkischen Landesregierung, im besonderen unserem Wirtschaftslandesrat Dr. Helmut Heidinger, ein herzliches Danke dafür zu sagen, daß er immer wieder unseren Berufsschulen so viel Verständnis entgegenbringt. Aber er ist ein Wirtschaftsfachmann, und dadurch erklärt sich das, wenn er das großzügigerweise, guten Herzens und guten Glaubens tut. Interessant ist, daß es in der Steiermark rund 650 Berufsschüler gibt, die nicht in der Steiermark in die Schule gehen können, weil wir nicht alle Berufsschularten anbieten können, so daß andere Bundesländer eben von diesen Berufsschülern besucht werden müssen beziehungsweise bevorzugt werden müssen.

Nun aber zurück zu den allgemeinbildenden höheren Schulen und zu den berufsbildenden Schulen, wo

wir ja steigende Schülerzahlen nach wie vor haben. Ich möchte vielleicht in meinen Ausführungen zukünftig für alle Absolventen berufsbildender und allgemeinbildender höherer Schulen den Ausdruck Abiturienten verwenden, um nicht ständig wechseln zu müssen. Die Abiturienten zeigen zum großen Teil eine sinkende Studierwilligkeit. Sie haben eben sehr oft keinen konkreten Studienwunsch, und das ist ein Faktum und läßt sich auch mit Zahlen belegen. Dasselbe auch in Deutschland. Dort hat man begonnen, eine berufliche Erstausbildung jenen Leuten zu ermöglichen, die sich eben noch nicht entschlossen haben, weiterhin auf die Hochschule zu gehen, die möglicherweise sich noch später dafür entschließen, aber die so die Zeit nützen, um in das Berufsleben einzusteigen. Die praktische Ausbildung zählt viel. So ist auch für die Abiturienten eine duale Ausbildung erforderlich. Es stellt sich die Frage, welche Fortbildungsmöglichkeiten wir in Österreich unseren Abiturienten anbieten können. Vor allem zeichnet sich auf einer mittleren Führungsebene überhaupt noch ein Personalbedarf dafür ab. In der Industrie und im Handel wurde der Bedarf weitgehendst gedeckt mit jenen Abiturienten, die eben von der Bundeshandelsakademie oder von einer Handelsschule kommen, während natürlich im Gewerbe und vor allem im landwirtschaftlichen Bereich noch ein sehr, sehr großer Bedarf vorhanden ist. Formale Schulabschlüsse zählen in diesem Zusammenhang natürlich wenig, aber die Wirtschaft ermöglicht eben eine verkürzte Ausbildungszeit für diese Abiturienten, die ja verschiedene Fächer wirklich perfekt beherrschen müssen auf Grund ihrer Vorbildung – Mathematik, Deutsch, Physik, Chemie, um nur einige zu erwähnen. Interessanterweise gibt es auch dazu in Österreich gesetzlich eine Möglichkeit, die erst von kurzer Dauer ist, nämlich im vergangenen Sommer hat unser Wirtschaftsminister Robert Graf eine Verordnung erlassen, die in Kraft getreten ist mit 1. Juli dieses Jahres, nach der etwa 20 Berufe auf dem Wege einer verkürzten Ausbildungszeit erlernt werden können. Der betreffende Abiturient und Schüler somit hat dann die Möglichkeit, sich in diesem Beruf zu verselbständigen, auch im Hotel- und Gastgewerbe dasselbe wie im Gas- und Wasserleitungsinstallationsgewerbe. Ich erwähnte das deshalb als so wichtig, weil die meisten Leute sich gerne verselbständigen würden, aber einfach den Löffel dazu nicht haben oder den Weg nicht finden, und ich darf Sie, meine Damen und Herren, bitten, hier auch aufklärend zu wirken. Welche Folge hat diese Verordnung gehabt, Wirksamkeit 1. Juli? Nämlich die, daß sich in der Steiermark seither ein einziger Lehrvertrag abschließen ließ, während es in Wien bereits 21 Lehrverträge waren, in Vorarlberg war die ganze Aktion ohne Ergebnis, die Abiturienten haben sich der Möglichkeit überhaupt nicht angenommen. Ich glaube aber nicht so sehr, daß es an den Abiturienten liegt, als vielmehr daran, daß es an uns liegt, die Möglichkeiten aufzuzeigen und auch für die Zukunft Schreibtische nicht überzubewerten, denn Schreibtische sind zwar sehr begehrt, sind aber restlos unproduktiv, dienen letztlich nur dazu, um eine notwendige Administration durchführen zu können. Ich möchte die Gelegenheit benützen, meine Damen und Herren, diese Bildungswege aufgezeigt zu haben und Sie alle zu bitten, daß man bei allen unseren Möglichkeiten diese Information an unsere jungen Leute weitergibt, denn mit den

steigenden Studentenzahlen an der Hochschule, zum Beispiel in Graz 1980 noch 20.000 Studenten, 1986 bereits 23.000, sprunghaftes Ansteigen, werden wir à la longue weder unser Wirtschaftsleben aktivieren, noch unsere Wirtschaft ankurbeln, vor allem eines nicht: Arbeitsplätze für alle finden, und es wäre, glaube ich, auch den Studentinnen und Studenten zu empfehlen, nicht nur zu kritisieren und zu demonstrieren, sondern persönlich gewillt zu sein, die Hand anzulegen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tschernitz das Wort.

Abg. Tschernitz: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, die Vielzahl der Diskussionsredner hat schon die Wichtigkeit all jener Probleme der Wissenschaft, der Aus- und Weiterbildung, auch des Sportes hier in dieser Gruppe zum Ausdruck gebracht. Ich bin persönlich aber auch davon überzeugt, daß natürlicherweise Aus- und Weiterbildung eine der Grundvoraussetzungen für eine weitere Entwicklung einer innovativen Wirtschaft in Österreich sein wird und diese Aus- und Weiterbildung auch in Zukunft sein muß. Wir befinden uns eigentlich in einer technischen Revolution, vor allen Dingen in der Industrie. Ich glaube, heute ist viel über die verschiedenen Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung gesagt worden, daß auch vor allen Dingen über die Hauptschule berichtet wurde, über die Neue Hauptschule, und daß es einen Schulversuch gibt, der die Hauptschule wiederum sehr attraktiv machen könnte. Es wurde 1986 ein sogenannter Schulversuch von seiten des Bundesministeriums genehmigt, der 1987 begonnen wurde, die sogenannte technische Hauptschule. Das heißt, daß Kinder auf Elektronik, Maschinenbau, technisches Zeichnen, Informatik und so weiter vorbereitet werden. Es besteht ein großes Begehren für diesen Schulversuch, nur ist die Einrichtung relativ teuer. Sie kostet sicherlich für die zuständige Gemeinde zirka 1,2 bis 1,5 Millionen Schilling. Ich persönlich glaube aber auch, daß damit den jungen Menschen schon von der Hauptschule her die Möglichkeit gegeben wird, eine bessere berufliche Einstiegsmöglichkeit, vielleicht in die heimischen Betriebe, zu schaffen, vor allen Dingen besteht die Möglichkeit, den jungen Menschen einen frühzeitigen Eignungstest durch diese technische Hauptschule anzubieten. Ich habe schon gesagt, es ist hier auf diesem Gebiet eine große Nachfrage. Wie gesagt, der Schulversuch läuft, und ich glaube, daß es hier wirklich für uns, für den steirischen Landtag und für alle Verantwortlichen, den Landesschulrat, die Steiermärkische Landesregierung, obwohl es sicher eine Bundessache ist, ein Weg wäre, der hier eine Ausbildungsmöglichkeit aufzeigt, die wir sicherlich in der Zukunft, in einer so schnell- und rasantlebigen Zeit, dringend brauchen würden. Ich würde deshalb alle Verantwortlichen in unserer steirischen Heimat bitten, sich auch für diese technische Hauptschule einzusetzen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Klasnic: Als letztem Debattenredner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die Sie heute im olympischen Geist tatsächlich bis zum Schluß ausgeharrt haben!

Ich danke Ihnen schon jetzt für die Aufmerksamkeit. Wir haben in diesem Kapitel schon öfters über die Bedeutung des Sports gesprochen, ich möchte mich nicht wiederholen. Anlässlich des zur Beratung heranstehenden Steiermärkischen Landessportgesetzes ist es aber doch gut zu erinnern, um welche Größenordnungen es geht. In den drei Dachverbänden sind 1200 Vereine organisiert. 300 Vereine gehören keinem Dachverband an. Insgesamt gibt es über 340.000 Mitglieder von Sportvereinen in der Steiermark; noch ohne jene Betriebssportvereinigungen, die auch als Sportvereine zu bezeichnen sind, mitzurechnen. Also eine sehr große Menge von Menschen, die als Netz der Aktivität, als Netz der Kameradschaft, als Netz der Integration durch den Sport im ganzen Land tätig sind. Allein das Motiv, integrative Kraft zu sein zwischen sozialen Schichten der Bevölkerung, zwischen verschiedenen Bildungsschichten der Bevölkerung, würde schon ausreichen, viel Steuergeld für den Sport zur Verfügung zu stellen. Unsere Aufgabe ist es aber, für die Verwendung dieser Mittel den den Erfordernissen der Zeit angepaßten Rahmen zu geben. Das soll eben mit dem neuen Sportgesetz geschehen. Deshalb hat Sportlandesrat Dipl.-Ing. Hasiba einen Entwurf vorgelegt und hat für eine breitmögliche Diskussion und Mitbestimmung aller betroffenen Personen und Institutionen gesorgt. Baldur Preimel hat bei einer Enquete in der Grazer Burg zum Thema „Sport 2000“ eine hochinteressante Darstellung gegeben und schließlich mit einem Satz geendet, der mir haften geblieben ist: „Der neue steirische Weg, den Sport der Zukunft in vielfältiger Weise zu beleben, ist sehr beachtlich und sollte beispielgebend sein.“ Eben Sportförderung in breitestmöglicher Form, ob Kindersport, Jugend-, Familien-, Schulsport, ob Leistungs-, Behinderten-, Versehrten-, Gesundheits-, Hochleistungssport, in organisierten Sportvereinigungen oder in nichtorganisierten Sportvereinigungen, kurz alles das, was Freude an der Bewegung bedeutet, der Kameradschaft dient, der sozialen Integration, soll Platz haben in dieser breiten Sportförderung des Landes. Ebenso ist aber ausdrücklich zu betonen, daß die für das Ansehen unseres Landes so wesentlichen Spitzenleistungen im Sport gefördert werden sollen.

Über die wirtschaftliche Bedeutung hat ja Kollege Dr. Dorfer schon Näheres ausgeführt. In diesem Zusammenhang sei mir nur eine Bemerkung gestattet. Wie bei der vorigen Budgetdebatte im Jahre 1986 befürchtet, hat das Monsterprojekt „Wiener Praterstadion“ nicht nur die präliminierten 372 Millionen Schilling verbraucht. Es gibt hier einen Vertrag zwischen Bund und Land Wien, wonach der Bund die Hälfte zahlt und das Land Wien die andere Hälfte. Daher betrifft es auch uns, wenn dort mit Geld nicht sparsam umgegangen wird. Tatsächlich liegt die Abrechnung vor, es sind 593 Millionen Schilling, die für die Sanierung des Praterstadions verwendet wurden. Das sind um 200 Millionen Schilling mehr, als präliminiert waren. Damit beschäftigt sich auch das Kontrollamt der Stadt Wien und möglicherweise auch der Bundesrechnungshof. Was sind diese 200 Millio-

nen Schilling, die allein mehr verbraucht worden sind, als man seinerzeit beabsichtigt und präliminiert hatte? Das ist mehr als das Doppelte der gesamten Sportförderung des Bundes in ganz Österreich. 85,5 Millionen Schilling sind das Bundesförderungsbudget für den Sport, und das ist mehr als das Doppelte. Oder es ist fast siebenmal so viel, wie die Steiermark für ein ganzes Jahr Sportförderungsbudget hat, also nur die Überschreitung bei einem Bundes- und Stadtbauvorhaben in der Stadt Wien. Da braucht man keinen Anti-Wien-Komplex zu haben oder zu schüren. Das ist nicht die Form einer gleichmäßigen Förderung, wie wir sie uns über ganz Österreich, über alle Bundesländer hinweg, vorstellen. Das ist ungerechtfertigt und unkontrollierbar vor sich gegangen.

Zum Abschluß der Wunsch, der uns im Sport vereint, daß es uns gemeinsam gelingen möge, nach einer ausführlichen Diskussion und Einbeziehung aller sachdienlichen Vorschläge, ein Steiermärkisches Landessportgesetz und eine Steiermärkische Landessportadministration zu schaffen, die für alle Sportler und Sportorganisationen einfacher, rascher, durchschaubarer und effizienter dem Sport in der Steiermark dienen möge. (Beifall bei der ÖVP).

Präsident Klasnic: Am Wort ist Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Da ich überzeugt bin, daß wir dieses so umfassend gewordene Thema Sport heute und hier überhaupt nicht annähernd andiskutieren können, schlage ich Ihnen vor und ersuche um Ihre Zustimmung, daß wir diese Diskussion anlässlich der ohnedies im kommenden Jahr dringend notwendigen und erforderlichen großen Sportdiskussion anlässlich der neuen Sportgesetzgebung durchführen. Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ).

Präsident Klasnic: Das Wort hat Herr Landesrat Dr. Heidinger.

Landesrat Dr. Heidinger: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Sie entschuldigen, wenn ich die erste Wortmeldung meinerseits in der Gruppe 2 dazu benutzen muß, mich mit einer etwas ungewöhnlichen Attacke des Herrn Abgeordneten Mag. Rader auseinanderzusetzen, die er in der Gruppe 0, wie Sie wahrscheinlich bemerkt haben, von Stapel gelassen hat. Ich bin es zwar gewohnt, sein Reibebaum zu sein, und danke insbesondere dafür, daß die freiheitlichen Postwurfsendungen immer ein Foto von mir bringen und mir dadurch hohe Publizität verschaffen, aber die Attacke bezüglich der Ordensverleihung an Kurt Dieman und Frau Ruth von Mayenburg ist eine Form gewesen, die eine Antwort erfordert. Er hat mir vorgeworfen, wenn ich das sehr vornehm ausdrücke, daß ich als Nationalliberaler und Soldat des Zweiten Weltkrieges für eine Ordensverleihung an eine Kommunistin und eine Anti-FA-Agitorin eingetreten sei. Ich glaube, er weiß nicht, was die Anti-FA gewesen ist. Ich habe es auch nie geleugnet, freiwillig eingerückt zu sein, weil ich damals glaubte, das Volk und Heimat schuldig zu sein.

Aber ich habe eines nie getan: Ich habe nie einen Gegner gehaßt. Und zu seiner Heimat stehen heißt auch andere respektieren, andere Völker und auch andere Meinungen, die ihre Position redlich vertreten. Und das gilt, glaube ich, gerade für Liberale. Ich kann daher guten Gewissens vertreten, Persönlichkeiten anzuerkennen, die nicht meine Position einnehmen und eingenommen haben, die aber in ihren Lebensläufen durch die politischen Ereignisse der Jahre 1934 und 1938 beeinflußt wurden und die später dafür eingetreten sind, Gräben zuzuschütten. Ich werde mich sicher nicht vom Herrn Abgeordneten Mag. Rader von meiner Auffassung von Heimatverbundenheit und Toleranz abbringen lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun in aller Kürze zu meinem zu vertretenden Abschnitt 22. Ich danke den Abgeordneten, die dazu gesprochen haben. Die Taten sind bekannt, aber ich glaube, eines sollte man unterstreichen. Wir haben in der Steiermark, und es wurde viel über die AHS gesprochen, 25.000 AHS-Schüler, meistens acht Jahrgänge, wir haben aber fast 30.000 Berufsschüler und Lehrlinge. Das heißt, mehr als die Hälfte eines Jahrganges geht in diese duale Ausbildung. Ich danke den Lehrern, rund 600, und ich danke den Lehrherren, und ich danke der Abteilung für Berufsschulen, die die Verwaltungsarbeit leistet, und ich glaube, gute Arbeit leistet, obwohl man es sicher immer noch besser machen kann. Ich darf den Abgeordneten sagen, weil das aus den Ansätzen nicht klar hervorgeht, wir haben in den Rücklagen sowohl für die Doppelturnhalle in Graz wie für die Halle Murau und für die Planungsarbeiten in Gleinstätten ausreichende Mittel, so daß wir im nächsten Jahr auch diese Bauvorhaben in Angriff nehmen können beziehungsweise die Planungen abschließen. Und weil von EDV-Ausstattungen gesprochen wurde. Es ist einer der Schwerpunkte, die EDV-Ausstattungen in den Berufsschulen mit zu verbessern, und ich hoffe, daß mit den Ansätzen, die das Budget ausweist, wir wieder ein gutes Stück weiterkommen. Ich bitte, den Berufsschulen auch im pädagogischen Bereich den Stellenwert zuzumessen, auch von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Budget die Zustimmung geben werden. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: Herr Präsident, verehrter nächtlicher Kreis!

Ich möchte mich mit ein paar Sätzen auf die Debatte in der Gruppe 2 beziehen und komme dabei zuerst auf die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Kohlhammer zurück. Sie haben mich nichts Neues gefragt, daher habe ich Ihnen nichts Neues antworten können. Ich muß Ihnen sagen, es hat mich sehr betroffen, daß Sie in Publikationen von mir behaupten, daß ich die Errichtung einer Hauptschule seit Jahren konsequent abblocke. Das ist eine ganz grobe Unterstellung. (Abg. Kohlhammer: „Ich stehe dazu. Das ist mein Eindruck!“) Wenn man mich kennt und weiß, mit welcher Begeisterung ich Lehrer war und mich um Schulfragen kümmere und darauf aus bin, den Menschen, den jungen Menschen, den Kindern auf der einen Seite und natürlich auch den Lehrern zur Verfügung zu stehen, dann kann man ungefähr ermessen, was so ein

Vorwurf für mich bedeutet. Ich kann Ihnen sagen, ich habe auf diese dumme Behauptung hin Statistik gemacht und habe gesehen, daß ich seit Beginn meiner Amtszeit in der Steiermark das Netz der Hauptschulen komplettiert habe – das war meine Aufgabe – und 41 Hauptschulen errichtet habe, jeweils im Einvernehmen mit den Gemeinden, so wie es sich gehört. (Abg. Kohlhammer: „Herr Landeshauptmann, sagen Sie etwas zu Lannach. Das ist gescheiter. Einmal auf den Fall eingehen!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Der Zynismus ehrt Sie in keiner Weise. Das ist ungeheuerlich!“ – Abg. Kohlhammer: „Das können Sie sich ersparen! Was ist ungeheuerlich?“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ihr Zynismus!“ – Abg. Trampusch: „Ein Abgeordneter wird punktuell etwas wissen dürfen!“) Ein Abgeordneter wird einmal auch zur Kenntnis nehmen müssen, wenn man ihm nach sorgfältigster Überprüfung der Fakten die Auskünfte gibt. Wir haben – ich wiederhole – zu meiner Zeit oder seit Beginn meiner Amtszeit 41 Hauptschulen in der Steiermark errichtet, und es war mir selbstverständlich egal, ob es sich um rote oder schwarze Gemeinden gehandelt hat. Es mußten einfach die Schülerzahlen stimmen, so wie sie im Gesetz vorgesehen sind. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist das einzige Faktum. Nie haben wir in irgendeiner Weise versucht, von oben her auf die Gemeinden einen Druck auszuüben, sondern selbstverständlich haben wir die Gemeinden jeweils eingeladen, sich zu einigen. Wir haben das genauso in diesem Fall getan.

Hier geht es natürlich nicht um Technokratie, meine Damen und Herren, denn das Wort Schülerzahl kann natürlich etwas hart klingen, aber darum geht es ja nicht, sondern einfach darum, daß eine Spielregel vorgegeben sein muß, und die steht auch in unserem Gesetz, das ist ja in diesem Landtag beschlossen worden, und der Gesetzgeber hat das beschlossen, weil jede Änderung, jeder Eingriff in dieses System einen Dominoeffekt hat über das ganze Land, das ist ja ganz klar. (Abg. Kohlhammer: „Dann verbieten Sie wenigstens nicht, nicht Sie, sondern der Herr Landeshauptmann!“) Bitte, dann sorgen Sie dafür, daß sich alle betroffenen Gemeinden einigen. (Abg. Schrammel: „Wir haben dein zweites Gesicht kennengelernt!“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Nur die Leute aufhetzen – reine Demagogie!“ – Abg. Präsident Zdarsky: „Sie wissen gar nichts, Sie reden nur!“ – Abg. Trampusch: „Du weißt alles besser!“ – Abg. Kohlhammer: „Darüber redet keiner. Das bestreitet niemand. Sie sollen die Sprengel Preding und Lannach so teilen, daß 200 Schüler sind!“) Wir können Ihnen diese Schüler nicht ins Haus zustellen, wenn Sie sie nicht haben. Die betroffenen Gemeinden haben diese Schüler nicht gemeldet. Das gilt genauso für Lannach wie für andere Gemeinden, in denen ein solcher Fall aufgetreten ist. Wir haben uns selbstverständlich immer daran gehalten, was an Ort und Stelle von den Gemeinden gekommen ist. Wir wissen ja, wie heikel eine solche Frage ist. (Abg. Präsident Zdarsky: „Ich war draußen!“) Natürlich, Frau Präsident, wenn Sie draußen waren, kann ich mir vorstellen, daß die Emotionen hochgehen. (Glockenruf des Herrn Präsidenten.) Das ist ganz klar. (Abg. Schützenhöfer: „Die Frau Präsident ist um nichts besser!“ – Präsident: „Am Wort ist der Herr Landeshauptmann Prof. Jungwirth!“) Ich verstehe das ja, daß die Menschen, wenn ihnen ein Abgeordneter ununterbrochen sagt, daß die Regierung nicht will, ihm vertrauen.

(Abg. Schützenhöfer: „Unterbrechen Sie nicht dauernd den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth!“ – Abg. Trampusch: „Danke für die Belehrung!“) Ich kann Ihnen sagen, daß Lannach damit leider genau in derselben Situation ist wie mehrere andere ÖVP-Gemeinden, die mit genau demselben Anliegen zu uns gekommen sind: Es hat einer Überprüfung leider nicht standgehalten, und es war nicht möglich, ihnen die Hauptschule zu geben. Es wäre schön, wenn sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer etwas in der Hand gehabt hätte. (Abg. Trampusch: „Gilt das für uns Abgeordnete?“ – Abg. Kohlhammer: „Ich mache es mir nicht so leicht. Seit sieben Jahren werden sie für dumm verkauft!“) Von Ihnen werden sie für dumm verkauft, das ist richtig, weil Sie den Leuten einreden, daß wir nicht wollen. Und wir können nicht über diesen Schatten springen, weil wir nicht Lannach geben können, was wir x anderen Gemeinden auch nicht geben können. Sie sind keine privilegierte Gemeinde. (Abg. Kohlhammer: „Sie brauchen ihnen nichts zu geben. Der Herr Landeshauptmann bräuchte nur zu erlauben, einen entsprechenden Beschluß zu fassen!“ – Präsident: „Meine Damen und Herren, ich muß doch zunächst einmal feststellen, es hat jedes Mitglied des Hauses die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden und den Fall vorzutragen, aber daß der Redner unentwegt unterbrochen wird, das entspricht auch nicht demokratischen Spielregeln!“ – Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ich muß noch etwas dazu feststellen. Weil man nun nach genauer Überprüfung des Sachverhaltes zur Kenntnis nehmen mußte, daß derzeit nur rund 160 Schüler und Schülerinnen vorhanden wären, hat man sich die Idee, eine Sonderform einer ÖKO-Hauptschule in Lannach zu gründen, einfallen lassen. Es ist eine sehr schöne Idee. Wir haben Sonderformen von Hauptschulen, es gibt Sporthauptschulen, Musikhauptschulen, warum soll es nicht eine ÖKO-Hauptschule geben? Eine solche Hauptschulform kann nach der österreichischen Gesetzgebung nur vom Unterrichtsministerium erlassen werden. Ich weiß, daß es dafür Bestrebungen gibt. Wir haben sie sogar selbst unterstützt, weil ich dieses Projekt kenne, weil ich grundsätzlich der Auffassung bin, daß es durchaus möglich wäre, ein solches Projekt, für ganz Österreich in diesem Fall, auf die Beine zu stellen und in die Gesetzgebung einfließen zu lassen, genauso wie es einen Sportzweig an einer Hauptschule gibt oder wie es einen Musikzweig an einer Hauptschule gibt. Nun, ich kann Ihnen sagen, daß bis zum heutigen Tag diese Form in Österreich nicht besteht. Sie ist in Wien nicht erlassen worden. Es wird aber ununterbrochen in Ihren Publikationen draußen gesagt, wir möchten eine ÖKO-Hauptschule, für diese braucht man weniger Schüler – ich weiß nicht, wo man das her hat –, es stimmt nicht. Es ist die Unwahrheit. Es gibt erstens die ÖKO-Hauptschule leider noch nicht, vielleicht macht das die Frau Hawlicek in nächster Zeit, ich würde es mir auch wünschen, und wenn es diese geben wird, kann man erst über die Schülerzahlen sprechen. Nach dem jetzigen Stand der Dinge, und Sie wissen das ohnehin ganz genau, nach dem jetzigen Stand der Gesetze im Bund und im Land kann eine Sonderform einer Hauptschule nur an einer bestehenden Hauptschule eingerichtet werden. Wir haben etwa 20 solcher Hauptschulen in der Steiermark, Sport und Musik, ÖVP- und SPÖ-Gemeinden, natürlich, warum nicht. Aber es geht eben

nur an einer bestehenden Hauptschule, und für diese Hauptschule werden wir wiederum die Kinderzahl brauchen. Diese Spielregeln sind bekannt, und die können wir nicht abschaffen. Wir können sie nicht für eine Gemeinde abschaffen, weil wir sie sonst für 15 oder 20 Gemeinden abschaffen müßten und sofort ein Chaos da wäre, weil es einen Dominoeffekt in den Schulspargeln gäbe und vor allem auch einen finanziellen Dominoeffekt. Das ist der Stand der Dinge, und daran ändern die Äußerungen, die hier verbreitet werden, nichts, auch nicht die Äußerungen vor laufender Kamera, wo der Reporter oder Moderator mit einem Trick sagt: „Wir haben im Ministerium angerufen, und die haben uns gesagt, es geht.“ Ich kann Ihnen sagen, seither sind zwei Monate vergangen, weder der Landesschulrat, noch die Rechtsabteilung 13, weder ich als zuständiges Organ in der Steiermark haben nur einen Piepser vom Ministerium gehört und nur einen Buchstaben vom Ministerium gesehen in dieser Sache. Das ist die Wahrheit. Mehr kann ich Ihnen nicht sagen. (Beifall bei der ÖVP).

Meine Damen und Herren, in aller Kürze noch zu einigen anderen Äußerungen im Rahmen dieser Debatte. Die Frau Abgeordnete Kammlander hat sich über die Kindergärten ausgesprochen. Ich möchte nur sagen, wir haben ein Dienstrecht vor einiger Zeit in diesem Haus beschlossen, das dem Land, aber speziell auch den Gemeinden und den privaten Trägern wirklich neue Belastungen gebracht hat. Ich kann mir nur, offen gestanden, in der derzeitigen Situation leider nicht vorstellen, daß wir noch weitergehen können. Hoffentlich können wir es in absehbarer Zeit. Ich bin der erste, der dafür ist, aber ich glaube, im Augenblick wird es halt nicht gehen, nämlich, daß wir zum Beispiel darüber ernstlich reden, daß man die Kinderzahl in der Gruppe auf 15 hinunterdrückt. Sie ist derzeit de facto auf 25 in der Steiermark, was nicht so schlecht ist für die Arbeit der Kindergärtnerin. Ich weiß, es gibt Ausnahmen, wo die Gruppen sehr stark sind, und wir sind damit nicht sehr gerne einverstanden. Das weiß ich. Diese Sorgen kenne ich. Aber es sind wirklich die Ausnahmen. Was ansonsten die anderen Probleme betrifft – die Frage der Offenhaltung in den Ferien und den ganzen Tag über –, kennen Sie meine Einstellung. Wir haben immer gesagt, soviel Halbtagskindergärten wie möglich und nur soviel Ganztagskindergärten wie eben nötig. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß der Kindergarten für das kleine Geschöpf ja auch eine Belastung ist, besonders der Ganztagskindergarten, denn im Kindergarten sind nicht nur Fünfjährige, es gibt auch Vierjährige und sogar Dreijährige, und die den ganzen Tag beieinander zu lassen und zu behalten, das ist eine schwere Aufgabe für die Kindergärtnerin. Es ist aber auch eine echte Belastung für die Kinder. Ich glaube, das gilt wohl auch für den Sommerkindergarten. Denn wenn man dieser Argumentation folgte, dann müßte man genau dasselbe für die Schulen machen. Zumindest solange die Kinder noch klein sind und sich wirklich nicht selber überlassen werden können, müßte man sagen, in der Volksschule machen wir im Sommer Betrieb, damit die Eltern entlastet sind. Ich respektiere voll die Probleme der berufstätigen Mütter. Es geht vor allem um die alleinstehenden Mütter, die Kinder haben. Ich weiß das sehr wohl, aber ich glaube, wir werden das über das Land nicht lösen können.

Meine Damen und Herren, zu den Schulen in aller Kürze. Der Herr Abgeordnete Freitag hat sehr übersichtlich die Statistiken gebracht, die ich mir daher dieses Mal gerne ersparen kann. Ich gebe sonst darüber immer eine kurze Information. Das hat voll das Bild gerundet der Problematik der leider noch immer sinkenden Schülerzahlen, auch hier in der Steiermark. Und damit im Zusammenhang muß man sagen, diejenigen, die seit Jahr und Tag getrommelt haben – auch in diesem Hohen Haus – und gewarnt haben, bitte, liebe Maturanten, geht nicht in die Pädak, geht nicht an die Uni, um Lehrer zu werden, es sei denn, Ihr seid ganz sicher bereit, eine lange Durststrecke auf euch zu nehmen, die haben leider recht gehabt. Denn es ist die schulische Versorgung ganz einfach an einem Plafond angekommen. Sie wissen auch, daß es derzeit ein heftiges Tauziehen gibt zwischen dem Bund und den Ländern. Die Pflichtschullehrer sind Landeslehrer, sie werden aber nach dem Finanzausgleich derzeit vom Bund besoldet. Und der Bund rechnet den Ländern ununterbrochen vor, daß er ihnen zu viel zahle, und die Länder rechnen dem Bund ununterbrochen zurück, daß ihre Rechnung schon stimme oder daß das höchstens ein paar Dienstposten seien, aber nicht viel mehr. Aber bei uns in der Steiermark geht es in diesen Diskussionen um runde 160 Millionen Schilling pro Jahr. Das ist ein großer Brocken. Und das ist eine dramatische Diskussion. Wir sind glücklicherweise voll eingebunden in eine totale Länderfront, weil alle Bundesländer in einer ähnlichen Situation sind. Hier wird es nicht so einfach sein für den Bund, sich über die Länder hinwegzusetzen oder sich gegen sie durchzusetzen. Aber es gibt auch ein Damoklesschwert in dieser Hinsicht, das über den Ländern schwebt, und wir haben durchaus schon überprüft, was denn überhaupt eingespart werden könnte, wenn dieser Moment einträte, und haben beispielsweise gesehen, daß es derzeit in der Steiermark pro Jahr rund 48 Millionen Schilling gibt für sogenannte Aushilfen und Belohnungen. Das sind freiwillige Leistungen der Öffentlichkeit an die Pflichtschullehrer. Würde der Bund in dieser Frage hart werden, dann wäre das ein Posten, der sicherlich als erster gestrichen werden müßte. Und dann müßte man zu weiteren Überlegungen kommen, wie man diese Finanzierung schafft. Es ist eine Lage, die jedenfalls im Hinblick auf die Finanzen leider zum Zerreißen gespannt ist. Wir können wirklich von uns behaupten, daß der Landesschulrat und die Rechtsabteilung 13 das Menschenmögliche seit Jahr und Tag getan haben und bis heute tun, um Klassen und Gruppen zu halten und damit den Kindern zu helfen, den Schülern und natürlich auch den Eltern und den Lehrern. Es war sicherlich ein Fortschritt für manche, daß die einsehbaren Wartelisten beschlossen worden sind im Landesschulrat, es wird an der Realisierung hart gearbeitet, das ist nicht ganz so einfach, wie man meint. Das dauert eine gewisse Zeit, aber die Arbeiten sind mit voller Kraft im Gange. Es werden deswegen keine Wunder geschehen. Es werden damit Spielregeln auf die Beine gestellt, die eben sehr transparent sind, und das ist durchaus begrüßenswert. Das Wort Objektivierung liebe ich persönlich in diesem Zusammenhang ja nicht sehr, weil es ein Wort ist, das aus der Sprache der Naturwissenschaft kommt. Ein Wort, das annimmt, daß alles am Menschen zählbar und meßbar und wägbare sei. Und das stimmt meiner Meinung nach

nicht. Ich glaube, es geht darum, daß man zu Entscheidungen kommt bei Einstellungen von Lehrern, von anderen Menschen und anderem Personal oder auch Führungskräften, die einfach gut und gerecht und zielführend sind. Darum geht es. Wenn das Wort Objektivierung das meint, bin ich natürlich damit einverstanden, aber es hat einen gewissen Beigeschmack, einen gewissen Klang, der mir immer ein bißchen unheimlich vorkommt. Nun werden wir diese Listen haben, und wir werden sehen, wie es funktioniert. Glücklicherweise mußten wir dafür kein Gesetz machen, denn ein Gesetz kann man nur unter größten Schwierigkeiten ändern. Eine solche Einführung kann man nach einer Pilotphase sehr wohl diskutieren und sehen wo sie sich bewährt und wo sie sich nicht bewährt hat und vielleicht nach dem ersten oder nach dem zweiten Jahr verbessern. Ich lasse mich nicht ein auf die sehr interessanten Ausführungen im Rahmen dieser Bildungsdebatte, weil die Zeit fortgeschritten ist, und möchte nur auf einen Punkt noch kommen, was den Inhalt betrifft, was den Inhalt der Schulen und des Unterrichts betrifft.

Ich stehe unter dem Eindruck eines Kongresses, ich war einige Tage auf dem Weltschachkongreß in Sevilla, das ist ein riesiges Auditorium mit 120 Nationen aus der ganzen Welt. Ich muß sagen, es ist mir dort gegangen wie bei ähnlichen Anlässen: Es ist unheimlich, diese Schübe zu sehen, zu hören, mitzerleben, die von den jungen Nationen kommen, die von ganz starken Gruppen junger Nationen kommen, was da an Aufbruch ist, was da an innerer Kraft ist, was da an Forderung ist an sich selber und an uns, ist ungeheuer eindrucksvoll. Und da muß man als Europäer sagen, in dieser Welt von heute und von morgen, in dieser Welt wird es von uns abhängen, wie wir bestehen können. Es geht nicht darum, diese Nationen zu bremsen, denn die sind nicht zu bremsen, die lassen sich gar nicht bremsen. Der ganze lateinamerikanische Kontinent ist in einer Aufbruchbewegung, die gewaltig ist. Die kommen von selber. Wir werden sehen, wie wir partnerschaftlich mit ihnen weiterleben können. Wir werden aber dafür alle unsere Kräfte anstrengen müssen. Das heißt mit andern Worten, es wird unser Schul- und Ausbildungssystem das Bestmögliche aus unseren Menschen herausholen müssen, in ihnen alle Begabungen aufwecken müssen. Wir brauchen Schulen, wir brauchen ein Ausbildungssystem, das den Begabungen, den vielfältigen Begabungen entgegenkommt. Und diesen Begabungen müssen wir auch freie Bahn schaffen. Da geht es nicht um Privilegien, die zu schaffen sind, so ist das nicht gemeint, aber nur wenn die Begabungen voll zum Tragen kommen, dann wird das für das kleine Österreich mit seinen sieben Millionen Menschen in der Welt von 5 Milliarden gut und richtig laufen. Und dann wird es auch in der Ökonomie, und ich sehe durchaus diese ganz enge Verflechtung der Wirtschaft mit der Ökonomie, wieder besser gehen können. Ich zitiere einen ganz unverdächtigen Zeugen dafür, nämlich den derzeitigen Führer der Labour-Party in England, Neill Kinnock. Sie wissen, daß diese Partei, wie jede große Partei, zumindest zwei starke Flügel hat, die ziemlich weit auseinanderliegen, und Neill Kinnock ist ein Gemäßigter, der gesagt hat, wir müssen wieder unter einem neuen Vorzeichen antreten, denn mit unseren radikalen Parolen von einst, mit den Parolen der Unions, der Gewerkschaften,

kommen wir nicht durch und nicht weiter, und er hat schlicht und einfach am letzten Kongreß im Hinblick auf die Breite der Einkommensverteilung in England gesagt. Er hat für eine breite Einkommensverteilung als Labour-Führer plädiert, wohlgermerkt, und gesagt: „We want the haves to give to the havenots“ – „wir wollen solche, die haben, damit wir denen, die nicht haben, etwas geben können.“ Nur wenn die, die haben, produzieren, wenn die unternehmerischen Typen wertschöpfend produzieren, dann bleibt etwas für alle übrig, und dann wird sich der Standard für alle, auch für jene, die sozial bedürftig und arm sind, wieder heben können. Das ist die Verflechtung, und die geht bis zur Schule und bis zum Ausbildungssystem. Deswegen glaube ich, daß es so wichtig ist, den Begabungen entgegenzukommen und durchaus auch neue Einstellungen dabei anzusprechen und aufzuwecken, denn unsere Schule ist natürlich noch ein wenig auf eine statische Gesellschaft ausgerichtet, auf sehr viel Gehorsam, Disziplin, Ordnung. Das sind Tugenden, die man durchaus auch braucht, die dürfen wir nicht abschaffen, aber es müssen neue dazukommen. Es muß Beweglichkeit dazukommen, Selbstverantwortung, Teamgeist, Verantwortungsbewußtsein, der Mut zum Risiko. Das kann man den Kindern auch anerkennen, wenn man es richtig macht, in der Familie natürlich schon und auch in der Schule, und ich glaube, diese Öffnungen in der Schule, im Schulsystem, in der Methodik und der Didaktik des Unterrichtes ist eine ganz wichtige Aufgabe für dieses Österreich von heute und von morgen.

Ich möchte allen Damen und Herren danken, die in den steirischen Schulen wirken, auch den Jugendleitern, den Erwachsenenbildnern, und hoffen, daß wir im Jahre 1988 ein gutes Jahr in unseren steirischen Bildungseinrichtungen hinter uns bringen werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Der Herr Berichterstatter hat mich wissen lassen, daß er auf sein Schlußwort verzichtet. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 23.02 Uhr. Wiederaufnahme am 3. Dezember 1987 um 8.30 Uhr.)

Präsident: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich hoffe, daß die Abgeordneten des Hohen Hauses die Nacht gut verbracht haben.

Angelobung eines Abgeordneten

Da Herr Abgeordneter Klaus Prieschl mit Wirkung vom 3. Dezember 1987 sein Mandat als Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag zurückgelegt hat, ist es notwendig geworden, dieses Mandat neu zu besetzen.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien vor, die Angelobung eines neuen Abgeordneten zu Beginn des heutigen Sitzungstages vorzunehmen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Von der Landeswahlbehörde wurde als Nachfolger für den ausgeschiedenen Abgeordneten Klaus Prieschl Herr Siegfried Schrittwieser in den Steiermärkischen Landtag berufen.

Herr Siegfried Schrittwieser ist heute erschienen und kann die gemäß Paragraph 11 Absatz 3 der Landesverfassung vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, Frau Abgeordnete Margaretha Meyer, zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen, worauf nach Aufruf durch den Schriftführer Herr Siegfried Schrittwieser mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten hat.

Abg. Meyer: Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Siegfried Schrittwieser: Ich gelobe.

Präsident: Herr Siegfried Schrittwieser, ich begrüße Sie als neuen Abgeordneten im Hohen Haus und bitte Sie, Ihren Sitz in der Abgeordnetenbank einzunehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Wir gehen nun zur weiteren Behandlung gemäß der Tagesordnung über.

Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Karl Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 3 behandeln wir Musik und darstellende Kunst, Einrichtungen der Musikpflege, Einrichtungen der darstellenden Kunst, Schrifttum und Sprache, Museen und sonstige Sammlungen, Einrichtungen zur Kunstpflege, Heimatpflege mit den Heimatmuseen, Denkmalpflege, die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, die Förderung von Presse und Film, Einrichtungen der Kulturpflege. Das ergibt bei den Ausgaben eine Summe von 415,382.000 Schilling und bei den Einnahmen 19,481.000 Schilling. Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kirner, dem ich es erteile.

Abg. Kirner: Einen recht schönen guten Morgen, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Diese Karte, die ich vor mich hingestellt habe „Vorsicht Kunst“, ist aus einem Plakatauszug und wurde als Karte bei der letzten kommunalpolitischen Tagung an die Teilnehmer ausgegeben. Der Generalredner meiner Fraktion, Landtagsabgeordneter Alfred Spöner, hat bereits gestern im Rahmen seiner Ausführungen unter anderem auch zu den Fragen von Kunst, Kultur, Wissenschaft und Heimat kurz Stellung genommen und damit ein Bekenntnis zur bald hundertjährigen Geschichte der Sozialdemokratie und als Kulturbewegung abgelegt. Wir beginnen heute die Budgetbera-

tung in der Gruppe 3 mit vier K – Kunst, Kultur, Kultus und, wenn Sie gestatten – Kirner. (Beifall bei der SPÖ.)

Wie in den vergangenen Jahren muß ich auch heuer gleich eingangs meiner Ausführungen feststellen, daß die Ansätze in dieser Gruppe mehr zugunsten zentraler Veranstaltungen in der Landeshauptstadt ihren Niederschlag finden. Bei den vielen Veranstaltungen, die ich draußen in den steirischen Bezirken besuchte, mußte ich immer wieder feststellen, daß die kritische Stimmung wegen dieser Verlagerung immer lauter zu werden droht. Ich will natürlich die Bedeutung der zentralen Veranstaltungen keineswegs schmälern, meine aber, daß die vielen Kunst- und Kulturträger und die Kulturreferate in den steirischen Gemeinden, in den Bezirken mehr Beachtung finden müßten, weil sie als gleichwertige Steuerzahler auch ein demokratisches Recht darauf haben. Ich hatte den Vorteil, hier als erster Redner aufzutreten, nachdem der Kollege Dr. Pfohl mir den ersten Platz kollegial und in kultureller Verbundenheit abgetreten hat. Lieber Kollege Dr. Pfohl, herzlichen Dank dafür. Wenn ich den Veranstaltungen, etwa der Styriarte, mein Augenmerk schenke, so sind gegenüber 1987 gleich um 4 Millionen Schilling mehr im Ansatz, obwohl man früher davon sprach, daß der überwiegende Teil dieses Geldes aus privaten Quellen aufgebracht werden wird. Es hat bereits im Vorjahr eine Nachbedeckung in der gleichen Höhe gegeben. Nun finanziert das Land scheinbar schon den größten Teil dieser Veranstaltung. Wie ich aus einer Pressemeldung vom 17. November dieses Jahres entnehmen konnte, soll auch für die sicherlich nicht uninteressante Grazer Sommerakademie das Land finanziell eingebunden sein oder noch werden. Ich frage jetzt schon, in welcher Höhe. So gibt es eine Reihe von weiteren Beispielen, die ich aber im Hinblick auf die Zeitbeschränkung doch unterlassen möchte.

Das Bekenntnis zum „steirischen Herbst“ ist auch im Voranschlag wiederum gesteigert ersichtlich, wobei auch, und das darf ich doch hier feststellen, außer der Mürztaler Werkstatt und dem Deutschlandsberger Jugendmusikfest sicherlich nur von einem Grazer Herbstfest die Rede sein kann. Wenn ich hingegen die steirische Kulturinitiative betrachte, muß ich feststellen, daß es die einzelnen Kulturinitiativen, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes, gibt, die ein ganzes Bundesland das ganze Jahr über kulturell betreuen, und zwar nicht nur mit fertigen Produkten, sondern mit Projekten, zu denen Künstler, und zwar nicht wenige im Jahr, zur Arbeit mit der steirischen Bevölkerung eingeladen werden. Die verdienstvolle und dynamische Geschäftsführerin der steirischen Kulturinitiative, Frau Gemeinderat Dr. Helga Konrad, meinte kürzlich zur Kulturarbeit folgendes. Ich zitiere: „Kulturelles Wirken, das sich künstlerischer Ausdrucksformen des Heute bedient, hat eine zutiefst gesellschaftspolitische Aufgabe. Es gilt, mit beizutragen, daß sich Kulturbewußtsein entwickelt, entfaltet, festigt. Gerade in der Zeit der Krise, die in einem nicht unerheblichen Maße in der Perspektivlosigkeit der Gesellschaft ihre Wurzeln hat, können Kulturpolitik und Kulturarbeit einen ganz spezifischen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.“ Und Helga Konrad sagt abschließend: „Die steirische Kulturinitiative beabsichtigt mit ihrer Arbeit, Kultur als aktives Handeln mit dem Leben in Einklang

zu bringen, oder umgekehrt, den Alltag im Hinblick auf seine kulturelle Gestaltung zu durchdringen.“

Und so soll aus den Lebensräumen 1987 die Lebensenergie 1988 wachsen. Es muß erfreulich festgestellt werden, daß in den Erläuterungen zum Landesvoranschlag 1988 auf Seite 162 schriftlich festgehalten ist, daß die Kulturinitiative auf den verschiedensten Gebieten der Kunst und der Kultur eine Vielzahl an Veranstaltungen in der Steiermark bietet. Ebenso wird auf der nächsten Seite festgestellt, daß die Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik in vielen Orten der Steiermark ebenfalls ein attraktives Programm bietet, was ich als Anerkennung einer jahrelangen Aufbauarbeit betrachte und hoffentlich auch einmal in einem höheren Finanzansatz einen Niederschlag findet. Die kürzlich vom kommunalpolitischen Referat vom GVV Steiermark, der Steirischen Kulturinitiative und dem Dr.-Karl-Renner-Institut durchgeführte Tagung „Kulturpolitik – Entscheidungsfeld für die Zukunft der Gemeinden“ brachte in den vier Arbeitskreisen Kunst und Kultur, Kulturvermittlung, Kulturräume und Supermärkte der Gefühle interessante Erkenntnisse und Ergebnisse, die man eigentlich allen Kulturpolitikern zugänglich machen sollte, genauso wie die von Johann Götschl, Christoph Klauser und Herbert Nichols-Schwaiger herausgegebene Broschüre „Herausforderungen, Gestaltung politischer Kultur“. In diesem Zusammenhang stelle ich die Frage in den Raum, ob der mit dem Kulturförderungsgesetz geschaffene Landeskulturbeirat überhaupt schon einmal zur fachlichen Beratung und zu grundsätzlichen Fragen der Kulturförderung herangezogen wurde beziehungsweise welchen Aufgabenbereich er bisher überhaupt behandelt hat. Mir ist eine einzige öffentliche Tätigkeit am 16. Mai dieses Jahres bekannt, bei der ich selbst anwesend war, wo sich in einer sicherlich interessanten Veranstaltung kulturelle Initiativgruppen vorgestellt hatten, aber ich meine, dazu hätte es sicherlich nicht unbedingt eines Landeskulturbeirates bedurft. Leider muß ich auch feststellen, daß die Landesregierung den im Paragraph 8 des Kulturförderungsgesetzes vorgesehenen ausführlichen Bericht über die getätigten Förderungsmaßnahmen bis heute noch nicht dem Landtag vorgelegt hat.

Verehrte Damen und Herren, nun noch einige Worte zu den Landesausstellungen: Daß die nächsten Ausstellungen, und zwar 1988 „Glas und Kohle“ in Bärnbach, darüber wird noch mein Kollege Ofner sprechen, 1989 „Handel und Geld“ in Judenburg sowie die „Weinausstellung“ 1990 in Gamlitz auch im Voranschlag fixiert sind, betrachte ich als sehr wertvoll, da damit allen Beteiligten rechtzeitig die Vorbereitungsmöglichkeit gegeben ist. Im Namen meines Landtagskollegen Alexander Freitag, damit er sich nicht extra zu Wort zu melden braucht, darf ich feststellen, daß die heurige Landesausstellung „Hexen und Zauberer“ auf der Riegersburg für alle einen nicht nur überraschend hohen Besuch brachte, sondern daß auch die gesamte Region wirtschaftliche Impulse und Erfolge verzeichnen konnte, wofür die Bevölkerung sehr dankbar ist. Daß es auch kritische Stimmen über diese Ausstellung gegeben hat, ich meine, wo gibt es keine Kritik, ist uns allen bekannt und wurde dies auch in einer Pressekonferenz nach Abschluß der Ausstellung bekanntgegeben. Ich hoffe, daß man diese Fehlerquellen bei den

künftigen Ausstellungen vermeidet und daß „Glas und Kohle“ wiederum ein großer Erfolg wird. Das wünschen wir vom ganzen Herzen, und ich darf sicherlich im Namen aller für das gläserne Geschenk für diese Landesausstellung sehr, sehr herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, drei Berichte möchte ich noch ganz kurz streifen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß heuer zwei bedeutende Kultur- und Bildungsinstitutionen ihr 40jähriges Jubiläum feierten. Es war dies der Obersteirische Kulturbund in Leoben, der auch die Agenden des Steirischen Volksbildungswerkes betreut, und es war dies die steirische URANIA in Graz. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser beiden Organisationen soll für ihre unermüdete und so wichtige Arbeit aufrichtig und herzlich gedankt sein. Auch den Galeriebesitzern Uschi Baier aus Leoben und Werner Enzinger aus Bruck soll für ihre mutige Initiative Dank gesagt werden, denn sie haben die ersten obersteirischen Kunsthandwerkstage im November dieses Jahres auf die Beine gestellt. Diese Privatinitiative brachte ein breites und niveauvolles Angebot auf dem Gebiete der bildenden und angewandten Kunst in das Ausstellungszentrum in das Leobner Rathaus, wobei auch die Städte Bruck, Kapfenberg und Leoben hilfreich zur Seite standen. Damit wurde wieder einmal mehr unter Beweis gestellt, daß Kulturinitiativen auch in der sogenannten Provinz möglich sind, wozu man aber noch eine ganze Reihe von weiteren Beispielen anführen könnte.

Und abschließend sei noch einer sehr mutigen und, wie ich hoffe, auch für die Zukunft sehr erfolgreichen Entscheidung gedankt, nämlich, daß Frau Kammersängerin Gundula Janowitz ab 1990 als Chefin dem Grazer Opernhaus vorstehen wird, wozu sie, und das darf ich sicherlich im Namen aller sagen, schon jetzt alle guten Wünsche begleiten. Ich hoffe aber auch, daß es den Mitgliedern des Grazer Theaterausschusses gelingen möge, für das Grazer Schauspielhaus eine Lösung zu finden – und warum nicht auch eine Frau? –, damit man wieder einmal die in ganz Europa so anerkannten guten Leistungen des Grazer Sprechtheaters wiederherstellen kann und daß dann auch das älteste immer noch bespielte Theater Österreichs in Leoben und andere Aufführungsorte wiederum gerne Grazer Aufführungen annehmen. Daß dies nicht nur ein in der Adventzeit ausgesprochener Weihnachtswunsch bleibe, das hoffe ich sehr. Glückauf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Landesvoranschlag 1988 sieht eine Erhöhung der Ausgaben für die Gruppe Kunst, Kultur und Kultus von 390 auf 415 Millionen Schilling vor. Dies entspricht einer Erhöhung von 6,5 Prozent und zeigt den hohen Stellenwert, der der Kultur im Gesamtbudget unseres Landes eingeräumt wird. Trotzdem ist Sparsamkeit das Gebot der Stunde. Der vom ehemaligen Nationalrat der KPÖ Ernst Fischer geprägte Satz: „Kunst darf alles und muß nichts“ trifft zwar den „rostigen Nagel“ auf

den Kopf, er gilt aber sicher nicht für die Einhaltung der verschiedenen Posten des Kulturbudgets.

Damit bin ich beim ersten Thema, den Vereinigten Bühnen. Die finanzielle Situation der Vereinigten Bühnen gibt nach wie vor Anlaß zu herber Kritik. Die massiven Vorhalte des Theater-Ausschusses an die Theaterleitung, das selbsterstellte Budget doch auch einzuhalten, und die Rechtfertigung der Theaterleitung dazu ähneln oft einer Komödie mit tragischem Einschlag. Trotz Beschwörungen und Androhungen hat sich keine Verbesserung im letzten Jahr ergeben, im Gegenteil, die Verschuldung ist sogar größer geworden. Ich halte eine schuldenfreie Übergabe der Vereinigten Bühnen an die neue Theaterleitung im Jahre 1990 ohne Schuldentilgung durch die Gebietskörperschaften Land und Stadt für ausgeschlossen. Dazu muß ich aber sagen, daß ich der festen Überzeugung bin, daß das bisherige wie auch das veranschlagte Budget absolut ausreichend sind, um gutes Theater spielen zu können.

Im Gegensatz zum Opernhaus, dessen Spielplan ausgewogen und gut ist, muß der künstlerische Zustand des Schauspielhauses als traurig bezeichnet werden. Die Absage der Großproduktion „Hamlet“ ist nur ein Symptom für den Zustand des Hauses. Schauspielregisseur Dr. Hauer ist es nicht gelungen, die Verhältnisse in den Griff zu bekommen. Die Frontstellung ist nicht nur Ensemble gegen Schauspielregisseur, auch im Ensemble selbst gibt es offenbar widerstrebende Strömungen. Es bedarf deshalb einer klug ordnenden und begeisterungsfähigen neuen Führung, die die Schauspieler wieder zu einem Team zusammenschweißt.

Es wird zu den vordringlichsten Aufgaben des Theater-Ausschusses gehören, gemeinsam mit dem zukünftigen Intendanten einen neuen Schauspielregisseur zu küren, der spätestens im Herbst 1989 die Geschicke des Schauspielhauses übernimmt. Diese neue Leitung kann auf Grund der hausinternen Probleme meines Erachtens nur von außen kommen.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf die Zukunft der Vereinigten Bühnen werfen. Mit dem neuen Intendanten Dr. Brunner haben wir einen hervorragenden Mann gefunden, der sich unbestritten als der bestqualifizierte Bewerber dargestellt hat. Zur spektakulären Ernennung, Kollege Kirner hat das schon gesagt, der weltberühmten Sängerin Gundula Janowitz zur Operndirektorin kann ich dem zukünftigen Intendanten nur gratulieren. Auch davon verspreche ich mir einen wesentlichen Impuls für die Zukunft.

Der neue Verwaltungsdirektor wird voraussichtlich in der nächsten Theater-Ausschußsitzung im Dezember dieses Jahres bekanntgegeben werden, so daß zumindest für die Zukunft, ab 1990, eine wirtschaftliche Gesundung der Vereinigten Bühnen in Aussicht ist.

Die Erfahrungen bei der Opernhaussanierung und dem Neubau der Werkstätten sowie bei der kleinen Schauspielhausrenovierung haben bewiesen, daß Kostenrahmen eingehalten werden können. In beiden Fällen ist das jeweilige durchaus eng bemessene Kostenlimit nicht überschritten worden. Vieles konnte in baulicher und technischer Hinsicht für die Oper und das Schauspielhaus gemacht werden, manches gilt es noch zu tun. Wünsche, aber auch Notwendigkeiten,

die aus Kostengründen dort wie da nicht erfüllt werden konnten, gibt es noch genügend. Zu glauben, durch den Opernhausumbau würde dort alles zum Besten sein, wäre ein großer Irrtum.

Im Schauspielhaus muß insbesondere die gesamte Bühnentechniküberholung bald in Angriff genommen werden.

Außerdem besteht seit Jahren das von mir sehr unterstützte Vorhaben, den Kartenverkauf in der Theaterkasse und den Verkaufsorganisationen durch ein EDV-unterstütztes System zu verbessern, so daß vielleicht in naher Zukunft in der gesamten Steiermark und nicht nur in Graz Theater- und Konzertkarten reserviert werden können. (Beifall bei der ÖVP.) Die notwendige Modernisierung darf vor dem Kulturbereich nicht haltmachen.

Das gute und stark verjüngte Grazer Philharmonische Orchester sollte außerhalb der Vereinigten Bühnen stärker an die Öffentlichkeit treten. Für 1988 ist gemeinsam mit dem Kulturreferat der Stadt Graz bereits ein Neujahrskonzert geplant, ab Herbst 1988 sollte es mindestens drei Konzerte pro Jahr zusätzlich geben.

Die Zusammenarbeit aller kulturellen Institutionen mußte verstärkt werden. Damit meine ich nicht nur die Terminkoordination – obwohl der Beginn der Jahreszeit „Herbst“ allgemein bekannt ist, scheint das beim „steirischen Herbst“ und den Vereinigten Bühnen nicht immer der Fall zu sein.

Eine längerfristige Terminplanung würde ich mir generell für die Programme aller kulturellen Institutionen wünschen. Sowohl das Grazer Publikum als auch die vielen Gäste der Stadt Graz und des Landes sowie die Fremdenverkehrsverantwortlichen würden es zu schätzen wissen, wenn die Aufführungstermine früher bekannt wären und dann auch halten würden.

Die größte Einzelpost des Kulturbudgets ist auch heuer wieder die der Vereinigten Bühnen, gefolgt von der unseres Landesmuseums Joanneum mit rund 73 Millionen Schilling. Ich habe mich in der letzten Landtagssitzung zu einer Regierungsvorlage über einen Dachausbau in der Raubergasse 10 schon zu Wort gemeldet, um über die katastrophale Raumnot der meisten der 16 Abteilungen des Joanneums, aber auch der Landesbibliothek, aufmerksam zu machen. Außer dem Landeszeughaus, das als einzige Abteilung einen geschlossenen Bestand hat, erweitern sich alle anderen mehr oder weniger rasch. Besonders expansiv sind die naturwissenschaftlichen Abteilungen Geologie, Mineralogie, Botanik, Zoologie sowie die Abteilung für Vor- und Frühgeschichte, die ihre Bestände laufend ergänzen, um, wie ich mir vom Direktor des Joanneums erklären ließ, den Studenten der jeweiligen Fachrichtung für ihre wissenschaftliche Ausbildung zur Verfügung zu stehen. Unsere Grazer Universitäten hätten zwar einschlägige Institute, die allerdings nur exemplarisch, also Einzelstücke, sammeln, während die Abteilungen des Joanneums ihre wissenschaftliche Tätigkeit systemorientiert betreiben, das heißt, daß sie ihre Bestände in Richtung Vollständigkeit zu ergänzen versuchen. Dadurch würde den Studenten erst der notwendige Gesamtüberblick in ihrer Disziplin vermittelt.

Die Rolle des Landesmuseums sozusagen als wissenschaftliche Außenstelle der Universitäten erscheint mir

zwar sehr lobenswert, ich frage mich nur, ob dadurch das Land nicht für Ausbildungskosten der Studenten aufkommt, die kompetenzmäßig dem Bund zufallen würden. Gegen die geübte Praxis ist nichts einzuwenden, doch sollte versucht werden, ob der Bund nicht dafür zur Kasse gebeten werden kann.

Doch zurück zur Raumnot: Meines Erachtens gibt es realistisch nur zwei Möglichkeiten, mittelfristig dem Problem beizukommen: einerseits zu prüfen, ob es nicht sinnvoll ist, die Sammeltätigkeit der Abteilungen zu beschränken und ihre Bestände auf ihre Museumswürdigkeit zu untersuchen, andererseits einen zentralen, baukastenmäßig erweiterbaren, kostengünstigen Tiefenspeicher zu errichten. Dazu bietet sich der Joanneumgarten zwischen den Gebäuden der Raubergasse und Neutorgasse geradezu an. Geologisch scheint der Ort günstig, standortmäßig geradezu ideal – auch für die Landesbibliothek –, das Stadtbild würde nicht durch einen Zweckbau beeinträchtigt, die Kosten je Kubikmeter umbauten Raumes wären niedriger als bei einem Hochbau. Wenn von der Tiefe nach oben aufgeschlossen wird, können wegen der Finanzierbarkeit zwischen den Bauetappen auch Jahre liegen.

So schön ein Neubau im Pfauegarten für die Kunst des 20. Jahrhunderts auch wäre, dringender, allerdings nicht so spektakulär, wäre meiner Überzeugung nach der Bau des Tiefenspeichers. Das Projekt Pfauegarten müßte meiner Überzeugung nach zugunsten des Baues eines Tiefenspeichers zurückgestellt werden. Mit ihm wäre auch das bisher ungelöste Problem der Sicherheit im Katastrophenfall gelöst. Das Projekt Schloßbergtunnel sollte man vergessen.

Wie sich in Wien beim Umbau der Hofstallungen zu einem Zentralmuseum zeigt, dauern die Planungen nicht nur Monate, sondern schon Jahre. Fangen wir wenigstens mit einer Generalplanung „Joanneum 2000“ an, es ist höchste Zeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kollmann, dem ich es erteile.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist sicherlich etwas Ungewöhnliches, daß ich mich zum Kapitel Kultur zum Wort melde, aber es gibt ein spezielles Anliegen, das ich Ihnen hier nicht vorenthalten möchte.

Jede Bergstraße hat ein Bergauf und ein Bergab, darum heißt sie ja Bergstraße. So auch die steirische Eisenstraße, die, beginnend im Raum Leoben, sich über Trofaiach, Vordernberg, den Präbichl nach Eisenerz und bis zur Landesgrenze hinzieht. Bildlich gesehen ist es in den vergangenen Jahrhunderten mit dieser steirischen Eisenstraße bis hinein in die 60er Jahre eigentlich immer aufwärts gegangen.

War der Erzberg in Würde und fand man dort reichhaltiges Erz, lebte eine ganze Region davon, bis hinaus in das oberösterreichische Steyr und natürlich ein Großteil unserer steirischen Heimat von diesem im wahrsten Sinne des Wortes ehernen Brotlaib unseres Landes. Leider gibt es seit fast zwei Jahrzehnten nur ein Bergab zu verzeichnen. Und das, bitte, mit einem Gefälle, daß Abwanderungsraten in zweistelligen Pro-

zentsiffern, bezogen auf ein Jahrzehnt, gar nicht selten sind. Umso bedeutungsvoller, meine Damen und Herren, sind jene Hilfen, die das Land Steiermark und die Steiermärkische Landesregierung für den Raum der Eisenstraße erbringen in allen Bereichen, und ich freue mich, bei meinem Dank kein einziges Regierungsmitglied ausnehmen zu müssen. Mein Dank schließt alle Herren von der Regierungsbank ein, und es sei mir gestattet, auch wenn wir nun das Kapitel Kultur abhandeln, diesen Dank hier auch auszudrücken und auch mich darüber zu freuen, daß im neuen Budget für 1988 zwei zusätzliche Millionen für das Schülerheim Leopoldstein enthalten sind, wie vom Herrn Landeshauptmann in der Fernsehdiskussion in Eisenerz versprochen und nun auch gehalten wurde.

Konkret zum Budgetkapitel: Die montangeschichtliche Kultur unseres Raumes zu bewahren muß uns Verpflichtung sein. Das gilt sowohl für die historischen Bauten und Denkmale, das gilt für die wertvollen Relikte, die sich mit dem Erzabbau und der Stahl- und Eisenindustrie verbinden. Das gilt selbstverständlich für Volkskunst und Brauchtum genauso wie, und das mag vielleicht auf den ersten Blick eigenartig klingen, auch für die Erzbergbahn, die das Murtal mit dem Ennstal verbindet. Sie wird in den nächsten vier Jahren ihren 100. Geburtstag feiern, oder könnte, besser gesagt, ihren 100. Geburtstag feiern. Alles, was ich Ihnen jetzt erzählt habe, eingebettet in eine wunderbare Landschaftskulisse, geradezu diametral schön zur momentanen wirtschaftlichen Situation in weiten Bereichen dieses Raumes.

Vieles ist im kulturellen Bereich geschehen. Seit vielen Jahren unterstützt das Land die Revitalisierungsbestrebungen verschiedenster Vereine, in denen teils hochrangige Fachleute aus dem Montanwesen ehrenamtlich und idealistisch im wahrsten Sinn des Wortes mitarbeiten. Der Verein des Radwerkes IV, der weit über sein ursprüngliches Ziel hinaus wirkt, der Montanhistorische Verein für Österreich, der in Leoben seinen Sitz hat, beispielsweise auch der Zahnradbahnverein in Vordernberg und wie sie alle heißen, diese Initiativen, haben dieses Geld des Landes Steiermark wirklich gut angelegt. Wer offenen Auges die Eisenstraße befährt, kann die Erfolge dieser Arbeit wirklich unschwer erkennen. Dieser kulturellen Anliegen nimmt sich nun auch der von der Landesregierung, der Bundesregierung und den Gemeinden an der Eisenstraße gegründete „Verein Steirische Eisenstraße“ verstärkt an. Wie es in den Satzungen heißt, sind es bildungs- und kulturpolitische Zielsetzungen auf der Grundlage der regionalen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, und wir sollen in diesem Verein durch aktivierende Kulturarbeit zur Stärkung des regionalen Selbstbewußtseins beitragen. Und ich gebe sehr gerne zu, auch wenn es schmerzlich ist, der großartige Anstoß, den das Land Steiermark mit der Landesausstellung 1984 gegeben hat, konnte leider nur sehr schwach in den Folgejahren genutzt werden. Vielleicht hängt es an der Mentalität, die in diesem harten Industrieraum vorhanden ist. Es gilt also nun, von neuem anzupacken, aufzubauen. Alles das umzusetzen, was schon an Ideen vorhanden ist in Richtung Fremdenverkehr. Das wird uns sicherlich nicht leichtfallen. Immer wieder liegen Prügel auf unserer Straße. Wenn ich Ihnen nur ein Beispiel nennen darf, die Erzbergbahn, von der ich als technisch Interessierter

behaupte, sie ist bereits in bestem Sinne gutes Kulturgut unseres Landes, industrielle Kunst, sie soll nun stillgelegt werden. Der Antrag auf „Bewilligung der dauernden und gänzlichen Einstellung“, wie es heißt, auf dem 18 Kilometer langen Streckenabschnitt Vordernberg-Markt-Eisenerz wurde groteskerweise gerade von jenem Ministerium gestellt, dessen Chef im Präsidium unseres Kulturvereines sitzt, der nach satzungsgemäßer Rotation demnächst auch als Präsident fungieren wird, der Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Dr. Streicher. Derzeit ist das Begutachtungsverfahren im Gang. Ich weiß nicht, wie viele Gutachten bereits abgegeben wurden, aber eines ist mir bekannt, meine Damen und Herren, es betrifft vor allem Sie, und es betrifft auch dich, Kollege Hammer, die Arbeiterkammer ist für die Schließung dieser Erzbergbahn. Sie hat den Wunsch des Verkehrsministeriums positiv begutachtet. Ist das nicht ein bißchen eigenartig? Eigenartig, daß ein Ministerium, das demnächst den Präsidenten unseres Kulturvereines stellen wird, die von uns für unsere Bestrebungen so dringend benötigte wirklich montanhistorisch wertvolle Erzbergbahn zur Schließung beantragt. Es mag wirtschaftlich richtig sein. Die Bundesbahn erspart sich angeblich nach Berechnungen rund 29 Millionen Schilling jährlich, 45 Arbeitsplätze können eingespart werden, wobei ich behaupte, einige könnten auch bei Weiterführung eingespart werden, wenn man vielleicht gewisse Dienstleistungen, wie den Güterverkehr, ein wenig einschränkt und sich nur auf den Personenverkehr beschränkt. Ich glaube auch, daß die Bundesbahn in den letzten Jahren geradezu krampfhaft versucht hat, das Aufkommen auf dieser Erzbergbahn durch zusätzliche Buskurse zu vermindern und damit in eine Zone zu bringen, daß diese kulturell wertvolle Bahn nicht mehr zu funktionieren braucht oder stillgelegt werden kann. Mag wirtschaftlich begründet und auch richtig sein. Aber wie soll man Arbeit, auch Kulturarbeit, ordentlich disponieren können, wenn Versprechen nicht eingehalten werden? Ich habe vor mir einen Ausschnitt aus der „Neuen Zeit“ aus dem Vorjahr, und ich lese, daß die Erzbergbahn erhalten bleibt, daß der Personenverkehr auf der Erzbergbahn zwischen Vordernberg und Eisenerz weiter aufrechterhalten wird, und diese Zusage hat der Verkehrsminister Ferdinand Lacina in einer Besprechung mit Erstem Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, dem Donawitzer Betriebsratsobmann Nationalrat Fauland, hochrangigen ÖBB-Vertretern und Bürgermeistern aus dem Raum Leoben im Vorjahr in Wien abgegeben. Das ist natürlich keine erfreuliche Entwicklung, die wir hier hinnehmen müssen und wo wir nur hoffen können, daß es doch noch ein Überdenken gibt, daß es vielleicht eine Verbesserung des Angebots gibt, daß man sich auch etwas einfallen läßt bei den Betreibern dieser Bahn. Trotzdem, meine Damen und Herren, wir im „Verein Steirische Eisenstraße“, der Herr Kollege Hammer und ich werden uns diesbezüglich wirklich bemühen und werden weiterkämpfen. Und um das zu können, bitten wir um das Wohlwollen der Landesregierung und vor allem um das Verständnis des Hohen Hauses, das wir dazu benötigen werden, um auch weiterhin Mittel des Landes in unseren kulturellen obersteirischen Raum zu bekommen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gottlieb. Ich erteile es ihm.

Abg. Gottlieb: Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Man hört heute auf Tagungen und aus dem Mund hochrangiger Politiker recht stolze Worte darüber, daß die Idee des Ortsbildschutzes in der Steiermark große Fortschritte verzeichnet hat.

Und es spricht einiges für diese Behauptung: In vielen Städten, Märkten und Dörfern wurde allerlei getan, um historische Bausubstanz zu erhalten, zu sanieren und mit neuem Leben zu erfüllen.

Bei Kommunalpolitikern und bei der Bevölkerung ist in ganz erheblichem Ausmaß das Verständnis für die Belange der Ortsbildpflege gewachsen, und die Medien haben zunehmend ein waches Auge für die Problematik.

Dennoch muß ich sagen: So rosig, wie die Situation in manchen Sonntagsreden dargestellt wird, ist sie ganz und gar nicht.

Zunächst einmal muß man feststellen, daß in unserem Land in Sachen Ortsbildschutz noch immer erheblicher Nachholbedarf besteht. Es ist ja keineswegs so, daß die Steiermark auf diesem Gebiet Pionierarbeit geleistet hätte. Als hier vor zehn Jahren das Ortsbildschutzgesetz beschlossen wurde, waren wir reichlich spät dran. Der Vorsitzende der steirischen Ortsbildkommission Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Lorenz hat es erst kürzlich am 3. Ortsbildtag in Frohnleiten gesagt: „Das Ortsbildgesetz ist in der Steiermark leider 20 Jahre zu spät gekommen!“

Tatsächlich hat die gesetzliche Regelung hierzulande lange auf sich warten lassen. Als seinerzeit der verdiente Prof. Max Mayr eine Kampagne für die Altstadterneuerung in Graz ins Leben rief, da war von einem Ortsbildschutzgesetz noch nicht einmal die Rede.

Wie würde die Grazer Altstadt heute wohl aussehen, hätte es nicht diese Initiative gegeben und hätte man erst auf den Gesetzgeber gewartet?

Ähnliches kann ich von meiner Heimatgemeinde Frohnleiten sagen, die heute gerne als Musterbeispiel gelungener Altstadterneuerung genannt wird.

Hätten wir nicht schon vor Inkrafttreten dieses Gesetzes systematisch Ortsbildpflege betrieben, wäre gewiß manches passiert, was nicht mehr gutzumachen wäre – und unser schmucker Markt sähe anders aus, als dies heute der Fall ist.

Immerhin, meine Damen und Herren, seit zehn Jahren haben wir ein Ortsbildgesetz, und es hat sich als recht brauchbar erwiesen, auch wenn ich mir aus der Sicht der Praxis noch einige Verbesserungen vorstellen könnte – wie ich anschließend noch gerne ausführen möchte.

Aber der Ortsbildschutz in der Steiermark krankt an der – ich möchte fast sagen – sehr geringen finanziellen Dotierung.

Ich habe mir die Mühe gemacht herauszufinden, wie sich der Budgetansatz für diesen Zweck entwickelt hat.

Begonnen hat es mit einem Ansatz von 500.000 Schilling für 1978, dazu kam eine Nachbedeckung von 300.000 Schilling, so daß in diesem ersten Jahr der

Wirksamkeit des Ortsbildgesetzes 800.000 Schilling zur Verfügung standen.

Von da an ging es leider ständig bergab. Standen ein Jahr später noch 400.000 Schilling im Voranschlag, so hatte man 1981 nur noch 290.000 Schilling für Ortsbildpflege übrig.

1986 waren gar nur 162.000 Schilling im Rechnungsabschluß, und heuer können für diesen Zweck gerade noch 200.000 Schilling ausgegeben werden. Ein wahrlich kleiner Betrag, meine Damen und Herren! Dabei muß man wissen, daß das Ortsbildgesetz das Land verpflichtet, einen entsprechenden Beitrag zu den von den Gemeinden geförderten Projekten zu leisten.

Wie aber soll diese Verpflichtung eingehalten werden, wenn man nur derart geringfügige Beträge bereitstellt?

Mit dieser Budgetpolitik droht man, all die erfreulichen Ansätze in Sachen Ortsbildpflege zunichte zu machen.

Zweifellos hat die Ortsbildkommission in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet. Es gibt heute bereits in 42 steirischen Gemeinden rechtskräftige Ortsbildschutzgebiete, weitere sind in Vorbereitung.

Doch was nützt dies alles, wenn das Land die Gemeinden derart hängen läßt, wo sich letztlich alles entscheidet: beim Geld? Und das – wie gesagt –, obwohl sich das Land im Gesetz verpflichtet hat, diese finanzielle Unterstützung zu gewähren! Wenn wir keinen Weg finden, diese Mittel ganz erheblich aufzustocken und dem Bedarf anzugleichen, dann ist das in Wahrheit die Bankrotterklärung für die Idee des Ortsbildschutzes durch das Land!

Lassen Sie mich nun noch ein paar Worte zum Ortsbildgesetz sagen, das – wie ich bereits eingangs erwähnte – grundsätzlich ein gutes Gesetz ist. In zehnjähriger Praxis haben sich jedoch einige Bereiche gezeigt, wo dieses Gesetz ergänzungsbedürftig erscheint. Zunächst einmal scheint es mir wichtig, den Begriff des allgemeinen Ortsbildschutzes einzuführen. Denn wir können natürlich nicht alles zum Ortsbildschutzgebiet erklären.

Es gibt viele Zonen in unseren Dörfern und Städten, wo zwar die Erklärung zum Schutzgebiet unangemessen wäre, wo aber bei baulichen Maßnahmen doch auf das architektonische und landschaftliche Gesamtbild Rücksicht genommen werden müßte. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich könnte mir vorstellen, daß man im Ortsbildgesetz eine allgemein gehaltene Bestimmung einführt, welche die Gemeinden dazu verhält, bei allen baulichen Maßnahmen – auch außerhalb von eigentlichen Schutzzonen – sozusagen ein bißchen aufzupassen.

Es hat sich in der Praxis weiters erwiesen, daß Wege gefunden werden müssen, um charakteristische Sichtzonen zu schützen. Da es wohl kein praktikabler Weg ist, in solchen Fällen die Schutzzonen selbst allzuweit auszudehnen, müßte man den Sichtzonenschutz in einer speziellen Bestimmung erfassen. Vorbild dazu könnte das Tiroler Stadtkerngesetz sein, das eine derartige Bestimmung seit langem enthält und das tadellos funktioniert.

Und noch etwas: Wir haben nach dem geltenden Gesetz die Möglichkeit, öffentliche Freiflächen unter Schutz zu stellen. Für private Freiflächen können wir

das nicht. Mir scheint eine Bestimmung notwendig, welche erforderlichenfalls auch die Nutzung privater Freiflächen in exponierten Lagen regelt – wenngleich ich im selben Atemzug betonen möchte, daß solche Einschränkungen nur sparsam und behutsam erfolgen sollten.

Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin gesagt, es gibt bereits in 42 Gemeinden in der Steiermark rechtskräftige Ortsbildschutzgesetze. Bisher war es aber mehr oder minder dem Zufall überlassen, welcher Ort von der Ortsbildkommission untersucht wurde und wo gegebenenfalls ein Schutzgebiet eingerichtet wurde.

Es wäre an der Zeit, die Situation in den einzelnen Gemeinden systematisch zu erfassen und nach einem geeigneten Schema jeden Ort auf seine Schutzwürdigkeit zu untersuchen. Anlaß dazu könnte jeweils die Revision der Flächennutzungspläne sein, die ja laut Gesetz alle fünf Jahre zu erfolgen hat. Es geht mir bei all dem nicht darum, übertriebene gesetzliche Zwänge zu schaffen. Was ich hier anrege, sage ich aus dem Erleben der täglichen Praxis heraus. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben in Frohnleiten oft Besucher, die sich ansehen und anhören wollen, wie wir es gemacht haben. Und sehr oft muß ich feststellen, daß bei diesem oder jenem Bürgermeister der Wunsch und die Bereitschaft vorhanden sind, es uns gleichzutun. Aber nicht überall haben es aufgeschlossene Bürgermeister und Gemeindefunktionäre leicht, sich mit Ortsbildschutzhilfen durchzusetzen. Wir sollten daher alles tun, um diesen Funktionären draußen durch gesetzliche Bestimmungen eine bessere Handhabe, zumindest aber sozusagen eine moralische Stütze zu geben. Freilich – und damit schließt sich der Kreis meiner Argumentation – kann das alles nur wirksam werden, wenn das Land endlich in einer vernünftigen Größenordnung Förderungsmittel für den Ortsbildschutz bereitstellt. Das ist das Um und Auf, meine Damen und Herren. Es sollte umso leichter fallen, diese Mittel bereitzustellen, da diese eine direkte, hochwirksame Arbeitsplatzsicherung bewirken würden. Kaum eine Tätigkeit ist so lohnintensiv wie die Restaurierung und Revitalisierung alter Bausubstanz. Fachkräfte aus den verschiedensten Branchen finden hier Beschäftigung, und wertvoller Baubestand wird vor dem Verfall bewahrt. Grund genug also, umzudenken und den Ortsbildschutz so zu dotieren, daß eine wirksame Förderung möglich ist. Neben der Erhaltung wertvoller historischer Bausubstanz könnten dadurch auch Impulse für den Fremdenverkehr ausgehen. Schönere Dörfer, Märkte und Städte würden in Zukunft noch mehr Gäste anziehen und damit die Wertschöpfung in unserem so schönen Land erhöhen. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, gehen wir gemeinsam an die Lösung dieses Problems zum Wohl unserer steirischen Heimat! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Franz Ofner.

Abg. Franz Ofner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Zeit vom 30. April bis zum 30. Oktober 1988 findet in der weststeirischen Stadt Bärnbach die Landesausstellung statt. Sie steht unter dem Titel

„Glas und Kohle“. Neben der Ausstellung selbst wird eine große Zahl von Rahmenveranstaltungen durchgeführt werden. Dieses kulturpolitische Großereignis wird in einer eindrucksvollen Schau die Entstehung der Glaserzeugung und des Braunkohlenbergbaues in der Weststeiermark der Öffentlichkeit präsentieren. Das Einzigartige dieser Landesausstellung ist, daß ein direkter Bezug zur Arbeitswelt der Bergknappen und Glasmacher hergestellt wird. Die zahlreichen Vorarbeiten auf Landesebene, aber auch die großen Anstrengungen der Stadtgemeinde Bärnbach und deren Bevölkerung sind sicher eine Gewähr hierfür, daß die Landesausstellung für die Stadt Bärnbach selbst, aber darüber hinaus für die ganze Region ihre positiven und nachwirkenden Erfolge zeitigt und neue wirtschaftliche Impulse für unsere Region mit sich bringen könnte. Noch bis vor wenigen Jahren war die Hälfte aller Arbeitnehmer des Bezirkes Voitsberg in den Bergbaubetrieben sowie in den drei Glasfabriken Köflach, Voitsberg und Bärnbach beschäftigt. Strukturelle Änderungen haben leider ergeben, daß der Beschäftigungsstand in diesen beiden traditionellen Wirtschaftszweigen um mehrere tausend abgesunken ist und heute der Bezirk zu jenen Regionen des Landes Steiermark mit den meisten Arbeitslosen zählt.

Meine Damen und Herren! Da der Bezirk auch infrastrukturell – herrliche Freibäder, Museen, Tennishallen, Sportstätten, vor allem das Lipizzanergestüt Piber, das Glaskunstzentrum und herrliche Wintersportgebiete – einiges zu bieten hat, will man auch diese Einrichtungen den Gästen der Landesausstellung 1988 vorstellen, wobei man sich erhofft, einen Teil auch für einen Urlaubs- beziehungsweise Ferienaufenthalt zu gewinnen, wodurch die Landesausstellung nicht nur für die Stadt Bärnbach, sondern für den ganzen Bezirk von enormer Bedeutung sein wird.

Meine Damen und Herren, verständlich, daß die Region nun besonders nach einem dritten wirtschaftlichen Standbein sucht. Da der Bezirk auch landschaftlich besonders schön ist, erhofft man sich, mit dem Fremdenverkehr dieses zu schaffen. Wenn auch schon vor einigen Jahren die ersten Schritte zur Hebung des Tourismus eingeleitet wurden, wie beispielsweise durch den Ausbau und neue Aktivitäten des weltberühmten Lipizzanergestütes Piber, das derzeit die größte Fremdenverkehrsattraktion darstellt, so ist die Landesausstellung 1988 „Glas und Kohle“ in Bärnbach für die Region ein besonders wichtiger Faktor, von dem sich die heimische Wirtschaft, insbesondere die Gastronomie, aber auch die Gemeinden sehr viel erwarten. Erfreulich ist, daß durch diese Landesausstellung im wahrsten Sinn des Wortes der gesamte Bezirk in einer gewissen Aufbruchstimmung ist. Städte und Orte werden durch Straßenbaumaßnahmen, aber auch durch Stadtbild- und Dorferneuerungen verschönert, Gastwirte bauen ihre Betriebe aus, wodurch natürlich Arbeitsplätze in den verschiedenen Firmen gefestigt werden.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich lade Sie ein und bitte Sie damit beizutragen, daß diese Landesausstellung in einer wirtschaftlichen Problemregion ein Erfolg werden soll. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Neuhold, dem ich es erteile.

Abg. Neuhold: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gruppe 3 im Landesvoranschlag, Kunst, Kultur und Kultus, gibt wie immer, auch heuer wieder, Ansätze und Gelegenheit für eine vielseitige Betrachtung des steirischen Kulturlebens. Bevor ich mich ein wenig mit der Kulturarbeit im ländlichen Raum beschäftige, möchte ich einen Dank aussprechen. Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer und unserem Landeskulturreferenten Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, im besonderen aber der gesamten Landesregierung sehr herzlich danken dafür, daß die Landesausstellung 1987 „Hexen und Zauberer“ in und auf der Riegersburg stattfinden konnte. Endfazit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, daß über 350.000 Besucher auf die Riegersburg gekommen sind, und das ist sicherlich für einen schwachstrukturierten Bezirk und dessen Umland eine große Sache. Wir können sagen, daß das Thema, vor dem einige doch etwas Angst hatten, positiv bewältigt werden konnte, daß aber viele Besucher nachdenklich weggegangen sind von dieser Landesausstellung in der Erkenntnis, daß im Vergleich zu jenen Jahrhunderten, wo die berüchtigten und berühmten Hexenprozesse stattgefunden haben, wir heute in Frieden und in einem freien Staat leben können.

Der wirtschaftliche Aspekt dabei ist, daß viele wiederkommen werden, um ihren Urlaub im schönen oststeirischen Hügelland zu verbringen. Das ist nebstbei der positive wirtschaftliche Effekt, insbesondere was den Fremdenverkehr betrifft. Es war eine große geschichtliche und kulturhistorische Veranstaltung mit vielen kleinen und großen Rahmenveranstaltungen. Ich danke nochmals allen, die mitgewirkt haben, sehr herzlich für diese Initiative. Ich wünsche bei dieser Gelegenheit der nächstfolgenden weststeirischen Landesausstellung viel Glück. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in der Steiermark in 43 Musikschulen rund 13.000 Musikschüler zu verzeichnen. Das ist eine ganz erfreuliche Entwicklung in der musischen Erziehung unserer Jugend, und es ist auch erfreulich, daß im Landesvoranschlag die Förderung der Musikschulen um 8,7 Millionen Schilling für 1988 aufgestockt werden konnte und daher 84 Millionen Schilling für diese Förderung der Musikschulen enthalten sind. Wir haben des weiteren in rund 390 Blasmusikkapellen 14.000 Musiker tätig, und auch hier ist wieder erfreulich, daß sozusagen sich die Zahl der Jungmusiker langsam der 40-Prozent-Grenze nähert. Auch wieder ausgehend von den Musikschulen wird jener musikalische Nachwuchs für die Blasmusikkapellen geschaffen, der dazu notwendig ist. Ich möchte den steirischen Sängerbund nicht unerwähnt lassen, der in 172 Vereinen rund 6000 Sangeschwestern und Sangesbrüder vereinigt, die auch einen wesentlichen Teil der kulturellen Veranstaltungen im ländlichen Raum mitgestalten. Überhaupt, wie man generell sagen kann, daß die große Zahl dieser musisch veranlagten Menschen im ländlichen Raum mitwirkt. Von den Bezirksstätten angefangen bis hinein in die kleinsten Gemeinden und Dörfer. Der Bogen der musikalischen und gesanglichen Darbietungen spannt sich vom Spiel in kleinen Gruppen, auch wieder ausgehend von den Musikschulen, über die Hausmusik, verschiedene Konzerte bis

hin zur Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung“ von Josef Haydn, wie es in einigen ländlichen Marktgemeinden im heurigen Jahr der Fall war. Hier kann man wieder sagen, daß auch so schwere Werke mit den eigenen Kräften aus den Musikschulen besetzt werden können. Man darf aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht auf die vielen Idealisten vergessen, die in ihrer Freizeit etwa unsere Heimatmuseen führen und ausbauen, die für die Denkmalpflege und Ortschronik verantwortlich sind, die in vielen Laienspielgruppen, Sängerrunden und Singkreisen mitwirken, die als Fotoamateure und für die Ortsbildpflege unterwegs sind. So manche junge Künstler zeigen dabei schon ihre Begabung.

Der Begriff der Ortserneuerung wurde im Landesvoranschlag 1988 erstmals mit einer Förderungspost von 2,6 Millionen Schilling bedacht, und auch dafür muß man dankbar sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Alles das ist, in Stichwörtern ausgedrückt, Kultur im ländlichen Raum in vielfältiger Weise. Viele einfache bäuerliche Menschen wirken und werken bei diesen verschiedenen Veranstaltungen mit. Sie wirken in ihrer Arbeit und in ihrer Art und Weise als Botschafter unserer Heimat. Sie sollen uns damit auch ein Heimatgefühl vermitteln, und sie wollen auch beweisen, daß sie durch ihre Mitarbeit und ihre Mitgestaltung einen Teil der außerberuflichen Sinnerfüllung ihres Lebens sehen. Die positiven Kräfte unserer Heimat, wie Koren immer gesagt hat, sind am Werk. Wir sollten es ihnen durch Wort und Tat und durch angemessene Förderung danken.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Anhang: Aus Solidarität zu den Damen des Protokolls und den nachfolgenden Kurzzeitrednern habe auch ich versucht, eine kurze Rede zu halten. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pinegger, dem ich es erteile.

Abg. Pinegger: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es war das Jahr 1959, und kein geringerer als ein weststeirischer Sohn, nämlich Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren, ein Köflacher, hat die erste Landesausstellung „Erzherzog Johann von Österreich“ mit dem Standort Graz praktisch der Steiermark präsentiert. Seit 1959 bis dato „Hexen und Zauberer“ sind 14 Landesausstellungen in der Steiermark abgewickelt worden. Von diesen 14 Landesausstellungen waren acht in der Landeshauptstadt Graz. Erst ab dem Jahr 1976 ist man hinausgegangen in die gesamte Steiermark. Man kann heute von dieser Stelle aus wahrlich sagen, meine Damen und Herren, daß hier diese unsere Steiermark ihre Identität gefunden hat, daß durch diese Landesausstellungen praktisch das Selbstbewußtsein der Steirerinnen und Steirer gehoben wurde. Wir haben es wahrlich vonnöten, dieses Selbstbewußtsein sehr deutlich auch zu dokumentieren. Denn ich glaube, auch Selbstbewußtsein hilft uns in Krisen über manches hinweg.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, allein übersichtsmäßig, was die Besucherzahlen anbelangt, diese Landesausstellungen betrachten. Von einer

Besucherzahl von 13.000 bis zu 352.000, das war diese mystische Ausstellung „Hexen und Zauberer“ auf der Riegersburg, bewegen sich die Besucherquoten. Ich möchte absolut nicht jetzt all diese Ausstellungen anführen, die zumeist in einem Rhythmus von zwei Jahren abgewickelt wurden, aber auf Grund der vielen Anträge scheint es so zu sein, daß sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth veranlaßt sah, dieses Intervall abzukürzen. Ich hoffe, daß es weiterhin möglich ist, die Budgetansätze deuten darauf hin, daß 1988 unsere weststeirische Region mit „Glas und Kohle“ an der Reihe ist, daß dann schon die Judenburgler folgen, und daß dann, wie könnte es anderes sein, Gamlitz, also das Grenzland, mit dem Wein folgt. Dann später werden sich die Geister streiten, aber Vollmann nickt schon, anscheinend weiß er schon, wie die Uhr läuft. Wir – Kollege Ofner, ich bedanke mich sehr dafür, daß wir den Zuschlag erhielten –, diese weststeirische Region, die wahrlich auf Grund dieses sogenannten strukturellen Wandels irgendwo erschüttert wurde! Wenn wir das nur kurz geschichtlich betrachten, meine Damen und Herren, so haben sich diese Glashütten aus dem weststeirischen Raum Glashütten, Trahütten, diese bewaldeten Regionen, in Richtung neuer Energieträger Kohle in diesem Schwerpunktraum, sprich Bärnbach, Voitsberg, Köflach, dann angesiedelt. 1805 erste Glasproduktion in Bärnbach. Wir haben es leider Gottes registrieren müssen, daß im Zuge dieser Umstrukturierung auch diese Glashütten einem Schrumpfungsprozeß unterworfen waren. Das gleiche, was sich auf dem Sektor des Bergbaues abspielt.

Und so freuen wir uns, daß wir durch diese Landesausstellung „Glas und Kohle“ nunmehr wieder in unserem Raum motiviert werden, Hoffnungen zu hegen. Und ich darf erfreut hier von dieser Stelle aus mitteilen, daß wahrlich Anlaß besteht, Hoffnungen zu hegen weit über diese weltanschaulichen Eingliederungen hinaus, und wir haben es verspürt bei diesen Bezirksgesprächen, daß es immer möglich war, Konsens zu finden, daß es immer möglich war, jetzt in der Phase, und Gott gebe es, wenn das sogenannte „Nachher“ kommt, es wurde heute hier schon angedeutet, daß auch dann dieser Konsens nachher auch gegeben ist und uns in diese Richtung Zusammenarbeit vielleicht sogar drängt, wenn es oft auch scheinbar kein Herzensbedürfnis ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte von dieser Stelle aus recht herzlich jenen danken, die sich um diesen unseren Raum bemüht haben. Wir haben hier feststellen können, daß es ein wunderbares Zusammenwirken zwischen dem Kulturreferat und dem Landesfremdenverkehrsreferat gibt. Ich möchte herzlich von dieser Stelle aus unserem Kulturreferenten Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth danken. Ich möchte darüber hinaus unserem Fremdenverkehrslandesrat Dr. Heidinger herzlichst danken. Mir scheint also, daß dieses Zusammenwirken hier gegeben ist. Meine Damen und Herren, auch die Gemeinden unseres Bezirkes arbeiten in diese Richtung. Und wenn diese Landesausstellung praktisch umrankt ist von vielen, vielen Nebenausstellungen, so glaube ich, daß dann mit Oktober diese Landesausstellung vorübergeht, aber eines bleibt uns dort in dem Raum erhalten, das Glaskunstzentrum, die Verkaufsstelle für wertvolles mundgeblasenes Glas hat einen sehr großen Stel-

lenwert, und nicht mehr diese Massenartikel in Form von Medizinfläschchen und ähnlichem, sondern diese Qualität hat Bedeutung. Das wird uns bleiben auch für dieses Nachher. Uns wird auch bleiben, und ich freue mich, daß hier auch das Bundesgestüt Piber voll mit-gebaut ist und daß auch dort diese Bereitschaft ist, hier im Rahmen dieser Monate April bis Oktober zu öffnen. Wenn sich viele Gemeinden, wie Köflach, Voitsberg, Ligist, rundum praktisch auch beteiligen und sich hier miteingliedern, dann natürlich auch in der Hoffnung, daß sie auch mitpartizipieren an dieser Landesausstellung. So, meine Damen und Herren, habe ich mir heute erlaubt, Ihnen als Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses eine kleine Morgengabe zu überreichen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Und ich sage das, meine Damen und Herren, mit einem besonderen Schwerpunkt in Richtung Presse. Ich darf Ihnen eines sagen. Selbst gekauft, darf ich Ihnen mitteilen. Ist kein Geschenk des Glaskunstzentrums. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Und das erinnert mich jetzt an eine Aussage, gestatten Sie mir, daß ich das noch anbringe, meine Damen und Herren, an eine Visitation. (Abg. Mag. Rader: „Darf ich eine Spendenaktion machen?“) Danke, Geld wird nicht angenommen. Bitte das der Presse weiterzugeben. Fürstbischof Pablikowsky hat in einer berühmten Pfarre unserer weststeirischen Region, nämlich in Hirschegg, im Rahmen der Visitation, und es war gerade in der Phase, als man die Pfarreien eingeladen hat, für ein bischöfliches Dienstauto zu sammeln, und mit diesem neuen Dienstauto ist er vorgefahren. Anlässlich des Mittagessens dann hat dieser berühmte Rochus Kohlbach ein Spielzeugauto über den Mittagstisch rollen lassen und hat dazu die Bemerkung gemacht: „Exzellenz, selber gekauft.“ Deswegen habe ich mir erlaubt, das einzublenden. Und wenn ich noch so vermessen war, als ein Bürgermeister, lieber Herr Kollege von Frohnleiten, lieber Gottlieb, habe ich mir auch erlaubt, weil ich glaube, daß es etwas Bleibendes ist, meine Damen und Herren, aus dieser meiner jungen Gemeinde, der noch jüngsten Marktgemeinde, glaube ich, Stallhofen, Ihnen ein Prospekt zu überreichen. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit einladen, meine Damen und Herren, und ich nehme nicht an daß ich zu viel verspreche, aber ich tue es. Jeder Abgeordnete, der mit einer Gruppe in meine junge Marktgemeinde kommt und in diese Ambrosi-Gedenkstätte, wobei ich mich verpflichte, selbst die Führung zu übernehmen, der ist mein persönlicher Gast, meine Damen und Herren. Ich rufe Ihnen zu: Auf ein Wiedersehen im Jahre 1988 im Zentrum „Glas und Kohle“ in Bärnbach, und sollten Sie Zeit haben, auch auf ein Wiedersehen in meiner Marktgemeinde. Meine Damen und Herren, Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, ist es mir eine Ehre und Freude, in unserer Mitte auf der Zuschauergalerie den Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik, Klaus Wolf, mit seiner Frau Gemahlin und in Begleitung den Herrn Handelsrates Funke begrüßen zu dürfen. (Allgemeiner Beifall.) Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernitz, dem ich es erteile.

Abg. Tschernitz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Nach diesen wirklich Jubelberichten meiner beiden Vorredner über die Landesausstellungen in der Steiermark, der Kollegen Pinegger und Neuhold, und diesem Werbeslogan, den er hier ausgesprochen hat betreffend der Einladungen und des Präsentes, das er persönlich für uns alle gemeinsam gekauft hat, würde ich sagen: Lieber Kollege Pinegger, ich würde auch sehr gerne so ein Präsent bringen, wenn ich die Chance hätte, daß ein Wunsch, den ich eigentlich Jahre hindurch hier im Hohen Haus bereits deponiert habe, eine Landesausstellung auch im Schloß Trautenfels zu haben, erfüllt würde. Für mich ist es eben ein bißchen unverständlich, so erfreulich es auch natürlich für uns alle gemeinsam sein muß, daß immer wieder diese Landesausstellungen so einen großen Erfolg für diese Regionen bringen. Ich anerkenne selbstverständlich auch die bereits im Budget vorgesehenen Posten für kommende Landesausstellungen. Nur würde ich wirklich sehr gerne an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter die Frage richten, bis wann wirklich doch das Schloß Trautenfels, das so enorme Vorleistungen in dieser Richtung gebracht hat, sich auch in diese Reihe der Möglichkeiten einreihen kann, und ich glaube auch, die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei würden das mit großer Freude vermerken, weil ich weiß, daß es bereits 1985 eine Vorlage hier in diesem Hohen Haus gegeben hat, wo bereits schon auf das Thema Barock hingewiesen wurde, wo es sehr sinnvoll dargestellt wurde, wo gerade auf das Schloß Trautenfels Bezug genommen wurde, weil es hier gerade für diese Kunstepoche besonders passen würde und auch die Vorrangigkeit in dieser Vorlage zum Ausdruck gebracht wird, nämlich mit allen bildungspolitischen und allen regionalwirtschaftlichen Überlegungen von seiten des Fremdenverkehrs und allem, was natürlicherweise mit hineinspielt. Ich möchte noch einmal sagen, ich freue mich über alle Landesausstellungen, ich freue mich, daß sie ein großer Erfolg sind. Ich anerkenne, daß es bereits bis 1990 Ansätze für Landesausstellungen gibt, nur glaube ich, daß es sich die Menschen in diesem obersteirischen Raum wirklich verdient hätten, nämlich dadurch, daß sie Hunderttausende Schilling selbst aufgebracht haben, um das Schloß Trautenfels so zu renovieren, natürlich mit Zuschüssen des Landes, mit Zuschüssen des Bundes, daß es heute wirklich wieder prachtvoll in der Mitte des Ennstales sozusagen als Wahrzeichen steht und sich darum auch diese Ausstellung verdienen würde.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, 1984 habe ich von Ihnen bereits einen Brief erhalten, ich habe mich damals sehr gefreut, als Sie mir mitgeteilt haben, daß selbstverständlich der Bewerber um die Landesausstellung für das Schloß Trautenfels für das Jahr 1988 entsprechend Berücksichtigung finden wird. Es tut mir sehr leid, und ich darf meine Bitte hier anbringen: Vielleicht kann dieser Brief von 1984 in den nächsten Jahren einmal Wirklichkeit werden. (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Das Ennstal hat 1980 eine Ausstellung gehabt!“) Vielleicht richtig, Herr Landesrat, aber ich glaube, daß das wirklich eine der sinnvollsten Ergänzungen einer Landesausstellung wäre.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Gruppe 3 gibt es natürlich, und das ist auch vom Kollegen Neuhold hier angeschnitten worden, eine

Gruppe, die meiner Meinung nach zu wenig Berücksichtigung in den Budgetansätzen findet. Wenn man nämlich den Ansatz 322, die Maßnahmen zur Förderung der Musikpflege, Beiträge an Musikkapellen, mit den anderen Kulturansätzen vergleicht, ist das meiner Meinung nach ein äußerst geringer Ansatz, nämlich für jene Zahl von Musikern, die auch vom Kollegen Neuhold genannt wurden, es sind immerhin 14.600 Musiker, die ständig bereit sind und in den letzten Jahren über 12.000 Ausrückungen hatten, ohne die Proben und Teilproben hinzuzurechnen. Ohne festzustellen, daß gerade für die Jugend diese Blaskapellen eine ganz große Bedeutung haben, nämlich in Verbindung mit den Musikschulen, weil immerhin fast 5000 Jungmusiker unter 24 Jahren sind. Diese Blaskapellen sind bedeutende Kulturträger unserer steirischen Heimat, die nicht nur für die Erhaltung dieses wertvollen Kulturgutes eintreten, sondern auch die Pflege des steirischen Brauchtums in den Vordergrund stellen, weil sonst wäre auch nicht im Ansatz mit drinnen, daß die Mittel auch dafür verwendet werden sollten, um die Trachten der Musikkapellen zu fördern und dafür Beiträge zu leisten. Es gibt doch keine Veranstaltung, wo nicht die Blasmusikkapellen ihren Beitrag leisten, die weit über die Grenzen der steirischen Heimat, über Österreich hinaus, jene Werbung für unsere steirische Heimat machen, jene Verbindung darstellen, die wir unbedingt benötigen. Ich meine damit, daß diese 14.600 Menschen großartige Leistungen erbringen, daß ihnen wirklich hier vom Hohen Haus der Dank zum Ausdruck gebracht werden muß, und ich möchte auch hier den zuständigen Referenten bitten, ich weiß, daß es 1988 nicht möglich ist, aber doch Überlegungen in das kommende Budget einfließen zu lassen, um auch dieser Gruppe, den steirischen Blasmusikkapellen, einen etwas höheren Ansatz zu garantieren. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Hirschmann: Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte zuerst einige grundsätzliche Gedanken zur Kulturpolitik äußern dürfen, um mich dann näher mit dem „steirischen Herbst“ kurz, aber doch eingehend zu befassen.

In Zeiten der Krise, es wurde gestern viel davon gesprochen, es wird morgen unter dem Wirtschaftskapitel viel davon gesprochen werden, haben wir Sorgen um die Arbeitsplätze, um die Einkommen, die Wirtschaft, die Bauern, um existenzielle Nöte überall, und da stellt sich die Frage: Soll man sich auch noch um die Kunst und Kultur Sorgen machen? Alle bisherigen Wortmeldungen heute sagen ja, wir sollen und müssen. Gleich eines vorweg: Kunst und Kultur in der Steiermark, aber auch sonst wo, sind natürlich mehr, als es im Budget seinen Niederschlag findet. Aber auch dieses Budget für das Jahr 1988 ist ein gutes und bekenntnishafte Zeichen, ein Versuch, auch in schweren Zeiten im Bereich von Kunst und Kultur einen Schwerpunkt zu setzen. Freilich, Kirner hat es schon angesprochen, mit manchen berechtigten Wünschen, und es zog sich durch viele andere Beiträge: Mehr Geld, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das wäre

natürlich überall eine Hetz, aber insbesondere im Kulturbetrieb. Man muß schauen, daß man mit dem Wenigen, das man hat, einigermaßen durchkommt und Schwerpunkte setzt. Warum? Ich darf den deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zitieren, aus seiner Rede, die er heuer am 10. April anlässlich einer Verleihung von Goethe-Preisen gehalten hat. Ich zitiere wörtlich: „Kultur ist kein politikfreier Raum. Kultur ist nicht der Paradiesgarten geistiger und künstlerischer Eliten, Kultur ist Lebensweise des Menschen, sie ist die Substanz, um die es der Politik zu gehen hat.“ Und ein wenig später: „Politik umgekehrt ist immer auch Kulturpolitik, denn Politik beeinflusst die Bedingungen des Lebens und Handelns der Menschen“. Oder ein anderer großer deutscher Geist, Johann Wolfgang von Goethe, hat einmal gesagt: „Alles, was der Mensch treibt, kultiviert ihn“. Dieses Verständnis, meine Damen und Herren, hat, so glaube ich, mit Berechtigung sagen zu können, gerade in der Steiermark auch eine große Tradition. Es gibt, wie wir heute schon aus den vielen Beiträgen zu Recht gehört haben, unendlich viele herausragende Leistungen und Initiativen im kulturellen Bereich dieses Landes, und der Vergleich, das sagen wir ohne Selbstüberschätzung, macht uns sicher, in Österreich, aber auch der Vergleich mit dem Ausland. Dr. Koren, schon genannt, Dr. Krainer, Prof. Jungwirth, sie alle setzten zusammen in den letzten Jahrzehnten auch österreichweit Meilensteine in der Kulturpolitik. Ihnen ist zu danken, wie auch den vielen Institutionen, Initiativen in unserem Lande. Vieles wurde angesprochen. Die hohen Schulen, Oper, Schauspielhaus. Es wären vor allem die vielen privaten Initiativen zu bedanken, Vereine, bis zu den Bürgermeistern, Kulturreferenten in den Gemeinden, ja natürlich den Künstlern selbst. Hier haben wir eine Gruppe von Menschen, die besonders wissen, was es heißt, im Regelfall unter existenziellen Sorgen und Nöten leben zu müssen. Wir dürfen auf sie alle stolz sein, auf unsere Musiker, auf unsere Maler, auf die Dichter, die Videokünstler, die Fotografen, wo immer, auf welchen Gebieten sie sich um herausragende Leistungen bemühen. Vieles ist im Umbruch, wie wir wissen, aber es gibt auch viele neue Initiativen. Vieles wurde genannt, ich darf dem einiges hinzufügen. Der neue Stadtrat für Kultur in der Stadt Graz bringt auch hier ein bißchen frischen Wind – ich darf mir das Vokabel ausleihen, es ist ja nicht von euch – in die sicherlich großartige Kulturpolitik auch der Stadt Graz. Die Kulturinitiative wurde zu Recht genannt, es gibt auch eine andere Initiative, geleitet von Heime Steps, GamsbArt nennt sie sich, die eine außerordentlich qualitativ hochwertige Veranstaltungsreihe im Bereich des Jazz gerade in der Grazer Studentenszene in den letzten Jahren hervorgebracht hat. Das Forum Stadtpark. Genannt wurden die Landesausstellungen, Styriarte, die Steirische Akademie, der „Sterz“, die Wolkensteiner. Vieles, wie gesagt, wurde genannt, vieles wäre zu nennen. Wir wissen, daß diese steirische Kulturpolitik in den letzten Jahren eine intensive Nachahmung gerade in anderen Bundesländern gefunden hat, ja selbst in der Kulturmetropole Wien, aber auch in Linz, in Klagenfurt und in vielen anderen Bundesländern Österreichs. Ich möchte das unterstreichen, was auch Kirner gesagt hat, ich glaube, in einer Zeit existenzieller Krisen ist eine Rückbesinnung, aber auch gleichzeitig eine Zukunftsorientierung auf den

gewachsenen geistigen und kulturellen Fundamenten unseres Landes von Nutzen. Wir bemühen uns um viele neue, vielleicht zunächst durchaus semantische Formeln, wenn ich gestern richtig zugehört habe. Wir sprechen von einer Kultur der Solidarität. Wie gesagt, manches wurde auch gestern hier in Reden auf den Kopf gestellt, aber es gibt dieses Schlagwort, und es ist nicht nur ein Schlagwort. Unser Ringen um die Umwelt, unser Ringen um Ziele und Werte von Wissenschaft und Forschung, Bemühungen um eine neue Qualität im Wohnbau, Bemühungen um eine Demokratisierung der Gesellschaft bis hin zum Thema Kultur und Fremdenverkehr und Wirtschaft, all das sind doch Zeichen und Auseinandersetzungen um unsere gemeinsame künftige kulturelle Landschaft.

Meine Damen und Herren, ich möchte einige Worte zum Thema „steirischer herbst“ sagen und zum Anfang ein absolutes Bekenntnis zu diesem „steirischen herbst“ in seiner Ursprungsidee, wie sie Hanns Koren im Jahre 1968 vorgestellt hat, ablegen. Ich darf am Schluß auch noch kurz aus dieser Rede von Hanns Koren zitieren. 1988 ist also ein Gedenkjahr auch in dieser Richtung, und ich meine, wie auch das Gedenkjahr 1988 – 1938 sollte auch dies ein Anlaß nicht nur zur Rückbesinnung und Vergangenheitsbewältigung sein, sondern auch ein Ringen um neue Perspektiven für die Zukunft. Ein Zweites vorweg: Gerade Politiker wissen, daß sie sich der Kritik zu stellen haben. Mehr, als ihnen lieb ist. Selbstverständlich hat sich auch ein kulturelles Ereignis wie der „steirische herbst“ jeder Kritik zu stellen, sofern sie auch nur den Hauch von Konstruktivität und Seriosität hat.

Ich möchte zuerst einige Fakten nennen in diesem Zusammenhang. Der „steirische herbst“ hatte in diesem Jahr um 12.000 Besucher mehr als im Vorjahr. Und viele der Produktionen des „steirischen herbstes“ werden auch jenseits unserer Landesgrenzen nachgespielt, aufgeführt. Und wenn wir uns die durchaus kritischen Berichte in den Medien anschauen, so muß man insgesamt doch feststellen, daß es wohl kein anderes steirisches Ereignis gibt, das so intensiv jenseits der Grenzen der Republik auch in den Medien behandelt wird. Ob es sich um die „Neue Zürcher Zeitung“ handelt, den „Tagesanzeiger Zürich“, „Die Welt“, den „Rheinischen Merkur“, ja sogar viele regionale deutsche Blätter bis hin zu Deutschen Rundfunkanstalten, die Sendungen bringen über diesen „steirischen herbst“. Meine Damen und Herren, das ist doch etwas. Und das kann man sicherlich nicht leugnen, sondern darauf können und müssen wir stolz sein und aus dieser Sache etwas machen. Ich weiß schon, es könnte sein, daß jene Leute, die sich vor Jahren noch über Skandale erregt haben, daß die mittlerweile sich manche Skandale herbeisehnen und enttäuscht sind, daß es das nicht gibt. Es ist vielleicht zu wenig Hetz. Die Moderne wandert vielleicht ins Museum, wäre auch kein Wunder, meine Damen und Herren. Festzuhalten bleibt jedenfalls, und das ist gerade angesichts einer breiten Diskussion, die vor eineinhalb Jahren in einer steirischen kleinen Zeitung stattgefunden hat, über den „steirischen herbst“, wo Prof. Kurt Jungwirth in einem sehr bemerkenswerten Artikel schon die Überschrift gewählt hat, „Der Herbst ist immer schon unter Beschuß“. Festzuhalten bleibt gerade in diesem Sinn, daß dieser „steirische herbst“ ein wesentlicher

Faktor der steirischen Identität ist und, wie schon erwähnt, auch international unsere Kulturpolitik bestätigt hat. Er hat gewissermaßen auch die politische ARGE Alpen-Adria vorweggenommen und auf künstlerischem Gebiet zuerst diese Akzente gesetzt. Natürlich, es kann kein Wunder sein, zwanzig Jahre, wie gesagt, auch der „steirische Herbst“ ist ins Mittelalter gekommen. Aber wie wir wissen, dem Mittelalter folgte die Renaissance, dazu bedarf es aber einiger Vorbedingungen. Diese Renaissance wird nicht von selbst kommen, es bedarf sicherlich eines großen neuen Innovationsschubs. Und dieser Innovationsschub wird gelingen, wenn alle kulturell Engagierten in diesem Land in die Konzeption dieses Herbstes einbezogen werden. Sie müssen aber auch einer Einladung folgen, und es wäre zuwenig, nur den eigenen Schrebergarten zu pflegen. Es geht insgesamt in diesem Zusammenhang um die bestimmt ernstzunehmende Kritik von Leuten, die im steirischen kulturellen Leben selbst engagiert sind und nicht den „steirischen Herbst“ selbst in Frage stellen wollen, sondern um seine Inhalte besorgt sind. Bisweilen wird diese Kritik in einen Topf geworfen mit jenen Angriffen, die auf eine Abschaffung dieses „Herbstes“ hinielen. Ich meine also, es muß hier differenziert werden, und mangelnde Sensibilität für produktive Kritik würde dem „steirischen Herbst“ sehr abträglich sein. Mimosenhaftigkeit und Resignation gehören nicht zum Repertoire steirischer Kulturpolitik. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber auf ein Ereignis in diesem Zusammenhang in den letzten Wochen besonders eingehen. Es hat hier vom ORF, und damit wir nicht falsch verstanden werden, wir sind ganz weit davon entfernt, irgendeinem Medium, und auch nicht einmal dem Monopolbetrieb des ORF, wir hätten auch keine Chance, irgendeine Zensur zu erteilen. Aber gegen eine außerordentlich grausliche Polemik dürfen wir uns schon ein wenig zur Wehr setzen. Es hat, ich weiß nicht, ob Sie es sehen konnten, vor einigen Tagen eine Sendung im ORF gegeben, zu später Stunde natürlich, ein paar haben es aber doch gesehen, wo der „steirische Herbst“ unter dem Titel „Tierischer Herbst“ abgehandelt wurde. Ich möchte es noch einmal wiederholen. Wie immer man zum „steirischen Herbst“ stehen mag, aber wer sich diese Sendung anschauen mußte, konnte – wer sich selbst quälen will, soll es nachholen, es gibt Aufzeichnungen davon –, der kann nur festhalten, hier schlägt einfach die Absicht durch. Man könnte darüber hinwegsehen und sagen, da hat halt ein Journalist nicht gerade den besten Tag gehabt, und er hat sich vertan, er kennt sich nicht so sehr aus, weil er sonst sehr gerne und sehr viel über die Salzburger Festspiele und ähnliches berichten muß, exzellent übrigens. Das ist aber eine andere Welt. Und die steirische Kulturpolitik ist eben wieder eine ganz andere Welt. Wenn aber in einem solchen Bericht die Steiermark insgesamt als „Doldrepublik“ dargestellt wird und Graz, bezugnehmend auf ein Zitat eines heimischen Dichters – Dichter sollen sagen können was sie wollen, selbstverständlich –, wenn Graz in diesem Film aber wieder ganz klischeehaft als Nazihochburg hingestellt wird, dann müssen wir uns mit aller Entschiedenheit, meine Damen und Herren, dagegen wehren. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich darf ausnahmsweise einen Brief zitieren, nachdem die Briefe berühmter

Menschen dann ohnedies irgendwann veröffentlicht werden, meistens von den Nachfahren, darf ich dies zu Lebzeiten schon tun. Es handelt sich um einen Briefwechsel unseres Kulturreferenten Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth mit dem Generalintendanten des ORF. Ich möchte vorweg sagen, ich schätze beide Herren außerordentlich, den einen mehr als den anderen, ich schätze aber auch den anderen. Prof. Kurt Jungwirth hat in diesem Brief vom 17. November an den Generalintendanten folgendes geschrieben:

„Am 8. November gab es in FS 1 eine Sendung über den ‚steirischen Herbst‘. Eine Unzahl von Personen hat mich empört darauf angesprochen. Ich hatte erst gestern abend Zeit, mir die Sendung auf Band anzusehen, deswegen dieser Brief erst heute. Ohne jede Leidenschaft stelle ich fest, daß es sich bei dieser Produktion um ein perfides Machwerk handelt, gegen das ich schärfstens protestiere. Ein Modellfall einer böswilligen Manipulation in einer Zeit, in der von allen Seiten jeder etwas freimütigen und experimentellen Äußerung die Luft abgedreht wird, und ersuche ich Sie dringendst, einem Unternehmen wie dem ‚steirischen Herbst‘ in ihrem Medium mehr faire Chancen einzuräumen.“ Ich darf hinzufügen, daß auch die Gewerkschaft für Kunst, Medien und freie Berufe gegen diese Sendung schärfstens protestiert hat. Ich möchte, daß nicht vergessen wird, besonders festhalten, daß das Studio Steiermark des ORF in all den Jahren und Jahrzehnten seit Bestehen des „steirischen Herbstes“ sich außerordentlich verdienstvoll um diesen „steirischen Herbst“ bemüht hat. Zurück aber zu dem Brief. Wie gesagt, wenn es nicht so traurig wäre, könnte man meinen, es handle sich um einen literarischen Beitrag, vor allem, was die Antwort anlangt. Ich habe schon gesagt, ich schätze den Generalintendanten Podgorsky außerordentlich, er hat so viele herrlich lustige Sachen gemacht, ich kann mich im Detail nicht mehr daran erinnern, aber ich habe einen guten Eindruck aus früheren Jahren über viele Dinge, und bekannt ist ja, daß er ein Mann der persönlichen Lebensqualität ist, also nicht unbedingt das, was man einen „Schöpfer“ nennt, das nicht im musischen Sinn, sondern im Sinn eines Arbeiters rund um die Uhr. Das spricht auch für ihn, aber die Antwort an Prof. Kurt Jungwirth ist bezeichnend, wirklich nicht in epischen Dimensionen, sondern in einem Stück kürzester Prosa ausgefallen. Er schreibt am 24. November in vier Zeilen: „Sehr geehrter Herr Landesrat! Ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 17. November, betreffend Ihren Protest zu unserer Berichterstattung über den ‚steirischen Herbst‘, und lege der Einfachheit halber“ – das Wort stimmt – „eine Kopie jenes Schreibens bei, das ich in dieser Angelegenheit an die Intendanz des ‚steirischen Herbstes‘ geschrieben habe. Mit freundlichen Grüßen Thaddäus Podgorsky“. Das ist jetzt, unabhängig, an wen so etwas geht, etwas zu dürftig, und das dürfen wir in aller Gelassenheit auch anmerken. (Abg. Gennaro: „Die schreiben wenigstens zurück. Aber wenn man dem Herrn Landeshauptmann schreibt, reagiert er überhaupt nicht!“) Gennaro, du bist erst morgen dran, auch du wirst einen Beitrag zur kulturellen Vitalität dieses Landes leisten. (Abg. Gennaro: „Das war sehr mangelhaft!“) Ich freue mich jetzt schon, daß du dann in deiner Funktion als Jugendsprecher, Verstaatlichungssprecher und so weiter – (Abg. Gennaro: „Das ist unter der Gürtellinie. Was ist bei dir schon Kultur!“)

Aber ich muß beim Thema bleiben. Die Sache ist, obwohl ich mich bemühe, die Dinge nicht allzusehr auf die Waagschale zu legen, ernst. Denn in diesem Brief an die Generalintendanz des „steirischen herbstes“ wird ja geradezu entlarvend auf folgendes hingewiesen, und ich zitiere auch aus dem Brief an Dr. Vujica und Dr. Paul Kaufmann wörtlich. Dort schreibt Podgorsky: „Die Produktion ‚Tierischer Herbst‘ (der Titel bezog sich auf eines der Hauptthemen der Veranstaltungen) sollte ein eher sprödes Thema in möglichst kurzweiliger Form einem breiten Publikum nahebringen, wobei auch das geistige und soziale Umfeld der Veranstaltung aufgezeigt werden sollte“. Meine Damen und Herren! Wie hat dieses geistige und soziale Umfeld ausgesehen? Ich habe es schon kurz angesprochen. Geschlagene sieben Minuten in dem Bericht gibt es Aufnahmen aus Burschenschaftslokalen in Graz und aus Antiquitätenläden, die Militaria aus dem Zweiten Weltkrieg zeigen. Das ist arg, vor allem, wenn das in diesem Brief vielleicht auch nicht wissentlich oder willentlich unterstrichen wird, das, was ich vorhin gemeint habe, daß man hier einfach als Nazihochburg abgestempelt wird. Jetzt unabhängig vom „steirischen herbst“: Es hat niemand verdient in diesem Land und in dieser Stadt, so von irgendjemandem aus der Zentrale in Wien behandelt zu werden, und dagegen verwehren wir uns ganz scharf. Ich möchte den ORF bitten, der ja bekanntlich ein Monopolbetrieb ist und der sich gerade seiner Verantwortung besonders bewußt sein müßte in diesem Zusammenhang, in Zeiten, wo es nicht nur um finanzielle Verteilungskämpfe geht, sondern auch um Sendezeiten, daß man sich solche Entgleisungen nicht erlaubt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Ich habe schon gesagt, es ist vielleicht ein bißchen die Absicht in dieser Aktion zu durchschauen, und wir schätzen gerade unsere Bundeshauptstadt, was in Sachen Kultur zu sagen ist, außerordentlich, und wir freuen uns, daß in Wien so viele, so hervorragende kulturelle Dinge produziert werden. Wir bitten aber schon sehr, daß auch alle Länder leben dürfen. Nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern gerade auch in kultureller Eigenständigkeit, und verwehren uns gegen jede Form kultureller imperialistischer Intoleranz seitens unserer Bundeshauptstadt. Denn diese kulturelle Vielfalt, meine Damen und Herren, hat nicht nur ihren Platz, sondern auch ihr Gutes für die gesamte Republik. Ich möchte mit einem Zitat von Hanns Koren aus seiner Eröffnungsrede zum „steirischen herbst 1968“ schließen und nochmals gerade dem Präsidenten des „steirischen herbstes“, Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, nicht nur gute Jubiläumswünsche darbringen im Hinblick auf das nächste Jahr, sondern ihm und uns auch wünschen, daß es zu einer neuen Sammlung aller schöpferischen Kräfte und einem neuen schwungvollen Aufbruch gerade des „steirischen herbstes“ als ein zentrales kulturelles Festival nicht nur in der Steiermark, sondern in ganz Österreich kommen möge. Ich zitiere Hanns Koren: „Der ‚steirische herbst‘ soll eine repräsentative Zusammenfassung der künstlerischen und wissenschaftlichen Kräfte des Landes Steiermark in einer zusammenhängenden Veranstaltungsreihe jeden Jahres sein. Sinn und Zweck des ‚steirischen herbstes‘ ist, daß die Rechenschaft über die besten im Lande möglichen Leistungen, die aus ihm selbst hervorgebracht werden

können und die im gleichen Rahmen den künstlerischen Darbietungen und wissenschaftlichen Veranstaltungen aus anderen Nationen als Ergänzung und im Wettstreit gegenübergestellt werden sollen. Die internationale Komponente erwächst aus der organischen Nachbarschaft und Überlieferung, für welche der Name des alten Innerösterreich das Zeichen ist“.

Meine Damen und Herren! Ich wüßte nicht, was wir von diesem Auftrag zurücknehmen sollten, ganz im Gegenteil, ich bitte Sie auch um Ihre Unterstützung für alle Aktivitäten im kulturellen Bereich im ganzen Land, insbesondere aber für dieses Markenzeichen gesamtsteirischer Kulturpolitik auch für die Zukunft. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader, dem ich es erteile.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Wenn sich plötzlich Politiker anders geben als man sie kennt, dann bereitet sich meist ein Positionswechsel vor. (Abg. Pörtl: „Hast du das auch vor?“) Ich befürchte daher, daß der Herr Dr. Hirschmann der ÖVP Steiermark als Parteisekretär nicht mehr lange erhalten bleibt. Es war nämlich der softeste Hirschi, den ich jemals hörte, und vielleicht bereitet er sich auf eine neue Karriere in einer wirklich wesentlichen Position vor, die nicht die des Parteisekretärs beinhaltet. (Abg. Dr. Hirschmann: „Könnte sein!“) Ich habe extra gebeten, daß ich nach ihm auf der Rednerliste stehe, weil ich dachte, es wird der übliche Dr. Hirschmann sein, den man zu erwarten hat, dabei hat er nicht einmal den Thaddäus Podgorsky ordentlich gebissen. Er beißt nicht mehr, und nachdem er ja seine Zähne, wie ich annehme, nicht verloren hat, scheint das wohl eine Imagekorrektur zu sein, die in diesen Tagen aufgenommen wird. (Abg. Schützenhöfer: „Aber ich bin überzeugt, wir erleben jetzt den üblichen Rader!“) Ich weiß nicht, ob er morgen wieder zum Stil des Schützenhöfer zurückkehren wird, den der heute jedenfalls nicht verloren hat.

Meine Damen und Herren, mir hat imponiert diese unerhörte Intensität und dieser unerhörte Glaube an die Landesausstellungen auch in Zukunft, der hier herausgekommen ist in den vielen Debattenbeiträgen, weil natürlich mit großer Freude zur Kenntnis genommen worden ist, daß sich die Landesausstellungen zumindest in den letzten beiden Jahren zu wirklichen Massenbewegungen entwickelt haben. Ich will nicht die Bemerkung anschließen, daß all die Landesausstellungsbesucher, wie weit her sie auch immer gekommen sein mögen, jedenfalls in diesem Jahr nicht in der Umgebung genächtigt haben dürften, weil die Nächtigungszahlen sehr deutlich gesunken sind in der Umgebung vom Ort der Landesausstellung. Ich habe mir noch einmal durchgelesen jene Passagen, die im Zusammenhang mit den Landesausstellungen vor einigen Jahren erhoben worden sind. Sie wissen ja, es hat zwölf in Graz gegeben, dann im Jahre 1978 erstmals St. Lambrecht, da ist der Sprung über die Hunderttausender-Grenze geschafft worden, dann 1980 in Admont, 1982 in Stainz, 1984 Eisenerz und so weiter. Und da sind wir schon in diesen großen Massenbewegungen. Ich verfolge die ganzen Jahre über, daß ein wirkliches Gerangel um neue Landesausstellungsorte

gekommen ist, zum Teil auch mit Zusagen, wie ich gerade gehört habe, die dann nicht eingehalten werden. Erlauben Sie mir, ohne jetzt als Cassandra auftreten zu wollen, eine Warnung auszusprechen. Im Leben gibt es in allen Dingen Wellenbewegungen. Und ich befürchte, daß sich einige nicht im klaren sind, daß auch bei den Massenbesucherentwicklungen bei den Landesausstellungen irgendwann eine Wellenbewegung nach unten stattfinden wird und daß man daher nicht nur, was wirklich im Augenblick hauptsächlich der Fall ist, nach regionalpolitischen Gesichtspunkten die Ausstellungen plazieren sollte, sondern wirklich nach den Inhalten, und daß man nicht nur, und ich bitte höflich um Verständnis, Kollege Tschernitz, wenn ich das sage, mir fallen auch ein paar Schlösser ein, die renoviert werden sollten, aber das hat mit Landesausstellungen nichts zu tun. (Abg. Tschernitz: „Herr Abgeordneter, es ist schon renoviert – zum Großteil mit den Mitteln der Leute!“) Ich weiß, wo Ihr noch Geld braucht, weil ich werde dauernd angeschnorrt, wie alle anderen auch, und daher weiß ich durchaus, daß viele dieser Initiativen in diesem Zusammenhang nichts mit der Landesausstellung an sich zu tun haben, sondern, wie etwa unter anderem auch in Voitsberg, mit Überlegungen, die den Fremdenverkehr, die alle anderen Dinge beinhalten. Und ich warne davor, den Glauben zu haben, daß dies ewig in dieser Form so weitergehen wird.

Meine Damen und Herren, damit ich nicht mißverstanden werde, ich wünsche den bereits fixierten Landesausstellungen, wenn es geht, genau denselben, wenn nicht einen noch größeren Erfolg, wie denen in den letzten Jahren, ich sage das nur, damit ich nicht mißverstanden werde. Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl hat zu Beginn seiner Wortmeldung eine Anmerkung gemacht, die unterzugehen droht. Er hat die Anmerkung gemacht im Zusammenhang mit den Vereinigten Bühnen, daß wir in einer finanziellen Situation sind, die schön langsam Alarm schlagen lassen sollte, und die Feststellung, daß eine Übergabe der Vereinigten Bühnen an die neuen Verantwortlichen, und zwar eine schuldenfreie Übergabe, nicht möglich sein wird, ohne daß die Gebietskörperschaften zusätzliche Mittel nachschießen, ist eine Feststellung, die bislang noch nicht kommentiert worden ist, aber die leider Gottes, wie auch ich mich überzeugen konnte, wirklich stimmt. Und in diesem Zusammenhang fehlen mir bis jetzt auch von den Mitgliedern des Theater-Ausschusses wirkliche Überlegungen, wie man eine Wiederentwicklung der jetzigen Situation wirklich in den Griff bekommen soll. Wenn ich mir überlege, daß der Soll-Ist-Vergleich im September 1987 einen Abgang von über 7 Millionen Schilling berücksichtigt, dann ist das mehr als dramatisch, und dann frage ich mich, ob diese Dinge in den Griff zu bekommen sind oder ob all diese Appelle, die hier gehalten werden, wirklich nur Appelle bleiben werden und sich im wesentlichen nichts ändern wird können. Ich erinnere mich noch sehr intensiv an jene breiten Diskussionen, die schlußendlich immer damit geendet haben, daß man ja gerne möchte, daß aber in Wahrheit an diesen Dingen nichts zu ändern ist. Vielleicht sollten wir uns einmal vornehmen, eine breite Diskussion vor dem Jahr 1990 in diesem Haus durchzuführen, ob die Dinge wirklich in den Griff zu bekommen sind.

Meine Damen und Herren, bevor ich auf den „steirischen herbst“ eingehe, darf ich klarstellen für meine Fraktion, daß ich mich zu jenem Kulturförderungsbegriff bekenne, den wir im Jahre 1985 in unser Salzburger Programm geschrieben haben, nämlich, wir vertreten eine Kulturpolitik, die sich nicht auf die Erhaltung bestimmter kultureller Ausdrucksformen beschränkt, wir wollen eine kulturelle Vielfalt, in der alle gesellschaftlichen Gruppen, ungeachtet ihrer ethischen, religiösen oder weltanschaulichen Herkunft, ihre kulturellen Bedürfnisse ungehindert äußern und damit einen Beitrag zum kulturellen Gesamtbild leisten können. Und weiter: Dem liberalen Denken liegt jedwede Zensur künstlerischen Schaffens fern. Wir überlassen es auch der freien Entscheidung des mündigen Bürgers, mit welchen kulturellen Beiträgen und Ausdrucksformen er sich auseinandersetzen will. Meine Damen und Herren, und das ist auch, glaube ich, das Zentralproblem des „steirischen herbstes“. Ich darf ein Bekenntnis zu diesem „steirischen herbst“ ablegen. Und wenn es vielleicht in grauer Vorvergangenheit das eine oder andere Mitglied meiner Fraktion gegeben hat, das dieses Bekenntnis zum „steirischen herbst“ nicht abgelegt hat, dann war das genauso zu werten wie jene intensiven, sehr genau verfolgten und sehr lustigen Wortmeldungen etwa des Abgeordneten Lackner, an die ich mich noch gut erinnere, der hier geschildert hat, daß er mit diesen Dingen eigentlich überhaupt nichts anzufangen weiß und daß er überhaupt keine Ahnung hat, was diese Dinge eigentlich sollen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß auch solche Wortmeldungen möglich sein müssen. Ich glaube nämlich, daß jeglicher politische Verantwortungsträger seine persönliche Meinung bei der Frage des Zulassens oder des Förderns kultureller Aktivitäten zurückzustellen hat. Hier hat es keine Meinung des politischen Verantwortungsträgers in seiner Entscheidung zu geben. Es hat aber sehr wohl, meine Damen und Herren, ein Plädoyer dafür stattzufinden, daß wir endlich wieder dazukommen, daß jeder seine eigene persönliche Meinung zu Kunst- und Kultur-Aktivitäten hat und äußert. Ich glaube, das ist die Problematik, daß wir in einer Situation sind, daß sehr viele sich ganz einfach nicht mehr trauen, das zu sagen, was sie von den Dingen halten, und zwar als Einzelpersonen nicht trauen. Ich halte gar nichts davon, das sage ich auch ganz offen und sehr unpolemisch, wenn sich politische Mandatäre hinter Bürgerinitiativen verstecken und glauben, Volkswillen bekanntzutun, wenn sie ein Kunstwerk hier attackieren wollen. Davon halte ich nichts, absolut nichts, und ich habe das jenen, die das getan haben im Grazer Bereich, auch relativ deutlich gesagt. Aber ich halte sehr viel davon, wenn wir endlich wieder dazukommen, daß der einzelne Staatsbürger wirklich artikuliert, was seinem persönlichen Geschmack entspricht und was ihm nicht entspricht. Und ich finde es bedauerlich, wenn zum Beispiel im Zusammenhang mit der Diskussion über diese tierischen Aktivitäten des Herrn Nitsch im vergangenen „steirischen herbst“, die meiner Meinung nach von vielen eher idiotisch losgetreten wurde, weil man ihm damit mehr Publizität zukommen hat lassen als er verdient, wenn er in aller Seelenruhe, mir hat das sehr gefallen, im Rundfunk erläutern kann, daß ihm nicht im Traum einfallen würde, irgendeine Veranstaltung zu besuchen, die ihm nicht gefällt, und daß er sowieso

jeden für einen Idioten hält, der dafür noch Geld zahlt. Ich habe am nächsten Tag in den Zeitungen nachgelesen, wie viele da oben am Schloßberg bei dieser Veranstaltung waren, es waren 500. Was der Herr Nitsch von diesen 500 gehalten hat, hat er am Nachmittag interessanterweise im ORF schon erzählt. Ich glaube, meine Damen und Herren, ich kritisiere ja den Herrn Nitsch nicht und auch diejenigen nicht, die ihn ermöglichen. Wenn sie glauben, daß sie damit die Möglichkeit des „steirischen Herbstes“ verbessern, wieder zur Avantgarde zurückzufinden, dann soll das ruhig sein. Die Problematik ist nur, daß wir heute in einer Situation sind, daß die meisten sich an einige wenige zum Teil selbsternannte und zum Teil wirklich gegebene Experten anhalten und sich als Einzelpersonen nicht zu artikulieren getrauen, ob sie die Dinge, die dort für gut beschrieben werden, auch für gut halten, und die, die für schlecht beschrieben werden, auch für schlecht halten oder ob es auf Grund ihres persönlichen Geschmackes andere Meinungen gibt.

Meine Damen und Herren! Wenn wir diese Renaissance der Artikulation des persönlichen Geschmackes durch den einzelnen wieder schaffen, und davon sind wir weit entfernt, dann trete ich dafür ein, daß viele Dinge, die mir persönlich zutiefst zuwiderliegen, nicht nur stattfinden dürfen, sondern auch gefördert werden, weil dann die Auswahl des einzelnen wieder funktioniert. Diese ganze Debatte, diese ganze Kritik, die es vom politischen Bereich manchmal gibt, entsteht ja eigentlich deshalb, weil man mit Schrecken zur Kenntnis nimmt, wie sich die Bürger immer mehr den selbsternannten Experten unterwerfen und weil damit einige auch im politischen Bereich befürchten, jetzt eingreifen zu müssen. Ich halte das für falsch. Ich bitte daher wirklich, und ich werde in meinem Bereich, wo ich das tun kann, dafür sorgen, daß wir aufhören, vom politischen Bereich her Zensuren zu erteilen, nämlich in unserer Funktion, aber daß wir alles tun, damit die Abstimmungen über gut oder schlecht jeder einzelne in sich vornimmt und daß diese Abstimmung auch wirklich stattfindet. Ich möchte solche Zitate, so richtig sie sind, wie sie im Zuge jener Diskussion, die der Abgeordnete Dr. Hirschmann über den „steirischen Herbst“ zitiert hat, nicht mehr lesen müssen, wo einer der Diskussionssteilnehmer leider richtig feststellen muß, daß im Zusammenhang mit der Diskussion über Kultur vom geistreichen Kritiker beziehungsweise Juror zum geistlosen Schwätzer kein Schritt mehr ist. Das ist traurig, und das wird aber nur dann stattfinden können, wenn die einzelnen Bürger sich nur mehr nach den sogenannten Experten orientieren und sich nicht auf den eigenen Geschmack und das eigene Kunstverständnis besinnen, und dafür plädiere ich. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es hat sich in sehr pointierter Weise der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann zu Wort gemeldet im Hinblick auf einen Film über den „steirischen Herbst“, der nach Auffassung vieler Künstler und Kulturschaffender in einer ganz besonders negativen Form, in einer ganz

besonders negativen Absicht entstanden ist. Ich glaube, wer die Geschichte des „steirischen Herbstes“ verfolgt hat, weiß, daß er sich im Laufe der Zeit einer Unzahl von kritischen Äußerungen ausgesetzt hat und daß er darauf nie wehleidig reagiert hat, weil ganz einfach Kritik an einer Veranstaltungsserie, die sich der Moderne voll verpflichtet fühlt, ganz selbstverständlich einen eiskalten Wind wehen läßt, und ganz im Gegenteil war diese Auseinandersetzung immer höchst belebend. Ich behaupte, es ist in unseren Landen seit langer Zeit nie so viel über Kunst und Kultur diskutiert worden, wie durch den „steirischen Herbst“, wie zur Zeit der Aufführungen des „steirischen Herbstes“, und das war gut so. Nie ist der „Herbst“ angetreten, um irgendwelche Zensuren auszuerteilen, um irgendwelche Maulkörbe zu erlassen, sondern er hat sich gestellt und er hat sich dieser Auseinandersetzung immer wieder ausgesetzt gefühlt. Aber in einem solchen Fall, wie es der Film war, geht es um etwas ganz anderes, meine Damen und Herren. Nämlich darum, daß der „steirische Herbst“, wie jedes kulturelle Großereignis, zwei Dinge braucht, die sehr wichtig sind für ihn: erstens Geld und zweitens Sendezeiten. Sowohl Geld als auch Sendezeiten sind immer knapp. Die Verteilungskämpfe darum sind heftig. Diese toben natürlich dort, wo das Geld und die Sendezeiten verteilt werden, ganz besonders stark, das heißt beim Fernsehen in Wien, denn das regionale Fernsehen gibt es ja praktisch noch nicht in Österreich. Wir haben ein hochzentralistisches Fernsehen in diesem föderativen Land, in dieser föderativen Republik, viel zu zentralisiert. In Wien gibt es natürlich auch sehr viel Geld abzuholen. Wenn jetzt der „steirische Herbst“ über das zentrale Medium in einer solchen Sendung ganz systematisch heruntergemacht wird, dann tun sich natürlich das nächste Mal jene, die Sendezeiten für ihn verteilen oder die auch Geld in Wien ihm zumessen, wesentlich leichter, wenn sie nein sagen wollen, weil ein allgemeines Klima, eine Atmosphäre dafür vorbereitet wird, die negativ belastet ist und aus der heraus es wesentlich leichter ist, abzulehnen und zu sagen: Was die dort unten produzieren, das gehört ohnehin abgeschafft, das ist zweitklassig, das interessiert keinen mehr, das ist provinziell oder was weiß ich. Wir wurden wirklich wie die Idioten in dieser Sendung hingestellt, und diese Absicht, die hinter einer solchen Sendung stecken kann, die ist für den „steirischen Herbst“ gefährlich, und nicht die negative Kritik. Ganz und gar nicht. Die negative Kritik hat sehr viel Interesse und Aufmerksamkeit in vielen Jahren gebracht. Sondern es geht um die Verteilungskämpfe rund um den „steirischen Herbst“, rund um das ganze Kultur- und Kunstgeschäft in Österreich, um die Verteilungskämpfe, die sich in dieser Hinsicht in Wien abspielen, am Künigberg beim ORF, im Ministerium am Minoritenplatz. Um diese Problematik geht es. Es ist der wahre Background einer solchen Sendung, und das mußten wir einmal aufdecken. Das war der Sinn dieser Kritik, und nichts anderes.

Meine Damen und Herren! Einige Äußerungen zum Theater. Die Herren Abgeordneten Dr. Pfohl und Mag. Rader haben darüber gesprochen. Die Situation an den Theatern ist nicht nur in Graz, sondern auch in Wien, in der Bundesrepublik, in England, in Frankreich, überall prekär, mehr oder weniger schwierig geworden. Man braucht sich nur ein bißchen in die Lektüre von

Kulturmagazinen zu vertiefen. Ganz einfach deswegen, weil Theater Wirtschaftsbetriebe geworden sind, weil es bei weitem nicht nur um den künstlerischen Anspruch geht, sondern weil das Theater ein Apparat ist mit seiner Technik, mit seiner Administration, mit seinen großen Körpern, den Orchestern, dem Ballett und natürlich dann letzten Endes den Schauspielern, den Sängern, die meistens an letzter Stelle stehen. Die sind oft das letzte Rad am Wagen, wenn es auch hier wiederum um die Finanzierung der Theater geht. Es wird von außen durch Gesetzgebungen sehr viel Schwierigkeit in die Theater hineingetragen. In Österreich war zum Beispiel das Arbeitszeitgesetz eine Katastrophe für die Finanzierung der Theater. Mit diesen Problemen schlagen sich die Theaterleitung, natürlich auch Theaterrausschüsse nicht nur in Österreich herum. Laufend gehen halbe oder ganze Horrormeldungen von der Met in New York über Theater in der Bundesrepublik bis nach Österreich durch die Presse. Es herrscht eine unermüdliche, unaussetzliche, heftige Anspannung in dieser Administration der Theater. Es geht natürlich immer wieder ums Geld, ums Geld für die Produktion. Letzten Endes bleibt für die Produktionen oft am wenigsten übrig, nur mehr ein kleiner Prozentsatz ist im Theaterbudget beweglich, während alles in Fixkosten verbaut wird. Das ist das grundsätzliche Problem der Theater. Vor diesem Hintergrund spielt sich auch die Diskussion in unseren Häusern ab. Ich kann aber sagen, daß der Theaterauschuß sich tatsächlich nach Kräften bemüht, nach dem Rechten zu sehen, natürlich auch, indem er darauf aus ist, die richtigen Personen auf den rechten Platz zu plazieren. Wir glauben, daß das mit Brunner und Janowitz gelungen ist, und hoffen, daß wir auch beim Schauspielregisseur in Kürze einen guten Griff tun werden.

Ich gehe ein auf die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Gottlieb, der sich sehr fundiert mit der Problematik der Ortsbildpflege auseinandergesetzt hat. Ich teile seine Meinung, daß es hier um ein ganz besonders wichtiges Arbeitsgebiet geht, auch um ein kulturpolitisches Gebiet, das in den Gemeinden von größter Bedeutung ist. Die Ortsbildkommission arbeitet sehr gut. Es geht bei der Finanzierung allerdings nicht nur um ihre Budgetpost, und das hat er, glaube ich, übersehen, sondern es gibt sehr wohl auch über die Althausanierung beträchtliche Mittel im Referat meines Regierungskollegen Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba, die dafür eingesetzt werden können, und es gibt, wie der Herr Abgeordnete Neuhold ausgeführt hat, eine neue Budgetpost, die Ortserneuerung, die sicherlich auch diesen Bestrebungen in der Zukunft unter die Achseln greifen wird.

Nun zur Musik. Auch hier ein Bekenntnis mit den Abgeordneten Neuhold und Tschernitz für die Musik, für die Musikschulen, für die wir eine große finanzielle Anstrengung weiterhin unternehmen. Ich bitte, einen Blick in das Budget zu tun, um das zu sehen. Natürlich geht es um die Querverbindung zur Blasmusik, der wir auch über andere Budgetposten, über das Landesjugendreferat beispielsweise, helfen wollen. Wir bekennen uns selbstverständlich zu dieser Arbeit an der Basis, die den musischen Humus betreut im ganzen Land, und es ist eine Freude, diese Blaskapellen zu sehen, die sich in der letzten Zeit ganz bedeutend

verjüngt haben. Man sieht, daß auch junge Menschen, Burschen und Mädchen, gerne wieder in diese Gemeinschaften einrücken und gerne miteinander und für uns musizieren. Es ist eine erfreuliche Entwicklung, und ich gönne mich gar nicht, zu unterstreichen, daß es in den letzten Jahren gelungen ist, die Brücken zwischen der Kultur auf der einen Seite und dem Fremdenverkehr mit meinem Regierungskollegen Dr. Helmut Heidinger und natürlich auch den Gemeinden, der Stadtgemeinde Graz, ihren Institutionen auf der anderen Seite stark zu verbessern. Wir haben ganz eindeutig gemeinsame Interessen, und es zeigt sich immer mehr, daß beide, Kultur und Fremdenverkehr, sehr gut, jeder für sich, profitieren können, wenn wir zusammenarbeiten.

Styriarte ist ja aus solchen Überlegungen entstanden. Styriarte ist entstanden aus einer Diskussion vor Jahren, in der Vertreter des Fremdenverkehrs zu uns gekommen sind und gesagt haben, bitte, macht etwas für das Grazer „Sommerloch“. In Graz hängt der Tourismus im Sommer durch. Obwohl wir immer bessere Hotels haben, obwohl wir eine wunderschöne Altstadt und eine interessante Umgebung haben, kommen verhältnismäßig wenig Fremde im Sommer nach Graz. Das war ein Ausgangspunkt – vor Jahren – für uns zu sagen, wir sind bereit, aber wir müssen etwas finden, wo es dafürsteht, Mittel einzusetzen. Und es war ein Glücksfall, daß wir den Grazer Nikolaus Harnoncourt dann nach einiger Zeit ausforschen konnten und seiner habhaft wurden, eines Mannes von Weltklasse, ich übertreibe nicht, der sich gesagt hat, okay, ich bin einverstanden, in meinem Terminkalender habt ihr noch Platz. Probieren wir es. Und so sind wir es angegangen. Und so ist aus dem Nichts dieses Festival entstanden, mit allen Schwierigkeiten einer Geburt aus einer Situation heraus, die gerade in den öffentlichen Budgets in den letzten Jahren besonders schwer geworden ist. Nur, bitte sehr, eine solche Kooperation geht nur mit hohem Anspruch. Mit Halbheit ist hier nichts zu erreichen. Entweder man will ein solches Festival oder man will es nicht. Eine Mittellösung gibt es nicht. Wir müssen natürlich sagen, daß wir trotzdem mit lächerlichen Summen sehr viel machen. Denn wenn im nächsten Budget 6 Millionen Schilling für die Styriarte eingesetzt sind, die bereits ein großes Echo weit über die Steiermark hinaus in ihrem dritten Jahr gehabt hat, dann gestatte ich mir nur den Vergleich „Wiener Festwochen“, die mit einer Subvention von 60 Millionen Schilling, gerade das Zehnfache, rechnen können und deren Eröffnungsspektakel im Jahre 1987 mehr gekostet hat als die ganze Styriarte. Natürlich ist es auch dort so, daß der Bund einen Zuschuß von 4,6 Millionen Schilling gibt, und da sind wir wiederum bei meinem Ausgangspunkt über die Verteilungskämpfe, Ministerium – ORF, während der bisherige Bundeszuschuß für die steirische Styriarte Schilling Null beträgt. Wir sind also wiederum vor demselben Problem, daß wir antreten müssen, um zu sehen, wie wir jenseits des Semmerings durchkommen, um hier mit einem großen Grazer und steirischen Anliegen Gehör zu finden.

Es haben sich mehrere Herren Abgeordnete mit den Landesausstellungen auseinandergesetzt, und ich möchte nur kurz unterstreichen, daß es für uns natürlich erfreulich gewesen ist, daß die Riegersburg ein großer Erfolg war. Diese Ausstellungen sind Schwer-

punkte geworden, Schwerpunkte außerhalb von Graz, dezentrale Schwerpunkte. Wir wollen und wünschen, daß sie in der Region kräftig wirken und daß sie in der ganzen Region auch auf Jahre nachwirken. Deswegen hat es uns besonders gefreut, daß mehr Gäste als je zuvor aus den anderen Bundesländern, aus Wien, aus Niederösterreich, Oberösterreich gekommen sind und daß ein großer Teil auch gesagt hat, wir waren zum ersten Mal in dieser Region, aber wir wollen wiederkommen. Wir haben durchaus auch im Ausland unsere Erfolge gehabt, nicht zuletzt deswegen, weil auch wiederum die Werbung mit dem Tourismus zusammen sehr erfolgreich gewesen ist. Wir haben Pressekonferenzen miteinander abgehalten in München und in Hamburg, und wahrscheinlich sind es Früchte davon gewesen, daß immerhin das „Zeit-Magazin“, eine ganz bedeutende Publikation im deutschen Sprachraum, sich auf vielen Seiten mit dem Thema der Hexen auseinandergesetzt hat und damit die Riegersburg und die Steiermark hervorragend in der Bundesrepublik verkauft hat. Und auch die „Welt“ in Hamburg hat über die Riegersburg berichtet. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat einen riesigen Bericht auf mehr als einer Seite über unsere Ausstellung auf der Riegersburg publiziert. Auch eine ganz bedeutende, führende Kulturzeitschrift, nämlich der deutsche „Playboy“, hat diese steirische Landesausstellung behandelt.

Dort heißt es nämlich in einem Beitrag – (Landesrat Gruber: „Jetzt wissen Sie, warum ich den kaufe!“ – Abg. Kammlander: „Nächstes Mal in der ‚Emma!‘“) Wenn es so weitergeht, werde ich mich darauf abonnieren, Frau Abgeordnete, vielleicht machen wir es miteinander –, wo von einer Liebessalbe die Rede ist, von einer Stechapfelsalbe, heißt es in einer Art Leserbriefbeantwortung „... das wäre immerhin schon ein Erfolg, zu wissen, wie das mit der Salbe läuft. Jedenfalls gehörte zerriebener Stechapfel in die Hexensalbe, wenn sich die wilden Frauen zum Ritt auf dem Besen rüsteten. Aber wir raten dringend, vor dem Selbstversuch fachkundigen Rat einzuholen. Wenn Sie sich schleunigst auf den Besen setzen, bis zum 31. Oktober dauert auf der Riegersburg, nicht weit von Graz, noch die Ausstellung ‚Hexen und Zauberer‘ mit einem Kräutergarten, in dem auch jene Hausmittel gezogen werden, die der tätigen Liebe dienen.“ Ende des Zitates aus dem „Playboy“, September 1987.

Ich weiß nicht, ob wir es schaffen, daß dieses verehrte Magazin sich auch im nächsten Jahr für die Bärnbacher Ausstellung einsetzt, aber jedenfalls, wir wünschen dieser Ausstellung, meine Herren Abgeordneten Ofner, Pinegger, natürlich auch alles Gute. Wir wollen diese Ausstellung ganz bewußt im Zusammenwirken sehen mit dem Fremdenverkehr, aber ganz besonders auch mit der Arbeitswelt, ganz besonders auch mit der Industrie in Bärnbach draußen.

Sie wissen, daß diese Ausstellung zum ersten Mal in einer Werkshalle stattfinden wird, und sie wird von Paul Werner Roth betreut werden, einem hervorragenden Wissenschaftler, der schon die Ausstellung in Eisenerz wissenschaftlich geleitet hat. Es wird damit der Versuch unternommen werden, das steirische Glas wiederum aufzuwerten, das eine große Vergangenheit hat, die fast abgerissen ist. Es gab Glashütten und Glasbläser an den Hängen der Koralpe bis hinunter zum Bachern bis ins vorige Jahrhundert. Sie sind dann

zur Kohle hinuntergewandert. Sie sind ins weststeirische Revier gewandert, nach Wies, nach Eibiswald, und wenige von ihnen haben sich halten können. Steirisches Glas war ein großes Markenzeichen, und wir wollen ihm wiederum dazu verhelfen, seine Qualität und seinen Ruf zu heben. Wir haben in diesem Zusammenhang einen sehr interessanten Versuch gestartet. Wir haben vom Kulturreferat aus zusammen mit dem initiativen Glaskunstverein in Bärnbach und mit dem Unternehmer Dr. Grupp, der diese Firma übernommen hat, einen internationalen Wettbewerb im Glasdesign, in Glasformung, ausgeschrieben, und zwar ganz konkret für Glasprodukte, die in Oberdorf erzeugt werden können, vom Lampenglas bis zu den Trinkgläsern, über viele andere Programmpunkte hinweg. Ich muß sagen, wir haben ein erstaunliches Echo auf unsere erste Ausschreibung bekommen. Die Frist ist noch gar nicht abgelaufen, und wir wissen bereits, daß ein Glaskunstzentrum aus Barcelona, der Föderalverband der tschechoslowakischen Künstler mit zwei Spitzendesignern, das Atelier des Arts décoratifs aus Straßburg, das Hard of glass in Ashford, eine Glasoperative aus Genf und eine weitere aus Bremen teilnehmen werden. Weiters haben sich Künstler aus Jugoslawien, aus Italien, der Bundesrepublik, aus den Niederlanden, Großbritannien, aus Norwegen, aus Finnland, aus Rumänien, Bulgarien, der Türkei bereits mit Entwürfen angemeldet. Aus all diesen Ländern haben wir Ankündigungen oder Entwürfe bekommen. Sie interessieren sich für steirisches Glas, um ihre Ideen einzubringen. Eine bedeutende Hoffnung für uns, denn wir haben ja die Glasbläser, die Arbeiter, die Angestellten, wir haben die Künstler, sie müssen nur neue Qualitäten schaffen dürfen und können, und wir wollen ihnen mit dieser Ausstellung einen neuen Hintergrund geben, einen neuen Raketensatz, einen neuen Treibsatz, damit steirisches Glas ein echtes Markenzeichen in ganz Österreich und darüber hinaus wird. Das ist der Sinn dieser Ausstellung. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Der „steirische Herbst“ war auch in diesem Jahr, ich möchte sagen, eine Börse. Es kommen immer eine Unzahl von Journalisten aus dem In- und Ausland und von Managern und Impresarios und schauen sich seine Produktionen an, und manches wird kritisiert und manches wird weiter ge- und verkauft. Ich bringe nur aus einem größeren Bukett zwei Beispiele. Wir hatten eine Uraufführung, eine Modernisierung, eine moderne Interpretation der „Winterreise“ von Schubert durch das Tanztheater in Wien. Diese Uraufführung fand hier bei ausländischen Besuchern großen Beifall und ist bereits gekauft von den Berliner Festwochen einerseits und in Paris vom Théâtre de la Ville de Paris. Auf einer anderen Ebene hat sich ähnliches abgespielt, bei der Uraufführung der Oper „Der Rattenfänger“ von Friedrich Cerha. Auch dieses Stück ist über die Börse des „steirischen Herbstes“ an die Oper von Brüssel verkauft worden, und es interessieren sich weitere Häuser in Agram, in Hamburg, in Düsseldorf, in Ostberlin und in Lyon für den „Rattenfänger“ von Cerha. Nur zwei Beispiele für die Ausstrahlung des „Herbstes“. Daß er sich immer wiederum erneuern muß und erneuert, steht für ihn von Anfang an außer Frage. Immer wiederum rückt eine neue Generation von Kunst und Künstlern nach, und immer wiederum stellt sich für ihn die Frage, wer muß präsentiert werden,

wer soll zur Aufführung kommen, wem soll diese Plattform geöffnet werden. Nun, meine Damen und Herren, können wir – so meine ich – sagen, daß der „herbst“ immer wieder neue Kreativität inspiriert hat in dieser Steiermark, die mit ihren 1,2 Millionen Einwohnern nicht viel größer ist als ein Stadtviertel in Tokio oder in einer anderen Weltstadt. Was hier an schöpferischem Potential entsteht, sicherlich auch geweckt durch den „steirischen herbst“, und dann hinausgeht in die Welt, das sollen wir nicht übersehen. Ich erinnere an unsere Schriftsteller, an die Literatur, die in erster Linie über das Forum Stadtpark in den ganzen deutschen Sprachraum und auch darüber hinaus gewandert ist. Ich erinnere an unsere Architekten. Mehr und mehr kristallisiert sich der Begriff der Grazer Schule in der Architektur als ein Markenzeichen heraus. Die Europalia in Brüssel ist eine bedeutende Präsentation Österreichs in einer europäischen Hauptstadt geworden, und ein wichtiger Programmpunkt dieser Präsentation ist die Architekturausstellung über die Grazer Schule, die vom Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer persönlich eröffnet und dem Publikum vorgestellt wurde. Eine Schau, die diese ungeheuer bewegte und schöpferische Architekturszene aus dieser kleinen Stadt Graz mit ihrer großen Architektur fakultät aus dieser kleinen Steiermark in den internationalen Raum hinausträgt.

Vergessen wir nicht unsere Musiker. Einen großen Bogen von den Klassikern à la Alfred Brendel oder Nikolaus Harnoncourt bis hin zum Jazz, bis hin zu Miklin, den Neighbours, die immer wiederum im internationalen Feld auftreten. Und vergessen wir auch nicht den Pop, ob das der Austropop ist, der stark steirisch unterwandert ist mit STS, mit der Allgemeinen Verunsicherung oder mit dem KGB. Da gibt es einige Musiker, die als Musikschüler oder Lehrer an steirischen Musikschulen begonnen haben. Das ist nicht ohne Interesse. Bis hin zum internationalen Pop. „Life is life“ ist eine Welthymne geworden von einer halbsteirischen Gruppe, von Opus. Dieses Werk ist, wie mir einer der Musiker erzählt hat, aus einer Geburtstagsspielerei in Oberwart entstanden. Dort ist aus einer Laune des Augenblicks dieser Song „Life is life“ geboren worden und ist um die ganze Welt mit einer Millionenaufgabe gewandert. Das ist doch was. Das ist doch auch Kreativität. Das ist schöpferische Kraft, die aus diesem Land hinausgeht. Vergessen wir nicht Schauspieler. Manche sagen, es gäbe in der Bundesrepublik an den Theatern eine ganze Grazer Mafia. Und vergessen wir nicht unsere Fotografen. Nicht zuletzt durch das Forum Stadtpark, die Camera Austria von Manfred Willmann, ist Graz auch ein internationales Fotozentrum geworden.

In diesem Zusammenhang ein Hinweis auf eine sehr interessante Initiative, die im Alpen-Adria-Raum angesiedelt ist und in einigen Tagen eine Präsentation in Graz erleben wird.

Der bedeutende Videokünstler Richard Kriesche hat im Zusammenwirken mit dem Management in meinem Büro mit Dr. Dieter Cwienk im Alpen-Adria-Raum ein Projekt „Entgrenzte Grenzen“ gestartet. Und in diesem Raum, der von Mailand über Jugoslawien, Ungarn, hinauf bis nach München reicht, wurden Künstler und Kunsttheoretiker angesprochen, die sich mit neuen Fabrikaten, mit neuen Medien, mit Video, mit dem

Computer, mit der Computerkunst beschäftigen. Und sie werden nach einem vorbereitenden Symposium, das in Venedig stattgefunden hat, in ein paar Tagen im Grazer Künstlerhaus, Sie alle sind gerne eingeladen, am 16. Dezember eine Präsentation ihrer Überlegungen, eine Ausstellung zeigen, und sie werden persönlich nach Graz kommen. 24 Künstler aus Ungarn, aus Jugoslawien, aus Italien, aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Österreich werden in einem ganztägigen Symposium ihre neuen Auffassungen über neue Kunst, über neue Expression in der Kunst in der heutigen Zeit referieren. Wir erwarten uns davon neue Anstöße und Impulse. Wir erwarten uns davon auch für die Zukunft neue Ideen und ein internationales Echo. Wir dürfen darauf sicher sehr gespannt sein.

Ich danke, meine Damen und Herren, vielen, vielen Männern und Frauen, die im ganzen Land tätig waren und tätig sind für Kunst und Kultur, auf welcher Ebene immer. Ich danke bei uns in der Steiermärkischen Landesregierung meinen Mitarbeitern in meinem Büro, in der Rechtsabteilung 6, ich schließe auch ein das Landesjugendreferat und die Rechtsabteilung 13, die ich gestern vergessen habe bei der Gruppe 2, ich danke den Landeseinrichtungen, dem Joanneum und der Landesbibliothek, dem Landesarchiv und dem Künstlerhaus und unserem Konservatorium für viel, viel gute Arbeit, die dort über ein langes Jahr geleistet worden ist, und hoffe sehr, daß wir auch im Jahre 1988 manche gute Ernte in die steirische Kulturscheune einbringen können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Gruppe 3 vor. Wünscht der Herr Berichterstatter noch das Schlußwort?

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Ich verzichte auf das Schlußwort.

Präsident Zdarsky: Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, mögen die Hand erheben.

Die Gruppe 3 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Georg Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl: Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 4 beinhaltet die Ansätze für soziale Wohlfahrt und für die Wohnbauförderung. Die Gesamteinnahmen dieser Gruppe sind mit 4.385.350.000 Schilling und die Gesamtausgaben mit 5.899.818.000 Schilling präliminiert. Im Finanz-Ausschuß ist auch diese Gruppe ordnungsgemäß abverhandelt worden. Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 4.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4

zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, soziale Wohlfahrt. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

Abg. Dr. Lopatka: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Bei der Vorbereitung meiner Ausführungen zum Budgetkapitel 4 habe ich in den stenographischen Berichten der letzten Jahre nachgelesen, und bei diesem Studium ist mir sofort negativ aufgefallen, was Herr Abgeordneter Mag. Rader in den beiden letzten Jahren gesagt hat. In den beiden letzten Jahren deswegen, weil er Wort für Wort seine Ausführungen gleichlautend eingeleitet hat. Das wäre aber nicht das Negative an und für sich. Er meinte in den letzten beiden Jahren: „Ich bekenne mich zu einem Sozialstaat, der Großzügigkeit und menschliches Gefühl vermittelt, der allen, die Sozialleistungen empfangen, das Odium nehmen soll, zu den Befürsorgten zu gehören, die auf Kosten anderer leben, wenn sie auf Kosten anderer leben müssen, und der lieber einige, die es möglicherweise nicht verdienen, mehr unterstützt, als welche durch den Rost fallen zu lassen, die es wirklich verdienen.“

Nach diesen versöhnlichen Worten der Einleitung kam dann immer mehr oder weniger und scharf formuliert jedes Jahr ein Angriff auf die Sozialschmarotzer. Und auch in den letzten Wochen zieht Abgeordneter Mag. Rader wieder durchs Land und wettet gegen arbeitsunwillige Arbeitslose und Sozialschmarotzer. Ich stelle diese Ansicht des Abgeordneten Mag. Rader deswegen bewußt an die Spitze meiner Ausführungen, da es leider auch in breiten Kreisen der Bevölkerung und natürlich auch in breiten Kreisen der Großparteien Vertreter dieser Geisteshaltung gibt. Nur sind es in den Großparteien Gott sei Dank in der Parteihierarchie weiter unten stehende Personen, während es in der FPÖ immerhin der Landesparteiobermann ist. Und auch FPÖ-Bundesparteiobermann Haider ist ja, kurz bevor er nach Hawaii gejettet ist, gegen arbeitsunwillige Schmarotzer hergezogen. Und er hat auch so nebenbei den Gastarbeitern erklärt, daß sie in Österreich eigentlich überhaupt nichts zu suchen hätten. Ich zitiere Jörg Haider wörtlich: „Man sollte aber auch den Mut haben, gerade ein Problem, das sich in Wien ständig stärker stellt, einmal zu sagen, ob es denn notwendig ist, daß bei 140.000 Arbeitslosen derzeit über 18.000 Gastarbeiter in Österreich sein müssen.“ (Abg. Weilharter: „So ist es!“) Haider hat dabei gerne verschwiegen, daß mehr Österreicher im Ausland arbeiten, als wir Gastarbeiter im Inland haben, Herr Kollege Weilharter. Diese Haltung, nämlich Sozialhilfeempfänger, Ausländer und Minderheiten anzuschwärzen, ist meines Erachtens auf das schärfste abzulehnen. Alle, die für sich in Anspruch nehmen, ein soziales Gewissen zu haben, müssen hier aufstehen. Ich danke an dieser Stelle dem Generalredner der Sozialistischen Partei für seine klaren Worte in diesem Zusammenhang. (Beifall bei der SPÖ.) Die Gefahr, daß angesichts der tristen Finanzsituation bei den Schwachen unserer Gesell-

schaft zuerst mit dem Sparstift angesetzt wird, ist groß. Wo wird denn derzeit österreichweit gespart? (Abg. Gennaro: „Daß du neben mir gegessen bist, hat etwas bewirkt!“) Bei den Jungfamilien, bei den Studenten und bei den Pensionisten. Also sicherlich nicht bei jenen, die Sparmaßnahmen am leichtesten verkraften. Der Sozialstaat ist sicherlich an den Grenzen seiner Finanzierbarkeit angelangt. Eine generelle Ausweitung des Sozialbudgets zu verlangen, wäre vermessen und undurchführbar. Es gibt jedoch Bereiche innerhalb unseres Sozialbudgets, und das merke ich bei meiner täglichen Arbeit im Jugendwohlfahrts- und Sozialhilferreferat deutlich, wo noch viel getan werden muß, wo wir erst am Anfang stehen.

Ich denke dabei vor allem an die Frühförderung behinderter Kinder, die zwar sehr teuer, jedoch sehr notwendig ist. Hier muß durch öffentliche Maßnahmen noch viel geschehen. In anderen Bereichen wiederum sind stärker als bisher Privatinitiativen durch unser Sozialsystem zu unterstützen, da sie oft viel unbürokratischer als eine staatliche Sozialbürokratie arbeiten können. Ich verweise nur auf die erst kürzlich in diesem Haus geführte Diskussion über die Übertragung der Bewährungshilfe aus der staatlichen Verwaltung auf den „Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit“ oder auch an die längst notwendige stärkere Berücksichtigung der Hauskrankenpflege durch die Gebietskrankenkasse. Wir müssen aber auch bereit sein, überkommenes Denken aufzugeben, das im vorigen Jahrhundert seine Berechtigung hatte, heute jedoch überholt ist. War im letzten Jahrhundert die soziale Frage geradezu identisch mit der Arbeiterfrage, so ist sie es heute nicht mehr. Keine Österreicherin, kein Österreicher ist heute deswegen arm, weil er Arbeitnehmer ist. Die Armut resultiert in erster Linie nicht mehr aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit. Arm sind heute kinderreiche Familien, Alleinstehende mit Kindern, Alte, Langzeitarbeitslose, Pendler, Behinderte, Haftentlassene und deren Angehörige, aber auch zunehmend kleine Landwirte, kleine Gewerbetreibende und Lehrlinge und auch viele Studenten.

Will man diese soziale Wirklichkeit erklären und gegen sie ankämpfen, bringt einen die Aufteilung unserer Gesellschaft in Klassen von Kapital und Arbeit nicht viel weiter. Die Benachteiligung der Familien mit Kindern, alter Menschen, von Frauen oder die soziale Not von Dauerarbeitslosen ist doch vielmehr darauf zurückzuführen, daß Unternehmer und Arbeitsplatzbesitzer sozialpartnerschaftlich vereint, gemeinsam ihre Interessen im Verteilungskampf um die Arbeit zu Lasten derjenigen durchsetzen, die keine mächtigen Interessensvertretungen und Verbände hinter sich haben.

Der alte Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wird meines Erachtens immer mehr vom Konflikt zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, zwischen Arbeitsplatzbesitzenden und Arbeitslosen zurückgedrängt. Die Methoden der alten sozialen Fragen bringen uns bei der neuen nicht weiter, sondern zementieren oft Ungerechtigkeiten weiter ein. Ich nenne nur ein Beispiel: Die Benachteiligung von Mehrkinderfamilien kann nicht durch Tarifverhandlungen beseitigt werden. Ob ein Arbeitnehmer ein Kind oder fünf hat, kann bei der Aushandlung des Tariflohnes keine Berücksichtigung finden. Dasselbe gilt, wenn ein Arbeitnehmer einen schwerbehinderten Ehepartner zu

Hause hat. Diese Probleme müssen auf einer anderen Ebene gelöst werden. Für mehr soziale Gerechtigkeit sind hier nicht die Tarifpartner, sondern die Regierenden verantwortlich. Sie müßten in den angesprochenen Fällen die Kinderbeihilfe beziehungsweise die steuerliche Berücksichtigung von Kindern oder die Unterstützung für die häusliche Krankenpflege, die immer billiger sein wird als jede institutionalisierte, entscheidend verbessern.

Die industrielle Revolution des letzten Jahrhunderts war auf Massenproduktion und gleichartige Arbeitsbedingungen ausgerichtet. Einheitliche Tarifregelungen, die Forderung nach gleichen Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzgesetzen, die Solidarisierung der Arbeitnehmer in Massenorganisationen waren eine angemessene gewerkschaftliche Antwort auf die Probleme der alten Arbeitswelt. Der Übergang von einer Produktions- zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft wird die Arbeitswelt grundlegend verändern: Neue Technologien ermöglichen die Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen sowie vielfältige und flexible Übergänge zwischen bezahlter Arbeit und Freizeit. Die Probleme des Übergangs von der alten in eine neue Arbeitswelt würden auch vom Österreichischen Gewerkschaftsbund neue Strategien verlangen. Gerade der ÖGB, dem viele soziale Errungenschaften zu verdanken sind, wehrt sich heute auf vielen Ebenen gegen flexible Lösungen, die so manchem helfen würden, Arbeit zu finden, um so der Armut zu entinnen. In vielen Gremien, die früher zum sozialen Ausgleich geführt und zu mehr sozialer Gerechtigkeit beigetragen haben, werden heute durch lineare Regelungen Ungerechtigkeiten einzementiert. Dieses Gefühl hat insbesondere auch die studentische Jugend. Wer in den letzten Tagen mit Vertretern der Streikkomitees gesprochen hat, der hört das tiefe Mißtrauen gegen Parteien und Institutionen heraus, vor allem wenn es darum geht, den Politikern zuzutrauen, mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Wir müssen auf der Hut sein, daß wir unser soziales Gespür nicht verlieren. Gott sei Dank leben wir alle 56, die im Landtag vertreten sind, in sozialer Sicherheit und in Wohlstand, was es andererseits aber nicht unbedingt erleichtert, sich in die tatsächliche Situation der Armen unseres Landes, und die gibt es, hineindenken zu können. Ich könnte Ihnen jetzt sofort ein Dutzend konkreter Beispiele aufzählen, die in meiner täglichen Arbeit vorkommen, in denen Menschen unverschuldet in materielle Not geraten sind. Sie allesamt sind keine Sozialschmarotzer, sondern vom Schicksal hart geprüfte Menschen. In Mehrheit Frauen und Kinder. Laut Statistischem Zentralamt leben zurzeit 850.000 Menschen in Österreich unter der Armutsgrenze, das heißt, daß dieser Personenkreis mit einem Monatseinkommen von weniger als 4500 Schilling das Auslangen finden muß. Völlig versagt hat die Politik in den letzten Jahren bei der materiellen Absicherung von Mehrkinderfamilien und Alleinverdienern mit kleinem Einkommen. Hier muß ein radikales Umdenken beim Bundesgesetzgeber einsetzen. Ich glaube, daß man vehement die Forderung erheben muß, daß Kinderreichtum nicht weiterhin mit materieller Armut gleichgesetzt werden darf.

Meine Damen und Herren, es freut mich, daß in der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“ neben den Leistungen,

die Behinderten, Sozialhilfeempfängern, Blinden, Jugendlichen, Alten, Pendlern und Kriegsoffizieren zukommen, unsere Hilfsbereitschaft an unseren Landesgrenzen nicht haltmacht. Gerade im Gedenkjahr 1988 finde ich es großartig, daß die Steiermark wie die anderen Bundesländer eine Budgetpost für das österreichische Hospiz in Jerusalem geschaffen hat. Es ist genauso erwähnenswert, daß seit 1981 für die „Entwicklungshilfe“ eine eigene Budgetpost zur Verfügung steht, und Frau Kollegin Minder wird es bestätigen, wie sorgsam und verantwortungsbewußt mit den entwicklungspolitischen Geldern umgegangen wird. Faktum ist, daß mehr Menschen in den letzten fünf Jahren an Hunger gestorben sind als in allen Kriegen der letzten 150 Jahre. Diese menschliche Zerstörung kann mit dem Abwerfen einer Hiroshima-Bombe alle dreieinhalb Tage verglichen werden. Ich nenne diese Zahlen bewußt, um die Situation Arbeitsloser und sozial Schwacher in Österreich in das richtige Licht zu rücken. Wir haben Gott sei Dank ein soziales Netz und müssen alles tun, um dieses zu erhalten. Es muß aber auch ein Anliegen von uns allen sein, in einer so schwierigen Phase unseres Landes Verständnis für Ausgaben für die Dritte Welt zu gewinnen.

Lassen Sie mich zu einem besonderen Bereich kommen, den ich herausgreifen möchte, der im Budget 1988 mit mehr als 115 Millionen Schilling veranschlagt ist. Rund 77 Millionen Schilling sind für die landeseigenen Heime, 30 Millionen Schilling für Pflegegebühren für eigene Anstalten, 15 Millionen Schilling für Pflegegebühren in fremden Anstalten im Budget 1988 veranschlagt. Es sind das die steirischen Jugendheime Rosenhof, Blümelhof und das Landesjugendheim Hartberg. Im Jahresschnitt sind im Rosenhof und Blümelhof rund 80 bis 85 Kinder und im Landesjugendheim Hartberg 95 Jugendliche. Zwischen 25.000 und 30.000 Schilling kostet ein Platz im Monat für ein Kind oder für einen Jugendlichen in diesen Therapieeinrichtungen. Wir haben auch Kinder und Jugendliche, die außerhalb des Landes Steiermark untergebracht sind, und zahlen für diese Einrichtungen im Monat 35.000 Schilling. Wir sollen und wir müssen bereit sein, für vom Schicksal schwer und oft furchtbar benachteiligte Kinder viel Geld aufzubringen. Was ich aber ablehne und Sie, Herr Landesrat, dulden, ist die Tatsache, daß wir Jugendliche in landeseigenen Anstalten haben, die einen Lehrplatz bräuchten, jedoch keiner Sondererziehung bedürfen. Diese sündteure Form der Lehrplatzförderung lehne ich persönlich ab. Denn X-Tausende von Schillingen, die in anderen Bereichen fehlen, werden hier zur Auffüllung von Plätzen in den landeseigenen Anstalten verwendet und unter dem Titel Jugendwohlfahrt ausgegeben, ohne daß eine tatsächliche Notwendigkeit besteht. Herr Landesrat, ich frage Sie, was können Sie angesichts der angespannten Budgetlage tun oder wie können Sie es verantworten, daß junge Menschen, bloß um einen Lehrplatz zu finden, einen sehr, sehr teuren Platz in landeseigenen Anstalten bekommen, um so die Auslastung dieser millionenteuren Heime zu heben? Herr Landesrat, Ihnen wird sicher bekannt sein, daß im Steiermärkischen Jugendwohlfahrtsgesetz, im Paragraph 26, ausdrücklich festgelegt ist, daß durch Einweisung in Erziehungsheime Erziehungshilfe nicht gewährt werden darf. Aber was ist die Lehrplatzvermittlung? Sie ist bestenfalls eine Erziehungshilfe. Herr Landesrat, kön-

nen Sie mir in diesem Zusammenhang auch beantworten, wie viele junge Menschen ohne gerichtliche Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung und somit ohne rechtliche Grundlage solche Lehrplätze in diesen Heimen haben? Herr Landesrat, ich habe das Gefühl, daß wir derzeit bei Krisenfamilien und bei schwierigen Kindern eine Situation haben, die im Gesundheitsbereich einer Situation gleichkäme, wenn wir in unseren Kliniken nur Intensivstationen hätten und daher jeden Krankheitsfall auf der Intensivstation zu behandeln hätten.

Es fehlen Einrichtungen, die wir schon seit Jahren haben müßten und die uns Millionen an öffentlichen Mitteln erspart hätten. Ich darf Ihnen einen globalen Überblick geben, wie sich Mitarbeiter von Jugendwohlfahrtsreferaten, die schon jahrelang in diesem schwierigen Feld arbeiten, eine positive Entwicklung vorstellen könnten. Grundsätzlich muß viel stärker als bisher auf den tatsächlichen Bedarf Bedacht genommen werden, und daher müßte viel stärker als bisher differenziert werden. Wir bräuchten ein kleines Therapieheim mit einer angeschlossenen heilpädagogischen Station für die schwierigsten Fälle. Herr Landesrat, ich frage Sie in diesem Zusammenhang, wie Sie es verantworten können, daß seit mehr als einem Jahr die Leiterstelle der heilpädagogischen Station in Graz nicht besetzt ist? Wir bräuchten rund zehn sozialpädagogische Wohngemeinschaften und nicht nur eine, die seit fünf Jahren mit großem Erfolg arbeitet. Herr Landesrat, ich frage Sie, warum gibt es neben der seit fünf Jahren bestehenden sozialpädagogischen Wohngemeinschaft „Jugend am Werk“ keine weiteren? Auch hier hätte man viel Geld einsparen können, ohne daß die Therapie darunter gelitten hätte. Herr Landesrat, warum haben wir keine betreuten Wohngruppen, wie es sie zum Beispiel in Salzburg gibt, wo ein Platz nur ein Drittel der Anstaltskosten beansprucht. Ich möchte aber auch etwas Positives sagen. Herr Landesrat, ich bin froh, daß wir mit Beschluß der Landesregierung vom März dieses Jahres nun in Zukunft zehn sozialpädagogische Erziehungsstellen als Modellversuch haben werden. Plätze für Kinder, bei denen der Tagsatz bei der Hälfte von den Anstaltskosten liegt. Plätze, wo Kinder bei besonders geschulten und psychologisch intensiv betreuten Eltern untergebracht sind und wir uns im Monat mindestens 10.000 Schilling im Vergleich zu den Anstaltskosten ersparen. (Abg. Gennaro: „Weil wir einen guten Landesrat haben!“) Ich bin noch nicht fertig, Kollege Gennaro.

Herr Landesrat, wie halten Sie es für verantwortbar, daß wir für die Therapie weit mehr als 100 Millionen Schilling für schwierige Kinder und Jugendliche ausgeben, für vorbeugende Erziehungsfürsorge jedoch nicht einmal eine halbe Million Schilling zur Verfügung haben? Halten Sie dieses Verhältnis für richtig? (Abg. Gennaro: „Wer hat dich erzogen?“) Und ich wage in diesem Zusammenhang folgende Rechnung anzustellen. Herr Landesrat, wenn Sie bereit wären, ein entsprechendes Konzept unter Einbeziehung der Jugendwohlfahrtsreferenten und freier Jugendwohlfahrtsträger – unabhängig von dem zu erwartenden neuen JWG – zu erarbeiten, wenn Sie so eine Gruppe einrichteten, könnten wir innerhalb von fünf bis sieben Jahren die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die zurzeit in landeseigenen Anstalten sind, halbieren. Wir

könnten uns somit eines der drei Häuser und somit allein an Personalkosten und Sachausgaben jährlich 25 Millionen Schilling ersparen, ohne daß dadurch die Therapie leiden würde. Und 25 Millionen Schilling jährlich an Einsparung, ohne daß eine Gruppe davon getroffen wird, in dieser angespannten Finanzsituation, ich glaube das müßte zumindest Anstoß geben, darüber nachzudenken und diesen Vorschlag nicht sofort vom Tisch zu wischen. Mir fehlt sicherlich die Lebenserfahrung, die Sie auf diesem schwierigen Gebiet haben, meine unzähligen Gespräche mit Jugendwohlfahrtsreferenten und meine eigenen Erfahrungen in dieser Arbeit haben mich bestärkt, heute und hier diese Forderungen zu erheben.

Und noch ein Wort zum alten steirischen JWG, für dessen Vollziehung Sie ja seit mehr als 25 Jahren politisch verantwortlich sind.

Im Paragraph 40 Absatz 3 heißt es, für Fragen der Zusammenarbeit der öffentlichen und freien Jugendwohlfahrtspflege ist von der Landesregierung ein Beirat zu bestellen. Herr Landesrat, warum haben Sie es in den letzten 25 Jahren verabsäumt, diesem Gesetzauftrag nachzukommen? Sie sind innerhalb der Regierung für mich der dafür Verantwortliche. Herr Landesrat, das Gesetz spricht auch davon, daß von der Landesregierung anerkannte Organisationen der Jugendwohlfahrtspflege in diesem zwölfköpfigen Beirat vertreten sein sollen. Ich frage Sie, welche Organisationen wurden seitens der Landesregierung anerkannt? Haben Sie es auch hier verabsäumt, in den letzten 25 Jahren, einzelne Organisationen durch die Landesregierung anerkennen zu lassen? Ich habe jetzt sicherlich einige unangenehme Fragen an Sie gerichtet, trotzdem bitte ich Sie, mir diese zu beantworten.

Abschließend darf ich noch zum Budgetkapitel 4 zwei grundsätzliche Punkte festhalten. Es wäre sicherlich falsch, die staatliche Sozialhilfe generell schlechtmachen. Richtig ist jedoch, daß durch das Ansteigen der staatlichen Hilfe Selbsthilfekräfte, die früher funktioniert haben, verlorengegangen sind. Kirchliche Sozialkreise, Gruppen, wie die Lebenshilfe und der Pflegeelternverein, kurz gesagt Selbsthilfegruppen, sind durch staatliche Hilfe stärker als bisher zu unterstützen und stärker in die Arbeit einzubeziehen. Es ist aber auch den Familien und den Verwandten viel stärker als bisher zu sagen, daß sie eigentlich in erster Linie für ihre Angehörigen verantwortlich sind und nicht staatliche Institutionen. Zweitens müssen wir trachten, daß die sozialpolitischen Maßnahmen auch die schwer organisierbaren Gruppen, wie zum Beispiel alleinerziehende Frauen, erfassen und nicht nur jene, die eine starke Interessensvertretung hinter sich haben. Ich hoffe daher, daß wir alle bereit sind, uns in sozialen Fragen gemeinsam anzustrengen, aber auch bereit sind, neue Wege zu gehen und uns stärker als bisher auf private Selbsthilfepotentiale verlassen und nicht nur immer sofort nach der staatlichen Hilfe rufen. Das wünsche ich mir von einer zeitgemäßen Sozialpolitik. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Grete Meyer. Ich erteile es ihr.

Abg. Meyer: Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn sich Herr Dr. Lopatka bei unserem Generalredner für die klaren Worte zum Thema Sozialschma-

rotzer bedankte, so stimme ich mit ihm in vielem überein, das er hier heute gesagt hat. Alle diese Probleme, die er angeschnitten hat, sind Probleme, die Anliegen aller Parteien sein müssen und die auch nur gemeinsam gelöst werden können. Und daß Hilfe für den Nächsten nicht vor der eigenen Haustür enden darf, also internationale Solidarität, war auch schon immer ein Anliegen der Sozialdemokraten. Und wenn Herr Dr. Lopatka heute so viele Fragen an den Herrn Landesrat Gruber gerichtet hat, so wäre es vielleicht zweckmäßiger gewesen, er hätte den Herrn Landesrat einmal in seinem Büro aufgesucht, dann hätte er sich die viele Fragerei heute ersparen können und hätte wahrscheinlich die Antworten heute in der Tasche. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Mir ist es lieber, daß nicht hinter verschlossenen Türen diskutiert wird. Es geht um mehr als 100 Millionen Schilling in dieser Frage. Das ist kein Thema, das man im Büro des Herrn Landesrates diskutieren soll. Was soll man dann noch im Landtag diskutieren?“) Es geht nicht ums Diskutieren, es wäre um die Fragen gegangen, und dann hätten Sie wahrscheinlich Aufklärung erhalten, und es wäre einiges inzwischen schon aufgeklärt worden, glaube ich. Aber der Herr Landesrat wird Ihnen selbst noch die Antworten geben.

Der Wunsch nach sozialer Sicherheit gehört natürlich und zweifellos zu den wichtigsten Anliegen der Menschen in der Gesellschaft. Ein großer Teil der politischen Arbeit war ja in den vergangenen Jahrzehnten diesem Ziel gewidmet, und es konnten auch große Erfolge, das muß man ja auch zugeben, auf allen Ebenen der Sozialpolitik errungen werden. Die Sozialpolitik beschränkte sich vor Jahren fast ausschließlich darauf, daß Schäden behoben oder gelindert wurden, die die Menschen bereits erlitten hatten. Maßnahmen zur Vermeidung dieser Schäden gab es kaum. Diese Frage war früher sekundär. Wenn man heute durch das soziale Netz, das dicht gespannt ist, versucht, finanzielle Notlagen der Menschen in den Griff zu bekommen, ihnen in dieser Hinsicht von der öffentlichen Hand her zu helfen, so ist uns aber auch allen bewußt geworden, daß es neue Formen von Hilfsbedürftigkeit und der Armut gibt. Ich kann in dieser kurzen Zeit nur einiges herausgreifen. Ob es sich hier um behinderte Menschen handelt oder um jene, die von der strukturellen Arbeitslosigkeit getroffen wurden oder ob es sich um Menschen handelt, die durch kriminelle Handlungen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir als Politiker haben die Verpflichtung, in all diesen Fällen helfend einzugreifen, und es wurden auch viele Maßnahmen in den letzten Jahren in diese Richtung gesetzt. Ich meine, daß man neben all den Forderungen, die auch im sozialen Bereich noch offen sind, gerade anläßlich einer Budgetdebatte auch einmal jenen Dank sagen sollte, die sich ganz besonders mit den vorgenannten großen Problemen beschäftigen. Ich nehme zuerst das Problem der Behindertenhilfe und denke da ganz besonders an die geschützte Werkstätte, die im Jahre 1982 zuerst in Graz und im September vorigen Jahres auch in Kapfenberg-Diemlach ihre wichtige Aufgabe, nämlich die Eingliederung Behinderter in das Berufs- und Erwerbsleben, aufgenommen haben. Ich meine, daß es angebracht ist, dem Initiator der geschützten Werkstätte, Landesrat Gruber, aber auch dem Land Steiermark insgesamt für die Zurverfügungstellung des Grundstückes hier Dank zu

sagen. Dank zu sagen auch im Namen (Abg. Dr. Lopatka: „Der Herr Landesrat hätte 25 Jahre Zeit gehabt, diesen Beirat einzurichten!“ – Abg. Gennaro: „Du warst gerade am Wort. Laß die Kollegin weitersprechen!“) des Bezirkes Bruck/Mur. Immerhin gibt es in diesem Gebiet zirka 900 behinderte Personen, die nicht vermittelbar sind. Das zeigt auch, wie wichtig und richtig es war, auch in der Obersteiermark eine geschützte Werkstätte zu errichten. Wir alle wissen, wie schwer, und ich möchte sagen, wie unmöglich es ist, gerade in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation behinderte Menschen auf dem regionalen Arbeitsmarkt zu versorgen. Die Behinderten haben in der geschützten Werkstätte die Möglichkeit, Arbeit zu finden, eine Einrichtung, die man sich derzeit überhaupt nicht mehr wegdenken kann. Sind dies doch Arbeitsplätze eben für jene Mitbürger, die es wohl am schwersten haben. Da die zweite Ausbaustufe in Kapfenberg-Diemlach, die schon für das heurige Jahr vorgesehen war, um die Beschäftigtenzahl von 50 auf 100 aufstocken zu können, deshalb nicht in Angriff genommen werden konnte, weil das Geld hierfür fehlt, ersuche ich unseren Sozialreferenten, Landesrat Gruber, eindringlichst, alles zu unternehmen, um vom Sozialminister so rasch als möglich die erforderlichen Mittel zu erhalten, damit der geplante weitere Ausbau im Interesse der Behinderten in dieser Region Obersteiermark so bald als möglich durchgeführt werden kann. Die geschützte Werkstätte stellt doch einen bemerkenswerten Beitrag zur Schaffung humaner Verhältnisse für behinderte Menschen dar. Wir dürfen dieses Ziel nicht aus den Augen verlieren. Zur Erreichung dieses Zieles muß auch das Geld zur Verfügung stehen.

Es gibt für uns aus dem Bezirk Bruck aber noch einen Grund, Dank zu sagen. Die Lebenshilfe Steiermark, Sektion Bruck, hat vor zwei Jahren in Graßnitz bei Aflenz ein Wohnheim für Behinderte eröffnet. Derzeit verfügt die Lebenshilfe Steiermark über 14 Wohn- und Tagesheime. Wer so wie ich immer wieder mit den großen Sorgen der Eltern konfrontiert wird, die dahin gehen, daß sie sich immer wieder fragen, was wird aus unserem behinderten Kind, wenn es uns, also die Eltern, nicht mehr gibt, der weiß, was hier die Lebenshilfe leistet und welch große seelische Last den Eltern behinderter Kinder, nämlich die Sorge um die Zukunft, mit diesen Wohnheimen genommen wird. In diesen Wohnheimen finden die Behinderten nicht nur liebevolle Betreuung, sondern eine Bleibe fürs ganze Leben. Ich danke hier nicht nur dem Vorsitzenden der Lebenshilfe, Sektion Bruck, ich habe ja von Anfang an das Projekt mitverfolgen können, ich danke ihm dafür, daß er sich so vehement und mit so viel Idealismus und Ausdauer für die Verwirklichung des Wohnheimes eingesetzt hat, sondern auch dem Herrn Landesrat für seine großen finanziellen Hilfen und sein Verständnis, die er diesem Projekt, aber auch allen anderen Projekten in der Steiermark zukommen hat lassen. Denn all das Wollen, das Los Behinderter zu verbessern, all die selbstlose Liebe zu den wohl am schwersten vom Schicksal getroffenen Mitbürgern würde zu keinem Erfolg führen, all die großen Aufgaben könnten nicht gelöst werden, wenn nicht das Land Steiermark und auch die Sozialhilfeverbände der Bezirke immer wieder mithelfen würden, den eingeschlagenen Weg zielstrebig weiterzugehen. Daher nochmals herzlichen

Dank der Lebenshilfe, insbesondere hier eben aus meinem Bezirk der Sektion Bruck/Mur, für die Schaffung des 14. Heimes für Behinderte und auch für die anderen Initiativen in Richtung Behindertenhilfe.

Wenn ich eingangs sagte, es gibt vielfältige Formen von Hilfsbedürftigkeit, so sind dies neben den in finanzielle Not Geratenen, neben Behinderten, neben Arbeitslosen auch jene, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, nämlich die Haftentlassenen. Die Probleme, die heute Haftentlassene haben, sind uns allen bekannt. Die Entlassung aus einer Strafanstalt stellt sicher eine Krise im Lebenslauf eines Menschen dar. Nicht dadurch, daß man mit Fingern auf die Vorbestraften zeigt, wird die wichtige Aufgabe der Resozialisierung, der Wiedereingliederung in die Gesellschaft, erreicht, sondern durch verständnisvolle Hilfe. In der Bewährungshilfe finden wir ein brauchbares Instrument für die Aufgabe. Mit den heutigen Bestrebungen, das Gefängniswesen zu modernisieren, gehen auch die Bestrebungen Hand in Hand, einem Rechtsbrecher so lange als möglich die Erfahrungen mit dem Gefängnis zu ersparen und ihn mittels der Bewährungshilfe zu resozialisieren. Man hat ja längst erkannt, daß es neben Freiheitsentzug noch andere Behandlungsmöglichkeiten gibt. Die Bewährungshilfe hat sich schon große Verdienste mit den Bemühungen, Rechtsbrechern wieder den Weg in unsere Gesellschaft zu ermöglichen, erworben. Mit dem Auftrag des Gesetzes an den Bewährungshelfer, dahin gehend zu wirken, daß ein Rechtsbrecher nicht mehr rückfällig wird, hat der Bewährungshelfer wohl eine der schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben im sozialen Dienst übernommen. Daß diese Tätigkeit schon erfolgreich durchgeführt wird, ergab eine Untersuchung, aus der hervorgeht, daß 49 Prozent von Jugendlichen, die unter Bewährungshilfe standen oder stehen, nicht mehr mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Viel Zeit, Geduld, natürlich Liebe zum Mitmenschen, Verständnis, Toleranz müssen die Bewährungshelfer investieren, um die Erfolge zu erzielen. Daher ist es nur recht und billig, daß die Bewährungshilfe nicht nur vom Bund und auch vom Land, hier werden dankenswerterweise immer wieder beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt, sondern auch von den Sozialhilfeverbänden die finanzielle Unterstützung erhält, die sie dringend braucht, um ihre für die ganze Gesellschaft so wichtige Aufgabe optimal erfüllen zu können. Vielleicht könnten sich alle jene Sozialhilfeverbände, die bis jetzt keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt haben, in Zukunft auch zu Subventionen an diesen Verein, der wirklich Hervorragendes leistet, entschließen. Eingangs habe ich erwähnt, daß viel in den letzten Jahrzehnten für das Ziel, jenen zu helfen, die uns brauchen, getan wurde. Wir wissen aber auch, daß wir nie aufhören dürfen, neue Ideen zu entwickeln, um im sozialen Bereich weitere Verbesserungen zu schaffen. Wir dürfen aber auch nie aufhören, all jene privaten Initiativen zu fördern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Wohl Hilfsbedürftiger, egal welcher Art, in den Mittelpunkt zu stellen und ihre ganze Kraft dafür einzusetzen. Denn die Arbeit aller Organisationen der freien Wohlfahrt ist unendlich wichtig und unentbehrlich geworden. Sie tragen alle dazu bei, daß das Verantwortungsgefühl für Mitmenschen, die der Hilfe wirklich bedürfen, wachgehalten wird. Wir als Politiker

müssen immer auf der Seite dieser Idealisten stehen, und so können wir auch gemeinsam mit ihnen die großen Probleme lösen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Pfohl das Wort.

Abg. Dr. Pfohl: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In den letzten Jahrzehnten glaubten viele an die Legende, Österreich wäre eine „Insel der Seligen“. Es hatte auch lange den Anschein, als ob Österreich in seinen wirtschaftlichen und sozialen Kennziffern besser liegt als die übrigen Staaten. So kann man beispielsweise mit Genugtuung feststellen, daß das Institut der Deutschen Wirtschaft in einem Vergleich der OECD-Länder zwischen 1970 und 1985 errechnet hat, daß Österreich pro Jahr nur durchschnittlich sieben Arbeitstage pro 1000 Beschäftigte durch Streik verloren hat. Hier liegt lediglich die Schweiz mit 1,7 Arbeitstagen besser – während alle sonstigen OECD-Staaten schlechtere Werte aufzuweisen hatten. In diesem Zusammenhang ist sicherlich der österreichischen Sozialpartnerschaft ein Kompliment zu machen, welche immer wieder den Kategorien der ökonomischen Vernunft zum Durchbruch verhalf. Doch nunmehr scheint sich das Bild zu verdüstern. Das Schlagwort vom „heißen Herbst“ läßt sich mit der Illusion von der „Insel der Seligen“ kaum in Einklang bringen. Zugleich zeigt sich die Ernüchterung, daß die Disparitäten des Bundesbudgets bereits eine Dimension erreicht haben, welche das Sparen zu einer unerbittlichen Notwendigkeit machen. Man könnte es sich nun einfach machen und sagen, na gut, wir haben halt zwei Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt, und nun geht es an die unerfreuliche und überaus unpopuläre Sanierungsarbeit. Doch ich glaube, daß in Wirklichkeit die Problematik der vergangenen Verschwendungspolitik, an deren Folgen wir heute zu kauen haben, noch tiefer liegt. Da haben wir einerseits die Entwicklung der Staatsschuld, die von 47 Milliarden Schilling im Jahre 1970 auf schwindelerregende 675 Milliarden Schilling bis heute angestiegen ist. Jeder, der ökonomisch denkt, weiß, daß das Ansteigen von Schulden noch nicht unbedingt etwas Verwerfliches sein muß, wenn es zugleich gelingt, wichtige Investitionen zu tätigen, welche vermehrten Wohlstand in der Zukunft sichern. Ich möchte hier gar nicht näher auf die Frage eingehen, ob uns Prestigegebauten in Wien tatsächlich den künftigen Wohlstand sichern werden.

Ich will vielmehr Ihren Blick auf ein anderes, überaus bedenkliches Faktum lenken: Im selben Zeitraum, also von 1970 bis heute, hat sich die Zahl der Armen in Österreich praktisch verdoppelt. 1970 lebten rund 450.000 Österreicher an der Armutsgrenze, heute sind es etwa 850.000 Menschen. Das Statistische Zentralamt weist aus, daß bereits 10 Prozent der österreichischen Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 4500 Schilling im Monat auskommen müssen. Das Gesicht der Armut ist vielfältig. Rund 300.000 Personen in Alleinverdiener- und Alleinerzieherhaushalten leben unter der Armutsgrenze. Rund 130.000 Personen aus Landwirtschaft und Gewerbe sind von Armut betroffen. 380.000 Pensionistenhaushalte müssen mit der Mindestpension ihr Auslangen finden. Diese uner-

freulichen Zahlen lassen sich noch weiter fortsetzen, doch ich möchte nochmals das Generelle hervorheben. Die vergangenen zwei Jahrzehnte sind durch eine höchst widersprüchliche Entwicklung geprägt – einerseits sind die Staatsschulden nahezu explodiert, andererseits aber erweist sich das immer wieder proklamierte Wort vom „Kampf gegen die Armut“ als eine inhaltlere Worthülse, denn das Phänomen Armut ist im gleichen Zeitraum größer statt kleiner geworden. Zugleich sind wir mit steigenden Arbeitslosenzahlen konfrontiert. Allein in den verstaatlichten Betrieben haben zwischen 1978 und 1985 etwa 12.000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, drei Viertel davon, also 9000, in der Steiermark. Besonders die Jugendarbeitslosigkeit erreicht dramatische Werte. Im vergangenen Jahr waren über 36 Prozent der Arbeitslosen in der Steiermark Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren. Die genannten Daten sind überaus unerfreulich. Ich verzichte bewußt darauf, mich nun auf die Suche nach Schuldigen zu begeben und die Frage zu stellen, wer das Bundesbudget in die Manövrierunfähigkeit trieb und zugleich wichtige soziale Fragen und Strukturprobleme ungelöst ließ. Ich verzichte bewußt darauf, aus den sogenannten Fakten billiges politisches Kapital schlagen zu wollen, denn steigende Armut und steigende Arbeitslosigkeit sind ein zu ernster Anlaß. Jeder, der ein intaktes soziales Gewissen hat, muß durch diese Tatsachen nachdenklich werden, besonders, wenn er politische Verantwortung mitträgt. Auch ich als Unternehmer bekenne mich zu einer nun mehr als sonst notwendigen Politik, welche einerseits die auftretenden sozialen Härten mildert und andererseits unsere Zukunftschancen sichert.

Zum Ersten, zur Sozialpolitik: Das Grundanliegen der Sozialpolitik, sozial Schwachen beizustehen und ein menschenwürdiges Dasein abzusichern, steht außer Streit. Dafür spricht nicht nur das soziale Gewissen, sondern auch die ökonomische Vernunft, wenn es zum Beispiel darum geht, ein Absinken der Kaufkraft in Krisenregionen abzufangen, weil dies weitere negative Folgen für die gesamte betroffene Region haben kann. Es spricht aber auch sowohl das soziale Gewissen wie auch die ökonomische Vernunft für eine deutliche konturierte Familienpolitik. Mehrkinderfamilien werden derzeit krass benachteiligt – Kindersegen beschwört sehr oft Familienarmut, wie uns die Berechnungen des Statistischen Zentralamtes zeigen. Wer sich die demographische Entwicklung in Österreich ansieht, begreift, daß hier die Gleichgültigkeit der Sozialpolitik zugleich ökonomische Unvernunft darstellt. Auf Grund der zunehmenden Frühpensionierungen, und darin ist Österreich Weltmeister, wie ein Blick in die internationale Statistik zeigt, kommen wir in eine Situation, wo immer mehr Menschen zu einem immer früheren Zeitpunkt in den Ruhegenuß kommen, während zugleich auf Grund der ungünstigen demographischen Entwicklung die Finanzierungsprobleme der Pensionsversicherungen bis zum Jahr 2000 immer größer werden. Derzeit in der Familienpolitik zu sparen und die Mehrkinderfamilien gleichsam zu bestrafen, ist gegen die ökonomische Vernunft.

Generell gibt es in der Sozialversicherung einige Bereiche, welche man vorurteilslos durchleuchten sollte. Das bestehende System in einigen Punkten zu überdenken, sollte möglich sein, ohne daß kritische

Fragen sogleich der Vorwurf der versuchten „Sozial-Demontage“ entgegengesetzt wird. So hat vor wenigen Monaten der Sektionsobmann der Sektion Gewerbe der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft für Steiermark in einem Brief an den Sozialminister aufgezeigt, daß – ich zitiere wörtlich – „aus Arbeitskräftemangel in einzelnen Sparten Aufträge nicht mehr angenommen beziehungsweise nicht mehr rechtzeitig durchgeführt werden. Dieses Manko betrifft keineswegs Facharbeiter, sondern auch ungelernete Kräfte.“ Ende des Zitats. Sicherlich ist klar, daß nicht jeder Arbeitslose gezwungen werden soll, sofort den ersten besten angebotenen Arbeitsplatz anzunehmen, man wird ihm konzidieren müssen, nach seinen Fähigkeiten und seiner bisherigen Karriere entsprechend am Arbeitsmarkt auszuwählen. Aber diese Freiheit sollte nicht in einen Mißbrauch münden, und daß es auch solche Mißbräuche gibt, hat Sozialminister Dallinger in seiner Antwort vom 6. Oktober keineswegs bestritten. Gegen solche Mißbräuche, welche zu volkswirtschaftlichen Schäden führen, gäbe es sicherlich Mittel. So beispielsweise ein effizienteres Kontrollsystem, welches solche Fälle offenlegt. Allerdings meinte Minister Dallinger, ich zitiere wieder wörtlich, „so ein System ist nicht vorstellbar“. Hier dürfen wir dem Herrn Sozialminister etwas mehr Phantasie und Kreativität wünschen, dies nicht zuletzt deshalb, da auch aus anderen Bundesländern ähnliche Erfahrungen kommen. So gibt es beispielsweise in der anlaufenden Wintersaison der westlichen Bundesländer große Probleme, genügend Arbeitswillige zu finden, obwohl genügend Arbeitslose in diesen Branchen ausgewiesen sind. Ich meine, daß eigentlich bei allen Gutwilligen ein Konsens darüber zu finden sein müßte, daß unsere sozialen Einrichtungen angepaßt und gegen Mißbräuche abgesichert werden sollten – gerade dann werden sie auch in Zukunft für alle jene, die sie wirklich benötigen, noch vorhanden sein.

Und damit komme ich auf den zweiten früher erwähnten Punkt, nämlich zu einer notwendigen Politik, die uns unsere Zukunftschancen sichert. Es ist eine Binsenweisheit, daß die beste Sozialpolitik in einer guten Wirtschaftspolitik besteht. Ich glaube, daß wir mehr für die technologische Weiterentwicklung tun sollten. Bekanntlich liegen seit Jahrzehnten die österreichischen Ausgaben für Wissenschaft und Forschung weit unter dem OECD-Schnitt. Gerade die derzeitige Notwendigkeit des Sparens könnte dazu genutzt werden, viele der staatlichen Ausgaben auf ihre Zukunftsträchtigkeit zu untersuchen. So zeigt sich beispielsweise im Hochschulbereich, daß es zahlreiche Disproportionen gibt, die durch nichts gerechtfertigt sind. Sicherlich wird man die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht über Nacht beseitigen können, doch ich halte es einfach für gefährlich, daß gerade jene Wissensbereiche, welche für unsere wirtschaftliche Zukunft so wichtig sind, vernachlässigt werden. So ist es mir unverständlich, daß gerade die Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten so unterdotiert sind. An der Grazer Wirtschaftsfakultät stehen 19 Professorenplanstellen für die Ausbildung von über 5000 Studenten zur Verfügung.

Während an den künstlerischen Hochschulen ein Professor für 10 bis 15 Hörer zuständig ist, liegt der gesamtösterreichische Durchschnitt bei rund

90 Hörern. An der Wirtschaftsfakultät ist ein Professor für über 300 Hörer zuständig. Ich frage, ist es vernünftig, jene zukünftigen Manager, welche für den Wohlstand von morgen mitverantwortlich sein sollen, im Fließbandsystem auszubilden? Wie sieht es mit der wissenschaftlichen Forschung aus und mit der Problemlösungskapazität für unsere Wirtschaft, wenn der Lehrkörper in der Lehre aufgerieben wird? Trotz notwendiger Spargesinnung sollten wir die richtigen Gewichte setzen. Ich bekenne mich zu einer vernünftigen und heute mehr als zuvor notwendigen Sozialpolitik, meine aber, daß wir unsere Phantasie nicht in einer Sozialpolitik im Sinne einer Reparaturpolitik erschöpfen sollten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Das Wort hat Frau Präsident Zdarsky.

Abg. Präsident Zdarsky: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Zu keiner anderen Zeit ist die Sicherung des sozialen Systems so wichtig wie in einer wirtschaftlich schwierigen. Die Steiermark hat gerade jetzt mit besonders negativen Gegebenheiten zu kämpfen, die alle Anstrengung von Land und Bund erfordern, sie zu bewältigen. Es gibt Güter, die nicht umverteilt sind. Zu ihnen zählt die Gesundheit. Bestimmte Krankheiten sind eben nicht heilbar, und zahlreiche Gebrechen können nicht beseitigt und kompensiert werden. Die Lebensqualität einer ständig wachsenden Zahl älterer Menschen wird weitgehend bestimmt vom Umfang der sozialen Sicherung. Die soziale Sicherung breiter Schichten der Bevölkerung muß sich besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewähren. Sie ist wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich der einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und ein menschenwürdiges Leben in eigener Verantwortung führen kann.

Da Altern ein sehr individueller Prozeß ist, ist ein breitgefächertes, differenziertes Hilfsangebot zum Ausgleich altersbedingter Lebensdefizite notwendig. Fast 1,5 Millionen Menschen in Österreich sind derzeit über 60 Jahre alt. Das sind 20 Prozent der gesamten Bevölkerung. In 20 Jahren werden es mehr als 25 Prozent sein. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen liegt 1986 bei 77,2 Jahren – gegenüber 1950 67,8 Jahren, die der Männer bei 71 Jahren – gegenüber 1950 62,4 Jahren. Bei den älteren Menschen ist der Frauenüberschuß relativ groß. Ich glaube, daß das die Kriegsgeneration ist und hier viele Männer früher gestorben sind, denn zurzeit werden 5 bis 6 Prozent mehr Knaben geboren, und wir werden nicht wissen, wie es in der Zukunft in diesem Verhältnis der älteren Menschen sein wird. Die ältere Generation nimmt also in unserer Gesellschaft einen ganz großen Stellenwert ein. Fortschritt der Medizin, aber auch der soziale Wohlstand, den sich unsere Senioren nach dem Zweiten Weltkrieg erarbeitet haben, sind die Gründe für die laufend angestiegene Lebenserwartung. Da leider mit zunehmendem Alter auch die Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit im vermehrten Ausmaß erforderlich ist, muß entsprechend Vorsorge getroffen werden, um pflegebedürftig gewordenen älteren Menschen die geeignete Betreuung anbieten zu können. Diese Pflege und Betreuung ist durch stationäre Einrichtungen oder durch ambulante Dienste möglich. Die Sozialhilfeträ-

ger der Steiermark, das Land und der Magistrat Graz und die Sozialhilfverbände haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um einerseits neue Pflegeeinrichtungen zu schaffen und andererseits bestehende Pflegeeinrichtungen so zu adaptieren, daß sie den modernen Pflegeerkennnissen und -ansprüchen entsprechen. Das Land Steiermark verfügt über vier Landesaltenpflegeheime, und zwar in Mautern, Knittelfeld, Kindberg und Bad Radkersburg, mit einem Gesamtbettenstand von 800 Pflegebetten. Die Heime sind modernst ausgestattet, und die Zahl von Menschen, die für eine Aufnahme vorgemerkt sind, bewegt sich laufend um 100. Das ist ein Zeichen für den guten Ruf dieser Heime. Der Sozialhilfverband Voitsberg errichtet derzeit eine Pflegestation im Bezirksaltenheim in Voitsberg, und der Sozialhilfverband Weiz baut das Bezirksaltenheim in Gleisdorf zu einem Pflegeheim um, der Sozialhilfverband Liezen errichtet eine Pflegestation in Bad Aussee. Für ein Landesaltenpflegeheim in Deutschlandsberg wird eine Bedarfserhebung durchgeführt. Auch der Magistrat Graz hat das geriatrische Krankenhaus modernisiert, und die privaten Wohlfahrtsträger bauen ihre Einrichtungen dem modernen Pflegestandard entsprechend aus. Seitens des Landes werden diese wichtigen Baumaßnahmen nach Maßgabe der vorhandenen Förderung mitgefördert. Der Sozialreferent der Steiermärkischen Landesregierung, unser Landesrat Gruber, bemüht sich seit Jahren, auch die ambulante Betreuung und Pflege alter Menschen in ihrer Wohnung aufzubauen. Vorrang muß jedoch die Vermeidung der Heimunterbringung haben. Dazu ist der Ausbau eines bedarfsgerechten flächendeckenden Netzes ambulanten, pflegerisch-sozialer Dienste notwendig. Hier ist ein großer Nachholbedarf offen. Ambulante Hilfen sollten unter anderem umfassen: Beratungsdienste – unter anderem auch zur zweckmäßigen Einrichtung des Haushaltes, Haus- und Krankenpflege, Rehabilitationshilfen, Gesundheitshilfen – das sind: Erholungs- und Kurangebote, Gymnastik, Bewegungstherapie, Fußpflege und so weiter, Haushaltshilfsdienste (Putzen, Wäsche, Mahlzeitenangebote, der „Rollende Essenszustelldienst“, der ja in vielen Gemeinden schon eingeführt ist), Angebote zur Bildung und Kommunikation, seelsorgerische Hilfen und, nicht unwichtig, der Verleih von technischen Hilfsmitteln zur Pflege. Der Bedarf an ambulanten und teilstationären Hilfen ist sicher schichtspezifisch, landschaftsgebunden und von individuell entfalteten Lebensbedürfnissen geprägt. Man kann davon ausgehen, daß zirka 15 bis 20 Prozent der selbständig wohnenden älteren Menschen für eine zufriedenstellende Lebensführung gewisse ambulante Hilfen notwendig haben. Die verschiedensten privaten Wohlfahrtsträger, wie das Altenhilfswerk und die Volkshilfe unter anderem, erbringen derzeit diese ambulante Betreuung in den steirischen Bezirken und Gemeinden. Die ambulante Betreuung kann nur mit Förderungsmitteln gesichert und ausgebaut werden. Eine wünschenswerte und notwendige Ausweitung muß erfolgen. Um das zu erreichen, müßte ein gesetzlicher Anspruch auf ambulante Pflege und Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen festgelegt werden. Die Bestrebungen der Bundesländer, das zu erreichen, sind sehr groß. Sozial- und Gesundheitspolitik haben im Rahmen der Betreuung alter Menschen gemeinsam das Ziel, dem alternden Menschen das

Leben lebenswert zu gestalten. Das heißt, es nicht nur zu verlängern, sondern dem alten Menschen das körperliche und seelische Wohlbefinden möglichst lange zu erhalten. Alte Menschen sollten bei Krankheit nicht sofort aus dem Familienverband in das Krankenhaus abgeschoben werden, sondern zunächst der Versuch gemacht werden, die häusliche Pflege und Behandlung anzuwenden, und darum eben die Forderung nach den genannten ambulanten Diensten.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist bekannt, daß die Transferierung aus der gewohnten Umgebung allein schon zu einer Verschlechterung des allgemeinen Befindens der Menschen führt. Schon aus diesem Grund wird der Hauskrankenpflege auch in der Zukunft besonderes Augenmerk zu widmen sein. In den Spitälern selbst wird man daran gehen müssen, teure Akutbetten in Pflegebetten umzuwandeln, in sogenannte Altenstationen, wofür insbesondere neben einer ausreichenden ärztlichen Betreuung vor allem auch geeignetes Pflegepersonal zur Verfügung gestellt werden muß, und das bräuchte nicht das teure Diplomkrankenpflegepersonal zu sein, sondern ausgebildete Altenhelferinnen würden hier den gleichen Dienst erweisen. Die Hauskrankenpflege ist im Koalitionsübereinkommen der Bundesregierung endlich festgelegt. Sie müßte als Leistungsanspruch der Krankenkassen bald geregelt werden. Wir haben diesbezüglich in der Steiermark schon öfters einen Anlauf unternommen, leider ohne Erfolg zu haben. Das Koalitionsübereinkommen gibt uns nun die Hoffnung, daß hier ein Umdenken erfolgen muß. Es ist eine humane, aber auch eine wirtschaftliche Forderung, da damit den Menschen der möglichst lange Verbleib in ihrer Wohnung und gewohnten Umgebung ermöglicht wird, aber auch eine wesentliche Kosteneinsparung erreicht werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch in einer Zeit, in der Sparpolitik Vorrang hat, darf auf Reformen nicht verzichtet werden. Vorbeugende Sozialpolitik muß ein stärkeres Gewicht erhalten. Sozialpolitik muß die Ursachen bekämpfen und nicht erst bei den Folgen einsetzen. Sie darf sich nicht nur auf die Linderung materieller Not durch monetäre Hilfe beschränken, sondern sie muß seelische Not, Einsamkeit und Angst ebenso berücksichtigen und soziale Hilfe auch für Formen dieser Nöte aufbauen. Ich ersuche daher gerade beim Budget alle Verantwortlichen, den Arbeitsgemeinschaften, die sich bestimmter Gruppen mit meist enormem Idealismus zur Hilfestellung anbieten, ich denke an die diversen Beratungsstellen der anonymen Alkoholiker, die Suchtgiftberatungsstellen und dergleichen mehr, auch Hilfe zu gewähren. Wir kämpfen hier um jeden Schilling. Es ist so schwierig, gerade in diesen Zeiten im Sozialbudget mehr Geld gerade für diese Beratungsstellen zu erreichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, und dann liest man in der Zeitung „Bruchpiloten über Graz“, wo mit 20.000 Schilling Einsatz ganz locker vom Hocker Spiele getätigt werden. Seither laden täglich Grazer Ärzte, Anwälte, Geschäftsleute ihre Freunde und deren Freunde ein, um bei Champagner und kaltem Buffet in die Flugzeugkanzel zu steigen. Wenn man das liest, dann muß man sich doch die Frage stellen, was denken die Menschen, die in diese Beratungsstellen kommen – wo sehr schwierige Hilfe zu geben ist,

weil einfach alles fehlt, weil Geld fehlt –, wenn sie so einen Artikel lesen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Wenn man von Moral spricht, dann muß ich sagen, dann müßten diese Menschen auch einmal belehrt werden, daß es auch andere Dinge gibt und große Nöte gibt, wo sie ihr Geld vielleicht besser anlegen könnten.

Von Politik und Wirtschaft muß in dieser Zeit gerade für Menschen, die der Hilfe bedürfen, diese Hilfestellung Vorrang haben. Die Glaubwürdigkeit der Politiker beweist sich auch darin, was sie für die Menschen tun, die auf ihre Hilfe angewiesen sind. Aber nicht nur die Politiker, alle Menschen müßten eigentlich wirklich bereit sein, anderen Menschen zu helfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte aber noch auf einen anderen Posten der Gruppe 4 zu sprechen kommen, den Kollege Dr. Lopatka schon kurz angeschnitten hat. Unter dem Ansatz 425, Entwicklungshilfe im Ausland, wurde heuer keine Erhöhung vorgeschlagen, sondern die veranschlagten Mittel sind mit 1,338.000 Schilling gleichgeblieben. Diese Mittel werden zur Hilfe zur Selbsthilfe verwendet. Sicherlich stehen zurzeit unsere eigenen Probleme im Vordergrund, und Verständnis und Einsatz für die Entwicklungsländer werden immer noch mehr in den Hintergrund gedrängt, aber die Kluft zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern wird nicht kleiner, sondern in Zeiten der wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch größer. Alle Probleme, die wir kennen, wie Hunger, Bevölkerungsexplosion, Analfabetismus, Gewalt, hohe Verschuldung, wachsen und bedingen einen Teufelskreis, der immer größer wird. Wenn wir also schon keine oder wenig materielle Mittel den Menschen der dritten Welt geben können, so ist moralische Unterstützung etwas, was für uns eigentlich selbstverständlich sein müßte. Österreich als kleiner neutraler Staat, der nie Kolonialmacht war, bringt günstige Voraussetzungen mit, moralische Entwicklungshilfe zu leisten. Eben dort, wo Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit schwer erringbare Werte sind. Sehr geehrte Damen und Herren, umso befremdender für Menschen in unserer Heimat und für mich unverständlich war die Reise des Klubobmannes des ÖVP-Nationalratsklubs König mit Gefolge nach Südafrika. Auch seine Aussagen und Kommentare darüber im nachhinein waren nicht dazu angetan, die Härte der Diktatur im Besuchsland abzubauen. Verstehen kann ich, daß der Herr Bundespräsident die seltene Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, mit übertriebener Freundlichkeit dankt, aber mußte es unbedingt Pakistan sein? Alle Welt weiß, wie der derzeitige Präsident dort an die Macht gekommen ist, welche Diktatur dort herrscht. (Abg. Dr. Dorfer: „Frau Präsident, nur keine Scheinheiligkeiten. Gibt es gute und böse Diktatoren nach Ihrer Meinung?“) Durch solche unüberdachte Aktionen wird das Image von Österreich im Ausland nicht besser. Leider gibt es ja, wie wir alle wissen, im allgemeinen und im besonderen in Österreich eine sehr ungünstige Stimmung für die Entwicklungshilfe. (Abg. Kollmann: „Die Verstaatlichte scheut sich nicht, mit ihnen zu verhandeln!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Das ist ein scheinheiliges Geschwätz!“ – Abg. Tschernitz: „Das lassen wir uns nicht gefallen!“) Herr Abgeordneter Dr. Dorfer, lesen Sie Auslandszeitungen, dann wissen Sie, wie die Welt über diese Reisen denkt. Eine Untersuchung darüber zeigt auf, daß nur 49 Prozent der Österreicher

eine positive Einstellung zur Entwicklungshilfe haben. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist Ihr Gehirn und nicht das der Welt. Als der Gaddafi eingeladen wurde, da habt ihr nicht das Maul aufgemacht!“ – Abg. Tschernitz: „Zustände sind das!“ – Glockenzeichen der Frau Präsident Klasnic.) Es ist sehr interessant, und man sieht gleich, wie bei den Abgeordneten die Einstellung zur Entwicklungshilfe ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie messen mit zweierlei Maß!“ – Abg. Erhart: „Wir sind nicht im Kuhstall!“) Für den Menschen über der Grenze ist es sehr schwierig. (Abg. Dr. Dorfer: „Beim Gaddafi regt ihr euch nicht auf. So ein scheinheiliges Getue!“) Eine Untersuchung über die Einstellung der Österreicher zur Entwicklungshilfe zeigt auf, daß nur 49 Prozent der Österreicher eine positive Einstellung zur Entwicklungshilfe haben und daß die Einstellung dazu immer negativer wird. Die Zahl der Gegner der Entwicklungshilfe wächst. (Abg. Pörtl: „Die Frau Präsident darf wohl alles sagen!“ – Abg. Meyer: „Reden kann man als freier Abgeordneter noch immer, was man will!“ – Präsident Klasnic: „Ich ersuche das Hohe Haus, der Frau Präsident Zdarsky das Wort zu überlassen und Zwischenrufe dieser Art zu unterlassen.“) Sie begründen ihre ablehnende Haltung damit, daß sie einerseits der Ansicht sind, bevor wir fremden Ländern Entwicklungshilfe geben, sollte zuerst einmal den Bedürftigen in unserem eigenen Land geholfen werden. Andererseits befürchten sie auch, daß die zur Verfügung gestellten Mittel in den Entwicklungsländern meistens nur den Mächtigen zugute kämen und die Armen nichts davon hätten. Außerdem sind diese Österreicher der Meinung, daß es nicht in erster Linie Aufgabe der Regierung und der Länder wäre, sich um Entwicklungshilfepolitik zu kümmern, sondern daß es dafür Organisationen, wie die UNO, Kirche, die Caritas und die Volkshilfe, gäbe. Das zeigt, sehr geehrte Damen und Herren, daß es noch sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten gibt für uns alle. Die politischen Parteien, die Massenmedien und die Schulen müßten zusammenhelfen, um diese Aufklärungsarbeit zu leisten. Einen Ansatzpunkt wird hier die Jugend leisten können, denn die Einstellung der Jugendlichen zur Entwicklungshilfe ist erfreulich. Sie befürwortet Entwicklungshilfe, und mit ihrer Hilfe kann mehr Aufgeschlossenheit für die Entwicklungshilfe erreicht werden. Entwicklungshilfe soll nicht nur Ausdruck humanitärer Gesinnung und weltweiter Solidarität sein, sondern sie kann zur Existenzfrage der ganzen Menschheit werden. Nur die Verwirklichung eines weltweiten Gemeinwohls kann auch einen weltweiten Frieden sichern, und wir müssen unseren Teil dazu leisten. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

Abg. Kammlander: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin sehr froh, daß die Frau Präsident Zdarsky vor mir zur Entwicklungshilfe gesprochen hat. Ich möchte das voll unterstützen.

In meiner Wortmeldung möchte ich mit den Studenten anfangen. Ich hatte gestern Bauchweh bei dem, was der Herr Klubobmann Univ.-Prof. Dr. Schilcher sagte. Ich kenne die Situation von den Studenten selbst. Ich möchte da einiges vorbringen. Die Hälfte

der Studenten hat monatlich inklusive der Kinderbeihilfe weniger als 5000 Schilling zur Verfügung, und zwar 2000 Schilling für Wohnen, 1500 für Essen, 1300 für Kleider, und für Skripten und Bahn auch noch einmal 1300 Schilling. Nur Studenten, die aus Haushalten kommen, deren Gesamteinkommen nicht über 10.000 Schilling monatlich liegt, haben bei positivem Studienerfolg Anspruch auf ein Stipendium. Das Existenzminimum laut Pfändungsgesetz beträgt 3900 Schilling im Monat und laut Pensionsgesetz 4868 Schilling inklusive der Ausgleichszulage. Das Stipendium jedoch beträgt 3275 Schilling im Monat, und das zehnmal im Jahr. Im Sommer, in den Ferien, wenn Studenten auch Miete zahlen müßten, dann werden sie selbstverständlich arbeiten. Zwei Drittel der Studenten im zweiten Studienabschnitt müssen nebenbei arbeiten. Auch das trägt mit zur Verlängerung der Studiedauer von mindestens fünf Jahren auf jetzt schon fast durchschnittlich acht Jahre bei. Die Mär, daß nur Kinder von Gutsituierungen studieren, stimmt auch nicht. 46 Prozent von den Eltern der Erstsemestrigen im Jahre 1984 hatten weder eine höhere Schule besucht noch einen Beruf erlernt. In Österreich fließen lediglich 0,62 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in diese Sparte der Studentenunterstützung. Zum Vergleich: In Holland 0,94 Prozent, in der BRD 1,15 Prozent, das ist doppelt so viel, in Großbritannien 1,32 Prozent und 1,47 Prozent in Frankreich. Alle, die nach abgebrochener oder beendeter Schul- oder Studienzzeit keinen Arbeitsplatz finden, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, sie stehen vor dem Nichts, werden sie nicht weiterhin, wie vorher auch, von den Eltern unterstützt.

Eine weitere Mär zur sozialen Gerechtigkeit. Österreich hat im gesamteuropäischen Durchschnitt nicht mitgemacht und ist weiterhin ein Ständestaat geblieben. Einkommen und soziale Absicherungen werden ungerecht verteilt. Ich nenne auch ein paar Zahlen, nachdem ich mich in guter Gesellschaft befinde: Die mittleren Nettoeinkommen bei Beamten sind bei 11.630 Schilling, bei Angestellten bei 9960 Schilling und bei Arbeitern 8700 Schilling. Ungerecht verteilt wird auch innerhalb des Standes. Auf die obersten 10.000 der Lohn- und Gehaltsempfänger entfällt fast ein Viertel der Lohn- und Gehaltssumme. Mit der gleichen Summe müssen die 50 Prozent, die am schlechtesten verdienen, auskommen. Die Arbeit einer Frau, habe ich schon gestern gesagt, wird auch bei gleicher Ausbildung um 30 Prozent niedriger bewertet als die eines Mannes. Das oberste Zehntel aller Selbständigen verdient mehr als die restlichen 90 Prozent. 5000 von ihnen erzielen Netto das gleiche Einkommen wie 160.000 Unternehmer, Gewerbetreibende und Bauern, die am schlechtesten verdienen. Nur bei 15 Prozent aller Bauern, den wohlhabenden darunter, beträgt der Einheitswert mehr als eine halbe Million Schilling. Zwei Drittel aller Bauern rangieren unter dem Einheitswert von 130.000 Schilling. In Österreich wird derzeit Geld nicht mit Arbeit, sondern mit Kapital verdient. 1985 entsprachen die Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Miete und Pacht dem Gesamteinkommen der 800.000 Arbeitnehmer, die am schlechtesten verdienen. Tausend Milliarden an Spareinnahmen warten auf die Zinsertragssteuer, da nicht anzunehmen ist, daß hier die Verteilung gerechter ist als bei den Einkommen, trifft es sicherlich nicht die Kleinen. Man

kann nicht davon ausgehen, daß jeder österreichische Haushalt 200.000 Schilling auf der hohen Kante hat. Anzunehmen ist vielmehr, daß 10 Prozent aller Haushalte je 20 Millionen Schilling angelegt haben. (Abg. Purr: „Das ist Theorie!“) Aber Sie werden ohne weiteres auch Daten dafür bekommen. Einer gerechten Verteilung der Einkommen stehen die Verschleierung der Einkommen an der Spitze der Pyramide im Wege. Klar, denn Bezüge in den Vorstandsetagen erreichen schwindelnde Höhen. Ein Managerleistungslohn beträgt bei der ELIN zum Beispiel 5 Millionen Schilling jährlich, bei den Elektrizitätsgesellschaften 4 bis 7 Millionen Schilling, bei den Erfolgsbetrieben VOEST, VEW und Semperit 4 bis 5 Millionen Schilling, Summen, die eine Textilarbeiterin nicht einmal in fünfzig Jahren erarbeiten kann. Eine weitere Mär vom Sozialstaat ist, daß die soziale Sicherheit in Österreich auf Staatskosten gegeben wird. Der Staat stand und steht auf dem Standpunkt, daß für jeden einzelnen die Familie zuständig ist. Jeder Schilling, der an Sozialhilfe ausbezahlt wird, kann im Regreßweg von diesen Personengruppen zurückgeholt werden. Dieser praktischen und für den Staat billigen Einstellung liegt die Annahme zugrunde, daß jemand nur vorübergehend nicht imstande ist, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Auch in der Vergangenheit war diese Einstellung für Personen, die keinen Anspruch auf Pension hatten, für alle jene, die vorzeitig erkrankten und zum Pflegefall und Behinderten wurden, und für die Langzeitarbeitslosen, für Frauen, die nach langjähriger Ehe finanziell ungesichert von ihrem Mann verlassen wurden, verbunden mit dem direkten Abstieg in die Armut. Sie alle haben zwar Anspruch auf Unterstützung, doch in welcher Form und in welcher Höhe bleibt heute immer noch den Behörden, in erster Linie den Gemeinden, überlassen. Maximal 3990 Schilling für Alleinstehende, 3555 Schilling für jede mitzuversorgende Person. In Graz sind es derzeit 1800 Personen, die regelmäßig Sozialhilfe beziehen. Die geschätzten 30.000, die sie beanspruchen könnten, werden von ihren Familien versorgt. Kein Rechtsanspruch besteht zurzeit auf vorübergehende finanzielle Unterstützung. Das heißt, zur Zeit alle „Ausgesteuerten“, alle Jugendlichen, alle jungen ledigen Mütter ohne Einkommen, alle geschiedenen Frauen ohne Anspruch auf Unterhaltszahlungen, die als Bettler vor den Türen des Sozialamtes stehen. Und daß sie wirklich dort stehen und sich anstellen, das wissen wahrscheinlich nur die, die dort jemals gewesen sind. Je mehr Menschen ihre Arbeit verlieren, desto weniger Beiträge landen auch im Versicherungstopf. Während die Zahl jener, die unterstützt werden sollen, steigt, steigt aber auch die Zahl derer, die auf das unterste Sicherungsnetz, die Sozialhilfe, angewiesen sind, die Spirale der Armut setzt ein und erfährt immer größere Teile der Bevölkerung. Wir alle produzieren Güter und Dienstleistungen in einem Maß, das jedem von uns ein Leben weit über dem Existenzminimum ermöglichen könnte. Würde sich dieses Einkommen gleichmäßig auf alle Bewohner verteilen, stünde jedem Erwachsenen ein monatliches Nettoeinkommen von 10.000 Schilling und jedem Kind monatlich 5000 Schilling zur Verfügung. Eine alleinstehende Frau mit zwei Kindern hätte dann 20.000 Schilling, eine Familie mit drei Kindern 35.000 Schilling. Würde das Geld nur auf die Erwerbstätigen verteilt, hätte jeder ein doppelt so hohes Einkommen. Der Weg

in Richtung Umbau statt Abbau führt über den Mindestlohn, 1983 auch schon in der EG empfohlen, ich habe es auch mit Erstaunen in den „Perspektiven zur steirischen Wirtschaftsförderung“ gelesen, dazu werde ich mich morgen noch melden. In den USA, Japan und in vielen europäischen Ländern ist ähnliches bereits verwirklicht. In Österreich wurde lediglich vom ÖGB Vorarlberg, und dafür ist ihnen sehr zu danken, gefordert, 10.000 Schilling brutto für alle, die 40 Stunden wöchentlich arbeiten. Gleichzeitig bedarf es einer Mindestregelung im Sozialversicherungssystem, Mindestleistungen für die Risiken des Alters, der Erwerbsunfähigkeit, der Pflegebedürftigkeit können den meisten Menschen eine menschenwürdige Existenz garantieren. Ich weiß, ich finde mich da in sehr konträrer Haltung zum Herrn Kollegen Mag. Rader. Er wird sich dann sicher in seiner Wortmeldung darauf einschließen.

Ich möchte noch zu den Beratungsstellen sagen, daß die „Schadensreparatur“, die dort geschieht, sehr wichtig ist, weil damit auch eine weitere Vermeidung teurer gesellschaftlicher Folgekosten passiert, das heißt, Menschen, die dort Hilfe suchen, werden unter Umständen in der Lage sein, ihre eigene persönliche Situation, die ihrer Familienmitglieder, zu verbessern und aktiv zu werden. Wenn ich aber die Zahlen im Budget 1988 anschau, da ist die Beratungsstelle Judenburg mit 38.000 Schilling, das BIZ in Leoben mit 55.000 Schilling. Ich weiß, daß die Beratungsstelle für Frauen 20.000 Schilling 1987 bekommen hat, dann bin ich eigentlich über diese Minimalbeträge erschüttert. Der Herr Landesrat Gruber hat mich darauf hingewiesen, daß diese Projekte und Beratungsstellen sich ja an die Sozialhilfeverbände wenden könnten, aber heute höre ich, daß die Sozialhilfeverbände in erster Linie einen Großteil ihrer Budgets für Heimunterbringungen, für Um- und Neubauten verwenden werden. Auch die Kreditsechstelsperre, die sehr streng bei der Auszahlung dieser Beträge an die Sozialhilfeprojekte gehandhabt wird, erstaunt mich sehr, und der Herr Dr. Lopatka hat gemeint, Regierende sind zuständig. Das meine ich auch, daß Regierende zuständig sind, aber sie sind nicht so zuständig, daß sie genau diesen Projekten dann die Sechstelauszahlung nicht gewähren, weil andere, wie wir wissen, sehr wohl diese Sechstelauszahlung bekommen haben, nachdem man festgestellt hat, daß das Land Mehreinnahmen bekommen hat.

An den Neubauten und Umbauten der Krankenanstalten verdienen, glaube ich, auch in erster Linie Baufirmen, Pharma-Industrie, medizinisch-technische Industrie und die Spitzenmanager der Spitalserhalter. Auf die Entwicklung und Durchsetzung einer alternativen und vorbeugenden Gesundheitspolitik, die in der Arbeitswelt ansetzt, die sich gegen Autowahn und Umwelterstörung wendet, wird immer noch verzichtet. Menschen, die für Betriebe scharfe Produktionskontrollen wegen betrieblicher Umweltbelastungen verlangen, die Monsterprojekte, wie Abfangjäger und Pyhrnautobahn, verhindern wollen, die einen Umbau der Industriegesellschaft fordern, werden heute immer noch als Arbeitsplatzvernichter diffamiert. (Abg. Purr: „Schauen Sie sich die Zulassungszahlen bei den Autos an, und dann reden Sie weiter!“) Ich rede dann gern in meiner nächsten Wortmeldung über Autos und deren Konsequenzen. Sie wissen genau, wer Straßen sät,

wird Autos ernten. Also bitte, wollen wir jetzt die Debatte beim Sozialen beschließen.

Ich zitiere einen sicher auch von Ihnen respektierten Herrn, den Herrn Bischof Berg, und ich hoffe, daß ich damit wieder Ihre Ohren aufmerksam machen kann. Bischof Berg wies im Zusammenhang mit dem Sozialpaket der Bundesregierung darauf hin: Die unverzichtbare Solidarität für jene Menschen, die einer besonderen Unterstützung durch den Staat bedürfen. Private Selbsthilfe ohne öffentliche Unterstützung. Ich glaube auch, Herr Dr. Lopatka, das haben Sie nicht gemeint. Ich danke.

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich unterbreche nun die Sitzung. Sie wird um 13.30 Uhr wieder fortgesetzt. Der erste Redner am Nachmittag ist der Herr Abgeordnete Schrammel. (Unterbrechung der Sitzung von 12.31 Uhr bis 13.30 Uhr.)

Präsident Klasnic: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schrammel das Wort.

Abg. Schrammel: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Ausdruck Armut oder soziale Armut wurde in dieser Budgetdebatte zu diesem Budgetkapitel sehr oft gebraucht, und wenn ich mich zurückerinnere, in den letzten 23 Jahren habe ich es nie erlebt, daß Armut bei einer Budgetdebatte so oft in den Mund genommen wurde. Das sollte uns alle zu denken geben, und ich bin auch der Meinung, daß mit Recht über die Armut gesprochen wurde, denn die Differenz zwischen Armut einerseits und einem Wohlstand andererseits, der in gewissen Bereichen angestammt ist, den sich aber auch andere durch gesetzliche Maßnahmen rechtzeitig gesichert haben, sind divergierende und auseinanderklaffende Erscheinungen in Österreich, die aufgezeigt werden müssen. Eines möchte ich hier besonders hervorheben, daß die Armut in den ländlichen Bereichen besonders zunimmt. Beispielsweise fallen 23 Prozent unserer Bauern unter die Armutsgrenze. Die Armutsgrenze lag im Jahre 1986 bei 4672 Schilling pro Monat. (Abg. Günther Ofner: „Hast du den Grünen Plan gelesen? 5 Prozent Erhöhung!“) Ich komme auf das noch zu sprechen. (Abg. Günther Ofner: „Das ist sehr gut!“) Bei den Bergbauern sogar bei 27 Prozent und, Herr Kollege, jetzt auf deinen Zwischenruf Bezug nehmend, darf ich folgendes sagen: Innerhalb der letzten zehn Jahre waren die Einkommenseinbußen in der Landwirtschaft sehr groß, 1985 fast 17 Prozent. Das wird der Kollege Zellnig bezeugen. Das bewirkt eben, daß viele Bereiche der ländlichen Betriebe, der kleinbäuerlichen Strukturen, jene, die eben nicht auf Spezial- und Sonderkulturen ausweichen können, immer mehr unter die Armutsgrenze sinken.

Es ist sicher für die Landwirtschaft viel in der Sozialpolitik erreicht worden. Es hat aber ab 1970 in der Entwicklung der Sozialleistungen einen Stillstand gegeben: die Unfallversicherung, die Familienbeihilfe, die landwirtschaftlichen Zuschußrenten, mit Beschlußfassung des Bauernpensionsversicherungsgesetzes 1969, das mit 1. Jänner 1970 in Kraft getreten ist. Wir

freuen uns, daß dann die Mutterschaftshilfe für die Bäuerinnen im Jahre 1982 noch geschaffen werden konnte und damit auch das soziale Netz für die Bauernschaft abgerundet wurde. (Abg. Rainer: „Alles unter Dr. Kreisky!“) Kollege Rainer. Kreisky hat vor dem Jahre 1970 noch nicht in die Politik tragend Einfluß genommen (Abg. Rainer: „Ab 1970!“), und hier in diesem Fall ist es gelungen, lediglich in einem Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung, nämlich die Mutterschaftshilfe betreffend, noch einen Schritt zu setzen. Ansonsten war dann ein Stillstand. Es ist sicherlich seinerzeit viel erreicht worden. Es gilt daher, noch einiges aufzuholen. Ich möchte aber auch eines zur Kenntnis nehmen, daß es selbstverständlich in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Rezession nicht so leicht ist. Beispielsweise wurden im Jahre 1977 4,8 Milliarden Schilling Arbeitslosengelder ausbezahlt und im Jahre 1986 bereits 24 Milliarden Schilling, so sprechen diese Zahlen für sich. Eines kann aber gesagt werden, daß die Armut in den ländlichen Bereichen wesentlich größer ist als anderswo. Nach Berichten der Sozialversicherung leben mehr als eine dreiviertel Million unter der Armutsgrenze. Das heißt, wir haben mehr als 750.000 Menschen in Österreich, die unter der Armutsgrenze, nach den Berechnungen der Sozialversicherung, leben.

Ich möchte in aller Kürze nur drei Dinge besonders herausstellen. Es soll erkannt werden, daß man natürlich im großen Netz der Sozialversicherung, der sozialen Sicherheit, immer wieder versuchen soll, einen Ausgleich zu finden. Darüber sollte man sich, Kollege Rainer, nicht lustig machen. (Abg. Tschernitz: „Er hat etwas anderes gesprochen!“) Wir Politiker, die Beamten, die öffentlich Bediensteten sind sicher zufrieden (Abg. Rainer: „Darf ich dich kurz unterbrechen. Du hast die falschen Zahlen erwischt!“), daß in Zeiten, wo man eben auch sozialrechtliche Sicherstellungen noch leichter durchbringen konnte, daß man das damals regeln konnte. Es gibt aber Bereiche, die längst durch den Rost gefallen sind und die nach der Arbeitslosenstatistik, nach der Armenstatistik gar nicht mehr aufscheinen. Und hier sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, daß wir im Land Steiermark viele Bereiche und viele Menschen haben, die in breiten Bereichen tätig sind, ohne Entgelt in Selbsthilfeorganisationen mitwirken. Und ich möchte das sehr begrüßen und diesen Menschen auch Dank sagen, denn sie verlangen in den meisten Fällen gar nichts, sie sind glücklich dabei, wenn sie helfen können. Es ist überhaupt schwer quantifizierbar, wenn man über Wohlstand spricht, und schwer zu sagen, was eigentlich Wohlstand ist, für den einen ist es eine schöne Kleidung, für den anderen das Auto, für den anderen wieder die Wohnung oder der Kachelofen in seiner Wohnung, für andere wieder natürlich die öffentlichen Förderungen, beginnend mit der Kinderbeihilfe bis zu den breiten Förderungen. (Abg. Sponer: „Du mußt den Kollegen Mag. Rader fragen, der weiß das alles!“) Stimmt es, Kollege Mag. Rader, daß du das weißt? (Abg. Mag. Rader: „Ich weiß etwas anderes!“) Es ist gut, er weiß sogar noch etwas anderes, hat er gemeint. Es soll dazu auch zu den Bereichen, die zum sozialen Netz gehören, gesagt werden, je dichter das soziale Netz gestrickt wird, es doch immer wieder löchrig wird. Hier soll gesagt werden, daß es wichtig ist, daß diese Selbsthilfeeinrichtungen, die wir in der Steiermark haben,

mehr Anerkennung finden. Ich bin dem Herrn Landesrat Gruber dankbar, daß bei Veranstaltungen hin und wieder darauf aufmerksam gemacht wird. Ich bin aber vor allem dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer dankbar und auch unserer Frau Präsident Klasnic, daß die Sozialringe in der Steiermark in einer Zeit geschaffen wurden, wo es noch leichter war, diese Einrichtungen aufzubauen, und überall dort, wo selbstlose Menschen dahinterstehen, funktionieren sie auch.

Wir haben viele Menschen, die an Einsamkeit leiden, viele Behinderte, Arbeitslose, die scheinbar nicht mehr ins gesellschaftliche Leben als passend mitaufgenommen werden, kinderreiche Familien, aber auch solche, die keine Kinder haben, arme Menschen, ohne einen Familienanschluß, und vielfach sind das eben alte Menschen, die oft keinen Besuch bekommen.

Ich habe vor Jahren anläßlich einer Budgetdebatte erwähnt, es gibt alte Menschen, die im Altenheim nur dann Besuch bekommen, wenn das Monatsende kommt oder der Erste kommt, wo die Pension oder ein Teil der Pension zu kassieren ist, und dann sind sie bald wieder vergessen. Vergessen wir aber diese Menschen nicht. Es gibt auch depressive Menschen, die krank sind und es gar nicht wissen, woran sie krank sind, und wenn man sich dieser Menschen annimmt, wie sehr ihnen dabei auch geholfen ist, Alleingelassene, aus gescheiterten Ehen, sowohl Männer als auch Frauen, aber im besonderen Frauen. Dann die Pendlerfamilien sind dabei zu erwähnen und jene Menschen, denen man in der heutigen Gesellschaft fast keinen Stellenwert mehr beimißt, weil sie Alkoholiker sind, sie sind aber auch kranke Menschen, aber insbesondere sind sie Menschen, und um sie soll man sich auch annehmen, selbstverständlich. Noch ärger ist es bei Drogenkranken oder bei Kriminellen. In der Zusammenfassung sei gesagt, daß wir dankbar sein können, daß wir in der sozialen Sicherheit des Landes Steiermark auch Möglichkeiten haben, um diesen Menschen zu helfen. Daß wir aber keinesfalls jene Bestrebungen guthießen können, die der Minister Dallinger in Anbetracht der angepeilten Sparmaßnahmen hat – meiner Meinung nach hat Herr Landesrat Gruber an der unrichtigen Stelle versucht anzusetzen, und ich glaube, durch den öffentlichen Druck von allen Seiten her schon zurückgezogen, aber hoffentlich endgültig und offiziell zurückziehen wird –, daß eben im Zuge der Pensionsreform die Ausgleichszulage und der Hilfenzuschuß den Ländern und Gemeinden zugeordnet werden soll. (Abg. Sponer: „Das haben wir gestern schon gesagt, leider noch nicht zur Gänze erledigt!“) Ist leider noch nicht zur Gänze erledigt. (Abg. Gennaro: „Das ist an dir vorbeigegangen! Ist alles erledigt!“) Kollege Gennaro, so leicht mache ich es mir nicht. Es ist schon viel gesagt worden, und ich bin auch der Meinung, daß im Zuge der Pensionsreform natürlich so manches zu geschehen hat und daß Einsparungen notwendig sind, aber daß nicht die Länder und Gemeinden in Milliardenhöhe belastet werden sollen, da stehen wir zum Herrn Landesrat Gruber. Selbstverständlich, denn wir können eine zusätzliche Belastung der Gemeinden und der Länder nicht guthießen.

In diesem Sinne darf ich abschließend sagen, die Sozialversicherung der Bauern, und der Kollege Zellnig soll mir dabei auch helfen, hat den Beweis erbracht, daß man sehr wohl sparen kann. In jeder Sozialversicherung müßte das möglich sein. Denn die

Sozialversicherung der Bauern, die beileibe nicht zu den größten in Österreich zählt, hat einen gewaltigen Betrag von 150 Millionen Schilling eingespart, ohne die Pensionen zu kürzen. Der Apparat muß billiger werden, und für die Versicherten soll mehr geleistet werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich tue mir immer ein bißchen schwer, wenn ich nach diesen so engagierten und sympathischen Wortmeldungen des Kollegen Schrammel, dem es wirklich um die Sache geht, an dieses Pult schreite. Aber ich muß ihm sagen, daß er ein Musterbeispiel dafür ist, daß die Volkspartei nach einem Jahr großer Koalition noch immer nicht realisiert hat, daß sie nun mitregiert. Ich weiß schon, der Entwöhnungsprozeß war zu lange. Er hat 16 Jahre lang gedauert (Beifall bei der SPÖ.), und wenn ihr euch da so gegenübersteht – (Abg. Pinegger: „Sie haben sich sicher leichtergetan!“) wir haben uns sicher leichter getan, wir sind da viel flexibler. Wer weiß, wann ihr hinausgeschmissen werdet, das haben wir schon gestern gehört, wer weiß, wie lange es dauern wird – und gegenseitig so liebenswert erzählt, was alles falsch läuft, dann kommt mir das so vor, als wenn zwei Lokführer darüber diskutieren, daß sie in die falsche Richtung fahren, aber nicht im Traum daran denken, eine Richtungsänderung vorzunehmen. Aber Kollege Schrammel ist ein liebenswerter Mensch, genauso liebenswert ist Kollege Dr. Lopatka. Goethe hat nämlich einmal gesagt: „Die Irrtümer eines Menschen machen ihn erst liebenswert“, und ich habe gehört, daß Kollege Dr. Lopatka heute nachzuweisen versucht hat, daß ich innerhalb von zwei Jahren unterschiedliche Standpunkte vertreten habe. Herr Kollege, ich würde bitten, das nachzulesen. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie haben wortwörtlich das gleiche gesagt!“) Sehen Sie, Herr Kollege, es wird ja hoffentlich in der Politik nicht strafbar sein, bei seiner Meinung zu bleiben. Ich weiß, daß Sie das nicht tun. Das ist ja die Problematik, die ich früher versucht habe anzuschneiden. Da haben Sie uns seinerzeit einmal vorgeworfen, daß wir in dem Augenblick, wo wir in Regierungsverantwortung eingetreten sind, plötzlich bestimmte Dinge etwas realistischer sehen. Also bitte herzlich, diese Übergangszeit von einigen Monaten, die wir seinerzeit gebraucht haben, die haben Sie nicht gebraucht, Sie haben von einem Tag auf den anderen Ihre Meinung um 180 Grad gedreht (Abg. Dr. Dorfer: „Wir sind nicht so wendig!“) und haben überhaupt nicht gemerkt, daß Sie plötzlich in die andere Richtung fahren. (Abg. Dr. Dorfer: „Das geht bei dir leichter!“) Lieber Kollege Dr. Dorfer, dein Graf ist ein Musterbeispiel dafür. Wenn wir Zeit hätten, vielleicht nehmen wir sie uns morgen, dann lese ich dir einmal zur Abwechslung nicht nur deine Reden vor, die ganz anders geklungen haben, sondern auch die Reden des Abgeordneten Graf. So etwas von Umfallen hat es überhaupt noch nicht gegeben, nur, bei ihm fällt es nicht so auf wenn er umfällt, weil er klein und etwas rundlicher ist. Das ist der Unterschied. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Es gibt keine Änderungen, da hat er völlig recht. Ich sage seit zwei oder drei Jahren genau dieselben

grundsätzlichen Dinge zu Sozialproblemen, egal, ob wir jetzt in der Regierung vertreten sind oder nicht, weil sich ja die Dinge nicht ändern. Das ist übrigens das Tragische an dieser neuen großen Koalition, sie hat jetzt schon ein Jahr regiert, und es hat sich in Wahrheit noch überhaupt nichts geändert. (Abg. Pinegger: „Die Zeit geht an dir spurlos vorüber!“) Trotzdem aber darf ich, wie auch bei der vorherigen Gruppe, die Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Pfohl aufgreifen, der bestimmte Dinge sehr richtig, wenngleich sehr fein und zart, formuliert hat. Auch der Kollege Schrammel hat die Dinge klargestellt. Nur, Herr Abgeordneter, die Problematik ist wirklich so: Wenn Sie jetzt dastehen und sich darüber beschweren, daß bestimmte soziale Schwachstellen noch immer nicht ausgemerzt sind – das „noch immer nicht“ ist ein wörtliches Zitat von dir –, dann habt ihr bitte alle übersehen, daß in Wahrheit in der Zwischenzeit der Zug schon längst in die andere Richtung fährt, wenn man sich die Parlamentsdebatten der letzten Tage anhört. Sie haben den Sozialzug, der in den letzten Jahren nur mehr zögernd in Richtung höherer Sozialisierung gefahren ist, umgedreht, und Sie fahren schon wieder zurück. Ich brauche mir nur anzuschauen, meine Damen und Herren, was Sie in diesen Tagen im Parlament an sogenannter Pensionsreform beschlossen haben. Das ist der Zug, der zurückfährt, und es ist keine Rede mehr davon, daß bessere Dinge gemacht werden, sondern Sie kämpfen krampfhaft darum, wieder einzusparen, was ja richtig ist. Aber was ich nicht verstehe, daß Sie gleichzeitig – (Abg. Schrammel: „Wir müssen sparen!“) Es ist richtig, lieber Freund, daß man einspart. Es ist nur die Frage wo. Ich weiß nicht, diese Probleme hast du zu Hause bei deinem Haushaltsgeld wahrscheinlich nicht. – den Menschen einreden wollen, daß der Zug noch immer in Richtung Ausmerzung sozialer Schwachstellen fährt. Das tut er nicht mehr. Sagen Sie das, was Sie wirklich tun, daß Sie nämlich keine Reform des Systems vornehmen, sondern dort und da ein bißchen abzwacken und unter dem Strich im wesentlichen nichts Besseres herauskommt. Ich glaube, da sollte man auch der Meinung der Frau Kollegin Kammländer entgegen treten. Wenn Sie sagen und kritisieren, daß an sich nach unserem staatlichen System prinzipiell primär die Familie ihre Angehörigen zu erhalten hat und das quasi eine Schweinerei sei, wenn Sozialhilfe ausbezahlt wird, daß man theoretisch von den zahlungsfähigen Familienmitgliedern diese wieder hereinholen kann, dann verstehe ich nicht, was Sie daran als falsch empfinden. Im Gegenteil, ich finde falsch, daß dieses Zurückholen nicht stattfindet. (Abg. Kammländer: „Da ist doch etwas kaputt, wenn etwas nicht funktioniert!“) Ich finde es falsch, daß zum Beispiel in der Stadt Graz, obwohl es gigantische Ausgaben in diesem Bereich gibt, es eine politische Weisung des Bürgermeisters gibt, genau diese Rückzahlungsansprüche nicht zu stellen, obwohl sie selbstverständlich zu stellen wären, und ich weiß nicht, der Kollege Schrammel hat es, glaube ich, gesagt, das sind ja diese typischen Fälle, wo ein alter Mensch, der im Altenheim quasi nur um den Ersten Besuch bekommt, aber nicht, weil die Sehnsucht so groß wird, sondern weil man den Rest der Pension abschöpft und mit nach Hause nimmt. Ich verstehe daher überhaupt nicht, warum man nicht den politischen Mut hat – (Abg. Kammländer: „Das ist ein Bezeichnungsproblem und kein Gesellschaftsproblem!“)

es gibt Leute darunter mit kräftigen Einkommen, du weißt das ganz genau –, diese Familienangehörigen anschließend selbstverständlich zur Kasse zu bitten, wenn schon vorher die Allgemeinheit hineinzahlt. Das gehört einfach zum System, und ich gehe nicht von der grundsätzlichen Meinung ab, daß in Österreich prinzipiell von vornherein, sofern es irgend möglich ist, die Familie dafür zu sorgen hat. (Abg. Kammländer: „Wenn es gut ist, funktioniert es ohnehin, Schlechtes funktioniert nicht!“) Liebe Frau Kollegin. Es gibt in Wahrheit zwei Möglichkeiten. (Abg. Schrammel: „Da fährt der Zug verkehrt!“) Da fährt der Zug nicht verkehrt. (Abg. Schrammel: „Da würde der Zug verkehrt fahren, weil man jene, die es ausnützen, nie erwischt!“) Du mußt dich bemühen. Ich verstehe nicht, daß ausgerechnet du die Priorität der Familie in Frage stellst. Ich würde das bei der Frau Kollegin Kammländer verstehen, die eine andere politische Grundauffassung hat. (Abg. Schrammel: „Das sind nicht alle!“) Natürlich sind es nicht alle. Aber zu sagen, da haue ich von vornherein den Hut darauf, das interessiert mich nicht, das können wir uns nicht mehr leisten. Es gibt, Frau Kollegin Kammländer, eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder ich nehme den Menschen von dem, was sie verdienen, möglichst viel weg und garantiere ihnen dafür die staatliche Vorsorge im erforderlichen und ausreichenden Ausmaße, oder ich nehme ihnen möglichst wenig weg und sage ihnen: Sorge zum Großteil für dich selbst: Nur, was im Augenblick passiert ist, daß man möglichst viel wegnimmt und die staatliche Vorsorge trotzdem nicht im ausreichenden Maße gesichert ist, das ist der Unterschied, und das ist die Entwicklung, die wir jetzt nehmen. (Abg. Kammländer: „Das ist eine Milchmädchenrechnung!“)

Der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl hat zur Entwicklung am Arbeitsmarkt Stellung genommen und hat das sehr fein und zart formuliert. Ich glaube, zu fein und zu zart, als daß es der Kollege Dr. Lopatka verstanden hätte. (Abg. Dr. Lopatka: „Gut, daß Sie alles verstehen!“) Er hat nämlich durchaus nicht irritiert gewirkt, aber der Abgeordnete Dr. Pfohl hat völlig recht. Wir haben zum Beispiel, ich darf vorweg zitieren – und das ist die Gegenposition zum Abgeordneten Dr. Pfohl –, aus der Einbegleitungsrede des Herrn Landesfinanzreferenten zu diesem Budget: Dabei muß sicherlich auch über Einsparungen im Sozialbereich geredet und verhandelt werden, solange sie das mühsam gewobene Netz des Sozialstaates nicht gefährden. Das Klima für das Verständnis auf seiten der Betroffenen wird aber nicht dadurch gefördert, daß von ganz oben in Staberscher Manier der Begriff des sozialen Schmarotzers zur Polemik verwendet wird. Jene, die unser Sozialsystem in einem höheren Maß in Anspruch nehmen müssen, ja sogar diejenigen, und dabei handelt es sich ganz sicher um eine kaum nennenswerte Minderheit, die dieses Sozialsystem absichtlich über die Maßen in Anspruch nehmen, verdienen Beachtung durch die Gesellschaft. Die einen dadurch, daß unser Sozialnetz engmaschig genug ist, um sie in die Lage zu versetzen, ein Leben in Würde und ohne existenzielle Sorgen zu führen, und die anderen, daß sich die Gesellschaft ihrer annimmt und sie nicht durch Abstempelung noch weiter ins Out stellt. Selbstverständlich handelt es sich bei der letztgenannten Randgruppe um ein Problem, aber Problembewältigung bedarf der Ernsthaftigkeit und der

Behutsamkeit. Dieser Versuch der Problemlösung, der hier angedeutet wird, ist von einer derartigen Behutsamkeit, daß es in Wahrheit keiner ist. Und ich verstehe, offen gestanden, wirklich nicht, warum man, nachdem sich die Problematik seit Jahren Schritt für Schritt immer deutlicher entwickelt, aus vermutlich rein ideologischen Gründen nicht nur die Augen ganz fest zumacht, sondern auch noch die Fäuste draufpreßt, um die Realität ja nicht sehen zu müssen. Wie schaut es denn aus? Ich nehme ganz willkürlich irgendeine Arbeitsmarktstatistik in der Steiermark heraus. Es ist willkürlich die vom September des heurigen Jahres. Da hatten wir in der Steiermark, und ich nehme hier wieder nur den Bau heraus, 1253 Arbeitslose. Davon 81 in Bruck, 62 in Deutschlandsberg, 60 in Feldbach, 25 in Fürstenfeld, 19 in Gleisdorf, 279 in Graz, 98 in Hartberg, 32 in Judenburg, 35 in Knittelfeld, 151 in Leibnitz und, und, und, 121 in Voitsberg. Ich nehme an, daß Sie sehr viel unterwegs sind und mit Betrieben reden, mit Betriebsinhabern reden, mit Firmeninhabern reden, mit Baufirmen reden (Abg. Kammlander: „Und wer redet mit den Arbeitern?“ – Abg. Gennaro: „Die Gewerkschaft!“) und die Betriebsinhaber fragen, weil sie ja dieselben Ziffern zur Verfügung haben, jeden einzelnen Betriebsinhaber fragen, ob er nicht jemanden braucht, weil es so viele Arbeitslose in der Steiermark gibt. Sie werden ganz genau dieselbe Antwort bekommen, wie sie jeder bekommt. Selbstverständlich, wir suchen seit Monaten, und wir bekommen niemanden. Es ist in Graz nicht möglich gewesen, heuer im Herbst zehn Bauarbeiter zu bekommen. Zu einem Zeitpunkt, wo es nach der Statistik 279 arbeitslose Bauarbeiter in Graz gegeben hat, war es unmöglich, auch nur einen einzigen zu bekommen. Sie werden alle genau die Schilderungen bekommen, wie wir sie natürlich alle bekommen, die Schilderungen, die nicht ganz lustig sind, daß selbstverständlich dann und wann einer daherkommt, aber von vornherein erklärt, sofern er nicht schon einen Zustand geschaffen hat, der die Bereitschaft abzulehnen beim Betriebsinhaber ein bißchen vergrößert, daß er von vornherein offen erklärt, bitte, ich will nicht, ich möchte eigentlich nur den Stempel haben, und dann gehe ich wieder nach Hause. Das ist ein Faktum. Ich verstehe ganz einfach nicht, warum man seitens der Verantwortlichen der Arbeitsmarktverwaltung so tut, als gäbe es dieses Problem nicht, die Augen fest zumacht, einfach ignoriert, daß es dieses Problem gibt. Wissen Sie eigentlich, daß nur 18 Prozent der Arbeitnehmer vom Arbeitsamt vermittelt werden? 18 Prozent. Daß 25 Prozent der Arbeitnehmer, nämlich der wirklich Arbeitswilligen, und im Gegensatz zum Sozialminister Dallinger bekenne ich mich nicht zum Anwalt der Arbeitslosen, sondern zum Anwalt der Arbeitswilligen. Das ist ein deutlicher Unterschied, wenn auch nicht quantitativ. Über die quantitativen Größenordnungen können wir reden. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist eine gefährliche Aussage!“) Selbstverständlich. Dann präzisiere ich das, Herr Kollege Schützenhöfer, vielleicht können wir uns einmal einigen. Ich bekenne mich als Anwalt der arbeitslosen Arbeitswilligen, aber nicht prinzipiell zum Anwalt. 25 Prozent, und das ist genau die Ziffer. (Abg. Sponer: „Kollege Mag. Rader, du liegst völlig falsch!“) Ich liege völlig richtig, du weißt das ganz genau. Ich darf dir nur sagen, diejenigen, die ich meine, lieber Kollege, und die du auch kennst, hoffentlich, sind jene

25 Prozent, die eine Arbeit finden, weil sie sich selbst auf die Socken machen und selbst suchen und nicht vom Arbeitsamt vermittelt werden. 25 Prozent derjenigen, die einen Posten bekommen, haben sich selbst auf die Socken gemacht. (Abg. Sponer: „Das sind keine 25 Prozent, das ist ein Prozent!“) Und 37 Prozent bekommen ihre Posten durch eigene Werbemaßnahmen der Firmen, die sich auf das Arbeitsamt nicht verlassen können, sondern auf andere Dinge Rücksicht nehmen. Bitteschön, wieso entsteht denn das? Kollege Dr. Dorfer, ich hoffe, daß du mich da unterstützen wirst, weiß das noch besser. Wieso entsteht die Situation, daß es natürlich für viele Bereiche viel vernünftiger und ökonomischer ist, die Positionen, die vor allem im Winter angeboten werden, nicht zu nehmen? Ja selbstverständlich, weil das Arbeitslosentgelt plus ein bißchen Nachbarschaftshilfe, um die Zeit totzuschlagen, unter dem Strich viel mehr erbringt als das, was überhaupt bei diesen Posten bezahlt wird. (Abg. Kammlander: „Das ist reiner Zynismus!“) Das ist kein Zynismus. Im Gegenteil. Ich wollte gerade sagen, ich werfe denjenigen oder den meisten, die das tun, das überhaupt nicht als negativ vor. Das ist nämlich marktwirtschaftliches Verhalten.

Wenn ich mit möglichst wenigen Aufwendungen ein Maximum an finanziellem Entgelt erhalte, dann ist das marktwirtschaftliches Verhalten. Da gibt es die berühmte Aussage, warum soll er das denn anders machen? Ich billige diese Vorgangsweise nicht. Aber es ist marktwirtschaftliches Verhalten, und wo ist jetzt der Ansatzpunkt? Der Ansatzpunkt ist ganz einfach, indem man das Angebot des Staates verringert. In dem Augenblick, wo das, was bezahlt wird an Arbeitslosentgelt, nach mehrfachem Ablehnen zumutbarer Arbeitsplätze unter dem Strich geringer ist, als das, was man bekommt, wenn man arbeitet, dann ist das wieder marktwirtschaftliches Verhalten, diese Posten anzunehmen. (Abg. Sponer: „Es gibt solche Fälle auch, aber nicht ausschließlich!“) Lieber Kollege Sponer, das wißt ihr alle, daß das eigentlich der einzige Ausweg wäre. Das wißt ihr alle. Ich verstehe nur nicht, warum keiner von euch den Mut hat, zum Sozialminister zu gehen und zu sagen, lieber Freund, das ist der einzige Ausweg, tu das doch endlich. Auch euch würde es nicht schaden. Weil, wenn es wirklich nur ein Prozent ist, lieber Herr Kollege, der Mißbrauch betreibt, dann werde ich nicht annehmen, daß ihr nur deshalb das System nicht ändert, weil ihr genau dieses eine Prozent zu euren Wählern zählen wollt, um es abzusichern, das werde ich doch wohl nicht annehmen wollen. Daher verstehe ich überhaupt nicht, warum ihr nicht den Mut habt, die Dinge zu ändern. Zum Beispiel indem man hinget und sagt, okay, sobald jemand einen zumutbaren Arbeitsplatz ablehnt, wird das Arbeitslosentgelt um 10 Prozent gekürzt. (Abg. Rainer: „Nimm das Arbeitslosenversicherungsgesetz zur Hand und schau nach, was passiert, wenn er ablehnt!“) Lieber Kollege Rainer, du kennst den Unterschied zwischen Theorie und Praxis nicht, frage einmal durch. (Abg. Rainer: „Du kennst nicht einmal das Gesetz!“) Ich kenne die Theorie (Abg. Trampusch: „Die Theorie schon, aber nicht die Praxis!“), aber ich kenne leider Gottes auch eure Praxis. Und in Wahrheit geschehen diese Dinge alle nicht. Sie geschehen nicht, auch da werden die Augen ganz fest zugemacht. Ich einige mich mit dir auf ein Prozent, um jene ein Prozent, die dieses System

mißbrauchen, zur Räson zu bringen. Und das ist möglich. Ich glaube, daß man ein Zeichen geben soll und daß man das wirklich tun soll und daß man nicht herumzittern soll und so tun, als ob das kein Problem wäre, wo doch jeder Firmeninhaber jeden Tag dir erzählen kann, wie die Situation wirklich ist. Ich verstehe ganz einfach nicht, warum man schon seit Jahren hier die Augen zumacht und diese Dinge nicht vorantreibt. (Abg. Dr. Dorfer: „Leider auch in der Zeit der blauen Regierung. Auch da war der Dallinger!“) Selbstverständlich, auch da war der Dallinger. Okay, vielleicht, Kollege Dr. Dorfer, waren wir zu schwach in der Regierung, um den Dallinger zu zwingen. (Abg. Ing. Stoisser: „Mit 6 Prozent der Stimmen 30 Prozent der Regierung!“) Siehst du, lieber Herr Präsident, deshalb haben wir ja gedacht, es wäre vielleicht gescheiter, wenn wir euch einmal hineinließen, weil ihr seid eine starke, eine mächtige, eine kräftige Partei, die wirklich in ein paar Monaten die ganzen Probleme, die es gibt, schlagartig ändern würde. Lieber Kollege Kanduth, und was hat sich geändert? Was hat sich wirklich geändert? Gar nichts. (Abg. Kanduth: „Heute seid ihr weit von der Wirklichkeit weg. Was soll sich nach zehn Monaten ändern bei der Situation, die wir vorgefunden haben? Bis das aufgearbeitet ist, dauert das Jahre!“) Soll ich dir eure Reden in diesem Hause vorlesen nach zwei Monaten sozialistischer-freiheitlicher Regierung, nach zwei Monaten? Wie ihr euch aufgeregt habt, was sich alles nicht geändert hat, daß wir zu schwach sind, um eine Richtungsänderung zu machen! (Abg. Dr. Dorfer: „Es hat sich nach drei Jahren auch nichts geändert!“) Lieber Kollege Dr. Dorfer, ihr könntet 50 Jahre in der Regierung sein und es würde sich nichts ändern, weil ihr wirklich zu schwach seid. Das ist die Problematik. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Jetzt ist der Beifall gekommen. Früher habt ihr geschwiegen!“) Das ist die Problematik, daß sich in dieser Regierung in Wahrheit nichts ändern kann. (Abg. Dr. Maitz: „Die neue Kraftmeierei in der Zweipersonenfraktion!“) Lieber Kollege Dr. Maitz, ich bitte vielmals um Entschuldigung, daß ich anmerke, daß die große, starke ÖVP mit all ihren Wendegelisten in Wahrheit viel schwächer ist, als es die kleinen Freiheitlichen waren. Das ist eine Realität, die ihr zur Kenntnis nehmen müßt. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist Ihre Anmaßung und die Überschätzung Ihrer Partei!“) Nein, im Gegenteil, ich zeige nur eine Überschätzung Ihrer Fraktion auf, die die Wähler Ihnen gegenüber aufgebracht haben. (Abg. Kanduth: „Lesen Sie das Koalitionsabkommen, da sind die Grundsteine gelegt worden. Ihr habt nur geredet und nichts zusammengebracht!“) Ich halte es da eher, Kollege Kanduth, mit dem Präsidenten Ing. Stoisser, der nämlich gestern einen sehr interessanten Satz geprägt hat, nämlich: Krise bedeutet auch Chance. So gesehen hat die ÖVP im Augenblick die größte Chance, die es gibt, weil sie in der größten Krise ist, in der sie jemals war. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – Abg. Kanduth: „Als Sie in der Regierung waren, haben Sie nicht einmal reden dürfen. So schwach wie ihr war überhaupt niemand!“ – Abg. Trampusch: „Wir nehmen zur Kenntnis, daß wir damals die Stärkeren waren und es heute immer noch sind!“ – Abg. Schützenhöfer: „Das trifft auf euch zu!“) Lieber Kollege Schützenhöfer, es mag sein, daß der Spruch des Präsidenten Ing. Stoisser auch auf uns zugetroffen hat, aber wir haben unsere Chance bereits

genützt. (Abg. Dr. Maitz: „Ihr wart so stark, daß ihr den Dr. Steger hinausgeschmissen habt!“) Lieber Kollege Dr. Maitz, ich weiß nicht, was Sie mit Ihren Zwischenrufen bezwecken. Man hat mir nur erzählt, wenn der Herr Vizebürgermeister Edegger in Graz stark verliert, daß Sie sein Nachfolger sein werden. So verstehe ich, daß Sie am Wahlverlust der ÖVP in Graz basteln. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Trampusch: „Was machst du, wenn der Weinmeister kommt?“ – Abg. Dr. Maitz: „Sehr sachlich!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Ich verstehe die Zusammenhänge nicht! Das ist ein Wunschtraum!“) Ich gestehe dir zu, Kollege Dr. Dorfer, du hast recht. Das ist ein Wunschtraum, denn den Kollegen Dr. Maitz wünschen wir uns als Gegner in Graz. Selbstverständlich.

Gehen wir zur Sozialdebatte zurück. (Mehrere unverständliche Zwischenrufe.) Ich bitte um Entschuldigung, was hat die Unterbringung des Kollegen Dr. Maitz in Graz mit Sozialfragen zu tun? (Abg. Dr. Dorfer: „Ich habe den Vizebürgermeister Mag. Rader gemeint!“) Lieber Kollege Dr. Dorfer, diese Freude mache ich dir nicht, ich verlasse dich nicht im Landtag. Das kannst du vergessen. (Abg. Schützenhöfer: „Wie können Sie bei der Geschichte Ihrer Partei im Dezember behaupten zu wissen, was im Jänner los ist?“) Du hast schon recht, Kollege Schützenhöfer. Ich kann im Augenblick das wirkliche Ausmaß des Sieges, den wir haben, noch nicht abschätzen. Das gebe ich zu. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Dein Landtagswahlsieg war so groß, daß du ruhig große Worte reden kannst!“) Ich halte es für gefährlich, daß der Kollege Prof. Dr. Eichinger unmittelbar neben uns sitzt. Hätten wir nämlich zwei Monate später gewählt, hätte wahrscheinlich sein Sitz bereits durch unsere Abgeordneten vereinnahmt werden müssen. Setze dich lieber weiter hinüber. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da hast du ein Glück gehabt, daß du hineingekommen bist!“ – Abg. Schützenhöfer: „Hättet ihr den Bundesparteitag in Innsbruck drei Wochen später gehabt, würden Sie heute nicht hier sitzen!“) So spielt das Leben.

Das ist auch ein Wunschtraum, übrigens genau derselbe, wie ihn der Kollege Harmsdorf schon seit gestern hat. Er will mir nämlich immer zeigen, daß das Plakat, das es seinerzeit gegeben hat, „Bei uns gehen die Uhren wirklich anders“, falsch ist. Die Uhr geht falsch seit gestern, seit voriges Jahr, seit Sie die absolute Mehrheit in der Steiermark haben. (Präsident Klasnic: „Herr Kollege Mag. Rader, ich bitte Sie, in Ihrer Rede zur Sache fortzusetzen, weil ich sehe meinen Sessel laut Ihren Ausführungen schon gefährdet.“) Ich bedanke mich herzlich, liebe Frau Präsident. Genau diese Sorge möchte ich Ihnen nicht machen. Ich bitte um Verzeihung, aber ich bin davon ausgegangen, daß Sie demnächst diese Bank einnehmen werden. Das gefährdet Sie daher überhaupt nicht. Ich bitte um Entschuldigung, Sie waren überhaupt nicht gemeint, Frau Präsident. Mit Erlaubnis der Frau Präsidentin kehre ich jetzt zurück zum Budget.

Bitte, Herr Dr. Krainer sorgt immer dafür, daß rechtzeitig die Stühle frei werden, die er besetzen will. Da hat es noch nie ein Problem gegeben. (Abg. Dr. Maitz: „Sie sind kabarettreif!“) Erlauben Sie mir noch einen Zwischenruf, bevor ich zum Budget zurückkehre. (Abg. Trampusch: „Wir wollen uns bei euch so nicht hineinmischen!“) Der Kollege hat ja recht, weil zum Unterschied vom Herrn Landeshauptmann Gross kann

nämlich Herr Dr. Krainer dafür sorgen, daß die Sessel rechtzeitig frei werden. Bei der SPÖ weiß ich das nicht so ganz genau, ob das funktioniert.

Wirklich zurück zum Budget, solange der Herr Landesrat Gruber noch da ist. (Abg. Dr. Maitz: „Wie lange wollen Sie noch Kabarett machen in so einer ersten Situation!“) Kollege Dr. Maitz, ich kann auch noch länger brauchen, aber dann muß die Frau Präsidentin nicht mich mahnen, sondern Sie.

Der Herr Landesrat Gruber hat eine Novelle zum Sozialhilfegesetz vorgelegt. Ich weiß schon, daß das Sozialhilfegesetz jene Problematik, die wir gerade früher diskutiert haben, in nur allergeringstem, kleinstem Ausmaß überhaupt berührt. Aber genau da, meine Damen und Herren, sollen wir die öffentliche Diskussion fortsetzen, die begonnen wurde, und ich lade gerade die ÖVP herzlich ein, sich bei dieser öffentlichen Diskussion zu beteiligen, indem wir nämlich eine weitere Novellierung vorschlagen, die übrigens auch nicht neu erfunden worden ist, sondern aus Wien abgeschrieben ist, die nämlich vorsieht, daß auch Sozialhilfe nach einer absehbaren und zumutbaren Zeit nur dann ausbezahlt wird, wenn die Arbeitswilligkeit auch wirklich deutlich nachgewiesen wird. All die Instrumente, die es gibt, da hat der Kollege Rainer schon völlig recht, werden ja in Wahrheit nicht angewendet. Was ich bei der bisherigen Debatte und den Zwischenrufen gehört habe, glaube ich, daß gerade in diesen Fragen die SPÖ aus Träumen besteht, die ganz einfach die Realität negieren, die wir wirklich haben, und daß die ÖVP sich in einer so vornehmen Zurückhaltung in diesen Fragen übt, daß ich beinahe schon geneigt bin, das zu glauben, was der Kollege Weilharter gestern gesagt hat, daß auch Präsident Ing. Stoisser nicht weiß, was seine Zwangsglieder in diesen Dingen wirklich denken, sonst würde er es viel deutlicher artikulieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Herr Abgeordneter Mag. Rader, Sie haben von der Familie gesprochen. Denken Sie bei den Arbeitsunwilligen an die Frauen und Kinder, die überhaupt nichts dafür können?“) Selbstverständlich, weil Sie wissen ganz genau, daß unser Vorschlag, den wir unterbreitet haben, die Familien nicht betreffen wird. Aber ich werde das anschließend im Detail erläutern, sonst mahnt mich die Frau Präsidentin, weil es zu lange dauert.

Meine Damen und Herren, darf ich mir abschließend noch eine Randbemerkung erlauben, weil die Frau Präsidentin Zdarsky zum Teil zu Recht eingemahnt hat, was man eigentlich denken soll, wenn es in Graz Leute gibt, die um 20.000 Schilling Bruchpilot spielen oder wie das Ding halt immer heißt, oder Flieger oder so etwas ähnliches. Sie haben recht, aber ich bitte herzlich, daß wir alle diese mißverständlichen Dinge mitberücksichtigen. Ich weiß nicht, wer es war, ich glaube, der Kollege Schützenhöfer hat gestern auch schon zu Recht angemerkt, was müssen sich eigentlich die Menschen denken, wenn der oberste Vertreter der Arbeiterkammer in einem Interview locker erzählt, daß er eh nur 60.000 Schilling netto zum Leben braucht und den Rest großzügig zurückgeben werde. Ich gönne es ihm, bei Gott, ich gönne ihm noch viel mehr, ich bin da überhaupt nicht kleinlich, nur bitte, ist das wirklich gescheit, diese Dinge so zu machen? Ist es wirklich gescheit, so zu signalisieren, daß man in einer ganz anderen Welt lebt als die Tausenden in der Obersteiermark? Ich weiß, daß es auch bei Ihnen sehr

viele gibt, denen diese Äußerung sehr tief aufgestoßen hat, weil damit nämlich jede Berechtigung wegfällt, diese Dinge wirklich ernsthaft zu diskutieren, wenn die obersten Vertreter der Arbeitnehmer in einer solchen Sprache in der Öffentlichkeit sprechen. (Abg. Trampusch: „Jetzt warte ich nur, bis du für den Jörg Haider die Sozialhilfe verlangst!“) Das werde ich einstweilen nicht tun, weil noch steht ihm das Bärntal zur Verfügung oder wird ihm zur Verfügung stehen, es wird daher nicht erforderlich sein, und sollte er sie tatsächlich bekommen, werden wir schon einen Familienangehörigen finden, von dem wir das zurückholen können, und das muß wirklich durchgeführt werden, Frau Kollegin Kammlander. Ich würde mich durchsetzen gegen Sie.

Meine Damen und Herren, ich weiß schon, daß man mit solchen Äußerungen, wie ich sie mache, natürlich in Gefahr gerät, und ich habe diese Gefahr bewußt auf mich genommen, so etwas Ähnliches wie ein unsozialer Mensch geschimpft zu werden. (Abg. Kammlander: „Das ist Sozialdarwinismus!“) Sozialdarwinist, bitte schön, ist noch chamanter. Aus so bezauberndem Mund lasse ich mir das sogar gefallen. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß wir eigentlich gemeinsam eines müßten, und das hat der Kollege Schrammel völlig richtig gesagt. Es gibt ja noch so viele, die wir vor den Schaltern in den Sozialämtern in den Bezirkshauptmannschaften überhaupt nicht sehen und die es möglicherweise noch viel, viel mehr notwendig haben, von der öffentlichen Hand unterstützt zu werden. (Abg. Trampusch: „Die Sozialhilfe ist bei der Gemeinde zu beantragen und nicht bei der Bezirkshauptmannschaft!“), als diejenigen, die sie bekommen. Es gibt noch sehr viele, die jenes natürliche Schamgefühl haben, zu sagen, wir gehen nicht hin, und die wird man auch dann nicht hinbekommen, wenn, was eine Zeitlang versucht worden ist, gepredigt wird, daß das nichts Negatives ist, sondern sogar noch positiv. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie tragen dazu bei, wenn Sie diese immer als Sozialschmarotzer bezeichnen!“ – Abg. Kammlander: „Entweder es gibt ein Recht oder keines!“) Nein, weil ich sicherstellen möchte, und das wissen die anderen auch, welche Leute, und wenn es auch nur ein Prozent sind, Kollege Sponer, mit welchen Leuten sie dort in einer Reihe stehen, und in diese Reihe stellen sie sich nicht. Und wenn wir dafür gemeinsam sorgen, daß die in dieser Reihe nicht mehr stehen, dann werden sie wieder dort stehen. Dann, wenn genau durch diese Maßnahmen jener Negativtouch, den es gibt, weggommt. Ich glaube, daß Sie am falschen Pferd sitzen, meine Damen und Herren, und ich glaube, daß wir gemeinsam dafür sorgen sollen, daß diejenigen, die immer knapper werdende Mittel des Staates bekommen, die ihrer wirklich bedürfen, und daß diejenigen, die sich ihrer nur bedienen und andere Möglichkeiten nicht ergreifen, ein deutliches Nein entgegengesetzt bekommen sollten. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Abg. Vollmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertere Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einige meiner Vorredner, gestern zur Generaldebatte zu diesem Budget, heute Redner zum Budget-

kapitel 4, haben sich wieder einmal mit der Situation der Arbeitslosen in diesem Lande befaßt. Mit Trauer, und das sage ich im tiefsten Bewußtsein dieses Wortes, muß ich feststellen, daß manche in diesem Lande noch immer nicht begriffen haben, worum es dabei geht. Herr Kollege Mag. Rader, ich schätze dich sonst sehr, schon deshalb, weil du dazu beiträgst, daß in diesem Haus nicht immer nur der Ernst der Lage gegeben ist bei deinen Reden, sondern weil man sich dabei auch manchmal unterhalten kann. Aber wissen Sie, meine Damen und Herren, die Sache ist mir ein bißchen zu ernst, daß man mit den Arbeitslosen hier Spielereien betreibt, Hetzereien betreibt und dazu beiträgt, daß die Situation dieser Menschen auf dem Arbeitsmarkt und im Ansehen vor allem draußen bei den Leuten immer schlechter wird. Ich habe mit Aufmerksamkeit diesen Artikel „Sozialausgaben, mehr Kontrolle“ gelesen in Ihrer letzten Zeitung, wo es unter anderem heißt: „Wenn heute jemand allein mit der Arbeitslosenunterstützung mehr verdienen kann als mit geregelter Arbeit, muß man sich fragen, wo da der Anreiz zur Arbeit liegen soll.“ (Abg. Mag. Rader: „So ist es auch!“) Meine Damen und Herren, ich halte es da ein bißchen mit Voltaire, der einmal gemeint hat: „Die Arbeit hält drei große Übel fern: die Langeweile, das Laster und die Not.“ Und wissen Sie, gerade in diesen drei Begriffen sind jene Dinge verpackt, wo ich glaube, die man in diesem Sozialstaat als verantwortungsvoller Politiker auch zu vertreten hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, die weltweite Wirtschaftskrise hinterläßt auch ihre Spuren in Österreich. Das ist nicht zu bezweifeln. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, und Verunsicherung und Angst vor der Zukunft wachsen an. Das ist spürbar bei allen Jubilarehrungen und Betriebsversammlungen, wo ich in der letzten Zeit gewesen bin. Und sogar die Besitzer der Betriebe sagen, daß Angst anwächst unter den Arbeitnehmern, die dort tätig sind. Und immer mehr Menschen, meine Damen und Herren, vor allem junge Menschen, sind auf die Sozialleistungen unseres Staates angewiesen. Glauben Sie mir, pauschale Verurteilungen schaffen Feindbilder und tragen teilweise, und ich habe das schon gesagt, zu einer Diskriminierung von Arbeitslosen beziehungsweise auch von Sozialleistungsbeziehern bei. Einzelfälle von mißbräuchlicher Inanspruchnahme, und ich betone das bitte, von Sozialleistungen werden dazu benutzt, um den Menschen in unserem Land ein Heer von arbeitsscheuen Menschen und von arbeitsscheuem, wie Sie es sagen, nicht im direkten, aber doch im Unterton, Gesindel vorzugaukeln. Das Vorgaukeln auch von arbeitsscheuen Betrügern und Tachinierern, Faulenzern und Schmarotzern ist meiner Ansicht nach in diesem Lande nicht notwendig, denn die Arbeitslosenzahl liegt noch immer weit niedriger als in vielen anderen Ländern Europas und weit darüber hinaus. Glauben Sie mir, es geht dabei in erster Linie um Menschen und um Existenzen, die gefährdet sind, und es geht dabei um die Frage der sozialen Sicherheit dieses Staates und der Menschen, die hier leben. Es wird hiebei natürlich auch die Tatsache unterschlagen, daß der Mißbrauch von Sozialleistungen sich tatsächlich in der Größenordnung, und dies sollte angeblich bewiesen sein, zwischen ein und drei Prozent der Fälle bewegt. Hier kann man eben nur ein Gesetz für alle schaffen, aber kein Gesetz für Einzelfälle. Das ist nicht möglich, und in allen Bereichen des

Lebens und der gesetzlichen Gestaltung, ob im Bund, im Land oder in den Gemeinden, ja sogar in der Familie, wird es immer welche geben, die die Möglichkeiten dieses Gesetzes ausnutzen. Und wenn das nicht wäre, dann würden wir wahrscheinlich keine Rechtsanwälte, Notare und sonstige brauchen, die sich mit dem Bruch von gesetzlichen Bestimmungen befassen. Falsche Informationen über die Höhe der staatlichen Leistungen führen dazu, meine Damen und Herren, daß viele glauben, daß man von einer Arbeitslosenunterstützung in Saus und Braus leben kann oder irgendwo in fernen Landen, weitab, beispielsweise zu den Weihnachtsfeiertagen oder über Ostern, einfach so einen Urlaub verbringt.

Meine Damen und Herren, die Realität sieht anders aus. Der größte Teil der Arbeitslosen, wenn überhaupt ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht, denn das bezweifle ich in einigen Fällen, denn es gibt viele, und ich werde sie dann noch aufzählen, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, haben hohe Einkommenseinbußen hinzunehmen, und den meisten ist nicht bekannt, daß ein Arbeitsloser diese Unterstützungsleistungen nur im maximalen Zeitraum von 30 Wochen beziehen kann. Dies aber nur dann, wenn er innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens 56 Wochen beschäftigt war. Die Höhe des Arbeitslosengeldes beträgt rund 40 Prozent des Bruttoverdienstes. Grundlage für die Berechnung ist die Höhe des Bruttoverdienstes während der letzten 26 Kalenderwochen der tatsächlichen Beschäftigung einschließlich der auf die einzelnen Wochen entfallenden Anteile von Sonderzahlungen und allfälligen Sachbezügen. Hiezu kommen noch Familienzuschläge pro Person, für die der Arbeitslose zu sorgen hat. Bei einem Einkommen von durchschnittlich brutto 13.130 Schilling beträgt das Arbeitslosengeld beispielsweise täglich 175,20 Schilling beziehungsweise monatlich 5256 Schilling. Hiezu käme allenfalls ein Familienzuschlag pro Person, für die der Arbeitslose zu sorgen hat, von 18,40 Schilling täglich beziehungsweise 555 Schilling monatlich. Dauert die Arbeitslosigkeit länger und ist der Anspruch auf Arbeitslosengeld erschöpft, so kann Notstandshilfe beantragt werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Genau da liegt es!“) Sie wird jedoch nur dann ausbezahlt, Herr Präsident Ing. Stoisser, ich komme auch noch auf Sie zurück, wenn eine Notlage nachgewiesen wird (Abg. Ing. Stoisser: „Davon rede ich nicht!“), das heißt, es erfolgt in jedem Fall eine Bedürftigkeitsprüfung, wobei das Einkommen der Angehörigen berücksichtigt wird. Die Dauer der Notstandshilfe ist an den Bestand der Notlage geknüpft. Die Zuerkennung der Leistung erfolgt jedoch für längstens 26 Wochen, wobei im Falle der geänderten Verhältnisse, ich bin ein Kenner des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der Notstandshilfebezug verlängert werden muß, wenn ein neuer Antrag eingebracht wird und tatsächliche Notlage vorhanden ist. (Abg. Ing. Stoisser: „Das stimmt alles, was Sie sagen, streitet niemand ab!“)

Die Notstandshilfe beträgt grundsätzlich 92 Prozent des Arbeitslosengeldes beziehungsweise 100 Prozent desselben, sofern infolge von Sorgepflichten Anspruch auf einen Familienzuschlag besteht. Nachdem das Einkommen von im Haushalt lebenden Angehörigen angerechnet wird, kann es durchaus vorkommen, daß ein weit niedrigerer Betrag zu Auszahlung kommt. Das

heißt, daß, wenn man das vorangeführte Beispiel des Einkommens von 13.130 Schilling brutto zugrunde legt, vom Arbeitslosengeld von 5265 Schilling im Falle der Notstandshilfe ein um 8 Prozent niedrigerer Betrag von 4836 Schilling gebührt. Im Falle der Berufstätigkeit der Gattin des Notstandshilfebeziehers und einem angenommenen Nettoverdienst von 8000 Schilling werden unter Berücksichtigung einer Freigrenze derzeit 3323,50 Schilling von der Notstandshilfe abgezogen. Der Arbeitnehmer erhält somit nur eine monatliche Notstandshilfe von 1512,50 Schilling. Wohl gemerkt von einem Durchschnittsbruttobezug von 13.130 Schilling. Das heißt, daß das Familieneinkommen, wenn ich wieder in Netto umrechne, das vor Eintritt der Arbeitslosigkeit rund 16.000 Schilling, zweimal 8000 Schilling, monatlich netto betragen hat, sich mit dem Eintritt der Arbeitslosigkeit auf rund 13.200 Schilling verringert und beträgt bei Inanspruchnahme der Notstandshilfe nur noch 9500 Schilling. Der monatliche Einkommensverlust, den diese Familie zu verkraften hat, beträgt somit über 6000 Schilling in diesem Fall. Es ist sicherlich nachgewiesen und kann in jedem Arbeitsamt in der Tabelle nachgelesen werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Das streitet niemand ab!“)

Die Problematik, die sich ergibt, scheint mir aber eine ganz andere zu sein. Wenn nämlich der Arbeitslose aus dem Bezug draußen ist, nämlich aus dem Arbeitslosengeldbezug, kann er auf jeden Arbeitsplatz zugewiesen werden oder, wie es schön im Gesetz heißt, eine zumutbare Beschäftigung annehmen. Nicht unerwähnt sei auch die Frage, daß viele junge Menschen überhaupt keinen Anspruch auf Leistung aus der Arbeitslosenversicherung haben. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist das Problem, das man hätte lösen müssen!“) Dies deshalb, weil sie nach Abschluß einer Schulausbildung keine Beschäftigung gefunden haben und somit die Voraussetzungen für den Bezug einer solchen Leistung nicht erfüllen. Unbestritten ist, daß jeder zweite Arbeitslose sogar bei den Grundbedürfnissen, wie Wohnen, Ernährung und Bekleidung, Einsparungen vornehmen muß, daß, und dies zeigt auch die Praxis, in jedem dritten Arbeitslosenhaushalt ernste Schwierigkeiten auftreten und daß hier beispielsweise die laufenden Verpflichtungen von Strom, Miete, Gas, eventuelle Ratenzahlungen und sonstige Dinge nicht mehr geleistet werden können.

Ich frage Sie nun, meine Damen und Herren, allen Ernstes: Sind diese Leute Schmarotzer, Tachinierer und Faulenzer? Oder haben sie berechtigt Anspruch auf Unterstützung durch den Staat? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Es spricht bei diesen niemand von Schmarotzern!“) Es kommt noch hinzu, daß in vielen Gebieten in der Steiermark viele Arbeitswillige, die arbeiten wollen, keine Arbeit mehr finden. Es gibt derzeit in Österreich und im besonderen in der Steiermark, ebenso wie in anderen Ländern, sehr viel mehr Arbeitslose als offene Stellen. Sie wissen ganz genau, daß auf jede offene Stelle derzeit fast acht Arbeitslose kommen und daß diese nicht in acht Achtel geteilt werden können, um ein Achtel einer einzigen Stelle zu erreichen. Dieses Mißverhältnis, meine Damen und Herren, verschärft sich gerade in unserem Bundesland noch von Woche zu Woche. Schauen Sie sich die Entwicklung der Arbeitslosenziffern an. Hat die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1980 in Österreich noch

53.200 oder 1,9 Prozent betragen, so ist diese Ziffer inzwischen im Oktober dieses Jahres auf 146.845 angewachsen. Davon sind auf die Steiermark 22.421 entfallen, was einen Anteil an dem Gesamtarbeitslosenkuchen, wenn Sie ihn so nennen wollen, von 15,3 Prozent beträgt. Noch viel drastischer zeigt sich das Bild bei den beschäftigungslosen Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Von den Ende Oktober in der Steiermark vorgemerkten Arbeitslosen waren 40,6 Prozent unter dem vorgenannten Alter. Mit dieser Zahl liegt die Steiermark vor dem Burgenland und Kärnten einsam an der Spitze. Fürwahr, meine Damen und Herren, ein trauriger Rekord, den wir innehalten. Hätte die „Aktion 8000“ des Sozialministeriums nicht stattgefunden, wäre diese Zahl wahrscheinlich noch um einige Prozentpunkte höher. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Nach 17 Jahren Alleinregierung!“) Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, die vorangeführten Zahlen und Beispiele nicht als Provokation, wie sie teilweise aufgefaßt worden sind, sondern lediglich als eine Tatsachenaufzählung zu bewerten. Manchmal frage ich mich wirklich: Wem nützt denn die Mißtrauensdebatte über die Sozialleistungen in Österreich eigentlich wirklich? Glaubt man den Exponenten der Mißbrauchskampagne der letzten Jahre, so haben sie selbstlos und reinen Herzens und ausschließlich zu unser aller Wohl gehandelt. (Abg. Mag. Rader: „Das ist auch so!“) Trifft dies zu, so fragt sich allerdings, warum Sie, meine Damen und Herren, Ihr Augenmerk in erster Linie auf die Arbeitslosen richten. Ich will hier nichts unterstellen, sondern nur feststellen, daß vielleicht diese Leute von anderen Problemen ablenken wollen und daß man hier vielleicht meint, daß man von den Steuerschulden, die derzeit in Österreich rund 30 Milliarden Schilling betragen, von Steuerhinterziehungen und dergleichen nicht reden will. Warum, meine Damen und Herren, wird an diesen Dingen nicht so lautstark Kritik geübt wie an denen, die auf Grund ihrer schwierigen persönlichen Lage in dieses Sozialnetz hineingekommen sind und es in Anspruch nehmen müssen? Ich glaube, es tut not, sich den Problemen der Arbeitslosigkeit besonders zu widmen und sich mit der Lage der Arbeitslosen besonders ernst auseinanderzusetzen.

Darf ich Sie um etwas bitten. Sie kennen mich und wie ich sonst spreche. Ich habe mich heute absichtlich an ein Konzept und eine Grundlage gehalten, weil ich mit Bedauern festgestellt habe, daß der Ton, der in diesem Haus teilweise gebraucht wird, sehr tief abgerutscht ist. (Abg. Schrammel: „Das sagst du? – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Vor einem Jahr wurde ich bezichtigt, daß ich eine Freude habe, daß es in der Obersteiermark Arbeitslose gibt. Das habe ich mir bieten lassen müssen. Man hat sich nicht entschuldigt bei mir!“) Bitte sind Sie mir nicht böse, wenn wir einmal alle daran denken und sagen, wir wollen diesen Ton nicht mehr gebrauchen, dann sollten wir uns alle daran halten, und ich glaube, das sollte auch so sein.

Lieber Herr Prof. Dr. Eichinger, du bist bekannt als einer der Zwischenrufer. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wo bleibt die Entschuldigung?“) Mein lieber Freund Prof. Dr. Eichinger, es gibt eine ganze Menge Arbeitslose in der Steiermark, und ich darf hier auch sagen, daß inzwischen nicht nur schlecht ausgebildete Menschen, sondern auch inzwischen Absolventen von

höheren Schulen keine Stelle mehr erhalten. Glauben Sie mir, die Problematik ergibt sich noch viel weiter. Sie ist so, daß man sagen muß, daß diese Dinge bereits Auswirkungen auf die Einwohnerzahlen unserer obersteirischen Städte und Orte haben und daß hier natürlich in weiterer Folge das Steueraufkommen von großer Problematik ist. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Nach 17 Jahren SPÖ!“) Meine Damen und Herren, in der Obersteiermark reduzieren die meisten Betriebe ihre Personalstände, ganze Betriebsteile werden geschlossen oder stillgelegt (Abg. Ing. Stoisser: „Wer ist da schuld, Herr Kollege?“), und nur wenige neue Firmen, meine Damen und Herren, bieten entsprechende Arbeitsplätze mit einem bedeutend niedrigeren Lohnniveau an. Hiezu kommt noch die Problematik, daß ältere Arbeitnehmer kaum mehr vermittelbar sind und junge Menschen keine Arbeit mehr in der Mürz- und Mur-Furche finden. Am Beispiel der Betriebsschließungen ist dies besonders deutlich sichtbar, und die in der Folge schließenden, Herr Präsident, Handels- und Gewerbebetriebe haben mit den Auswirkungen zu kämpfen. Glauben Sie mir, aus meiner eigenen Erfahrung als Amtsstellenleiter der Arbeiterkammer könnte ich Ihnen Dutzende Beispiele von verzweiferten Familien in dieser Situation schildern, wo oftmals in einer Familie durch die prekäre Situation vor allem in der verstaatlichten Industrie und in diesen Betrieben alle Familienmitglieder, Mutter, Vater und Sohn oder Tochter, ohne Arbeit dastehen, die Arbeit verloren haben. Und trotz des guten sozialen Netzes steht man solchen Situationen oftmals hilf- und fassungslos gegenüber, weil man kaum in der Lage ist, entsprechende Arbeitsplätze zu vermitteln oder irgendeine andere Hilfe anzubieten. Und für Arbeitnehmer über 50 Jahre, bitte nehmen Sie das auf, besteht meist überhaupt keine Chance mehr (Abg. Schrammel: Das wissen wir!) und die letzte Hoffnung, nämlich die Invaliditätspension in Anspruch zu nehmen, ist, obwohl der Gesundheitszustand der Betroffenen meist stark herabgesetzt ist, sie haben ja meistens in dreischichtigen Betrieben gearbeitet, nicht mehr möglich. Sagen Sie mir einmal, was sollen die Menschen in diesem Falle tun? (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Nicht mehr SPÖ wählen!“) Und das meine ich wirklich ganz ernst, weil ich glaube, daß man diesen Leuten irgendwie und irgendwo helfen muß und daß man es einfach nicht damit abtun kann, daß man sagt, früher hat es das SUG gegeben, und heute ist es abgeschafft. Das ist eine derartig schwierige Situation, die auf die individuelle Arbeitsunlust und natürlich auch auf die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, ihren Eindruck hinterläßt. Aber es ist momentan dadurch keine Mißbrauchsneigung entstanden. Es liegt auf der Hand, daß die wirtschaftlichen Zusammenhänge und nicht die Faulheitsepidemie, die ausgebrochen sein sollte, die Schwierigkeiten sind.

Meine Damen und Herren, es müssen neue Wege und neue Möglichkeiten gefunden werden, die geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, daß ältere Arbeitnehmer nicht verzweifeln und junge Menschen wieder eine Chance haben, ihre erlernten Tätigkeiten auszuüben. Es hilft uns nichts, aus taktischen Gründen mit den Ängsten der Arbeitslosen zu spielen und zu versuchen, auf Arbeitslose einen noch stärkeren Druck auszuüben, als dies durch ihre mißliche Lage ohnehin schon geschieht. Es gilt, den Mißbrauchskampagnen entgegenzuwirken, Arbeit zu finden und Arbeit zu

schaffen, damit wieder Mut und Vertrauen bei den Menschen einkehren. Es gereicht uns nicht zur Ehre, wenn man die vom Schicksal so hart Getroffenen noch beschimpft und verhöhnt. Ich habe mit Voltaire begonnen, lassen Sie mich mit Nietzsche enden: „Was dürfen wir anders in der Arbeitsnot all der Millionen finden als den Trieb, um jeden Preis dabeizusein, denselben allmächtigen Trieb, durch den verkümmerte Pflanzen ihre Wurzeln in endloses Gestein strecken!“ Passen wir auf, daß die Erde, die nur mehr in einer kümmerlichen Lage auf diesem harten Gestein liegt, nicht abrutscht und daß die Wurzeln wirklich nur mehr im Gestein sind. (Abg. Dr. Dorfer: „Und das nach 17 Jahren sozialistischer Regierung!“) Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Landtag, helfen Sie mit, daß durch realitätsbezogene Gespräche und auf der Grundlage der gesetzlichen Gegebenheiten kein Feindbild der Arbeitslosen in unserem Staat und in unserer Gemeinschaft entsteht. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Voltaire hat euer System geahnt!“) Voltaire war für seine Zeit ein gescheiter Mensch. Es hat nur damals kein soziales Netz gegeben, und die Menschen mußten damals verhungern. Und damals, meine Damen und Herren, soll kein Beispiel für heute sein. Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „17 Jahre SPÖ! – Abg. Trampusch: „Lerne einmal einen anderen Satz auswendig. Das hast du heute schon so oft gesagt!“)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kohlhammer das Wort.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Wortmeldungen, vor allem die des Kollegen Mag. Rader, haben mich inspiriert, hier einen Gedanken bei dieser Gelegenheit zur Diskussion zu stellen, außerdem hat mich der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher ermuntert, weil er gestern ein Modell vorgetragen hat aus dem Bereich der Universitäten, also einen Gedanken zur Diskussion. Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft und, wie wir meinen, insgesamt recht gut. Ich möchte aber behaupten, daß wir deshalb ganz gut leben, weil alle, jeder einzelne, von Kindheit an dazu erzogen ist, Egoist zu sein, Egoist zu werden, egoistisch zu denken. So schlimm das dann sein kann in seinen Auswirkungen und so betroffen wir sein können, ist das die Situation, wie ich sie empfinde. Und wenn man diesen Gedanken gelten läßt, so muß man ihn auch für Arbeitslose gelten lassen. Warum soll ein Arbeitsloser, bitte, für sich nicht egoistisch denken? Noch dazu, ich darf daran erinnern, der Kollege Vollmann hat das schon angesprochen, er bezieht aus einer Versicherung für eine Übergangszeit Versicherungsleistungen. Das heißt, wenn ich Egoismus gelten lasse, dann dürfte ich eigentlich nicht den Weg des Mag. Rader gehen und sagen, jetzt denke ich mir etwas aus, die Leute zu bestrafen, sie zu disziplinieren, sie zu maßregeln, sondern ich müßte mir überlegen, Anreize zu schaffen für jene, die arbeitslos sind, daß sie wieder bereit sind, in die Arbeitswelt hineinzugehen. Ein sicherer Arbeitsplatz kann so ein Anreiz sein, daß er auch dann arbeiten geht, wenn er weniger verdient als er vorher gehabt hat beziehungsweise weniger verdient als er Arbeitslose bezieht. Dazu folgenden Sprechtagsfall, den Sie wahrscheinlich selbst schon

erlebt haben: Es wird jemand arbeitslos, er hat gut verdient für unsere Begriffe, in der Weststeiermark, im Bezirk Deutschlandsberg ist das Lohnniveau sehr niedrig, er kommt, nehmen wir an, aus Graz, mehr als ein Drittel unserer Leute müssen auspendeln, zurück, er bezieht eine Arbeitslose von 7000 Schilling. So, jetzt kommt er zu mir und sagt, Herr Abgeordneter, können Sie mir nicht helfen. Firma Siemens, da will jeder arbeiten oder zumindest sehr viele. Ich hätte ihm helfen können, nur, er hätte für eine Aushilfsarbeit 6000 Schilling bekommen. Jetzt frage ich Sie, er wird zwangsweise arbeitslos, bezieht statt 10.000 Schilling oder 11.000 Schilling 7000 Schilling Arbeitslose, und dann kommt er und sagt ich halte es zu Hause nicht aus, ich will arbeiten und bekommt dann ein Angebot, vorübergehend arbeiten zu dürfen um 6000 Schilling. Und diese neue Höhe ist dann die Berechnungsgröße für eine weitere Arbeitslosenversicherung. Also nach diesem System, bitte nicht böse sein, kann ein Familienvater oder der für andere zu sorgen hat, oder selbst wenn er nicht zu sorgen hat, aus egoistischer Einstellung, die ich ihm zubillige, wie eben jedem anderen auch, gar nicht diese Arbeit annehmen. Und plötzlich wird er eingereiht in eine Reihe mit jenen, die nicht wollen, vor allem nicht bereit sind, vorübergehende Arbeit anzunehmen. Das heißt, ich möchte zur Diskussion stellen, ob nicht zumindest für die Zeit der Anspruchsberechtigung zumindest dieser Betrag bezahlt wird. Das heißt, daß er die Differenz bekommen müßte aus dem Versicherungsfonds als ergänzende Leistung. Es dürfte auch ein bißchen mehr sein, denn dann wäre ein Anreiz da, wieder ins Arbeitsleben eingegliedert zu sein, ohne daß er noch einmal beziehungsweise ein zweites Mal benachteiligt wird. Ich hatte das Bedürfnis, das in den Raum zu stellen, damit man das nicht immer nur so sieht, daß alle, die als Arbeitslose gemeldet sind, nicht arbeiten wollen. (Abg. Dr. Dorfer: „Das hat niemand behauptet, daß alle nicht arbeiten wollen. Wer hat das gesagt?“) Ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt betroffen fühlen, das ist mir nicht ganz klar, Kollege Dr. Dorfer, und von dir weiß ich es auch nicht. Ich weiß nicht, welche Sprechtagsfälle du hast, aber ich bin überzeugt davon, daß in deinen Reihen auch Leute sitzen, die die gleiche Erfahrung haben. Ich möchte doch daran erinnern, daß die Situation, die Sicht des Betroffenen, ganz anders aussieht, als wenn jemand abgesichert ist beziehungsweise damit rechnet, daß ihm das nicht passieren kann. Also eine Einladung, in den Bereichen, wo das möglich ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist eine Schwarz-Weiß-Färberei!“) Laß mich den Satz fertig machen, dann gehe ich schon. Ich wollte nichts anderes tun, als diesen Vorschlag hier deponieren (Abg. Dr. Maitz: „Ihr Vorschlag ist gut. Machen Sie einen Antrag. Ich stimme dem zu!“) und jene, die darauf Einfluß haben, diesen in Diskussion zu bringen, darum zu bitten. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Das Wort hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka hat an den Kollegen Landesrat Gruber unter anderem eine Frage gestellt, die dieser ohne weiteres und auch durchaus zu Recht an mich weitergeben könnte. Es handelt sich um

die Nichtbesetzung der Leitungsstelle der Heilpädagogischen Station. Ich darf dazu folgendes ausführen:

Das Ausscheiden der Leiterin der Heilpädagogischen Station Ende Mai 1986 machte eine Ausschreibung dieses Postens erforderlich. Die Ausschreibungsbedingungen wurden mit der fachlich zuständigen Rechtsabteilung 9 abgesprochen, und es sind fristgerecht fünf Bewerbungen eingelangt. Die beiden Bewerber aus Wien haben ihre Ansuchen zurückgezogen, die Bewerbung des Arztes konnte in Ermangelung der Zusatzausbildung „Facharzt für Kinderneuro-psychiatrie“ nicht berücksichtigt werden. Somit hatte nur noch der die Ausschreibungsbedingungen erfüllende Bewerber, welcher Pädagogik und Soziologie studiert hat, die Voraussetzungen für diesen Leiterposten.

Die Rechtsabteilung 9 hat Bedenken geäußert, einen „Nichtarzt“ zum Leiter zu bestellen, da befürchtet wurde, daß der Vertrag mit der Sozialversicherung dann gefährdet sein könnte. Daher wurde eine neuerliche Ausschreibung vorbereitet, die dann aber nicht veröffentlicht wurde, weil die Überlegung auftauchte, die Heilpädagogische Station in eine Krankenanstalt umzuwandeln, wie dies in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Kärnten, der Fall sei!

Ich war mir bewußt, daß neben den für die Errichtung einer Krankenanstalt zu erwartenden Kosten auch eine Änderung des Zuständigkeitsbereiches erfolgen müßte, nämlich der Übergang von der Rechtsabteilung 9 auf die Rechtsabteilung 12 beziehungsweise an die Krankenanstaltengesellschaft. Auch wäre in diesem Fall von der Rechtsabteilung 12 ein sanitätsbehördliches Verfahren einzuleiten.

Erwähnen möchte ich, daß sich auch der Vorstand der Universitätskinderklinik Graz, Prof. Dr. Kurz, eingeschaltet und die Überlegung angestellt hat, eine enge Zusammenarbeit zwischen der Klinik und der Versorgungsstation herbeizuführen. Dafür vorgesehen wurde eine Station der Universitätskinderklinik im Sinne einer interdisziplinären Rehabilitationsabteilung. Interimistisch ist Frau Dr. Ingrid Demel, eine Psychologin, die nach der Erstausschreibung auch die Voraussetzung für eine Bewerbung gehabt hätte, mit der Leitung der Heilpädagogischen Station betraut. Die ärztliche Betreuung der Kinder ist durch Dr. Volker Danzinger, beschäftigt an der Neuropsychiatrischen Kinderabteilung des LSKH Graz, der pro Woche stundenweise tätig ist, sichergestellt. Es hätte natürlich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka diese Frage auch bei einer anderen Gruppe direkt an mich richten können. Er hat sie an den Kollegen Gruber als den zuständigen Referenten gestellt. Es ist aber eine Personalfrage, und ich glaube, auch in deinem Namen sagen zu dürfen: Wir haben uns beide diese Frage nicht gestellt. Sie ist im Zuge der Diskussion gekommen, und ich habe gedacht, daß ich dazu ein Wort der Aufklärung sagen sollte. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Am Wort ist Herr Landesrat Gruber.

Landesrat Gruber: Sehr verehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Was Kollege Dipl.-Ing. Hasiba jetzt beantwortet hat, ist so ungefähr der Ablauf, und man kann nicht von

jedem jungen Abgeordneten erwarten, daß er schon die Details der Geschäftsordnung der Landesregierung kennt. Ist doch der Landtag schon kompliziert genug und schwierig, und im Laufe seiner Einarbeitungszeit wird er sicherlich diese Erfahrungen sammeln, und wir sind ja in dieser Frage einer Meinung, daß wir versucht und uns bemüht haben, eine Besetzung herbeizuführen; nur, der Auffassung kann ich nicht beitreten, daß man daraus eine Krankenanstalt macht, und da läuft die Diskussion wie bei vielen Dingen, und da gibt es Argumente dafür und dagegen, und das geht so einige Zeit dahin.

Nun, nachdem das ja nicht meine erste Budgetdebatte ist, die ich in diesem Hohen Haus mitmachen darf, sind mir beim Zuhören in diesen zwei Tagen drei Dinge eingefallen, die ich mir erlaube, als Vorbemerkung zu sagen, bevor ich auf das, was ich zum Budget zu sagen habe, komme.

Erstens einmal: Soweit sich die Budgetdebatte des Landtages mit der Frage der Bundespolitik beschäftigt, ist immer die Situation die, daß die Partei, die in Opposition ist, feststellt, daß die Bundesregierung nichts macht, daß sie zu wenig macht und daß sie das, was sie macht, falsch macht. Das hat für alle Parteien gegolten, und ich führe für meine eigene Partei ein Beispiel an, um nicht in den Verdacht zu kommen, das nur den anderen zuzuschreiben. Ich erinnere mich, wie die Sozialistische Partei bei der Alleinregierung der ÖVP einmal eine Anfrage gestellt hat (Abg. Kohlhammer: „Das ist schon lange her. Hat es das gegeben?“ – Landesrat Dr. Heidinger: „Der Kollege Kohlhammer ist noch zu jung, um das zu beurteilen!“), ob es statthaft ist, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus damals während der Urlaubszeit mit dem Dienstwagen W 1 von seinem Urlaubsort in die Stadt Salzburg fahren darf, um dort zwei Stunden täglich während seiner Urlaubszeit Amtshandlungen abzuwickeln. (Abg. Dr. Dorfer: „Neu ist, daß Staatsbesuche des Staatsoberhauptes kritisiert werden, die die Regierung beschlossen hat!“) Ich glaube, es ist schon wiederholt festgestellt worden, daß kein demokratisch gewähltes Organ vollkommen kritikfrei sein kann. Denn es ist doch so, daß überall dort, wo die Kritik aussetzt, meistens unangenehme Entwicklungen sich zeigen, die der Demokratie durchaus nicht dienlich sind, und von diesem Standpunkt aus, glaube ich, kann man sagen, wenn in angemessener Form, entsprechend den Tatsachen, Kritik geübt wird, ist Kritik etwas Konstruktives, was zu einer Verbesserung bestimmter Dinge beiträgt. (Abg. Pörtl: „Da haben wir sehr viel versäumt. Wir hätten oft Kritik üben können, haben aber an das Staatsganze gedacht!“) Ich habe noch niemanden kritisiert, der Kritik geübt hat. Damit ist für mich die Sache klargestellt. Das zweite, das ich noch sagen möchte. (Abg. Dr. Pfohl: „Wie ist das mit dem Herrn Dr. Klaus ausgegangen?“) Die SPÖ hat sich furchtbar blamiert. Wie soll das denn anders ausgehen, wenn sie fragen, ob er während der Urlaubszeit im Dienstwagen fahren darf? Das konnte doch nicht anders ausgehen, aber das ist so. Oppositionspolitik wird auch überdreht, und man glaubt dann schon, daß man etwas besonders Gescheites gefunden hat, wie man der Regierung oder dem Regierungschef etwas am Zeug flicken kann.

Das zweite, was mir bei der Budgetdebatte auffällt, ist das: Im vorigen Jahr, als es schon in den späten

Abendstunden war und noch eine Unzahl von Wortmeldungen waren, ist ein Abgeordneter ans Rednerpult gegangen und hat gesagt, ich habe zwar eine Rede vorbereitet, ich verzichte aber darauf, weil schon so viele geredet haben, weil die Zeit schon so weit fortgeschritten ist. Nächsten Tag ist der, der auf die Rede verzichtet hat, allein in allen Zeitungen gestanden, und alle, die geredet haben, haben umsonst ihren Namen gesucht. Das ist auch eine Erfahrung, die man macht, wenn man öfter als einmal bei einer Budgetdebatte dabei ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Was deuten Sie damit an, Herr Landesrat?“) Ist vielleicht auch ganz interessant.

Das dritte, was ich noch sagen wollte, und ich bitte, das nicht falsch zu verstehen. Als wir im vorigen Jahr die Budgetdebatte beendet hatten, bin ich hinausgegangen, da sind noch einige beisammengestanden, und da ist ein bißchen geredet worden, wie die Budgetdebatte gelaufen ist, und da habe ich gesagt, das ist zum ersten Mal, soweit ich das überblicken kann, daß bei der Budgetdebatte des Landtages der Landesfinanzreferent krank war und durch seine Krankheit nicht an der Budgetdebatte des Landtages teilnehmen konnte. Und es ist auch gegangen. Worauf mir der geantwortet hat, na klar, es hat ja keiner zum Budget geredet. Ich wollte damit nur sagen, Sie sehen, wie unterschiedlich die Beurteilungen sind, die uns ausgestellt werden und mit denen wir irgendwie zurechtkommen müssen, um unsere Dinge vertreten zu können.

Ich möchte aber auch eingangs noch sagen, ich möchte selbstverständlich allen Debattenrednern danken für die Kritik und die Anregungen, die gemacht wurden. Ich kann auch dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka versichern, bei mir wird nichts vom Tisch gewischt und soweit als möglich überlegt, beantwortet oder auch geändert. Nur muß ich eines sagen, wenn ich heute auf alle Anfragen, die gelaufen sind, eingehen würde in dem Maß, wie sie eine Antwort erfordern würden, dann glaube ich, würde im Landtag niemand mehr sitzen und mir noch zuhören. (Abg. Dr. Lopatka: „Ich würde dableiben!“) Dankeschön. Daher bitte ich um Verständnis, daß ich mich nur im Telegrammstil bewegen kann. Ich möchte aber auch eine andere Feststellung vorweg treffen, weil der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl in sehr verantwortungsbewußter Weise Stellung genommen hat und fast als Klage festgestellt hat, naja, man kann doch nicht ununterbrochen, wenn man bei der Sozialpolitik Überlegungen anstellt, sofort als der Sozialdemolierer und mit ähnlichen Schlagworten belegt werden, man wird doch noch über das reden oder nachdenken dürfen. Da sage ich Ihnen, Herr Abgeordneter, da stehe ich voll hinter Ihnen. Selbstverständlich soll man über alles reden können. Es gibt nichts, was so gut wäre, daß es nicht besser gemacht werden kann. Das war immer mein Standpunkt. Ich werde auch mich immer nach der Richtung verhalten, daß Überlegungen, die angestellt werden, wirklich auch gewissenhaft geprüft werden.

Wenn wir zum Landesbudget kommen und uns die Situation im Landesbudget für die soziale Wohlfahrt ansehen, so kann man sagen, es ist in Anbetracht der allgemeinen Situation noch einigermaßen gutgegangen, wiewohl man nicht sagen kann, wie man das ja nie sagen kann und wie das niemand von seinem

Ressort sagen kann, daß es zufriedenstellend ist. Aber eines möchte ich schon sagen, und das möchte ich auch unterstreichen und auch um die Unterstützung des Hauses hin und wieder bitten. Die Sozialpolitik ist nicht der Blinddarm der Budgetpolitik. Und wenn es irgendwo beim Budget zwick, darf uns auch schon noch etwas anderes einfallen, als den Blinddarm der Sozialpolitik sozusagen klinisch rein wegzuoperieren, weil das ja am einfachsten ist und weil das ja jene Leute trifft, die sich am wenigsten wehren können. Und da ist ein Musterbeispiel für mich, ich will darauf nicht näher eingehen, der Versuch der generellen Einführung des 50-Schilling-Spitalkostenbeitrages, ohne Rücksicht auf Einkommen und sonstige Dinge. Im übrigen sehe ich auch die Aufgabe des Sozialreferenten der Landesregierung nicht nur im Budgetvollzug, sondern auch in einer gewissen sozialen Verantwortung und in einer gewissen Schutzfunktion gegenüber allen jenen in diesem Lande, die im Schatten des Wohlstandes leben mußten und auch leben müssen, weil wir nicht in der Lage sind, einfach die Dinge so zu gestalten, daß wir hier eine Verbesserung, entscheidende Verbesserung, der Situation herbeiführen können. Ich weiß, es gibt hier zum Beispiel den Vorschlag, den die Frau Abgeordnete Kammlander gebracht hat, von der ÖGB-Konferenz in Vorarlberg. Aber es ist halt alles nicht so einfach, wie sich eine Resolution auf Papier schreiben läßt. Die Wirklichkeit zu gestalten, ist natürlich wesentlich schwieriger. Und wenn der Herr Abgeordnete Schrammel, und ich werde auf die einzelnen Diskussionsbeiträge noch im Laufe meiner Rede eingehen, sagt, wir haben ganz neue Armutsgruppierungen, das haben auch andere gesagt, und das ist nicht mehr die Frontstellung Kapital und Arbeit. Das hat alles seine Richtigkeit. Da hat sich viel verändert. Und wer das so einseitig sieht, der sieht bestimmt vieles nicht. Aber das gibt es noch, und vieles andere natürlich dazu. Nur würde mich interessieren, von wo die Zahl von 750.000 Menschen in Österreich unter der Armutsgrenze herkommt und resultiert. (Abg. Schützenhöfer: „Vom Statistischen Zentralamt ist es veröffentlicht worden!“) Ich habe die offizielle Statistik des Sozialministeriums. Die weist 267.000 Ausgleichszulagenempfänger aus, das sind die, die die Mindestpension haben. Dann kommen dazu noch ungefähr 54.400 Dauerunterstützte aus der Sozialhilfe. Dann sind wir ungefähr bei 320.000. Jetzt frage ich, von wo kommen die 750.000 her? Ich weiß schon, daß es natürlich da Probleme gibt, weil man nicht einen Schnitt ziehen kann.

Wissen Sie, Herr Abgeordneter, darf ich Ihnen sagen, daß es bis jetzt noch niemand gibt, nicht nur in Österreich, der wirklich in der Lage ist, sozusagen eine Formulierung zu finden, das ist die Armutsgrenze, was darunter ist, ist arm, und wer um einen Schilling darüber ist, ist reich. Es ist alles eine schwierige Sache. Das hat alles eine bestimmte Bandbreite, in der sich die Dinge bewegen, und ist von so vielen individuellen Dingen beeinflusst, daß das einfach ganz, ganz schwierig ist. Und es ist ganz richtig von Ihnen gesagt worden. Was ist Wohlstand? Wohlstand ist nicht gleich Wohlbefinden. Und wenn man in der Welt ein bißchen herumkommt, sieht man manches, wo kein Wohlstand ist, aber Wohlbefinden herrscht. Es ist daher alles eine komplexe Sache und eine komplexe Problemstellung, die sehr schwer mit einigen Sätzen oder mit Schlag-

worten eigentlich zu beantworten ist. (Abg. Schrammel: „Vielleicht könnte man diese Frage der Armen, und es sind 750.000, die unter der Armutsgrenze zu leben haben, aufzeigen. Vielleicht könnte man das über den Hauptverband der Sozialversicherungsträger eruieren lassen. In der Landwirtschaft sind die Ausgedingsleistungen nicht inbegriffen. Leistungen aus dem Ausgedinge werden der Pension zugeschlagen, und damit fallen sie über die Armutsgrenze indirekt hinüber, und das meine ich dabei!“) Kollege Schrammel, das ist ja auch so ähnlich, wie ich gesagt habe, daß alles eine Bandbreite hat und daß das schwer so ganz genau definierbar ist (Abg. Schrammel: „Ich meine es ehrlich!“), daß man sagen kann, bei 4670 Schilling, die der hat, ist er nicht arm, und der 4450 Schilling hat, der ist arm, und der 5000 Schilling hat, ist reich. Es ist schwer. Es gibt bis heute niemanden in der Sozialpolitik, der bisher in der Lage war, hier eine von allen akzeptierte Formulierung zu finden, wo liegt sozusagen die Armutsgrenze, was ist darunter, was ist darüber. Bis jetzt hat man sich immer nur auf eine gewisse Bandbreite einigen können. Es ist ja unterschiedlich. Wir sagen nicht zu Unrecht, die, die zum Beispiel um 5 Schilling über der Ausgleichszulage liegen, daß die nicht befreit sind von der Telefongebühr und ähnlichen Bevorzugungen. Das heißt, sie haben eine zusätzliche Belastung, weil sie um 5 Schilling über der Ausgleichszulage liegen, von 500, 600 Schilling. Es ist einfach keine Gerechtigkeit, möchte ich ganz offen sagen, in dieser Sache, aber nicht aus böser Absicht, sondern weil bisher alle Experten, die sich damit beschäftigt haben, noch keine Lösung des Problems gefunden haben. Wir werden uns erinnern, und ich werde gerne der Sache nachgehen, ob diese Zahl anders aussieht, aber die offizielle Statistik des Sozialministeriums weist das aus. Ich kann mich an nichts anderem orientieren. Das ist vom Parlament akzeptiert, also, was soll ich da für Grundlagen heranziehen? (Abg. Schrammel: „Der Abgeordnete Zellnig kann aufklärend mithelfen!“)

Ich darf weiterkommen. Um noch auf einzelne Fragen zurückzukommen, nachdem wir die Debatte der Gruppe 4 getrennt haben, „Soziale Wohlfahrt“ und „Wohnbauförderung“, sind für Sie vielleicht die Ziffern nicht so klar, wie sie für die eine oder andere Gruppe gelagert sind, da darf ich Ihnen sagen, daß die soziale Wohlfahrt im nächsten Jahr 1,330 Millionen Schilling zur Verfügung hat für die Ausgaben. Das ist eine Steigerung um 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aber auch die Einnahmen sind gestiegen. Sie liegen bei 494,5 Millionen Schilling und sind um 3,5 Prozent gestiegen. Das heißt, die reale Steigerung des Sozialbudgets beträgt nur ein Prozent. Bei der Aufteilung unter den verschiedenen Schwerpunkten in der sozialen Wohlfahrt ist es so, daß 50 Prozent dieses Betrages für die Behindertenhilfe aufzuwenden sind. Das waren vor 20 Jahren nicht einmal 10 Prozent. Hier ist eine deutliche Veränderung zu spüren. 40 Prozent erfordert die Sozialhilfe, und 10 Prozent sind für die Jugendwohlfahrt notwendig, auf die ich noch zurückkommen werde, und den Einsparungsvorschlag des Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka werde ich an Hand einiger Beispiele dann noch zu erläutern versuchen. Der Anteil des Sozialbudgets am Gesamtbudget unseres Landes beträgt 5,1 Prozent. Es ist hier ein wirklich vertretbarer Betrag. Mit diesem Betrag können die gesetzlichen

Leistungen erfüllt werden. Für das Pflegegeld nach dem Behindertengesetz stehen 132 Millionen Schilling zur Verfügung, für die Blindenbeihilfe 134 Millionen Schilling, für die geschützte Arbeit 128 Millionen Schilling und für die stationäre Versorgung stehen 185 Millionen Schilling zur Verfügung. Das ist der höchste Betrag für die Einzelbudgetpost überhaupt. Die ambulante Pflege, die Hilfe pflegebedürftiger Menschen, kann derzeit nur mit Förderungsmitteln in einem sehr beschränkten Umfang durchgeführt werden. Dieser Zustand ist, davon bin ich überzeugt, auf Dauer unhaltbar und muß im Hinblick auf die steigende Lebenserwartung, auf die starke Zunahme des Anteils alter Menschen an der Bevölkerung entsprechend ausgebaut und unter Umständen auch schon gesetzlich verankert werden. Es handelt sich damit nicht nur um soziale, sondern auch um wirtschaftliche Notwendigkeiten, da die Betreuung durch ambulante Dienste wesentlich kostengünstiger gestaltet werden kann, als die Aufnahme in stationäre Einrichtungen. Grundsätzlich aber glaube ich, meine Damen und Herren, muß man auch sagen, daß darauf geachtet werden muß, daß in einer Gesellschaft, in der die Jugend, die Gesundheit und die Leistung nahezu angeboten werden, nicht darauf vergessen wird, daß wir in unserer sozialen Verantwortung auf die Alten, auf die Kranken und auf die, die im Sterbebett sind, Rücksicht zu nehmen haben und daß wir ihnen unsere Aufmerksamkeit und auch unsere menschliche Zuwendung geben müssen. Wir wissen, daß im letzten Lebensabschnitt die Angst vor dem Alleinsein, den Schmerzen und vor der letzten Stunde wächst. Da müssen wir mit allen uns in unserer Zeit zur Verfügung stehenden technischen und wissenschaftlichen Methoden helfen und eingreifen, aber auch mit unserer menschlichen Zuwendung eine Sozialpolitik nicht nur mit Hirn, sondern auch mit Herz machen. Das ist eine wichtige Aufgabe, genauso wichtig, wie die finanziellen Dinge.

Wenn wir uns ansehen, wie die Kostenentwicklung bei den ambulanten Hilfen ist, dann stellen wir fest, daß zum Beispiel mit einer Althelferin, die brutto im Monat 18.000 Schilling der Organisation kostet – darin sind Steuern, Sozialversicherungsabgaben und alles, was Unternehmer zahlen müssen, enthalten –, im Durchschnitt fünf bis acht Personen betreut werden können, das heißt, daß der Pflegeaufwand pro Monat 3000 Schilling beträgt. Wenn ich das in Verhältnis setze zu dem Pflegeaufwand in Heimen, der zwischen 13.000 und 20.000 Schilling liegt, ist klar, wo der Schwerpunkt der künftigen Sozialarbeit gesetzt werden muß. Ich bin daher der Auffassung, daß wir bei einer Änderung des Sozialhilfegesetzes auch eine entsprechende gesetzliche Verankerung für eine Verpflichtung des Landes und der Sozialhilfeverbände, die ambulanten Dienste in einem bestimmten Maße zu finanzieren, aufnehmen müssen. Im Landessozialplan haben wir gewisse Überlegungen schon angestellt. Der Landessozialplan ist ja den Abgeordneten schon bekannt und wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen, hoffe ich, zur Behandlung kommen. Dabei wollen wir auch nicht vergessen, was heute hier schon gesagt wurde, daß wir die Bundesregierung ermahnen, daß, wie im Parteienübereinkommen festgelegt, die Mitfinanzierung der Hauskrankenpflege und der sozialen Dienste durch die Sozialversicherungsträger

gesetzlich zu verankern ist. Das ist ein offener Punkt, und diesen werde ich mit allen mir möglichen Mitteln einfordern.

Eine neue Aufgabe, die wir übernommen haben und bei der wir, glaube ich, das einzige Bundesland in Österreich derzeit sind, das diese Aufgabe in Angriff genommen hat, weil alle anderen jetzt zu uns kommen, um sich das anzusehen. (Abg. Dr. Kalnoky: „Alle anderen haben keinen Sametz!“) Alle anderen haben keine Damen? Ah so, keinen Sametz. Da sind Sie, Frau Abgeordnete, bei einem anderen Problem, als bei dem, das ich anschneiden wollte. Ich wollte nämlich nicht auf die Krankenkasse kommen, sondern auf die Frühförderung und auf die Förderung von Behinderten. Wir wissen von den medizinischen Wissenschaften, daß die Frühförderung bis zum sechsten Lebensjahr für behinderte und zurückgebliebene Kinder besonders wichtig ist. Wir haben diese Frühförderung eingerichtet. Wir haben derzeit 45 behinderte Kinder, die von 18 Frühförderern betreut werden. An der Kinderklinik wurde 1986 eine Ausbildungseinrichtung für Frühförderung geschaffen, und im Sommer 1988 werden die ersten Absolventen dieser Schule als sehr qualifizierte Frühförderer zur Verfügung stehen. Die bestehenden Richtlinien für die Frühförderung werden mit den Behindertenorganisationen entsprechend abgestimmt werden, und wir werden selbstverständlich auch die Weiterentwicklung der Frühförderung mit den Referenten in den Bezirkshauptmannschaften, mit den entsprechenden privaten Wohlfahrtsorganisationen und so weiter erörtern, um auch die praktischen Erfahrungen hier weiter einzubringen. Es ist, glaube ich, heute erwähnenswert: der erste österreichische Kongreß für Frühförderung wird in der Zeit vom 25. bis zum 27. Februar 1988 hier in Graz stattfinden. Das ist wohl ein deutlicher Hinweis darauf, daß unser Bundesland auf diesem Gebiet eine gewisse Schrittmacherfunktion ausgeübt hat und sie auch weiter ausüben wird.

Für die Realisierung der ambulanten Betreuung müssen wir natürlich noch die Probleme der Jugendwohlfahrt mit in Betracht ziehen, und hier gibt es einige Probleme, die auch der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka angeschnitten hat. Ich möchte dazu nur sagen, bezüglich des Jugendwohlfahrtsbeirates, den hat es gegeben, der ist sanft entschlafen, weil er vom Vorsitzenden nicht mehr einberufen wurde und weil sich dafür niemand mehr gemeldet hat. Und in den letzten Jahren, als wir diese Sache neu installieren wollten, sind wir immer wieder daran gestoßen, daß das Jugendwohlfahrtsgesetz als Grundsatzgesetz des Bundes noch nicht geschaffen wurde und daß in diesem Zusammenhang sich diese Frage sicherlich neu stellt. Es sind auch solche Verhandlungen im Gange. Es wird dann sicherlich auch eine solche Einrichtung dieses Jugendwohlfahrtsbeirates kommen. Für 1988 werden vom Land Steiermark an die privaten Wohlfahrtsorganisationen Leistungen in der Höhe von 270 Millionen Schilling zu zahlen sein. Ich möchte damit unterstreichen, daß der Grundsatz, den ich immer vertreten habe, daß wir öffentliche und private Wohlfahrt brauchen, hier in Zahlen nachdrücklich unter Beweis gestellt ist. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Ich möchte darauf verweisen, daß wir in der Behindertenhilfe nur zwei öffentliche, aber 33 private Einrichtungen haben, und durch diese Initiativen ist dem Land sicher viel, viel Geld erspart geblieben. Wir wollen

dabei nicht übersehen, was das Engagement vieler Hunderter Menschen in der Sozialarbeit für das Wachsen einer sozialen Verantwortung bedeutet und wie das letzten Endes seine positiven Auswirkungen hat. Wir werden sicherlich niemals zu einem Zustand kommen, wo alle Probleme gelöst sind, und wir werden immer wieder darum ringen müssen, daß wir die neuen Aufgaben, die an uns herankommen, anpacken und daß wir sie weiterentwickeln. Ich habe um zwei Anträge ersucht, die in diesem Hohen Haus eingebracht wurden zu dieser Budgetdebatte, und ich hoffe, daß beide Anträge die volle Zustimmung des ganzen Hauses finden werden, wobei es sich in dem einen Fall auch um eine ganz wichtige Angelegenheit der privaten Wohlfahrt, um unser Pflegeheim der Barmherzigen Brüder in Kainbach, handelt, das eine ganz wichtige Aufgabe für das Land und weit über dieses Land hinaus erfüllt und das mit einem Investitionsprogramm von 150 Millionen Schilling wahrlich dem Land ungeheure Kosten erspart. Es ist damit, glaube ich, grundsätzlich zu sagen, daß die entsprechenden Budgetansätze die Möglichkeit bieten, daß die gesetzlichen Aufgaben erfüllt werden. Es kann darüber hinaus der Förderung der freien Wohlfahrt ein bestimmter, sicherlich nicht ausreichender Betrag zur Verfügung gestellt werden. Aber ich werde in diesen meinen Bemühungen nie erlahmen, hier immer weiter zu versuchen, diese Position der freien Wohlfahrt zu stärken und zu verbessern.

Und nun möchte ich schon zum Schluß kommen, meine Damen und Herren, ich möchte allen danken, die in der öffentlichen und privaten Wohlfahrt unseres Landes tätig sind. Ich möchte danken dem Vorstand der Rechtsabteilung 9, für Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt, Herrn Hofrat Dr. Herbert Knapp, mit dem ich in bester Zusammenarbeit die Aufgaben der Sozialarbeit des Landes immer wieder bearbeiten kann. Ich möchte danken allen meinen Mitarbeitern im Büro, die viel von meiner Ungeduld, die ich im Landtag nicht zeigen darf, aushalten müssen. Dankeschön. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, „Wohnbauförderung“.

Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Grete Meyer. Ich erteile es ihr.

Abg. Meyer: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Der sensible Bereich Wohnbau erforderte schon seit Ende des Zweiten Weltkrieges immer wieder von neuem Anstrengungen im Bund und in den Ländern, um diesem wichtigen sozialen Problem Herr zu werden. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß es seit 1945 einen Wohnhauswiederaufbaufonds, das Wohnbauförderungsgesetz 1954, 1968, das Wohnungsverbesserungsgesetz 1970, das Startwohnungsgesetz 1982 und das Bundessonderwohnbauprogramm 1982 und 1983 gegeben hat und nun das Wohnbauförderungsgesetz 1984 mit dem Wohnhaussanierungsgesetz und der Starterneuerungsverordnung in Kraft ist. Waren die Ziele dieser Gesetze zuerst jene, den sozialen Wohnbau voranzutreiben, und waren es diese Gesetze, die Wohnungen vor allem für jene Bevölkerungsschichten, die zu den Kleinverdienern gehören,

bereitgestellt haben, so muß man sich nun besonders darüber Gedanken machen, wie die öffentlichen Mittel heute besonders effizient unter dem Leitgedanken sozialer Gerechtigkeit eingesetzt werden können. Denn die Probleme in den städtischen Kernzonen werden immer schwieriger, und trotzdem, wir müssen alles tun, um den erforderlichen Wohnraum für künftige Generationen sicherzustellen, wobei der Begriff Wohnraum im Sinne von Lebensraum zu verstehen ist, also über die Wohnung und das Wohnhaus hinausreichend und die Lebensbedingungen der Bürger in einem humanen Wohnumfeld betrifft. Wenn wir uns alle gemeinsam immer wieder Gedanken darüber machen, wie wir die vorhandenen Geldmittel der öffentlichen Hand am besten und zweckmäßigsten im Wohnbau einsetzen, und wenn man weiß, daß durch die Subjektförderungen, wie Eigenmitteldarlehen, Wohnbeihilfen, immer weniger Geld für den Neubau zur Verfügung steht, so ist es umso weniger zu verstehen, wenn 2,7 Milliarden Schilling auf einem Girokonto der Hypobank liegen, und zwar für den Geschosbau, und diese 2,7 Milliarden Schilling bereits Wohnbauträgern zugesprochen wurden, jedoch von diesen seit Jahren nicht in Anspruch genommen werden. Es ist für alle jene, die dringendst eine Wohnung benötigen, aber auch für die Bauträger, die baureife Projekte bereit haben, einfach unverständlich, wenn bereits zugesichertes Geld nicht in Anspruch genommen wird. Es wird in Zukunft notwendig sein, bei allem Verständnis für manche nicht zu beeinflussende Verzögerungen, doch ein gewisses Zeitlimit vorzugeben, in dem mit dem Bau von Wohnungen, deren Förderungszusicherungen bereits gegeben sind, begonnen werden muß. Ansonsten sollten doch diese Mittel einem anderen Bauträger zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere Möglichkeit, Verzögerungen auszuschalten, wäre auch die, unter anderem natürlich, daß man vor der Förderungszusicherung überprüft, ob bereits der für den Bau geeignete, bereits gewidmete Baugrund vorhanden ist. Denn Förderungsmittel der öffentlichen Hand sind nicht dazu da, um als eiserne Reserve gehortet zu werden, sondern sie sind dazu da, um den wohnungssuchenden Familien so rasch als möglich Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Und nun zu einem anderen Problem, das unserer Fraktion besonders am Herzen liegt. Der soziale Wohnbau. Trotz der vielen wohnungspolitischen Initiativen in den letzten Jahren sind die sozial Schwächeren sehr benachteiligt. Trotz der vielen Förderungen, Eigenmitteldarlehen, Wohnbeihilfen, können sich viele sozial Schwache eine neue Wohnung nicht leisten. Es ist für sie unzumutbar geworden, die hohen Grund- und Aufschließungskosten, die natürlich von keiner Seite gefördert werden, beim Kauf einer Wohnung aufzubringen. Deshalb treten wir Sozialisten immer wieder dafür ein, daß für einkommensschwache Familien weiterhin Miet- und Genossenschaftswohnungen gebaut werden sollen, und zwar ohne Einbringung von Eigenmitteln. Um den sozial bedürftigen Familien eine familiengerechte, aber auch gut ausgestattete Wohnung zur Verfügung stellen zu können, bedarf es für die Miet- und Genossenschaftswohnungen sicher einer besseren Förderung als für die Eigentumswohnungen. Wenn im Landessonderwohnbauprogramm 1985/86 10 Prozent der Förderungsmittel verbindlich für Architektenwettbewerbe und von der Aufstockung zum

Wohnbauprogramm 1987/88 um 1000 Wohneinheiten sogar 20 Prozent für Architektenwettbewerbe vorgesehen sind, so müßte es doch wohl auch möglich sein, und da spreche ich Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller an, daß man ein gewisses Kontingent der Fördermittel für den Bau von Wohnungen, die ausschließlich für sozial schwache Familien sind, zur Verfügung stellt. Hier könnten Sie, Herr Landesrat, mit der Erfüllung dieser Forderung unserer Fraktion doch den Beweis erbringen, daß Ihnen und somit natürlich auch der Österreichischen Volkspartei die Wohnsituation der sozial schwachen Schichten in unserer Bevölkerung nicht nur bekannt ist, sondern daß Sie auch bereit sind, alles zu tun, um ihre Wohnverhältnisse zu verbessern, und es somit auch diesen Menschen ermöglicht wird, eine familiengerechte und gut ausgestattete Wohnung, die auch von der Miete her erschwinglich ist, zu bekommen. Sie könnten damit beweisen, daß Sie wirklich auch ein Herz für sozial Schwache haben. Das kann natürlich nur dann der Fall sein, wenn der soziale Wohnbau forciert und so gefördert wird, daß keine Eigenmittel erforderlich sind und die Miete, wie ich schon vorher sagte, so gestaltet wird, daß sie auch wirklich bezahlt werden kann. Wir Sozialisten haben unsere konkreten Vorstellungen für den Bau solcher Wohnungen, weil wir glauben, daß eine moderne Wohnbaupolitik primär vom Grundsatz auszugehen hat, daß das Recht auf eine qualitativ hochwertige Wohnung jedem unserer Mitbürger, ganz gleich, welcher sozialen Schichte er angehört, zugestanden wird. Wir Sozialisten haben uns immer zum sozialen Wohnbau bekannt, und wir tun das heute noch. Wir haben nie auf die Bedürftigen und jene, die sich keine von der Anschaffung her schon teure Eigentumswohnung leisten können, vergessen, und wir werden auch weiterhin für die Errichtung von Sozialwohnungen eintreten, und hier ersuche ich Sie, Herr Landesrat, um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Bevor er aber beginnt, möchte ich dem Hohen Haus mitteilen, daß wir hinsichtlich unserer Zeitökonomie 2,5 Stunden im Rückstand sind. Ich darf die Herren Abgeordneten bitten, ihre Gespräche außerhalb des Sitzungssaales vorzunehmen.

Abg. Weilharter: Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, dem Appell nachzukommen, nämlich mich kurz zu halten, um dem Vergleich der zeitlichen Verzögerung zum Vorjahr etwas Nachdruck zu geben.

Die Budgetgruppe 4, „Sozialer Wohnbau“, veranlaßt mich, auf die Wohnungssituation des gesamten steirischen Wohnbaues einzugehen. So wurden nämlich in den Jahren 1971 bis 1980 durchschnittlich 8159 Wohnungen in der Steiermark fertiggestellt. In den Jahren 1981 bis 1984, fast bis zum heutigen Tag, war ein Rücklauf feststellbar, der sich kontinuierlich fortgesetzt hat. Wir sind jetzt bei einer Zahl angelangt, die sich rund um die 5000 bewegt, und dies, meine Damen und Herren, stimmt mich ein wenig bedenklich. Ich habe im Vorjahr anlässlich der Budgetdebatte zu dieser Gruppe sehr deutlich mit einer graphischen Darstellung dem Hohen Haus die Situation des Wohnungs-

marktes in der Obersteiermark kundgetan, nämlich die weißen Flecken von der Mur abwärts bis in Richtung Mürzzuschlag. Es war nämlich in den Jahren bis 1985 erkennbar, daß in diesen Regionen der Obersteiermark ein sehr starker Rückgang zu verzeichnen war, was die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern betraf. Ich darf nur die Zahl des Bezirkes Judenburg wiederholen: 17, der Bezirk Knittelfeld mit 15 Wohnhäusern. Ich habe im Vorjahr anlässlich dieser Debatte auch gesagt, daß nicht unbedingt die Wohnbaupolitik allein dafür ausschlaggebend ist, und ich bestätige dies auch heute, und ich bleibe bei dieser Meinung. Ich bin auch zutiefst überzeugt, und das wurde mir seit dem Vorjahr bestätigt, daß nämlich auch die Situation am Arbeitsmarkt in der Industrieregion dazu wesentlich beiträgt, nämlich die arbeitenden Menschen dieser Region wurden verunsichert, und die Arbeitsplätze sind in Gefahr, und dadurch ist der Mut zur Errichtung eines Eigenheimes, eines Ein- oder Zweifamilienwohnhauses sehr drastisch gesunken. Ich will Ihnen, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, dies durchaus nicht vorwerfen, daß auch anteilmäßig die Kopfquoten in der Steiermark im Bundesländervergleich beschämend sind, was die Errichtung von Eigenheimen und Wohnungen betrifft. Ich will es Ihnen deswegen nicht vorwerfen, weil ich sehr wohl weiß, daß Sie dieses Ressort in der Steiermark als politischer Referent erst seit einem Jahr leiten. Ich kann es mir aber nicht ersparen, angesichts dieser Zahlen, dieser Statistik, die ich vorweg gebracht habe, daß ich Ihren Vorgängern diese Kritik mache. Nämlich Ihrem Vorgänger, dem derzeitigen Minister Dipl.-Ing. Riegler. Ich bin auch ein bißchen enttäuscht (Abg. Harmtodt: „Du verstehst nichts!“), weil Ihr Vorgänger die Situation am steirischen Wohnungsmarkt sicher aus seiner Ressorttätigkeit hier in diesem Haus kennt und auch deswegen, weil er die Möglichkeit hat, in der Bundesregierung, wenn es auch nicht unbedingt sein Ressort ist, aber auf diese drastische Situation aufmerksam zu machen. (Abg. Kanduth: „Da gibt es den Schlüssel!“) Ich darf in diesem Zusammenhang, Herr Kollege Kanduth, meine Kritik verstärken, denn ich kann mir nicht vorstellen, wenn schon Sie von der steirischen ÖVP mit einigen Ministern nicht reden wollen, daß ein Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler mit einem Wirtschaftsminister Graf nicht redet. (Abg. Harmtodt: „Es gibt einen Schlüssel!“) Dieser Schlüssel, Kollege Harmtodt, ist mir sehr wohl bekannt, aber trotzdem ist es zu Verhandlungen zwischen Bund und Ländern gekommen, was die Wohnbauförderung betrifft, und ich bin sehr deprimiert darüber, daß diese Verländerung der Wohnbauförderung eigentlich nichts gebracht hat, als bundesweit eine Kürzung von 2 Milliarden Schilling. (Abg. Harmtodt: „Ist das ein Wunder?“) Das, Herr Kollege Harmtodt, in einer Zeit, wo Verunsicherung herrscht am Arbeitsplatz, das heißt, Einkommen in Gefahr sind. Ich darf dir, lieber Kollege Harmtodt, das noch untermauern. Ich darf auch die Kritik an die Sozialisten ein bißchen richten, und zwar würde ich die Genossen wirklich bitten und auffordern, bei ihrem Minister Dr. Lacina vorstellig zu werden, denn ein Aspekt dafür, daß es zu derartigen Rückgängen in der Eigenheimerrichtung kommt, ist sicherlich auch die jüngst erlassene Kürzung der Bausparprämien. Wenn ich mich mit den Zahlen der Bausparprämien befasse, so darf ich vom Jahr 1976 ausgehen. Damals wurden effektive

Prämien in der Höhe von 25 Prozent geleistet bei einer Bemessungsgrundlage von 7000 Schilling. Im Jahre 1979 wurde dann schon das erste Mal gekürzt, wo auch Sie von der sozialistischen Seite den Finanzminister gestellt haben. Im Jahre 1979 wurde also um 8 Prozent bei gleichbleibender Bemessungsgrundlage gekürzt, im Jahre 1981, also bis 30. Juni 1981, war dann eine Kürzung auf 10 Prozent bei gleicher Bemessungsgrundlage. Und ich bin auch jetzt nicht so vermessen, daß ich sage, mit Beginn der kleinen Koalition hat sich das postwendend zum Besseren gewendet. Aber ich stelle sehr deutlich fest, es war gerade bei den Bausparprämien eine Verbesserung erkennbar, nämlich die Bausparprämien haben einen Aufwind von 3 Prozent erfahren. Man hat die Bausparprämien auf 13 Prozent erhöht, und was mir auch wesentlich erscheint, die Bemessungsgrundlage auf 8000, also plus 1000 Schilling. Ich glaube, es wurde damals diese Erhöhung vorgenommen, um den Menschen wieder Mut zu geben, aber vor allem, um den Menschen das Bauen zu ermöglichen, und umso mehr bin ich über die neue Kürzung der Bausparprämie betroffen, nämlich es ist mit 1. Juli 1987 die Bausparprämie gekürzt auf 8 Prozent, also minus 5 Prozent, und bei 5 Prozent Kürzung hat es natürlich auch gravierende Folgen, und zwar bei der Finanzierung der Bauten. Da habe ich die Vergleichszahlen, und da wird es eindeutig bestätigt, nämlich die Quelle der Vergleichszahlen kommt aus der Oesterreichischen Nationalbank, und da geht sehr deutlich hervor, meine Damen und Herren, daß im ersten Halbjahr 1986 über die Bausparkassen österreichweit 15.594 Wohnbauten finanziert wurden. Im gleichen Vergleichszeitraum im ersten Halbjahr 1987 ist schon ein deutliches Minus spürbar, es wurden nur mehr 13.594 Bauten finanziert. Das ist ein Minus von 1832 Bauten. Meine Damen und Herren, daß diese Reduzierung bei der Finanzierung der Bauten vorkommt, ist sicherlich einmal darauf zurückzuführen, daß die vielen tausend Bausparer, und es sind immerhin 4 Millionen in Österreich, verunsichert wurden und nicht mehr den Mut zum Risiko haben, sie haben auch nicht mehr das Vertrauen, daß bestehende Verträge aufrechtgehalten werden. Und das Gravierende, meine Damen und Herren, bei dieser Änderung der Bausparprämien und der Bausparverträge ist nämlich eines, daß man unverfroren auch den Zugriff in bestehende Verträge gemacht hat. Ich muß diesen Eingriff und diesen Zugriff zu sogenannten Verträgen, die zwischen den Partnern, der Bevölkerung einerseits und den Bausparkassen andererseits, abgeschlossen wurden und doch auch eine rechtliche Deckung als Grundlage haben, das muß ich zu bedenken geben. Das ist sicherlich auch ein Punkt, wie ich eingangs gestern in meiner Generaldebatte gemeint habe, ein Grund, daß die Menschen verunsichert werden und vor allem daß sie den Politikern keinen Glauben mehr schenken. Bedenklich ist bei dieser Entwicklung aber auch, und das trifft mich auch persönlich mit vielen Steirerinnen und Steirern sehr hart, daß die in erster Linie von den Kürzungen der Bausparprämien Betroffenen, nämlich wiederum die Kleinen, die Ärmeren unter uns, die Bauern, die Pensionisten und die Rentner sind. Und das, meine Damen und Herren, ist sicherlich nicht die feine Art, sich wieder der kleinen, der ärmeren Leute zu bedienen, weil es halt vielleicht die mehreren sind. Ich darf daher abschließend und zum Schluß kommend

den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller wirklich auffordern, sich dieser Dinge auch sehr ernstlich anzunehmen. Ich werde mir sehr genau die Entwicklung der steirischen Bauwirtschaft, vor allem im Wohnbau, im kommenden Jahr ansehen. Ich werde mir aber auch erlauben, wenn es positive Aspekte gibt, im nächsten Jahr dies lobend hier von diesem Rednerpult aus zu erwähnen. In diesem Sinne werden wir dieser Budgetgruppe dieses Mal unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gottlieb. Ich erteile es ihm.

Abg. Gottlieb: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es gibt, so glaube ich, innerhalb unserer Zuständigkeit kaum einen Bereich, wo zwei so wichtige Anliegen, wie es die Wohnversorgung und Arbeitsplatzsicherung nun einmal sind, so untrennbar miteinander verbunden sind, wie dies beim öffentlich geförderten Wohnbau ohne Zweifel der Fall ist. Mit beiden haben wir, was Umfang und Wirkung betrifft, gelinde gesagt, beträchtliche Sorgen. Es wurde in den letzten Jahren gemeinsam viel Mühe aufgewendet, um die gesetzlichen Grundlagen sowohl für die Schaffung von neuem Wohnraum, als auch für die Sanierung oder überhaupt Erhaltung von Altbauwohnungen zu verbessern. Durch den Ausbau der Subjektförderung wurde die soziale Komponente der Schaffung von Wohnraum wesentlich verstärkt. Das Problem liegt für viele nicht mehr im Mietenaufwand, sondern bei den nicht förderbaren Kosten der Wohnungsbenützung. Was uns aber besorgt machen und bedrücken muß, meine Damen und Herren, ist der gegenwärtig verhältnismäßig geringe Umfang der Wohnbautätigkeit, aber viel mehr noch die düsteren Aussichten für die Zukunft. Unser Bundesland hat ja, nach Wien, immer noch den höchsten Wohnungsfehlbestand aller österreichischen Bundesländer.

Neben dem Abbau von Wartezeiten für die Zuteilung einer neuen Wohnung ist der Wohnbau auch beschäftigungspolitisch sehr wichtig und wertvoll. Ein Bauarbeiter im Hochbau beschäftigt bekanntlich drei andere Arbeitnehmer im vor- oder nachgelagerten Gewerbe mit. Ende November dieses Jahres war die Arbeitslosenstatistik in den Bauberufen besser als zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dies ist vor allem auf die gute Witterung und den schönsten Herbst seit langem zurückzuführen. Für den Winter aber befürchten wir, daß wieder über 10.000 steirische Bauarbeiter arbeitslos werden und damit jeder zweite Bauarbeiter ohne Arbeit sein wird. Neben dem Geschoßbau ist jedoch die Sanierung alter, sogenannter Substandardwohnungen genauso wichtig. Mit 1. Jänner 1988 wird die bisherige Wohnbauförderung in die Kompetenz der Bundesländer übertragen, und man spricht daher berechtigt von einer „Verlängerung“ der Wohnbauförderung. Es wird nun, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, an uns liegen, wie wir den künftigen Wohnbau gestalten, welche neuen Richtlinien wir beschließen, und welche Impulse können wir damit für die Bauwirtschaft im allgemeinen verbinden. Im Mittelpunkt unserer Beratungen sollen aber jene Menschen stehen, welche eine Wohnung brauchen, und die gibt es bei uns genug. Die Bürgermeister, aber auch

die Wohnbauträger können dies bestätigen. Ich habe bereits erwähnt, daß unser Bundesland nach Wien den höchsten Wohnungsfehlbestand aufweist. Ich habe daher wenig Verständnis, daß wir durch eigene Versäumnisse dazu beigetragen haben, daß Tausende steirische Familien keine Wohnung bekommen haben und Eigenheimbauer auf die Erledigung ihres Ansuchens sowie auf die Freigabe ihres Darlehens oft über ein Jahr lang warten mußten. (Beifall bei der SPÖ.) Als Begründung für die schleppende Abwicklung und Erledigung wurde immer wieder angegeben: „Es ist keine finanzielle Bedeckung vorhanden.“ Diese Begründung könnte in den letzten Jahren richtig gewesen sein; für das laufende, aber auch für das nächste Haushaltsjahr stimmt dies nicht mehr, und ich werde diese Behauptung auch beweisen.

Vor rund zehn Monaten habe ich in einer Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates die Frage gestellt, warum es möglich ist, daß auf einem Girokonto des Landes ein zweckgebundener Geldbetrag von rund 2,2 Milliarden Schilling für die Wohnbauförderung liegt. Einige Wochen später wurde mir dazu mitgeteilt, daß der zuständige Landesrat, Dipl.-Ing. Schaller, die Wohnbauträger bereits aufgefordert hat, die erteilten Zusicherungen für den Geschoßbau umzusetzen, die Realisierung zu überprüfen, andernfalls die Zusicherung zu entziehen. Ich habe mich mit dieser Auskunft zufriedengegeben, weil ich davon überzeugt war, es wird im Interesse unserer wohnungssuchenden Menschen eine spürbare Verbesserung eintreten.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ich wurde leider bitter enttäuscht! Vor einigen Tagen habe ich mich neuerlich erkundigt, ob ein spürbarer Rückgang der zweckgebundenen Geldbeträge nach dem Wohnbauförderungsgesetz eingetreten ist. Der Betrag ist nicht geringer geworden, sondern hat sich auf inzwischen 2 Milliarden 654 Millionen Schilling erhöht, obwohl Tausende steirische Landsleute dringend eine Wohnung brauchen und Tausende Eigenheimbauer auf ihr Direktdarlehen oder auf die Zinszuschüsse oft länger als ein Jahr warten müssen.

Sehr geehrter Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller! Wir können uns mit dieser Situation nicht abfinden, und ich glaube, und ich kenne Sie in der Zwischenzeit sehr gut, daß auch Sie mit diesem Zustand nicht zufrieden sein können! Auf der einen Seite haben wir, wie gesagt, 2,6 Milliarden Schilling auf der hohen Kante, auf der anderen Seite können wir die berechtigten Wünsche unserer steirischen Landsleute nicht erfüllen.

Unter der Annahme, daß pro geförderter Wohnung im Geschoßbau ein Förderungsbeitrag von 600.000 Schilling aufgewendet wird, man den vorhandenen Geldbetrag von 2 Milliarden 654 Millionen Schilling durch den Förderungsbeitrag dividiert, so könnten damit 4400 Wohnungen finanziert werden. (Beifall bei der SPÖ.) Ich weiß natürlich, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, daß laufende Bauvorhaben ebenfalls von diesem Konto finanziert werden müssen, aber ich wollte Ihnen, meine Damen und Herren, mit diesem Beispiel nur zeigen, um welche Größenordnung es hier geht. Ich darf von dieser Stelle aus der Rechtsabteilung 14, Herrn Hofrat Dr. Nopp mit seinen Beamten in dieser Rechtsabteilung, sehr herzlich Dank sagen für die gute Abwicklung. Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, es ist eine Frage des Personalstandes. Ich

könnte mir vorstellen, wenn in der Rechtsabteilung 14 zwei, drei A-Beamte, zwei, drei B-Beamte mehr sind, so könnte die Abwicklung dieser Anträge schneller vor sich gehen, und das ist meine Bitte an Sie, Herr Landesrat, daß Sie mit dem Personallandesrat auch darüber reden, daß es unter Umständen eine Umschichtung innerhalb der Rechtsabteilung oder überhaupt eine Aufstockung des Personalstandes in der Rechtsabteilung 14 geben muß. (Beifall bei der SPÖ.) Soweit der Ist-Zustand. Und nun, meine Damen und Herren, zum Voranschlag 1988. Bei oberflächlicher Betrachtung der Gruppensumme – zum Vergleich die Ausgaben der Jahresrechnung 1986 – kann man mit den Ansätzen zufrieden sein; wohlgemerkt, meine Damen und Herren, nur bei oberflächlicher Betrachtung. Bei genauer Betrachtung des Voranschlages und unter Einbeziehung der Fußnote auf Seite 103, Unterabschnitt 482, weiß man, was man unter Umständen befürchten muß. Meine Damen und Herren! Ich habe am 27. März dieses Jahres um 10 Uhr mit einer Delegation der Baugewerkschaft beim Herrn Landeshauptmann vorsprechen können und unsere Sorgen damals zum Ausdruck gebracht. Wir hatten in diesem vergangenen Winter letztendlich rund 13.000 steirische Bauarbeiter arbeitslos. Das heißt, weit mehr als jeder zweite Bauarbeiter war arbeitslos. Wir haben auch die Ursachen besprochen, und ich habe damals zum Ausdruck gebracht, auf Grund des Arbeitspapiers der beiden großen Parteien für die Bildung der Koalitionsregierung war es ja damals bereits ersichtlich, daß am 1. Jänner des kommenden Jahres die Wohnbauförderung in die Kompetenz der Länder übertragen wird. Ich habe vom Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, aber auch vom Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und bei einer vorherigen Aussprache mit dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross die Zusage bekommen, daß bei einer Veränderung der Wohnbauförderung die Beiträge des Bundes an die Länder zweckgebunden auch für die zukünftige Wohnbautätigkeit in diesem Lande verwendet werden. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, ich muß Ihnen sagen, ich bin in großer, ich möchte fast sagen, weil das ein Eigenschaftswort ist, größter Sorge, denn wenn ich diese Fußnote betrachte, dann muß man feststellen, daß überhaupt kein Geldbetrag aus dem Budget flüssiggestellt wird, meine Damen und Herren, bevor nicht die auf dem Girokonto der Hypobank liegenden Gelder verwendet werden. Wenn man weiß, daß das 2,6 Milliarden Schilling sind, dann kann man sich vorstellen, daß wahrscheinlich wenig aus dem Budget freigegeben werden wird, weil die Rücklage, wie gesagt, auf Grund der Fußnote letzten Endes zuerst verwendet werden muß.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich weiß nicht, wie Sie ein Budget lesen, aber ich habe auf Grund meiner Tätigkeit als Bürgermeister natürlich auch die Aufgabe, Budgets zu erstellen, so habe ich sehr genau diese Fußnote gelesen, und ich darf meine Sorge hier wohl zum Ausdruck bringen und an Sie, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, die Frage richten: Wie stehen Sie nun zu diesen aufgezeigten Fragen; stehen Sie dazu, daß wir ausgemacht haben, daß auch in Zukunft diese Mittel zweckgebunden für den Wohnbau sind? Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! (Abg. Schützenhöfer: „Davon kannst du ausgehen. Du verunsicherst nur!“) Nein Herrmann,

ich habe schon Verständnis dafür, ich glaube, du hast die Fußnote nicht gelesen.

Ich bin mit dem Herrn Landesrat sicherlich einer Meinung, daß es hier um die steirischen Wohnungssuchenden geht und um sonst gar nichts. Ich glaube, Kollege Schützenhöfer, du kannst das Budget nicht so lesen, wie es notwendig wäre. (Abg. Schützenhöfer: „Da mußt du dich mit dem Herrn Landesrat Dr. Klauser unterhalten. Ich glaube, daß das eine Verunsicherung ist!“) Die Verländerung der Wohnbauförderung ist sicherlich auch eine Stärkung des Föderalismus. Versuchen wir, Schwachstellen bei der Vergabe der Kontingente im Geschößbau auszumerzen. Das sind Dinge aus der Praxis, meine Damen und Herren. Ich glaube auch, wir sollen die bestehenden Richtlinien durchforsten, die Subjekt- und Objektförderung neu überdenken, und zwar im Interesse der steirischen Bauwirtschaft, vor allem aber im Interesse unserer steirischen Landsleute, welche eine menschenwürdige und finanziell verkraftbare Wohnung brauchen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich bin eigentlich ein bißchen überrascht, daß erstmalig bei einer solchen Diskussion und Debatte es den Anschein hat, als wäre die steirische Wohnbauförderung nicht in Ordnung oder es würde zuwenig geschehen. (Abg. Gennaro: „Nur lange dauert es!“) Ich muß mich dagegen tatsächlich und wirklich verwehren. (Beifall bei der ÖVP.) Die steirische Wohnbaupolitik mit ihrer Subjektförderung ist österreichweit federführend, meine Damen und Herren! Machen wir uns doch nichts vor, und tun wir eines nicht, daß wir auch die Wohnbaupolitik dieses Landes noch vermiesen. Bleiben wir bei diesem Optimismus, den wir bisher gehabt haben. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bin wirklich überrascht über solche Dinge.

Meine Damen und Herren, in den letzten fünf Jahren wurden in unserem Bundesland 9721 Wohneinheiten im Geschößbau allein gefördert, mit einer Förderungssumme von insgesamt 12,3 Milliarden Schilling. Zu diesem Betrag kommt zweifellos noch die Eigenleistung der Wohnungswerber von etwa 5 Milliarden Schilling, so daß allein aus diesem Titel in die Wirtschaft rund 17 Milliarden Schilling geflossen sind. Das ist doch keine Kleinigkeit, meine Damen und Herren! Man muß das, glaube ich, doch einmal auch von dieser Seite sehen. Und ich hoffe sehr – ich sage Ihnen das auch –, daß alle am Bau beteiligten Firmen jenen Gewinn erzielen konnten, den man erzielen muß, wenn eine Firma in Ordnung geführt werden will. Denn eines wissen wir auch sehr genau: Sichere Arbeitsplätze sind nur dort zu haben, wo es auch den Firmen gelingt, Gewinne zu erzielen. Nicht so, wie man es gestern und heute schon gehört hat. (Beifall bei der ÖVP.) Ich war wirklich der Meinung, daß diese Frage der Gewinne längst abgeschlossen ist und längst der Vergangenheit angehört. Ich bin überrascht, daß man das heute hier wieder hört.

Und ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen, es sind Wohnbaumittel vergeben, die bis jetzt nicht verbaut

wurden. Das ist zweifellos unsere große Sorge auch bei den Genossenschaften. Hier sind nicht nur die Genossenschaften schuld, wobei ich gar nicht sage, daß nicht da und dort auch so etwas vorkommen kann. Aber, meine Damen und Herren, es gibt sicherlich keine Genossenschaft, die Mittel zugewiesen erhält, wo nicht gewidmete Grundstücke vorhanden sind. Sicher ist aber eines auch, daß in der Zwischenzeit von der Widmung bis zur Verwirklichung sich Richtlinien ändern, die es dann sehr schwer machen, diese Grundstücke auch zu verbauen. Nur eines möchte ich dazu auch sagen: Auch bei den Richtlinien sind wir ja selber nicht ganz unschuldig, denn wir machen sie ja gemeinsam. Und hier ist sicherlich anzusetzen, um nachzudenken, was man in Hinkunft leichter machen kann.

Ich möchte aber auch sagen: Wenn man jetzt so momentan diese Summen zum Verbauen freigeben würde, daß unsere Bauwirtschaft gar nicht in der Lage ist, diese Mittel ad hoc zu verbauen, weil auch in den letzten Jahren in diesem Bereich eine Gesundschumpfung stattgefunden hat. Das ist gar nicht so einfach.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Steiermark hat in diesen vergangenen fünf Jahren 708 Millionen Schilling den Menschen dieses Landes, unseren Mitbürgern, als Eigenmitteldarlehnen zur Verfügung gestellt, damit sie sich eine Wohnung leisten können. Auch eine großartige Leistung. Und das Wesentlichste in diesem Zusammenhang ist wohl darin zu sehen, daß auch in den letzten fünf Jahren an diese Bürger, unsere Mitbürger, 1,2 Milliarden Schilling an Wohnbeihilfen gewährt wurden. Wenn wir diese Subjektförderung in diesem Ausmaß nicht hätten, wäre es undenkbar, daß sich unsere Mitbürger in diesem Lande noch die Wohnungen leisten könnten. Das verdient höchste Anerkennung. Und ich sage es gerade deshalb, weil gerade der neue Landeswohnbaureferent einer jener ist, der sich seit über 20 Jahren mit den Problemen der Wohnungswirtschaft ganz im besonderen auseinandersetzt, und weil ich glaube, daß man ihm überhaupt nichts vormachen kann, so ist er in diese Materie verwickelt und so ist er in dieser Materie drinnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin völlig Ihrer Meinung, Frau Kollegin Meyer, daß wir umdenken sollten und in Bereichen, wo es notwendig ist, Mietwohnungen bauen. Ich habe das auch vor einem Jahr schon gesagt. Eines habe ich in der Zwischenzeit aber auch kennenlernen müssen, nämlich daß in vielen Gemeinden, wo wir das tun wollten, die Menschen es nicht wollten, weil sie sagen: „Nein, ich will ein Eigentum haben.“ Der Eigentums-gedanke ist so fest verwurzelt, was ich ja als großen Vorteil und nicht Nachteil empfinde. (Abg. Meyer: „Weil die Genossenschaftswohnungen gleich teuer sind in der Miete!“) Nein, Frau Kollegin Meyer, das stimmt ja bitte wirklich nicht. Was soll man über die Annuitäten überhaupt diskutieren, weil die ja durch die Wohnbeihilfe abgedeckt werden, bitte sehr. Das wissen Sie sehr genau. Das ist nicht das Entscheidende in diesen Fragen, sondern wirklich die Grundeinstellung. Und ich sage noch einmal: Es ist sicherlich richtig, wenn wir diesen Weg beschreiten.

Zum Herrn Kollegen von der FPÖ möchte ich sagen: So einfach geht das halt nicht, daß der Herr Minister Dipl.-Ing. Riegler mit dem Herrn Minister Graf redet, und dann ändern sie den Schlüssel für ganz Österreich.

Das ist ein Unsinn, denn wenn ich heute der Steiermark mehr gebe, dann muß ich einem anderen Bundesland etwas wegnehmen. Na, wer läßt sich das schon ohne weiteres wegnehmen?

Und ich möchte Ihnen auch sagen, weil es hier auch wieder vom Kollegen Gottlieb angeklungen ist: Der Fehlbestand in der steirischen Wohnungswirtschaft. Ja, meine Damen und Herren, als die Volkspartei alleine regiert hat, haben wir von 1966 bis 1970 etwa 48.000 Wohnungen in ganz Österreich gebaut, und zwar jährlich. Als Herr Dr. Kreisky angetreten ist – und Sie erinnern sich sehr genau –, war eine der ersten Aussagen: „50.000 Wohnungen jährlich und 10 Prozent mehr.“ Wir sind heute weit, weit davon entfernt. Wir bauen in ganz Österreich etwa zwischen 36.000 und 38.000 Wohnungen im Jahr. Auch eine Nachwirkung dieser langen Zeit der sozialistischen Alleinregierung und der Regierung in der kleinen Koalition. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist die Wahrheit. Da kann man nichts wegdiskutieren. So ist es einfach, und die Menschen wissen das auch.

Und, meine Damen und Herren, wir haben zweifellos eine Chance mit der Verländerung des Wohnbaugesetzes, wenn ich auch in der Zwischenzeit schon wieder gehört habe, daß doch nicht alles in die Länderkompetenz kommen sollte. Ich weiß es nicht, ob das stimmt, aber wir haben eine Chance, und ich glaube auch, daß wir diese Chance nützen müssen. Ich bin daher der Meinung, daß es gar nicht so sehr darum geht, wie rasch die Verländerung erfolgt und wir die eigenen Gesetze erstellen, sondern darum, daß wir gescheite, vernünftige, durchführbare Gesetze beschließen. Denn eines, glaube ich, wissen wir alle miteinander und kann ich auch nur unterstreichen: In der ganzen Maschinerie des Papierkrams muß eine Durchforstung erfolgen. Das ist gar keine Frage. Und ich hoffe sehr, daß es uns mit Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gelingt, hier Gesetze zu schaffen, die administrierbar sind. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

Abg. Erhart: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Als Vertreter der Region Aichfeld-Murboden sehe ich als aktuellstes Thema im Rahmen der heutigen Wohnbaudebatte den von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller angekündigten Stopp von Wohnbauförderungsmitteln für die Flugplatzanrainergemeinden im Zusammenhang mit der Stationierung von Überwachungsflugzeugen.

So hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller in einer Pressekonferenz am 20. Oktober 1987 erklärt, daß er nach den gegebenen Richtlinien künftig keine Förderungen für belastete Gebiete gewähren könne, da solche Gebiete als für Wohnzwecke ungeeignet gelten. Und als Folgewirkung gibt der Herr Landesrat – unterstützt von Umweltschutzkoordinator Hofrat Rupprecht – an, daß somit 16 geplante Vorhaben mit rund 260 Wohneinheiten mit einem Gesamtvolumen von 300 Millionen Schilling nicht gefördert und damit meiner Meinung nach praktisch nicht gebaut werden können. (Abg. Günther Ofner: „Unverständlich!“)

Doch dem nicht genug: Mit den schon bestehenden 3500 Wohnobjekten und dem 5-Millionen-Quadratmeter-Bauland, welches sich in der vermeintlichen Lärmzone befindet, würde es zu einem Wertverlust – (Abg. Dr. Hirschmann: „Die Draken sind euer Werk. Bleibe sachlich!“) warten Sie etwas, Herr Kollege, ich gehe auf das alles ganz besonders ein, es wird Ihnen leid tun, wenn Sie Ihr Pulver jetzt schon verschießen, ich komme dann speziell auf das zurück. Schauen Sie, tun Sie nicht korrigieren, was der Herr Landesrat erklärt hat. Er hat erklärt in aller Öffentlichkeit – (Abg. Dr. Hirschmann: „Ihr wart für die Draken, und jetzt wollt ihr sagen, jetzt können wir dort nichts bauen!“) Was mir bei Ihnen so gefällt, ist Ihre hellseherische Fähigkeit. Sie wissen schon ungefähr, was ich in einer Viertelstunde sagen werde. Ich gehe auf das Thema 100prozentig ein, da können Sie sich verlassen. Aber Sie unterbrechen mich ja schon bei meinem ersten Zitat, wo ich Ihnen ja nur sagen will, was der Herr Landesrat gesagt hat und was ja nicht zu bestreiten ist. Es ist ja nichts Negatives, diese Aussage. Er hat erklärt, welche Schäden sich damit ergeben werden, und unter anderem auch hier den Wertverlust von rund 8 Milliarden Schilling bitte – kein Hörfehler –, bezogen auf die fünf Millionen Quadratmeter Bauland. Und welche Auswirkungen! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Keine Draken!“) Hören Sie einmal zu, daß Sie die ganzen Auswirkungen kennen. Es ist ja schade; wenn Sie sich dann nicht auskennen. (Abg. Kohlhammer: „Laß dich nicht abbringen!“) Das Thema ist auch zu ernst. Jetzt passen Sie auf, welche Auswirkungen das hat. Ich spreche einmal von der Region Aichfeld-Murboden, von den Bezirken Knittelfeld und Judenburg, aber auch vom Grazer Feld, also von diesen Gebieten. Diese Auswirkungen in bevölkerungsmäßiger Hinsicht, in Hinsicht der Arbeitsplätze, der Bauwirtschaft, Betriebsansiedlungen und dergleichen mehr, das brauche ich gar nicht extra anzuführen. Mit einer ganz schlimmen Sache sind wir einer Meinung. (Abg. Dr. Hirschmann: „Ganz schlimme Sache!“) Lauter, Herr Kollege! (Abg. Dr. Hirschmann: „Wir sind ja einer Meinung!“) Warten Sie ein bißchen. Wenn Sie ein bißchen Geduld haben, ich werde zu diesem Thema ohnehin sprechen, Herr Kollege. Es ist Ihre Zeit auch, wenn Sie mich dort gar nicht hinkommen lassen. Und dann schlagen Sie zu, aber jetzt warten Sie ein bißchen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das hören wir gerne an, wo wir einer Meinung sind!“)

Diese Situation, das ist der Ernst der Lage, und offensichtlich – ich merke es an Ihrem Lächeln – rührt Sie das nicht besonders, diese Situation für die ohnehin schwergeprüfte Region Aichfeld würde heißen, daß diese Region um jede Zukunftschance gebracht werden würde. Aber bitte, daraus ergeben sich noch weitere Fragen: Wer wird die Schadenersätze in der Höhe der genannten Summen bezahlen – eine Folgewirkung, die sicher wie das Amen im Gebet kommen würde, oder was ist mit den schon bestehenden 3500 Wohnobjekten; sollen diese Familien, die den Herrn Kollegen Dr. Hirschmann überhaupt nicht interessieren (Abg. Dr. Hirschmann: „Das wissen wir alles. Zum Thema!“), ich merke das, das Thema, das wischt er weg. Sollen diese Familien ausgesiedelt werden? Wo sollen diese Menschen hin? Oder dürfen sie trotz der unzumutbaren und gesundheitsgefährdenden Lärmbelastung dort weiterleben? Sie, Herr Landesrat

– (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist genau die Frage. Das ist die falsche Adresse!“) Ich komme auf das, Sie werden sehen, daß es nicht die falsche Adresse ist – Sie, Herr Landesrat, sagen, ich bestätige nur Ihre Aussagen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Wenn Sie sich mit dem gleichen Engagement gegen den Draken eingesetzt hätten, wären Sie glaubwürdiger!“) Hätte ich es verhindert, glauben Sie?

Sie, Herr Landesrat, sagen – und wir haben schon einmal kurz über das Thema gesprochen –, daß Ihnen diese Sache ja keine Freude macht. Ich bin da 100prozentig überzeugt, sondern Sie müssen diese Maßnahmen zum Schutz der Menschen setzen, und schließlich sind Sie durch bundesgesetzliche Bestimmungen auch dazu gezwungen. Das ist so Ihre grundsätzliche Aussage dazu. Und ich möchte Sie fragen, wenn Ihnen dieser Schutz der Menschen dort so am Herzen liegt, die bundesgesetzlichen Bestimmungen Sie zwingen, so muß ich Sie fragen: Warum gerade jetzt und nicht schon längst? Denn Sie wissen so gut wie ich, daß die bisherige Fluglärmbelastung – passen Sie auf –, die bisherige, laut Önorm in bestimmten Gebieten bereits längst Ihr Einschreiten erfordert hätte, sei es jetzt durch den Lärm – (Abg. Hirschmann: „Das kommt dazu. Da hättet ihr etwas sagen können!“) Schade, warten Sie doch auf die Schlußfolgerung. Warten Sie ein bißchen, nicht die Nerven verlieren, Herr Kollege, Sie sind so nervös. Sie verlieren doch sofort die Nerven, warten Sie einmal ab, was ich Ihnen sagen will, schadet ja nichts. (Abg. Hirschmann: „Es kommt nichts. Ich warte schon eine Viertelstunde. Es kommt nichts!“) Ich kann ja nicht, er läßt mich ja nicht sprechen, ich möchte es ihm ja gerne sagen, aber er hört ja nicht zu! Der Herr Landesrat weiß so gut wie ich, daß die bisherige Lärmbelastung laut Önorm in bestimmten Gebieten längst Ihr Einschreiten erfordert hätte, sei es durch den Lärm der Militärflugzeuge oder mindestens im gleichen Umfang durch den Lärm der zivilen Luftfahrt in Graz. (Abg. Dr. Hirschmann: „Demagogie!“) Und bevor ich Ihnen den Beweis für diese Feststellung liefere, möchte ich festhalten, daß die im Raum herum-schwirrenden Immissionsgrenzwerte von 90, 95, 100 und höheren Dezibelzahlen auf das Gutachten von Frau Dipl.-Ing. Judith Lang zurückzuführen sind, ein Gutachten, das bereits von Prof. Möse relativiert wurde, man nennt das Optimierung. Dieses, sein eigenes Gutachten, das er damals im Auftrag der Steiermark gemacht hat, wird jetzt optimiert, relativiert, jetzt im Auftrag vom Verteidigungsminister, daß hier dieses Gutachten absolut nur als Annahme für die kommende Lärmbelastung zu sehen ist. Ich gehe daher von diesem Ist-Zustand, vom jetzigen Fluglärm, sehr verehrte Damen und Herren, aus und möchte Ihnen nur ganz kurz sagen auch als Überblick, daß Sie sehen, daß hier eine ausreichende und ausgezeichnete wissenschaftliche Literatur vorliegt. Und zwar gibt es hier von Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Friedrich Bruckmayer, Staatliche Versuchsanstalt für Schalltechnik in Wien, die „Auswirkungen des Fluglärms vom Flughafen Zeltweg“ mit Datum vom 28. Oktober 1970, oder die schon oft zitierte Önorm B 8115, Teil 2, vom Juli 1981, oder Önorm S 5021, Teil 1, oder aber die Richtlinie 24 vom Mai 1984 vom Österreichischen Arbeitsring für Lärmbekämpfung, oder die Dienstanweisungen, betreffend Lärmschutz, vom Bundesministerium für Bauten und Technik oder vom Österreichischen Institut für Raum-

planung, Oktober 1975, „Lärmbelastung durch den Flugbetrieb Zeltweg“ oder Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz „Umweltschutz – Rahmenplanung Aichfeld-Murboden“ und so weiter. Ich will Ihnen die alle jetzt nicht zitieren. Es gibt ein Quellenmaterial, das sich mit dem bestehenden Lärm beschäftigt hat, und daraus, aus diesen eben zitierten Quellen, gehen eigentlich folgende Auflagen und Zuständigkeiten hervor. So hat die Steiermärkische Landesregierung durch Verordnung die Richtlinien für die Wohnbauförderung zu erlassen, ist ganz klar. Und im Teil 3 wurden die Immissionsgrenzwerte für Wohngebiete mit 55 Dezibel, und zwar der Bewertung A am Tag und mit 45 Dezibel, Bewertung A während der Nacht, festgelegt. Die Önormen müssen bei jeder Bauführung eingehalten werden. Hier lauten die Immissionsgrenzwerte für ländliches Wohngebiet 50 und 40, also Tag und Nacht, städtisches Wohngebiet 55 und 45 dB, und im Kerngebiet 60 dB und 50 dB äquivalenter Dauerschallpegel in Dezibel, Bewertung A. Und ähnlich sind die Richtlinien des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung, die laut Önormen verbindlich sind. In der Richtlinie 24 vom Mai 1984 werden die Lärmzonen in der Umgebung von Flugplätzen mit Tageswerten von 60, 65 und 70 dB, Bewertung A, festgelegt, also sehr ähnlich. Dabei heißt es in diesen Normen „Zur Genauigkeit von Fluglärmzonen“, ich zitiere: „Die Berechnung von Fluglärmzonen erfolgt auf Grund von Annahmen und Schätzung. Alle angenommenen Daten enthalten Unsicherheiten, die besonders groß sind, wenn eine Berechnung für zukünftigen Flugbetrieb erfolgen soll.“

Diese Normen dienen ausdrücklich für die örtliche Raumplanung und als Unterlage in Entschädigungsverfahren.

Das steirische Raumordnungsgesetz 1974 legt die Kompetenz für die Flächenwidmungsplanung und damit für die „Festlegung der Nutzungsarten aller Flächen“, also auch die Festlegung der reinen und allgemeinen Wohngebiete, in die Hände der Gemeinden. Dabei ist zu beachten, daß die Wohngebiete „keiner der beabsichtigten Nutzung widersprechenden Immissionsbelastung – Lärm – unterliegen“.

Im Sinne dieses Landesgesetzes wird die örtliche Raumplanung jedoch erst rechtswirksam, wenn sie von der Landesregierung mit Bescheid genehmigt ist. Es ist Aufgabe der Landesregierung, einem Flächenwidmungsplan dann die Genehmigung zu versagen, wenn zum Beispiel Wohngebiete dort vorgesehen sind, wo eine Lärmbelastung vorliegt, die einer Nutzung für Wohnzwecke entgegensteht. Die Grenzwerte für die zumutbare Belastung sind in den vorher zitierten Önormen festgelegt.

Daher, sehr geehrter Herr Landesrat, hatten Sie im Sinne des vorher zitierten Raumordnungsgesetzes – und Sie sind ja zuständiger Referent – dreimal die Möglichkeit – (Abg. Buchberger: „Was willst du damit sagen?“) ich weiß schon, worauf Sie hinauswollen, aber auf das komme ich noch – (Abg. Dr. Hirschmann: „Schau auf von deinem Manuskript und sage, was du damit sagen willst!“) – gehabt, bei der Erstellung der Flächenwidmungspläne einzugreifen; das ist keine Frage. Ich kann Ihnen das am Beispiel Knittelfeld, das sich heuer ergeben hat, nachweisen:

Am 21. Jänner des heurigen Jahres hat das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung Ib,